

27.08.99

Fz - A - AS - FJ - FS - G - In - K - R - Wi - Wo

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts
(Haushaltssanierungsgesetz - HSanG -)**

A. Zielsetzung

Der sprunghafte Anstieg der Staatsverschuldung hat die Handlungsfähigkeit des Bundes in einer nicht mehr vertretbaren Weise beschnitten. Ohne gegensteuernde Maßnahmen würde die Finanzierungslücke im Bundeshaushalt – wie seit 1996 – bei 80 Mrd. DM verharren. Eine Neuverschuldung in dieser Größenordnung ist weder mit dem Grundgesetz noch mit den Anforderungen des Europäischen Stabilitätspaktes vereinbar.

Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für Arbeit, Innovation und soziale Stabilität. Deshalb wird die Bundesregierung für eine durchgreifende Konsolidierung des Bundeshaushalts sorgen. Ziel der Bundesregierung ist ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Dieses Ziel soll in der kommenden Legislaturperiode erreicht werden.

B. Lösung

Mit dem am 23. Juni 1999 beschlossenen „Zukunftsprogramm 2000“ hat die Bundesregierung eine grundlegende Sanierung des Bundeshaushalts eingeleitet. Zugleich hat sie auch in anderen Bereichen – wie der Familienpolitik und dem Steuerrecht – die Weichen für die Zukunft gestellt.

Fristablauf: 08.10.99

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG

Die Neuverschuldung des Bundes wird in den nächsten Jahren durch ein umfassendes Bündel von gesetzlichen und nicht-gesetzlichen Maßnahmen Schritt für Schritt zurückgeführt. Das Haushaltsentlastungsvolumen des Zukunftsprogramms 2000 insgesamt beläuft sich für das Jahr 2000 auf rund 30 Mrd. DM und steigt bis 2003 auf rd. 50 Mrd. DM. Das „Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts“ – Haushaltssanierungsgesetz – regelt die gesetzlichen Entlastungsmaßnahmen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt im gemeinsamen Interesse von Bund, Ländern und Gemeinden. Insbesondere auch die im „Zukunftsprogramm 2000“ beschlossene Begrenzung des Einkommenszuwachses für Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger wird zu einer spürbaren Entlastung der öffentlichen Haushalte führen,

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Der Gesetzentwurf führt im Ergebnis zu folgenden finanziellen Auswirkungen:

	Haushaltsent- bzw. -belastung (-)			
	- Mio. DM -			
	2000	2001	2002	2003
Bund	13.949	16.630	16.781	14.327
Länder	-2.708	-3.173	-3.380	-3.333
Gemeinden	-162	167	-55	-442
Insgesamt	11.079	13.624	13.346	10.552

2. Darüber hinaus wird aufgrund der von der Bundesregierung vorgesehenen Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst für Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger von folgenden weiteren Einsparungen ausgegangen¹:

	Haushaltsent- bzw. -belastung (-)			
	- Mio. DM -			
	2000	2001	2002	2003
Bund	327	576	650	650
Länder	1.257	2.213	2.500	2.550
Gemeinden	169	297	350	350
Insgesamt	1.753	3.086	3.500	3.550

¹ Eine gesetzliche Regelung über die Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst kann von der Bundesregierung erst nach Beendigung des in § 94 Bundesbeamtengesetz vorgesehenen Beteiligungsverfahrens vorgeschlagen werden. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

3. Die genannten Maßnahmen führen somit zu einer Entlastung in folgender Höhe:

	Haushaltsent- bzw. -belastung (-)			
	- Mio. DM -			
	2000	2001	2002	2003
Bund	14.276	17.206	17.431	14.977
Länder	-1.451	-960	-880	-783
Gemeinden	7	464	295	-92
Insgesamt	12.832	16.710	16.846	14.102

4. Zur Haushaltskonsolidierung ist neben den gesetzlichen Maßnahmen des Haushaltssanierungsgesetzes eine Vielzahl weiterer Maßnahmen vorgesehen, die ohne besondere gesetzliche Ermächtigung im Rahmen der Haushaltsaufstellung umgesetzt werden können.

Insgesamt beträgt die Entlastung des Bundes durch das Sparpaket (in Mrd. DM)

2000	2001	2002	2003
30,4	38,6	42,2	49,5

Die Länder und Gemeinden werden durch das Sparpaket in den nächsten Jahren insgesamt ebenfalls entlastet (in Mrd. DM):

2000	2001	2002	2003
-0,2	1,1	1,0	0,5

Außerdem ist die Reform der Unternehmensbesteuerung zum 1. Januar 2001 vorgesehen. Die Unternehmenssteuerreform führt im Entstehungsjahr zu einer Nettoentlastung der Unternehmen von rd. 8 Mrd. DM.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise, einzelne Unternehmen und Konsumenten sind möglich. Negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind insgesamt jedoch nicht zu erwarten. Mit diesem Gesetz werden im Gegenteil die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig verbessert.

27.08.99

Fz - A - AS - FJ - FS - G - In - K - R - Wi - Wo

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts
(Haushaltssanierungsgesetz - HSanG -)**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 26. August 1999

042 (414) - 501 03 - Ha 78/99

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts
(Haushaltssanierungsgesetz - HSanG -)

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist besonders eilbedürftig, weil die Notwendigkeit einer unverzüglichen und umfangreichen Reduzierung der Neuverschuldung des Bundes ein frühest mögliches Inkrafttreten des Gesetzes erfordert.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.



Fristablauf: 08.10.99

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG

**Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts
(Haushaltssanierungsgesetz – HSanG –)**

vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

	Artikel
Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes	1
Gesetz zur Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz	2
Änderung des Zivilschutzgesetzes	3
Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes	4
Änderung des Bundessozialhilfegesetzes	5
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	6
Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen	7
Änderung des Eigenheimzulagengesetzes	8
Änderung des Bundesvertriebenengesetzes	9
Änderung des Auslandskostengesetzes	10
Änderung der Justizverwaltungskostenordnung zum 1. Januar 2000	11
Änderung der Justizverwaltungskostenordnung zum 1. Januar 2002	12
Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2000	13
Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2001	14
Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2002	15
Änderung des Patentgebührengesetzes	16
Änderung des Zivildienstgesetzes	17
Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	18
Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol	19
Änderung des Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetzes	20
Änderung des Absatzfondsgesetzes	21
Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte	22
Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte	23
Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes	24
Änderung des Bundesversorgungsgesetzes	25
Änderung des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation	26
Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	27
Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch	28
Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch	29
Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch	30
Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch	31
Neufassung des Wohngeldgesetzes, des Finanz- und Personalstatistikgesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol	32
Inkrafttreten	33

Artikel 1

Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes

Das Bundesgrenzschutzgesetz vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2486), wird wie folgt geändert:

§ 3 wird wie folgt gefaßt:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Die durch die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 begünstigten Verkehrsunternehmen sind verpflichtet, dem Bundesgrenzschutz für die erlangten Vorteile einen angemessenen Ausgleich zu leisten. Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen für den zu leistenden Ausgleich einen Prozentsatz festzusetzen, der 50 Prozent des Gesamtaufwandes des Bundesgrenzschutzes für die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 nicht überschreiten darf. Dabei sind insbesondere die erlangten Vorteile und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Verkehrsunternehmens zu berücksichtigen. Sind mehrere Verkehrsunternehmen begünstigt, ist für jedes Unternehmen nach Maßgabe des Satzes 3 gesondert ein Prozentsatz festzusetzen, die Summe dieser Prozentsätze darf 50 Prozent des Gesamtaufwandes nicht überschreiten. Die Ausgleichsbeträge werden durch die Grenzschutzdirektion erhoben.“

Artikel 2

Gesetz zur Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz

Das Bundesamt für Zivilschutz wird aufgelöst.

Artikel 3

Änderung des Zivilschutzgesetzes

Das Zivilschutzgesetz vom 25. März 1997 (BGBl. I S. 726) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. § 4 wird wie folgt gefaßt:

„§ 4

Zuständigkeit des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung

(1) Die Verwaltungsaufgaben des Bundes nach diesem Gesetz werden dem Bundesverwaltungsamt zugewiesen. Dem Bundesverwaltungsamt obliegen insbesondere

1. die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung,
2. a) die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals sowie die Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben,
b) die Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivilschutzes, einschließlich des Selbstschutzes,
c) die Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes,
3. die Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung,
4. die Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten,
5. die Aufgabenstellung für technisch-wissenschaftliche Forschung im Benehmen mit den Ländern, die Auswertung von Forschungsergebnissen sowie die Sammlung und Auswertung von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung,
6. die Prüfung von ausschließlich oder überwiegend für den Zivilschutz bestimmten Geräten und Mitteln sowie die Mitwirkung bei der Zulassung, Normung und Qualitätssicherung dieser Gegenstände.

(2) Die der Bundesregierung nach Artikel 85 Abs. 4 des Grundgesetzes auf dem Gebiet des Zivilschutzes zustehenden Befugnisse werden auf das Bundesverwaltungsamt übertragen.*

Artikel 4

Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes

§ 8 des Unterhaltsvorschußgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1994 (BGBl. I S. 165), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. April 1998 (BGBl. I S. 666) geändert wurde, wird wie folgt gefaßt:

„§ 8

Aufbringung der Mittel

(1) Geldleistungen, die nach dem Gesetz zu zahlen sind, werden zu einem Drittel vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

(2) Die nach § 7 eingezogenen Beträge führen die Länder zu einem Drittel an den Bund ab.*

Artikel 5

Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

§ 22 Abs. 6 des Bundessozialhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), das zuletzt durch das 7. Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 25. Juni 1999 (BGBl. I S. 1442) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Wörter „und zum 1. Juli 2000“ werden gestrichen.
2. Folgender neuer Satz 2 wird angefügt:

„Zum 1. Juli 2000 und zum 1. Juli 2001 erhöhen sich die Regelsätze um den Vomhundertsatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung verändert.“

Artikel 6

Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

§ 56 Abs. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), das zuletzt durch Art. ... des Gesetzes vom (BGBl. I S.) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(1) Die für die Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel, einschließlich der Erstattungsbeträge an die Deutsche Ausgleichsbank nach § 18 d Abs. 2, tragen der Bund zu 65 vom Hundert, die Länder zu 35 vom Hundert. Die vom Bund anteilig zu tragenden Mittel für die Darlehen nach § 17 Abs. 2 können von der Deutschen Ausgleichsbank bereitgestellt werden. In diesen Fällen trägt der Bund die der Deutschen Ausgleichsbank entstehenden Aufwendungen für die Bereitstellung der Mittel und das Ausfallrisiko.“

Artikel 7

Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehisubventionierung im Wohnungswesen

Nach § 10 Abs. 3 des Gesetzes über den Abbau der Fehisubventionierung im Wohnungswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2180), das zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594) geändert worden ist, wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Bei Wohnungen, die mit Mitteln aus öffentlich-rechtlichen Sondervermögen der Bundesrepublik Deutschland gefördert worden sind, ist Darlehens- oder Zuschußgeber das jeweilige Sondervermögen. Wird eines dieser Sondervermögen in eine privatrechtliche Form überführt und zieht der Rechtsnachfolger dieses Sondervermögens nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften Ausgleichszahlungen ein, so gilt hinsichtlich der Vereinnahmung der Ausgleichszahlungen der Bund als Darlehens- und Zuschußgeber im Sinne des Absatzes 3. Der

Rechtsnachfolger ist verpflichtet, die Einnahmen aus den Ausgleichszahlungen jährlich an den Bundeshaushalt abzuführen. Ihm steht eine Kostenerstattung durch den Bund für den Verwaltungsaufwand bei der Erhebung der Ausgleichszahlungen und für den Modernisierungsaufwand bei den geförderten Wohnungen in Höhe von 25 Prozent der jährlichen Einnahmen aus den Ausgleichszahlungen zu; dabei sind 15 Prozent der jährlichen Einnahmen aus den Ausgleichszahlungen für Modernisierungsmaßnahmen zu verwenden."

Artikel 8

Änderung des Eigenheimzulagengesetzes

Das Eigenheimzulagengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 1997 (BGBl. I S. 734), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 und 2 wird jeweils die Zahl "240 000" durch die Zahl "160 000" und die Zahl "480 000" durch die Zahl "320 000" ersetzt.

b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Für jedes Kind, für das im Erstjahr die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Kinderzulage nach § 9 Abs. 5 Satz 1 und 2 vorliegen, erhöhen sich die Beträge nach Satz 1 und 2 um 20 000 Deutsche Mark, in den Fällen des § 9 Abs. 5 Satz 3 um 10 000 Deutsche Mark für jeden Anspruchsberechtigten."

2. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"(3) § 5 Satz 1 bis 3 in der Fassung des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) ist erstmals anzuwenden, wenn der Anspruchsberechtigte im Fall der Herstellung nach dem 31. Dezember 1999 mit der Herstellung des Objekts begonnen oder im Fall der Anschaffung die Wohnung nach dem 31. Dezember 1999 auf Grund eines nach diesem Zeitpunkt rechtswirksam abgeschlossenen obligatorischen Vertrags oder gleichstehenden Rechtsakts angeschafft hat."

b) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden die Absätze 4 bis 6.

Artikel 9

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

Das Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 10 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt gefaßt:

a) In Nummer 1 wird Buchstabe d aufgehoben.

b) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. a) die Aussiedlungsgebiete wegen einer drohenden strafrechtlichen Verfolgung auf Grund eines kriminellen Delikts verlassen oder

b) in den Aussiedlungsgebieten eine Funktion ausgeübt hat, die für die Aufrechterhaltung des kommunistischen Herrschaftssystems gewöhnlich als bedeutsam galt oder aufgrund der Umstände des Einzelfalles war, oder

c) wer tatsächlichen Anhaltspunkten zufolge nicht unerhebliche Vorteile genossen hat, weil ein Verwandter, der Ehegatte oder dessen Eltern eine Funktion im Sinne von Buchstabe b ausgeübt hat."

2. In § 27 Abs. 3 werden die Angabe „Durchschnitt der Jahre 1991 und 1992" durch die Angabe „Jahre 1998" und die Angabe „§ 1 Abs. 2 Nr. 3 und des § 1 Abs. 3" durch die Angabe „der §§ 4, 7" ersetzt.

Artikel 10

Änderung des Auslandskostengesetzes

Das Auslandskostengesetz vom 21. Februar 1978 (BGBl. I S. 301), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 wird der zweite Teilsatz gestrichen.
2. Dem § 5 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:
„Der Antragsteller ist verpflichtet, die zur Feststellung des Wertes erforderlichen Angaben zu machen.“

Artikel 11

Änderung der Justizverwaltungskostenordnung zum 1. Januar 2000

In Nummer 2 Buchstabe d und e der Anlage zur Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Gesetz vom 4. Mai 1998 (BGBl. I S. 833) geändert worden ist, wird in der Gebührensapalte jeweils der Betrag „15 DM“ durch den Betrag „20 DM“ ersetzt.

Artikel 12

Änderung der Justizverwaltungskostenordnung zum 1. Januar 2002

In Nummer 2 Buchstabe d und e der Anlage zur Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird in der Gebührensapalte jeweils der Betrag „20 DM“ durch den Betrag „13 EUR“ ersetzt.

Artikel 13

Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2000

Das Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1993 (BGBl. I S. 183) mit den Anlagen 1 bis 8 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 1992 (BGBl. I S. 545), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Juli 1998 (BGBl. I S. 1860), wird wie folgt geändert:

1. In § 33 wird die Angabe „§ 8 Abs. 7, die §§ 25, 34 Abs. 1, § 37b und § 41“ durch die Angabe „§ 8 Abs. 7, die §§ 25, 37b und 41“ ersetzt.
2. § 34 wird wie folgt gefaßt:

„§ 34

Wohngeld, das von einem Land gezahlt worden ist, wird ihm mit Ausnahme des Wohngeldes nach dem Fünften Teil zur Hälfte vom Bund erstattet.“

Artikel 14

Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2001

Das zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geänderte Wohngeldgesetz wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 und 2 werden wie folgt gefaßt:

„§ 1

Zweck und Arten des Wohngeldes

(1) Wohngeld wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens als Miet- oder Lastenzuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet.

(2) Ein Mietzuschuß nach dem Fünften Teil schließt einen Mietzuschuß nach diesem Gesetz im übrigen aus.

§ 2

Höhe des Wohngeldanspruchs

(1) Der ungerundete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß für Haushaltsgrößen bis zu zwölf Personen beträgt

$$M - (a + b \cdot M + c \cdot Y) \cdot Y \text{ Euro.}$$

„M“ ist die gerundete zu berücksichtigende monatliche Miete oder Belastung in Euro. „Y“ ist das gerundete monatliche Einkommen in Euro. „a“, „b“ und „c“ sind nach Haushaltsgröße unterschiedene Werte und ergeben sich aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage 1.

(2) Der monatliche Miet- oder Lastenzuschuß wird in Deutsche Mark geleistet. Die zu seiner Berechnung erforderlichen Rechenschritte und Rundungen sind in der Reihenfolge auszuführen, die sich aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage 2 ergibt.

(3) Für Haushaltsgrößen bis zu fünf Personen ergibt sich der nach Absatz 1 und 2 berechnete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß aus den diesem Gesetz beigefügten Anlagen 3 bis 7 (Wohngeldtabellen).

(4) Für Haushaltsgrößen über zwölf Personen erhöht sich der nach Absatz 1 und 2 für zwölf Personen berechnete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß um jeweils 40 Euro für das dreizehnte und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied, höchstens jedoch bis zur Höhe der anrechenbaren Miete oder Belastung.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt: „Antragerfordernis und -berechtigung“.

b) Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden die Absätze 2 bis 5; ihnen wird folgender neuer Absatz 1 vorangestellt:

„(1) Der Anspruch auf Wohngeld setzt außer beim Mietzuschuß nach dem Fünften Teil einen Antrag voraus.“

c) In dem neuen Absatz 2 wird in Nummer 4 die Angabe „Absatz 2 oder Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 3 oder Absatz 4“ ersetzt.

d) In dem neuen Absatz 5 wird die Angabe „Absätzen 1 bis 3“ durch die Angabe „Absätzen 2 bis 4“ ersetzt.

3. Dem § 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Hat sich die Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder durch Tod verringert, so ist dies für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die bisher maßgebende Haushaltsgröße. Satz 1 ist nicht mehr anzuwenden, wenn innerhalb dieses Zeitraumes

1. die Wohnung aufgegeben wird oder
2. die Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder sich wieder auf den Stand vor dem Todesfall erhöht.“

4. Nach § 4 wird folgender Paragraph eingefügt:

„§ 4a

Wohnraum

Wohnraum im Sinne dieses Gesetzes sind Räume, die vom Verfügungsberechtigten zum Wohnen bestimmt und hierfür nach ihrer baulichen Anlage und Ausstattung tatsächlich geeignet sind.“

5. § 5 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 3 Abs. 1 Nr. 4“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 2 Nr. 4“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Im Falle des § 3 Abs. 2 Nr. 5 ist als Miete der Höchstbetrag nach § 8 Abs. 1 zugrunde zu legen.“

6. Dem § 6 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Von einer Wohngeld-Lastenberechnung kann abgesehen werden, wenn bereits die auf den Wohnraum entfallende Belastung aus den Zinsen und der Tilgung den nach § 8 Abs. 1 maßgebenden Höchstbetrag erreicht oder übersteigt.“

7. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden das Wort „Gewährung“ durch das Wort „Leistung“ ersetzt und die Angabe „oder Absatz 3“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach den Wörtern „Die Miete oder Belastung bleibt“ werden die Wörter „, außer im Falle des § 5 Abs. 3 Satz 2,“ eingefügt.

bb) In Nummer 2 werden die Wörter „unentgeltlich oder entgeltlich“ durch die Wörter „entgeltlich oder, wenn eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne des § 4 Abs. 2 Satz 2 nicht vorliegt, unentgeltlich“ ersetzt.

cc) In Nummer 3 wird das Wort „Beiträge“ durch das Wort „Leistungen“ ersetzt.

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

8. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Bei der Leistung des Wohngeldes wird die Miete oder Belastung insoweit nicht berücksichtigt, als sie monatlich folgende Höchstbeträge übersteigt:

bei einem Haushalt mit	in Gemeinden mit Mieten der Stufe	für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist			
		bis zum 31. Dezember 1965		ab 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1991	ab 1. Januar 1992
		sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum		
Deutsche Mark					
einem Alleinstehenden	I	312,93	391,17	420,50	518,29
	II	332,49	410,72	449,84	547,63
	III	352,05	440,06	479,18	586,75
	IV	381,39	479,18	518,29	635,64
	V	410,72	508,52	557,41	684,54
	VI	440,06	547,63	596,53	723,66

bei einem Haushalt mit	in Gemeinden mit Mieten der Stufe	für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist			
		bis zum 31. Dezember 1965		ab 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1991	ab 1. Januar 1992
		sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum		
Deutsche Mark					
zwei Familienmitgliedern	I	420,50	518,29	567,19	625,87
	II	440,06	557,41	606,31	674,76
	III	469,40	586,75	645,42	713,88
	IV	508,52	635,64	694,32	772,55
	V	547,63	684,54	743,22	831,23
	VI	586,75	733,44	792,11	889,90
drei Familienmitgliedern	I	498,74	625,87	674,76	752,99
	II	528,07	664,98	713,88	801,89
	III	567,19	704,10	762,77	850,79
	IV	606,31	762,77	821,45	919,24
	V	655,20	821,45	889,90	987,69
	VI	704,10	870,34	948,58	1056,15
vier Familienmitgliedern	I	576,97	723,66	782,33	870,34
	II	616,09	772,55	831,23	929,02
	III	655,20	821,45	889,90	987,69
	IV	704,10	889,90	958,36	1065,93
	V	762,77	948,58	1026,81	1153,94
	VI	811,67	1017,03	1105,04	1232,17
fünf Familienmitgliedern	I	655,20	821,45	889,90	997,47
	II	704,10	880,12	948,58	1065,93
	III	743,22	938,80	1017,03	1134,38
	IV	811,67	1007,25	1095,26	1222,39
	V	870,34	1085,49	1173,50	1310,41
	VI	929,02	1163,72	1251,73	1398,42
Mehrbetrag für jedes weitere Familienmitglied	I	78,23	97,79	107,57	117,35
	II	88,01	107,57	117,35	127,13
	III	88,01	117,35	127,13	136,91
	IV	97,79	127,13	136,91	146,69
	V	107,57	136,91	146,69	156,47
	VI	117,35	146,69	156,47	176,02

b) In Absatz 2 wird die Angabe „der Anlagen 1 bis 8“ durch die Angabe „des § 2“ ersetzt.

c) Die Absätze 6 und 7 werden aufgehoben.

9. Die §§ 9 bis 14 werden wie folgt gefaßt:

§ 9

Begriff des Gesamteinkommens

(1) Gesamteinkommen im Sinne dieses Gesetzes ist die Summe der Jahreseinkommen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich der Frei- und Abzugsbeträge nach § 13.

(2) Monatliches Gesamteinkommen ist der zwölfte Teil des Gesamteinkommens.

§ 10

Begriff des Jahreseinkommens

(1) Jahreseinkommen im Sinne dieses Gesetzes ist, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 sowie der §§ 11 bis 13, die Summe der positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes jedes zum Haushalt rechnenden Familienmitglieds. Ein Ausgleich mit negativen Einkünften aus anderen Einkunftsarten oder mit negativen Einkünften des zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.

(2) Zum Jahreseinkommen gehören:

1. der nach § 19 Abs. 2 und § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes steuerfreie Betrag von Versorgungsbezügen,
2. die nach § 3b des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit,
3. der nach § 3 Nr. 39 des Einkommensteuergesetzes steuerfreie und der nach § 40a des Einkommensteuergesetzes vom Arbeitgeber pauschal besteuerte Arbeitslohn,
4. der nach § 20 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes steuerfreie Betrag (Sparer-Freibetrag),
5. die den Ertragsanteil nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes übersteigenden Teile von Leibrenten,
6. der Mietwert des von den in § 3 Abs. 2 Nr. 4 genannten Personen eigengenutzten Wohnraums,
7. die Ansparabschreibungen nach § 7g des Einkommensteuergesetzes sowie die auf Sonderabschreibungen und erhöhte Absetzungen entfallenden Beträge, soweit sie die höchstmöglichen Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Einkommensteuergesetzes übersteigen; im Falle der Ansparabschreibungen vermindert sich das Jahreseinkommen um den Betrag, um den die Rücklage gewinnerhöhend aufzulösen ist,
8. die einkommensabhängigen Rentenleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach den Gesetzen, die auf das Bundesversorgungsgesetz verweisen,
9. die Lohn- und Einkommensersatzleistungen sowie die ausländischen Einkünfte nach § 32b des Einkommensteuergesetzes,
10. die Hälfte der einer Tagespflegeperson ersetzten Aufwendungen für die Kosten der Erziehung in Fällen der Tagespflege nach § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
11. die Hälfte der laufenden Leistungen für die Kosten der Erziehung im Rahmen des Unterhalts des Kindes oder Jugendlichen in Fällen der Vollzeitpflege nach § 39 in Verbindung mit § 33 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
12. die Hälfte des Pflegegeldes für Pflegehilfen nach § 37 des Elften Buches Sozialgesetzbuch, die keine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Pflegebedürftigen führen,
- 13.1. die Hälfte der
 - a) Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
 - b) Leistungen der Begabtenförderungswerke, soweit sie nicht von Nummer 13.3. erfaßt sind,
- 13.2. die Hälfte der als Zuschüsse erbrachten
 - a) Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,
 - b) Beiträge zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz,
- 13.3. die als Zuschuß gezahlte Graduiertenförderung,
14. die Hälfte der nach § 3 Nr. 1 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld nach § 14 Abs. 1 und 2 des Mutterschutzgesetzes, soweit sie nicht auf das Erziehungsgeld nach § 7 des Bundeserziehungsgeldgesetzes angerechnet werden,
15. die nach § 22 Nr. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes dem Empfänger nicht zuzurechnenden Bezüge, die ihm zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung von nicht zum Familienhaushalt rechnenden Personen gezahlt werden, sowie die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz,
16. Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Bundesversorgungsgesetzes, soweit diese die bei ihrer Berechnung berücksichtigten Kosten für den Wohnraum oder im Falle des § 3 Abs. 2 Nr. 5 den sich nach § 5 Abs. 3 Satz 2 ergebenden Betrag übersteigen.

(3) Werbungskosten und Aufwendungen zum Erwerb, zur Sicherung und zur Erhaltung von steuerfreien Einnahmen nach Absatz 2 dürfen mit Ausnahme der Nummern 10 und 11 in der zu erwartenden (§ 11 Abs. 1) oder nachgewiesenen (§ 11 Abs. 2) Höhe abgezogen werden.

§ 11

Ermittlungszeitraum des Jahreseinkommens

(1) Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ist das Einkommen zugrunde zu legen, das zum Zeitpunkt der Antragstellung im Bewilligungszeitraum zu erwarten ist. Änderungen des Einkommens im Bewilligungszeitraum sind zu berücksichtigen, wenn sie zum Zeitpunkt der Antragstellung mit Sicherheit zu erwarten sind; Änderungen, deren Beginn oder Ausmaß nicht ermittelt werden können, bleiben außer Betracht.

(2) Kann die Höhe des zu erwartenden Einkommens nicht nach Absatz 1 ermittelt werden, so ist grundsätzlich das Einkommen der letzten zwölf Monate vor Antragstellung zugrunde zu legen.

(3) Bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, kann bei Anwendung des Absatzes 1 von den Einkünften ausgegangen werden, die sich aus dem letzten Einkommensteuerbescheid, den Vorauszahlungsbescheiden oder der letzten Einkommensteuererklärung ergeben; die sich hieraus ergebenden Einkünfte sind bei Anwendung des Absatzes 2 zugrunde zu legen.

(4) Einkommen, das in einem nach Absatz 1 oder 2 maßgebenden Zeitraum anfällt, aber einem anderen Zeitraum zuzurechnen ist, ist so zu behandeln, als wäre es während des anderen Zeitraums angefallen. Einkommen, das einem nach Absatz 1 oder 2 maßgebenden Zeitraum zuzurechnen, aber in einem früheren Zeitraum angefallen ist, ist so zu behandeln, als wäre es während des nach Absatz 1 oder 2 maßgebenden Zeitraums angefallen.

(5) Bestehen Zweifel, daß die Angaben des Antragstellers zum Einkommen vollständig und richtig sind, insbesondere wenn sich ein unter dem Lebensbedarf einschließlich der Miete liegendes Einkommen ergibt, hat der Antragsteller in einer gesonderten Erklärung zu versichern, daß seine Angaben zum Einkommen vollständig und richtig sind.

§ 12

Pauschaler Abzug

(1) Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens werden von dem sich nach den §§ 10 und 11 ergebenden Betrag jeweils 10 vom Hundert für die Leistung von

1. Steuern vom Einkommen,
 2. Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung,
 3. Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung
- abgezogen.

(2) Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Krankenversicherungen oder ähnlichen Einrichtungen stehen den Pflichtbeiträgen nach Absatz 1 Nr. 2 gleich, wenn sie deren Zweckbestimmung entsprechen.

(3) Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen werden in der tatsächlich geleisteten Höhe, höchstens bis zu 10 vom Hundert des sich nach den §§ 10 und 11 ergebenden Betrages abgezogen, wenn die Beiträge der Zweckbestimmung der Pflichtbeiträge nach Absatz 1 Nr. 3 entsprechen. Satz 1 gilt nicht, wenn eine im wesentlichen beitragsfreie Alterssicherung oder eine Alterssicherung, für die Beiträge von einem Dritten geleistet werden, besteht.

(4) Von dem sich nach den §§ 10 und 11 ergebenden Betrag wird mindestens ein Betrag in Höhe von 6 vom Hundert abgezogen.

§ 13

Frei- und Abzugsbeträge

(1) Bei der Ermittlung des Gesamteinkommens werden folgende Freibeträge abgesetzt:

1. 3000 Deutsche Mark für jeden Schwerbehinderten mit einem Grad der Behinderung
 - a) von 100 oder
 - b) von wenigstens 80, wenn der Schwerbehinderte häuslich pflegebedürftig im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist;
2. 2400 Deutsche Mark für jeden Schwerbehinderten mit einem Grad der Behinderung von unter 80, wenn der Schwerbehinderte häuslich pflegebedürftig im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist;
3. 1500 Deutsche Mark für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes;
4. bis zu 1200 Deutsche Mark soweit ein zum Haushalt rechnendes Kind eigenes Einkommen hat und das 16., aber noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen werden bis zu dem in einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung festgelegten oder in einem Unterhaltstitel oder Bescheid festgestellten Betrag abgesetzt. Liegen eine notariell beurkundete Unterhaltsvereinbarung, ein Unterhaltstitel oder ein Bescheid nicht vor, können Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen wie folgt abgesetzt werden:

1. bis zu 6000 Deutsche Mark für ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied, das auswärts untergebracht ist und sich in Berufsausbildung befindet;
2. bis zu 12000 Deutsche Mark für einen nicht zum Haushalt rechnenden geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten. Entsprechendes gilt bei Nichtigkeit oder Aufhebung der Ehe;
3. bis zu 6000 Deutsche Mark für eine sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person.

§ 14

Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung

Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens bleiben Leistungen Dritter zur Bezahlung der Miete oder zum Ausgleich der Belastung sowie Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung eines Teils des Wohnraums, für den Wohngeld beantragt wird, außer Betracht."

10. Die §§ 15 bis 17 werden aufgehoben.

11. § 18 wird wie folgt gefaßt:

„§ 18

Ein Anspruch auf Wohngeld besteht nicht,

1. wenn für die wirtschaftliche Sicherung von Wohnraum andere öffentliche Leistungen erbracht werden, die mit dem Wohngeld vergleichbar sind,
2. wenn für eine von mehreren Wohnungen bereits Wohngeld geleistet oder eine vergleichbare Leistung erbracht wird,
3. für Wohnraum, der von Personen während der Zeit benutzt wird, in der sie vom Familienhaushalt vorübergehend abwesend sind (§ 4 Abs. 3),
4. soweit ein Antragberechtigter, der mit Personen, die keine Familienmitglieder im Sinne des § 4 sind, eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führt, besser gestellt wäre als im Rahmen eines Familienhaushalts entsprechender Größe; das Bestehen einer Wirtschaftsgemeinschaft wird vermutet, wenn der Antragberechtigte und die Personen Wohnraum gemeinsam bewohnen,
5. wenn das Wohngeld weniger als 19,56 Deutsche Mark betragen würde oder
6. soweit die Inanspruchnahme mißbräuchlich wäre."

12. In § 25 Abs. 1 Nr. 3 wird die Angabe „§ 18 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 18 Nr. 6“ ersetzt.

13. § 27 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Gewährung“ durch das Wort „Leistung“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 Nr. 1 wird das Wort „gewährt“ durch das Wort „erbracht“ ersetzt.

14. Dem § 28 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) In den Fällen des § 27 Abs. 4 Nr. 3 wird rückwirkend bewilligtes Wohngeld nur insoweit gezahlt, als es den Rückforderungsbetrag von Leistungen nach dem Fünften Teil übersteigt.“

15. § 29 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 3 wird das Wort „Familieneinkommen“ durch das Wort „Gesamteinkommen“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden in Nummer 2 das Wort „Familieneinkommen“ durch das Wort „Gesamteinkommen“ und nach Nummer 2 das Wort „Gewährung“ durch das Wort „Leistung“ ersetzt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 wird das Wort „Familienangehörigen“ durch das Wort „Familienmitglieder“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt: „Satz 1 und 2 gilt entsprechend, wenn sich die Änderungen nach Nummer 1 und 2 auf einen abgelaufenen Bewilligungszeitraum beziehen, längstens für drei Jahre nach Eintritt der Änderung.“

16. § 30 Abs. 4 wird aufgehoben.

17. Die Überschrift des Fünften Teils wird wie folgt gefaßt:

„Mietzuschuß für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge“.

18. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt: „Anwendungsbereich, Wegfall und Zurückstellung des Mietzuschusses“.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Bei der Leistung von Mietzuschuß für einen Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigten (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 und 2) sind die §§ 32 und 33 anzuwenden, wenn

1. a) ihm als Alleinstehenden oder

b) ihm und den zu seinem Familienhaushalt rechnenden Angehörigen (§ 4 Abs. 1) ohne Berücksichtigung des Mietzuschusses laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz oder der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach einem Gesetz, das dieses für anwendbar erklärt, außerhalb von Einrichtungen zustehen und

2. bei Einsetzen der in Nummer 1 genannten Leistungen zu erwarten ist, daß sie für wenigstens einen Monat erbracht werden.“

c) In Absatz 2 wird die Angabe „Absatz 1 Satz 1 Nr. 1“ durch die Angabe „Absatz 1 Nr. 1“ ersetzt.

d) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefaßt:

„(3) Die Anwendung des § 32 ist ausgeschlossen, wenn

1. der Mietzuschuß nach § 32 gleich hoch oder höher wäre als eine in Absatz 1 Nr. 1 genannte, den Familienmitgliedern insgesamt zustehende monatliche Leistung oder

2. dem Anspruchsberechtigten bereits Wohngeld nach diesem Gesetz geleistet wird.

(4) Der Mietzuschuß nach § 32 wird vom Ersten des Monats an geleistet, in dem die in Absatz 1 Nr. 1 genannten Leistungen einsetzen. Er entfällt mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen des Absatzes 1 und 2 nicht mehr vorliegen oder in dem der Ausschlußgrund des Absatzes 3 Nr. 1 eintritt.“

e) Folgender Absatz wird angefügt:

„(5) Die Bemessung des Mietzuschusses nach § 32 kann solange zurückgestellt werden, als eine in Absatz 1 Nr. 1 genannte Leistung erbracht wird, wenn über andere bei der Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge anzurechnende Leistungen noch nicht entschieden ist, längstens jedoch bis zu sechs Monaten nach Einsetzen der Leistungen nach Absatz 1 Nr. 1. Über die Zurückstellung ist dem Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigten ein schriftlicher Bescheid zu erteilen. Während des Zeitraums der Zurückstellung ist ein Antrag auf Mietzuschuß nach diesem Gesetz im übrigen nicht zulässig.“

19. Die §§ 32 und 33 werden wie folgt gefaßt

„§ 32

Bemessung des Mietzuschusses

(1) Der Mietzuschuß wird zu den im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft, soweit es sich um Wohnraum handelt, geleistet. Bei der Bemessung des Mietzuschusses für Haushaltsgrößen bis zu fünf Personen sind die Anlagen 3 bis 7 (Wohngeldtabellen) anzuwenden.

(2) Von den tatsächlichen Aufwendungen für den Wohnraum sind abzusetzen

1. eine Vergütung für die Überlassung von Möbeln. Ist für die Überlassung von Möbeln ein besonderer Betrag nicht angegeben, sind von den Aufwendungen für Wohnraum nur 80 vom Hundert zu berücksichtigen;

2. das Entgelt für Wohnraum, der einem anderen zum Gebrauch überlassen ist;

3. Leistungen Dritter zur Bezahlung der Miete.

(3) Vor Ablauf von zwölf Monaten seit der erstmaligen oder erneuten Bewilligung ändert sich der Mietzuschuß für denselben Wohnraum nur, wenn sich die im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft nach Absatz 1 um mehr als 15 vom Hundert ändern.

(4) Die Vorschriften über die Höchstbeträge für Miete oder Belastung nach § 8 Abs. 1 sind anzuwenden.

(5) Es ist von folgendem monatlichen Gesamteinkommen auszugehen:

Haushaltsgröße	Monatliches Gesamteinkommen
Personen	Deutsche Mark
1	700,19
2	989,65
3	1220,44
4	1500,12
5	1809,14

(6) Für Haushaltsgrößen von sechs bis zwölf Personen wird der monatliche Mietzuschuß auf der Grundlage des monatlichen Gesamteinkommens nach Absatz 5 für eine Haushaltsgröße von fünf Personen und nach Anlage 7 ermittelt. Wenn die Miete nach Absatz 1 und 2, höchstens jedoch der sich aus § 8 Abs. 1 für Haushaltsgrößen von sechs bis zwölf Personen jeweils ergebende Höchstbetrag, größer ist als die nach Anlage 7 höchstens zu berücksichtigende Miete, ist die letztere zugrunde zu legen. Der nach Satz 1 und 2 ermittelte Mietzuschuß erhöht sich für eine Haushaltsgröße von sechs Personen um 6 vom Hundert, von sieben Personen um 12 vom Hundert, von acht Personen um 18 vom Hundert, von neun Personen um 30 vom Hundert, von zehn Personen um 42 vom Hundert, von elf Personen um 54 vom Hundert und von zwölf Personen um 66 vom Hundert. Im Falle des Satzes 2 erhöht sich der nach Satz 1 bis 3 ermittelte Mietzuschuß um 70 vom Hundert des Unterschiedsbetrages zwischen der Miete nach Absatz 1 und 2, höchstens jedoch dem sich aus § 8 Abs. 1 für Haushaltsgrößen von sechs bis zwölf Personen jeweils ergebenden Höchstbetrag, und der nach Anlage 7 höchstens zu berücksichtigenden Miete.

(7) Für Haushaltsgrößen über zwölf Personen erhöht sich der nach Absatz 6 für zwölf Personen bemessene monatliche Mietzuschuß um jeweils 78,23 Deutsche Mark für das dreizehnte und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied, höchstens jedoch bis zur Höhe der berücksichtigungsfähigen Miete.

(8) Erhalten ein Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigter, der in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne des § 122 des Bundessozialhilfegesetzes lebt, sowie ein mit ihm lebender Angehöriger (§ 4 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 7) auf Grund eines einheitlichen Bescheides laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, sind ihm bei der Bemessung des Mietzuschusses die gesamten nach dem Bundessozialhilfegesetz anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft zuzurechnen.

§ 33

Bewilligung und Erstattung des Mietzuschusses, Belehrungspflicht, sonstige anzuwendende Vorschriften, Zuständigkeit

(1) Über die Bewilligung, Nichtleistung oder Einstellung des Mietzuschusses nach § 32 ist dem Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigten ein schriftlicher Bescheid zu erteilen. Der Bescheid kann mit dem Sozialhilfebescheid verbunden werden.

(2) Erhalten Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigte, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne des § 122 des Bundessozialhilfegesetzes leben, sowie mit ihnen lebende Angehörige (§ 4 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 7) auf Grund eines einheitlichen Bescheides laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, kann auch der nach § 32 bemessene Mietzuschuß auf Grund eines einheitlichen Bescheides geleistet werden. Erhält einer der Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigten keine der genannten Leistungen, gilt auch diese Person als Empfänger der Hilfe.

(3) Wird nach der Bewilligung des Mietzuschusses nach § 32 eine Sozialleistung zur Deckung des Lebensunterhalts oder der Miete bewilligt, bei deren Bemessung der Mietzuschuß als Einnahme nicht zu berücksichtigen ist, hat die nach Absatz 6 zuständige Stelle einen Erstattungsanspruch nach den §§ 102 bis 114 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch, soweit unter Berücksichtigung dieser Sozialleistung bei der Bemessung der laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz oder der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach einem Gesetz, das dieses für anwendbar erklärt, der Mietzuschuß nicht zugestanden hätte.

(4) Wird der Mietzuschuß nach § 32 nicht geleistet oder eingestellt oder ist nach diesem Teil ein zu Unrecht erbrachter Mietzuschuß zu erstatten, ist der Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigte über die Antragsfrist des § 27 Abs. 4 schriftlich zu befehlen.

(5) Der § 4 Abs. 4, die §§ 25, 28 Abs. 1 und die §§ 37b und 41 sind entsprechend anzuwenden. Die auf Vorschriften des Fünften Teils dieses Gesetzes Bezug nehmenden Vorschriften mit Ausnahme des § 27 Abs. 4 sind anzuwenden.

(6) Über den Mietzuschuß nach dem Fünften Teil entscheidet die in Angelegenheiten der laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt (§ 31 Abs. 1 Nr. 1) zuständige oder zur Durchführung herangezogene Stelle. Über den Widerspruch gegen den Wohngeldbescheid entscheidet die Stelle, die in den in Satz 1 genannten Angelegenheiten für die Entscheidung über den Widerspruch zuständig ist. Abweichend von Satz 2 entscheidet im Land Berlin über den Widerspruch gegen den Wohngeldbescheid die nach dem Gesetz über die Zuständigkeiten in der allgemeinen Berliner Verwaltung zuständige Stelle."

20. § 35 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „(§ 8 Abs. 7)“ durch die Angabe „(§ 39)“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Vor Buchstabe a wird die Angabe „Anlagen 1 bis 8“ durch die Angabe „Anlagen 3 bis 7“ ersetzt.

bbb) In Buchstabe f werden nach dem Wort „Belastung,“ die Wörter „im Falle des § 6 Abs. 2 Satz 2 die Belastung aus Zinsen und Tilgung,“ eingefügt.

ccc) In Buchstabe g werden die Angabe „(§§ 12 bis 17)“ durch die Angabe „(§§ 12 bis 14)“ und das Wort „Familieneinkommen“ durch das Wort „Gesamteinkommen“ ersetzt.

bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Vor Buchstabe a wird das Wort „Wohngeldgewährung“ durch die Wörter „Leistung des Mietzuschusses“ ersetzt.

bbb) In Buchstabe a wird das Wort „Wohngeldgewährung“ durch die Wörter „Leistung des Mietzuschusses“ ersetzt.

ccc) Buchstabe b wird wie folgt gefaßt:

„b) die Höhe des monatlichen Mietzuschusses sowie die Zahl der zum Familienhaushalt (§ 31 Abs. 1 Nr. 1) oder zur Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft (§ 33 Abs. 2) rechnenden Personen;“

ddd) Buchstabe c wird wie folgt gefaßt:

„c) die tatsächlichen und die anerkannten laufenden monatlichen Aufwendungen für den Wohnraum (§ 32 Abs. 1 und 2) sowie die bei der Berechnung des Mietzuschusses zu berücksichtigenden Höchstbeträge für die Miete (§ 8 Abs. 1);“.

eee) Buchstabe d wird wie folgt gefaßt:

„d) die Wohnverhältnisse der Empfänger von Mietzuschuß nach Ausstattung, Größe und Jahr der Bezugsfertigkeit der Wohnung sowie die Gemeinde und deren Mietenstufe (§ 8 Abs. 2 bis 5);“.

fff) In Buchstabe e wird das Wort „Wohngeldes“ durch das Wort „Mietzuschusses“ ersetzt.

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird gestrichen.

bb) Im bisherigen Satz 3 Nr. 2 werden das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und Nummer 3 aufgehoben.

d) Absatz 8 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „Gewährung“ durch das Wort „Leistung“ ersetzt.

bb) In Satz 4 werden die Wörter „und für die Angaben im Falle einer Erhebung nach Absatz 5 Satz 2“ gestrichen.

e) In Absatz 9 werden die Wörter „und im Falle einer Erhebung nach Absatz 5 Satz 2“ gestrichen.

21. § 36 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe b wird die Angabe „(§§ 9 bis 17)“ durch die Angabe „(§§ 9 bis 14)“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Abweichend von Absatz 1 Nr. 2 und § 8 Abs. 1 bis 4 gilt für die Festlegung von Mietenstufen übergangsweise:

1. Bis zur erstmaligen Festlegung von Mietenstufen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet ist für die Feststellung des Mietenniveaus § 8 Abs. 3 in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 mit der Maßgabe anzuwenden, daß als Mietenniveau die durchschnittliche prozentuale Abweichung der Quadratmetermieten von Wohnraum in Gemeinden vom Durchschnitt der Quadratmetermieten vergleichbaren Wohnraums in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 zugrunde zu legen ist;
2. die erstmalige Festlegung der Mietenstufen für Kreise und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet kann bis zum 31. Dezember 2003 auch ohne eine Anpassung der Höchstbeträge für die Miete oder Belastung erfolgen;
3. bis zum 31. Dezember 2003 kann § 8 Abs. 2 und 3 mit der Maßgabe angewendet werden, daß für die Ermittlung des Mietenniveaus allein die statistischen Daten gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 1 von Wohngeld nach § 2 Abs. 1 Satz 1 in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung beziehenden Mietern herangezogen werden können.“

22. § 37 wird aufgehoben.

23. § 38 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„§ 18 Nr. 1 und § 34 sind nicht auf sonstige laufende Leistungen einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes anzuwenden, die einem Wohngeldempfänger zur Senkung der Miete oder Belastung bis auf den nach § 8 Abs. 1 maßgebenden Höchstbetrag erbracht werden.“

24. Nach § 38 wird folgender Paragraph eingefügt:

„§ 39

Wohngeld- und Mietenbericht

Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre bis zum 30. Juni über die Durchführung dieses Gesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum.“

25. § 40 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird das Wort „Gewährung“ durch das Wort „Leistung“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Der Bericht nach § 39 wird erstmals im Jahr 2004 erstattet.“

26. § 41 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 erster Halbsatz wird das Wort „weitergewährt“ durch das Wort „weitergeleistet“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 erster Halbsatz wird das Wort „weitergewährt“ durch das Wort „weitergeleistet“ ersetzt.

27. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstabe a werden die Wörter „Absatz 1 ist bis zum 31. Dezember 1998 in folgender Fassung anzuwenden.“ durch die Wörter „Absatz 1 ist bis zum Wirksamwerden der erstmaligen Festlegung von Mietenstufen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet in folgender Fassung anzuwenden.“ ersetzt.

bb) Die Nummern 2, 3 und 5 bis 7 werden aufgehoben.

- b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

- c) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

28. § 43 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende Nummer 1 eingefügt:

„1. eine nicht vollständige oder nicht richtige Versicherung nach § 11 Abs. 5 abgibt,“

b) Die bisherigen Nummern 1 und 2 werden die Nummern 2 und 3.

c) In der neuen Nummer 2 wird die Angabe „§ 29 Abs. 4 Satz 1“ durch die Angabe „§ 29 Abs. 4 Satz 1 und 3“ ersetzt.

29. Die Anlagen 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

Anlage 1

Werte für „a“, „b“ und „c“

Die in die Formel nach § 2 Abs. 1 Satz 1 einzusetzenden, nach Haushaltsgröße unterschiedenen Werte „a“, „b“ und „c“ sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

	1- Personen- Haushalt	2- Personen- Haushalt	3- Personen- Haushalt	4- Personen- Haushalt	5- Personen- Haushalt	6- Personen- Haushalt
a	6,300E-2	5,700E-2	5,500E-2	4,700E-2	4,200E-2	3,700E-2
b	7,963E-4	5,761E-4	5,176E-4	3,945E-4	3,483E-4	3,269E-4
c	9,102E-5	6,431E-5	3,250E-5	2,325E-5	2,151E-5	1,519E-5

	7- Personen- Haushalt	8- Personen- Haushalt	9- Personen- Haushalt	10- Personen- Haushalt	11- Personen- Haushalt	12- Personen- Haushalt
a	3,300E-2	2,300E-2	-1,700E-2	-3,700E-2	-6,700E-2	-9,200E-2
b	3,129E-4	2,959E-4	2,245E-4	1,565E-4	1,533E-4	1,356E-4
c	8,745E-6	7,440E-6	3,522E-5	5,547E-5	5,686E-5	6,182E-5

Hierbei bedeuten:

E-2	geteilt durch 100
E-4	geteilt durch 10000
E-5	geteilt durch 100000
E-6	geteilt durch 1000000

Anlage 2

Rechenschritte und Rundungen

1. „M“ ist die gerundete, tatsächliche zu berücksichtigende monatliche Miete oder Belastung in Euro (§ 2 Abs. 1 Satz 2). Bei der Umrechnung der ungerundeten, tatsächlichen zu berücksichtigenden monatlichen Miete oder Belastung im Sinne der §§ 7 und 8 („M^{**}“) auf „M“ gilt:

Wird „M^{**}“ in Deutsche Mark angegeben, ist „M^{**}“ zunächst in Euro umzurechnen. Hierzu wird „M^{**}“ durch 1,95583 geteilt. Der sich ergebende Betrag ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag größer als oder gleich 50 ist; er ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden, wenn der restliche Cent-Betrag kleiner als 50 ist.

Wenn „M^{**}“ in Euro kleiner als oder gleich 50 ist, ist „M^{**}“ auf den nächsten durch 5 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn „M^{**}“ nicht bereits durch 5 ohne Rest teilbar ist. Wenn „M^{**}“ durch 5 ohne Rest teilbar ist, bleibt „M^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 2,50 Euro abzuziehen.

Wenn „M^{**}“ in Euro größer als 50 ist, ist „M^{**}“ auf den nächsten durch 10 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn „M^{**}“ nicht bereits durch 10 ohne Rest teilbar ist. Wenn „M^{**}“ durch 10 ohne Rest teilbar ist, bleibt „M^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 5 Euro abzuziehen.

- 2. „Y“ ist das gerundete monatliche Einkommen in Euro (§ 2 Abs. 1 Satz 3).

Wenn das monatliche Einkommen nach den §§ 9 bis 14 („Y^{**}“) in Deutsche Mark ermittelt wird, ist es zunächst in Euro umzurechnen. Hierzu wird „Y^{**}“ durch 1,95583 geteilt. Der sich ergebende Betrag ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag größer als oder gleich 50 ist; er ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden, wenn der restliche Cent-Betrag kleiner als 50 ist.

Um „Y“ in Euro zu erhalten, ist „Y^{**}“ auf den nächsten durch 10 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn es nicht bereits durch 10 ohne Rest teilbar ist. Wenn „Y^{**}“ durch 10 ohne Rest teilbar ist, bleibt „Y^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 5 Euro abzuziehen.

- 3. Euro-Werte für „M“ und „Y“, die unterhalb der folgenden Tabellenwerte liegen, werden durch diese ersetzt:

	1- Personen- Haushalt	2- Personen- Haushalt	3- Personen- Haushalt	4- Personen- Haushalt	5- Personen- Haushalt	6- Personen- Haushalt
M	22,5	22,5	27,5	32,5	32,5	32,5
Y	120	150	200	250	285	320

	7- Personen- Haushalt	8- Personen- Haushalt	9- Personen- Haushalt	10- Personen- Haushalt	11- Personen- Haushalt	12- Personen- Haushalt
M	35	35	37,5	37,5	75	155
Y	355	385	555	730	1000	1175

- 4. Der ungerundete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß in Euro ergibt sich durch Einsetzen der Werte für „a“, „b“, „c“ (Anlage 1) und für „M“ und „Y“ in die Formel nach § 2 Abs. 1 Satz 1 und durch Ausführen der drei folgenden Rechenschritte:

Berechnung der Dezimalzahlen

$$z1 = a + b \cdot M + c \cdot Y,$$

$$z2 = z1 \cdot Y,$$

$$z3 = M - z2.$$

Hierbei sind die Dezimalzahlen als Festkommazahlen mit zehn Nachkommastellen zu berechnen.

- 5. Dieser ungerundete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag größer als oder gleich 50 ist; er ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag kleiner als 50 ist.
- 6. Um den entsprechenden Miet- oder Lastenzuschußbetrag in Deutsche Mark zu erhalten, ist der gerundete Miet- oder Lastenzuschußbetrag in Euro mit 1,95583 zu multiplizieren.

30. Die bisherigen Anlagen 1 bis 5 werden Anlagen 3 bis 7 und wie folgt gefaßt:

Anlage 3

Wohngehd für Alleinstehende

Bei einem Alleinstehenden beträgt das Wohngehd monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	39,12 bis 48,90	48,90 bis 58,67	58,67 bis 68,45	68,45 bis 78,23	78,23 bis 88,01	88,01 bis 97,79	97,79 bis 117,35	117,35 bis 136,91	136,91 bis 156,47	156,47 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutsche Mark														
0 - 234,70	21,51	31,29	41,07	48,90	58,67	68,50	80,19	97,79	115,39	133,00	150,60	168,20	185,80	203,41
234,70 - 254,26	21,51	29,34	39,12	46,94	56,72	64,54	78,23	95,84	113,44	131,04	148,64	166,25	183,85	201,45
254,26 - 273,82	19,58	27,38	37,18	44,98	54,76	62,59	76,28	93,88	111,48	129,08	146,69	164,29	179,94	197,54
273,82 - 293,37		25,43	35,20	43,03	52,81	60,63	74,32	89,97	107,57	125,17	142,78	160,38	177,98	195,58
293,37 - 312,93		23,47	33,25	41,07	48,90	56,72	70,41	88,01	105,61	123,22	138,86	156,47	174,07	191,67
312,93 - 332,48		21,51	29,34	39,12	46,94	54,76	68,45	86,06	101,70	119,31	136,91	152,55	170,16	187,76
332,48 - 352,05		19,58	27,38	35,20	44,98	52,81	66,50	82,14	99,75	115,39	133,00	150,60	168,25	183,85
352,05 - 371,61			25,43	33,25	41,07	50,85	62,59	80,19	95,84	113,44	129,08	146,69	162,33	179,94
371,61 - 391,17			23,47	31,29	39,12	46,94	60,63	76,28	93,88	109,53	127,13	142,78	158,42	176,02
391,17 - 410,72			19,58	29,34	37,16	44,98	56,72	74,32	89,97	105,61	123,22	138,86	154,51	172,11
410,72 - 430,28				25,43	33,25	43,03	54,76	70,41	86,06	103,66	119,31	134,95	152,55	168,20
430,28 - 449,84				23,47	31,29	39,12	50,85	68,45	84,10	99,75	115,39	131,04	148,64	164,29
449,84 - 469,40				21,51	29,34	37,16	48,90	64,54	80,19	95,84	111,48	129,08	144,73	160,38
469,40 - 488,96					25,43	33,25	44,98	60,63	76,28	93,88	109,53	125,17	140,82	156,47
488,96 - 508,52					23,47	31,29	43,03	56,72	74,32	89,97	105,61	121,26	136,91	152,55
508,52 - 528,07					19,58	27,38	39,12	54,76	70,41	86,06	101,70	117,35	133,00	148,64
528,07 - 547,63						25,43	37,16	52,81	66,50	82,14	97,79	113,44	129,08	142,78
547,63 - 567,19						21,51	33,25	48,90	64,54	78,23	93,88	109,53	125,17	138,86
567,19 - 586,75						19,58	31,29	44,98	60,63	76,28	89,97	105,61	119,31	134,95
586,75 - 606,31							27,38	43,03	56,72	72,37	86,06	101,70	115,39	131,04
606,31 - 625,87							23,47	39,12	52,81	68,45	82,14	97,79	111,48	127,13
625,87 - 645,42							21,51	35,20	50,85	64,54	78,23	93,88	107,57	123,22
645,42 - 664,98								31,29	46,94	60,63	74,32	89,97	103,66	117,35
664,98 - 684,54								29,34	43,03	56,72	70,41	86,06	99,75	113,44
684,54 - 704,10								25,43	39,12	52,81	66,50	80,19	95,84	109,53
704,10 - 723,68								21,51	35,20	48,90	62,59	76,28	89,97	105,61
723,68 - 743,22									31,29	44,98	58,67	72,37	86,06	99,75
743,22 - 762,77									27,38	41,07	54,76	68,45	82,14	95,84
762,77 - 782,33									23,47	37,16	50,85	64,54	78,23	91,92
782,33 - 801,89									19,58	33,25	46,94	60,63	72,37	86,06
801,89 - 821,45										29,34	43,03	54,76	68,45	82,14
821,45 - 841,01										25,43	39,12	50,85	64,54	76,28
841,01 - 860,57										21,51	33,25	46,94	60,63	72,37
860,57 - 880,12											29,34	43,03	54,76	68,45
880,12 - 899,68											25,43	37,16	50,85	62,59
899,68 - 919,24											21,51	33,25	44,98	58,67
919,24 - 938,80												29,34	41,07	52,81
938,80 - 958,36												23,47	37,16	48,90
958,36 - 977,92												19,58	31,29	43,03
977,92 - 997,47													27,38	39,12
997,47 - 1017,03													21,51	33,25
1017,03 - 1036,59														29,34
1036,59 - 1056,15														23,47
1056,15 - 1075,71														
1075,71 - 1095,26														
1095,26 - 1114,82														
1114,82 - 1134,38														
1134,38 - 1153,94														
1153,94 - 1173,50														

Fortsetzung siehe Seite 22

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark															
254,26 bis 273,82	273,82 bis 293,37	293,37 bis 312,93	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	430,28 bis 449,84	449,84 bis 469,40	469,40 bis 488,96	488,96 bis 508,52	508,52 bis 528,07	528,07 bis 547,63	547,63 bis 567,19
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Deutsche Mark															
221,01	238,61	256,21	273,82	291,42	309,02	326,62	346,18	363,78	381,39	398,99	416,59	434,19	451,80	469,40	487,00
219,05	236,66	254,26	271,86	289,46	307,07	324,67	342,27	359,87	377,48	395,08	412,68	430,28	447,89	465,49	483,09
215,14	232,74	250,35	267,95	285,55	303,15	320,76	338,36	355,96	373,56	391,17	408,81	424,42	442,02	459,62	477,22
211,23	228,83	246,43	264,04	281,64	299,24	314,89	332,49	350,09	367,70	385,30	402,90	420,50	438,15	453,75	471,36
207,32	224,92	242,52	260,13	275,77	293,37	310,98	328,58	346,18	361,83	379,43	397,03	414,64	430,28	447,89	465,49
203,41	221,01	238,61	254,26	271,86	289,46	307,07	322,71	340,31	357,92	373,56	391,17	408,77	424,42	442,02	459,62
199,49	217,10	234,70	250,35	267,95	283,60	301,20	318,80	334,45	352,05	367,70	385,30	402,90	418,55	436,15	451,80
195,58	213,19	228,83	246,43	262,08	279,68	297,29	312,93	330,54	346,18	363,78	379,43	397,03	412,68	430,28	445,93
191,67	209,27	224,92	242,52	258,17	275,77	291,42	307,07	324,67	340,31	357,92	373,56	391,17	408,81	424,42	440,06
187,76	205,36	221,01	236,66	254,26	269,90	285,55	303,15	318,80	336,40	352,05	367,70	385,30	400,95	416,59	434,19
183,85	199,49	217,10	232,74	248,39	265,99	281,64	297,29	312,93	330,54	346,18	361,83	379,43	395,08	410,72	426,37
179,94	195,58	211,23	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	309,02	324,67	340,31	355,96	373,56	389,21	404,86	420,50
176,02	191,67	207,32	222,96	238,61	256,21	271,86	287,51	303,15	318,80	334,45	350,09	365,74	383,34	398,99	414,64
172,11	187,76	203,41	219,05	234,70	250,35	265,99	281,64	297,29	312,93	328,58	344,23	359,87	375,52	391,17	406,81
168,20	183,85	199,49	215,14	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	307,07	322,71	338,36	354,01	369,65	385,30	400,95
162,33	177,98	193,63	209,27	224,92	240,57	256,21	271,86	287,51	301,20	316,84	332,49	348,14	363,78	379,43	395,08
158,42	174,07	189,72	205,36	219,05	234,70	250,35	265,99	281,64	297,29	310,98	326,62	342,27	357,92	373,56	387,25
154,51	170,16	183,85	199,49	215,14	230,79	244,48	260,13	275,77	291,42	305,11	320,76	336,40	352,05	365,74	381,39
150,60	164,29	179,94	195,58	209,27	224,92	240,57	254,26	269,90	285,55	299,24	314,89	330,54	344,23	359,87	375,52
146,69	160,38	176,02	189,72	205,36	219,05	234,70	250,35	264,04	279,68	293,37	309,02	322,71	338,36	354,01	367,70
140,82	156,47	170,16	185,80	199,49	215,14	228,83	244,48	258,17	273,82	287,51	303,15	316,84	332,49	346,18	361,83
136,91	150,60	166,25	179,94	195,58	209,27	222,96	238,61	252,30	267,95	281,64	297,29	310,98	324,67	340,31	354,01
133,00	146,69	160,38	176,02	189,72	203,41	219,05	232,74	246,43	262,08	275,77	289,46	305,11	318,80	332,49	348,14
127,13	142,78	156,47	170,16	183,85	199,49	213,19	226,88	240,57	256,21	269,90	283,60	297,29	312,93	326,62	340,31
123,22	136,91	150,60	166,25	179,94	193,63	207,32	221,01	234,70	250,35	264,04	277,73	291,42	305,11	318,80	334,45
119,31	133,00	146,69	160,38	174,07	187,76	201,45	215,14	228,83	242,52	256,21	271,86	285,55	299,24	312,93	326,62
113,44	127,13	140,82	154,51	168,20	181,89	195,58	209,27	222,96	236,66	250,35	264,04	277,73	291,42	305,11	318,80
109,53	123,22	136,91	150,60	164,29	177,98	189,72	203,41	217,10	230,79	244,48	258,17	271,86	285,55	299,24	312,93
103,66	117,35	131,04	144,73	158,42	172,11	185,80	197,54	211,23	224,92	238,61	252,30	265,99	279,68	291,42	305,11
99,75	113,44	127,13	138,86	152,55	166,25	179,94	191,67	205,36	219,05	232,74	246,43	258,17	271,86	285,55	299,24
95,84	107,57	121,26	134,95	148,69	160,38	174,07	185,80	199,49	213,19	226,88	238,61	252,30	265,99	277,73	291,42
89,97	103,66	115,39	129,08	142,78	154,51	168,20	179,94	193,63	207,32	219,05	232,74	244,48	258,17	271,86	283,60
86,06	97,79	111,48	123,22	136,91	148,64	162,33	174,07	187,76	199,49	213,19	226,88	238,61	252,30	264,04	277,73
80,19	93,88	105,61	117,35	131,04	142,78	156,47	168,20	181,89	193,63	207,32	219,05	232,74	244,48	256,21	269,90
76,28	88,01	99,75	113,44	125,17	138,91	150,60	162,33	176,02	187,76	199,49	213,19	224,92	236,66	250,35	262,08
70,41	82,14	95,84	107,57	119,31	133,00	144,73	156,47	168,20	181,89	193,63	205,36	219,05	230,79	242,52	254,26
64,54	78,23	89,97	101,70	113,44	127,13	138,86	150,60	162,33	174,07	187,76	199,49	211,23	222,96	236,66	248,39
60,63	72,37	84,10	95,84	107,57	121,26	133,00	144,73	156,47	168,20	179,94	191,67	205,36	217,10	228,83	240,57
54,76	66,50	78,23	89,97	103,66	115,39	127,13	138,86	150,60	162,33	174,07	185,80	197,54	209,27	221,01	232,74
50,85	62,59	74,32	86,06	97,79	109,53	121,26	133,00	144,73	154,51	166,25	177,98	189,72	201,45	213,19	224,92
44,98	56,72	68,45	80,19	91,92	103,66	113,44	125,17	136,91	148,64	160,38	172,11	183,85	195,58	207,32	219,05
39,12	50,85	62,59	74,32	86,06	95,84	107,57	119,31	131,04	142,78	154,51	164,29	176,02	187,76	199,49	211,23
35,20	44,98	56,72	68,45	80,19	89,97	101,70	113,44	125,17	134,95	146,69	158,42	170,16	179,94	191,67	203,41
29,34	41,07	50,85	62,59	74,32	84,10	95,84	107,57	117,35	129,08	140,82	150,60	162,33	174,07	183,85	195,58
23,47	35,20	44,98	56,72	68,45	78,23	89,97	99,75	111,48	123,22	133,00	144,73	154,51	166,25	176,02	187,76
19,56	29,34	41,07	50,85	62,59	72,37	84,10	93,88	105,61	115,39	127,13	136,91	148,64	158,42	170,16	179,94
	23,47	35,20	44,98	56,72	66,50	76,28	88,01	97,79	109,53	119,31	131,04	140,82	150,60	162,33	172,11
		29,34	39,12	48,90	60,63	70,41	80,19	91,92	101,70	113,44	123,22	133,00	144,73	154,51	164,29
		23,47	33,25	43,03	54,76	64,54	74,32	84,10	95,84	105,61	115,39	125,17	136,91	146,69	156,47

noch Anlage 3

noch Wohngeld für Alleinstehende

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark							
	587,19 bis 586,75	586,75 bis 606,31	606,31 bis 625,87	625,87 bis 645,42	645,42 bis 664,98	664,98 bis 684,54	684,54 bis 704,10	704,10 bis 723,66
	31	32	33	34	35	36	37	38
Deutsche Mark								
0 - 234,70	504,60	522,21	539,81	557,41	575,01	592,62	610,22	627,82
234,70 - 254,28	500,69	518,29	535,90	553,50	571,10	588,70	606,31	623,91
254,28 - 273,82	494,82	512,43	530,03	547,63	565,23	582,84	600,44	618,04
273,82 - 293,37	488,96	506,56	524,18	539,81	557,41	575,01	592,62	610,22
293,37 - 312,93	483,09	498,74	516,34	533,94	551,54	567,19	584,79	602,40
312,93 - 332,49	475,27	492,87	510,47	526,12	543,72	561,32	576,97	594,57
332,49 - 352,05	469,40	487,00	502,65	520,25	537,85	553,50	571,10	586,75
352,05 - 371,61	463,53	479,18	496,78	512,43	530,03	545,68	563,28	578,93
371,61 - 391,17	455,71	473,31	488,96	506,56	522,21	539,81	555,46	573,06
391,17 - 410,72	449,84	465,49	483,09	498,74	516,34	531,99	547,63	565,23
410,72 - 430,28	443,97	459,62	475,27	492,87	508,52	524,18	539,81	557,41
430,28 - 449,84	436,15	453,75	469,40	485,05	500,69	516,34	533,94	549,59
449,84 - 469,40	430,28	445,93	461,58	477,22	492,87	510,47	526,12	541,76
469,40 - 488,96	424,42	440,06	455,71	471,36	487,00	502,65	518,29	533,94
488,96 - 508,52	416,59	432,24	447,89	463,53	479,18	494,82	510,47	526,12
508,52 - 528,07	410,72	426,37	440,06	455,71	471,36	487,00	502,65	518,29
528,07 - 547,63	402,90	418,55	434,19	449,84	463,53	479,18	494,82	510,47
547,63 - 567,19	397,03	410,72	426,37	442,02	457,66	471,36	487,00	502,65
567,19 - 586,75	389,21	404,86	418,55	434,19	449,84	463,53	479,18	494,82
586,75 - 606,31	383,34	397,03	412,68	426,37	442,02	457,66	471,36	487,00
606,31 - 625,87	375,52	391,17	404,86	420,50	434,19	449,84	463,53	479,18
625,87 - 645,42	369,65	383,34	397,03	412,68	426,37	442,02	455,71	469,40
645,42 - 664,98	361,83	375,52	391,17	404,86	418,55	434,19	447,89	461,58
664,98 - 684,54	354,01	369,65	383,34	397,03	410,72	426,37	440,06	453,75
684,54 - 704,10	348,14	361,83	375,52	389,21	402,90	418,55	432,24	445,93
704,10 - 723,66	340,31	354,01	367,70	381,39	397,03	410,72	424,42	438,11
723,66 - 743,22	332,49	346,18	361,83	375,52	389,21	402,90	416,59	430,28
743,22 - 762,77	326,62	340,31	354,01	367,70	381,39	393,12	406,81	420,50
762,77 - 782,33	318,80	332,49	346,18	359,87	373,56	385,30	398,99	412,68
782,33 - 801,89	310,98	324,67	338,36	352,05	365,74	377,48	391,17	404,86
801,89 - 821,45	305,11	318,84	330,54	344,23	355,98	369,65	383,34	397,03
821,45 - 841,01	297,29	310,98	322,71	336,40	348,14	361,83	375,52	387,25
841,01 - 860,57	289,48	303,15	314,89	328,58	340,31	354,01	365,74	379,43
860,57 - 880,12	281,64	295,33	307,07	320,76	332,49	346,18	357,92	371,61
880,12 - 899,68	275,77	287,51	299,24	312,93	324,67	336,40	350,09	361,83
899,68 - 919,24	267,95	279,68	291,42	305,11	316,84	328,58	342,27	354,01
919,24 - 938,80	260,13	271,86	283,60	297,29	309,02	320,76	332,49	344,23
938,80 - 958,36	252,30	264,04	275,77	289,48	301,20	312,93	324,67	336,40
958,36 - 977,92	244,48	256,21	267,95	279,68	291,42	305,11	316,84	328,58
977,92 - 997,47	236,66	248,39	260,13	271,86	283,60	295,33	307,07	318,80
997,47 - 1017,03	228,83	240,57	252,30	264,04	275,77	287,51	299,24	310,98
1017,03 - 1036,59	222,96	232,74	244,48	256,21	267,95	279,68	289,48	301,20
1036,59 - 1056,15	215,14	224,92	236,66	248,39	260,13	269,90	281,64	293,37
1056,15 - 1075,71	207,32	217,10	228,83	240,57	250,35	262,08	273,82	283,60
1075,71 - 1095,26	199,49	209,27	221,01	230,79	242,52	254,26	264,04	275,77
1095,26 - 1114,82	191,67	201,45	213,19	222,96	234,70	244,48	256,21	265,99
1114,82 - 1134,38	183,85	193,63	203,41	215,14	224,92	236,66	246,43	258,17
1134,38 - 1153,94	176,02	185,80	195,58	207,32	217,10	226,88	238,61	248,39
1153,94 - 1173,50	168,20	177,98	187,76	197,54	209,27	219,05	228,83	238,61

Anlage 4

Wohngeld für zwei Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit zwei Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	39,12 bis 48,90	48,90 bis 58,67	58,67 bis 68,45	68,45 bis 78,23	78,23 bis 88,01	88,01 bis 97,79	97,79 bis 117,35	117,35 bis 136,91	136,91 bis 156,47	156,47 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutsche Mark														
0 - 293,37	21,51	29,34	39,12	46,94	56,72	64,54	78,23	95,84	115,39	133,00	150,60	168,20	185,80	203,41
293,37 - 312,93	19,56	29,34	37,16	46,94	54,76	64,54	78,23	95,84	113,44	131,04	148,64	166,25	183,85	201,45
312,93 - 332,49		27,38	35,20	44,98	52,81	62,59	78,28	93,88	111,48	129,08	146,69	164,29	181,89	199,49
332,49 - 352,05		25,43	33,25	43,03	50,85	60,63	74,32	91,92	107,57	125,17	142,78	160,38	177,98	195,58
352,05 - 371,61		23,47	31,29	41,07	48,90	58,67	70,41	88,01	105,61	123,22	140,82	158,42	176,02	193,63
371,61 - 391,17		21,51	29,34	38,12	46,94	56,72	68,45	86,06	103,66	121,26	138,86	156,47	174,07	189,72
391,17 - 410,72		19,56	27,38	37,16	44,98	54,76	66,50	84,10	101,70	119,31	134,95	152,55	170,16	187,76
410,72 - 430,28			25,43	35,20	43,03	50,85	64,54	82,14	97,79	115,39	133,00	150,60	168,20	183,85
430,28 - 449,84			23,47	33,25	41,07	48,90	62,59	78,23	95,84	113,44	131,04	148,69	164,29	181,89
449,84 - 469,40			21,51	29,34	39,12	46,94	60,63	78,28	93,88	111,48	127,13	144,73	160,38	177,98
469,40 - 488,96			19,56	27,38	37,16	44,98	56,72	74,32	91,92	107,57	125,17	140,82	158,42	176,02
488,96 - 508,52				25,43	35,20	43,03	54,76	72,37	88,01	105,61	121,26	138,86	154,51	172,11
508,52 - 528,07				23,47	31,29	41,07	52,81	68,45	86,06	101,70	119,31	134,95	152,55	168,20
528,07 - 547,63				21,51	29,34	37,16	50,85	66,50	84,10	99,75	115,39	133,00	148,64	166,25
547,63 - 567,19				19,56	27,38	35,20	48,90	64,54	80,19	97,79	113,44	129,08	146,69	162,33
567,19 - 586,75					25,43	33,25	44,98	62,59	78,23	93,88	109,53	127,13	142,78	158,42
586,75 - 606,31					23,47	31,29	43,03	58,67	74,32	91,92	107,57	123,22	138,86	156,47
606,31 - 625,87					19,56	29,34	41,07	56,72	72,37	88,01	103,66	121,26	136,91	152,55
625,87 - 645,42						25,43	37,16	54,76	70,41	86,06	101,70	117,35	133,00	148,64
645,42 - 664,98						23,47	35,20	50,85	66,50	82,14	97,79	113,44	129,08	146,69
664,98 - 684,54						21,51	33,25	48,90	64,54	80,19	95,84	111,48	127,13	142,78
684,54 - 704,10							29,34	44,98	60,63	76,28	91,92	107,57	123,22	138,86
704,10 - 723,66							27,38	43,03	58,67	74,32	89,97	105,61	119,31	134,95
723,66 - 743,22							25,43	41,07	54,76	70,41	86,06	101,70	117,35	133,00
743,22 - 762,77							21,51	37,16	52,81	68,45	82,14	97,79	113,44	129,08
762,77 - 782,33							19,56	35,20	48,90	64,54	80,19	95,84	109,53	125,17
782,33 - 801,89								31,29	46,94	62,59	76,28	91,92	107,57	121,26
801,89 - 821,45								29,34	43,03	58,67	74,32	88,01	103,66	117,35
821,45 - 841,01								25,43	41,07	54,76	70,41	84,10	99,75	115,39
841,01 - 860,57								23,47	37,16	52,81	66,50	82,14	95,84	111,48
860,57 - 880,12								19,56	35,20	48,90	64,54	78,23	91,92	107,57
880,12 - 899,68									31,29	44,98	60,63	74,32	89,97	103,66
899,68 - 919,24									27,38	43,03	56,72	70,41	86,06	99,75
919,24 - 938,80									25,43	39,12	52,81	68,45	82,14	95,84
938,80 - 958,36									21,51	35,20	50,85	64,54	78,23	91,92
958,36 - 977,92									19,56	33,25	46,94	60,63	74,32	88,01
977,92 - 997,47										29,34	43,03	56,72	70,41	84,10
997,47 - 1017,03										25,43	39,12	52,81	66,50	82,14
1017,03 - 1036,59										23,47	37,16	50,85	64,54	78,23
1036,59 - 1056,15										19,56	33,25	46,94	60,63	74,32
1056,15 - 1075,71											29,34	43,03	56,72	70,41
1075,71 - 1095,26											25,43	39,12	52,81	66,50
1095,26 - 1114,82											21,51	35,20	48,90	62,59
1114,82 - 1134,38												31,29	44,98	58,67
1134,38 - 1153,94												27,38	41,07	54,76
1153,94 - 1173,50												23,47	37,16	48,90

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark															
254,26 bis 273,82	273,82 bis 293,37	293,37 bis 312,93	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	430,28 bis 449,84	449,84 bis 469,40	469,40 bis 488,96	488,96 bis 508,52	508,52 bis 528,07	528,07 bis 547,63	547,63 bis 567,19
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Deutsche Mark															
221,01	238,61	258,17	275,77	293,37	310,98	328,58	346,18	363,78	383,34	400,95	418,55	436,15	453,75	471,36	488,96
221,01	238,81	258,21	273,82	291,42	309,02	326,62	344,23	361,83	381,39	398,99	416,59	434,19	451,80	469,40	487,00
217,10	234,70	252,30	269,90	287,51	305,11	322,71	340,31	357,92	375,52	393,12	410,72	428,32	445,92	463,52	481,12
213,19	230,79	248,39	265,99	283,60	301,20	318,80	336,40	354,01	371,61	389,21	406,81	424,42	442,02	459,62	477,22
211,23	228,83	246,43	264,04	281,64	299,24	316,84	334,45	352,05	369,65	387,25	404,85	422,45	440,05	457,65	475,25
207,32	224,92	242,52	260,13	277,73	295,33	312,93	330,53	348,13	365,73	383,33	400,93	418,53	436,13	453,73	471,33
205,36	221,01	238,61	256,21	273,82	291,42	309,02	326,62	344,22	361,82	379,42	397,02	414,62	432,22	449,82	467,42
201,45	219,05	236,66	254,26	271,86	289,46	307,06	324,66	342,26	359,86	377,46	395,06	412,66	430,26	447,86	465,46
197,54	215,14	232,74	250,35	267,95	285,55	303,15	320,75	338,35	355,95	373,55	391,15	408,75	426,35	443,95	461,55
195,58	211,23	228,83	246,43	264,03	281,63	299,23	316,83	334,43	352,03	369,63	387,23	404,83	422,43	440,03	457,63
191,67	209,27	224,92	242,52	259,12	276,72	294,32	311,92	329,52	347,12	364,72	382,32	400,92	418,52	436,12	453,72
187,76	205,36	222,96	238,61	256,21	273,81	291,41	309,01	326,61	344,21	361,81	379,41	397,01	414,61	432,21	449,81
185,80	201,45	219,05	234,70	252,30	269,90	287,50	305,10	322,70	340,30	357,90	375,50	393,10	410,70	428,30	445,90
181,89	197,54	215,14	230,79	248,39	266,00	283,60	301,20	318,80	336,40	354,00	371,60	389,20	406,80	424,40	442,00
177,98	195,58	211,23	228,83	246,43	264,03	281,63	299,23	316,83	334,43	352,03	369,63	387,23	404,83	422,43	440,03
176,02	191,67	207,32	224,92	242,52	259,12	276,72	294,32	311,92	329,52	347,12	364,72	382,32	400,92	418,52	436,12
172,11	187,76	203,41	221,01	238,61	256,21	273,81	291,41	309,01	326,61	344,21	361,81	379,41	397,01	414,61	432,21
168,20	183,85	201,45	217,10	232,74	248,39	264,04	279,68	297,29	314,89	332,50	350,10	367,70	385,30	402,90	420,50
164,29	181,89	197,54	213,19	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	309,02	326,62	344,22	361,82	379,42	397,02	414,62
162,33	177,98	193,63	209,27	224,92	240,57	256,21	271,86	287,51	303,15	318,80	334,45	350,09	365,73	381,38	397,02
158,42	174,07	189,72	205,36	221,01	236,66	252,30	267,95	283,60	299,24	314,89	330,54	346,18	361,83	377,48	393,12
154,51	170,16	185,80	201,45	217,10	232,74	248,39	264,04	279,68	295,33	310,98	326,62	342,27	357,92	373,56	389,21
150,60	166,25	181,89	197,54	213,19	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	307,07	322,72	338,37	354,02	369,67	385,32
146,69	162,33	177,98	193,63	209,27	224,92	240,57	256,21	271,86	287,51	303,15	318,80	334,45	350,09	365,73	381,38
144,73	158,42	174,07	189,72	205,36	221,01	236,66	252,30	267,95	283,60	299,24	314,89	330,54	346,18	361,83	377,48
140,82	154,51	170,16	185,80	201,45	217,10	232,74	248,39	264,04	279,68	295,33	310,98	326,62	342,27	357,92	373,56
136,91	152,55	168,20	181,89	197,54	211,23	226,88	242,52	258,17	273,82	289,46	305,11	320,76	336,40	352,05	367,69
133,00	148,64	164,29	177,98	191,67	207,32	222,96	238,61	254,26	269,90	285,55	301,20	316,84	332,49	348,13	363,78
129,08	144,73	158,42	174,07	187,76	203,41	217,10	232,74	248,39	264,04	279,68	295,33	310,98	326,62	342,27	357,92
125,17	140,82	154,51	170,16	183,85	199,49	213,19	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	307,07	322,72	338,37	354,02
121,26	136,91	150,60	166,25	179,94	193,63	209,27	222,96	238,61	254,26	269,90	285,55	301,20	316,84	332,49	348,13
117,35	133,00	146,69	162,33	176,02	189,72	205,36	219,05	232,74	248,39	264,04	279,68	295,33	310,98	326,62	342,27
113,44	129,08	142,78	156,47	172,11	185,80	199,49	215,14	228,83	244,48	260,13	275,77	291,42	307,07	322,72	338,37
109,53	125,17	138,86	152,55	168,20	181,89	195,58	209,27	224,92	238,61	252,30	265,99	281,64	295,33	309,02	322,71
107,57	121,26	134,95	148,64	162,33	177,98	191,67	205,36	219,05	232,74	248,39	262,08	275,77	289,46	303,15	316,80
103,66	117,35	131,04	144,73	158,42	172,11	185,80	201,45	215,14	228,83	242,52	256,21	269,90	283,60	297,29	310,98
99,75	113,44	127,13	140,82	154,51	168,20	181,89	195,58	209,27	222,96	236,66	250,35	264,04	277,73	291,42	305,11
95,84	109,53	123,22	136,91	150,60	164,29	177,98	191,67	205,36	219,05	232,74	246,43	260,13	273,82	287,51	301,20
91,92	103,66	117,35	131,04	144,73	158,42	172,11	185,80	199,49	213,19	226,88	240,57	254,26	267,95	281,64	295,33
88,06	99,75	113,44	127,13	140,82	154,51	168,20	181,89	195,58	209,27	222,96	236,66	250,35	264,04	277,73	291,42
82,14	95,84	109,53	123,22	136,91	150,60	164,29	178,02	191,71	205,40	219,09	232,78	246,47	260,16	273,85	287,54
78,23	91,92	105,61	119,31	133,00	146,69	160,38	174,07	187,76	201,45	215,14	228,83	242,52	256,21	269,90	283,59
74,32	88,01	101,70	115,39	129,08	142,77	156,46	170,15	183,84	197,53	211,22	224,91	238,60	252,29	265,98	279,67
70,41	84,10	97,79	109,53	123,22	136,91	150,60	164,29	178,02	191,71	205,40	219,09	232,78	246,47	260,16	273,85
66,50	80,19	91,92	105,61	119,31	133,00	146,69	160,38	174,07	187,76	201,45	215,14	228,83	242,52	256,21	269,90
62,59	76,28	88,01	101,70	115,39	129,08	142,77	156,46	170,15	183,84	197,53	211,22	224,91	238,60	252,29	265,98

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark

841,01 bis 860,57	860,57 bis 880,12	880,12 bis 899,68
45	46	47
Deutsche Mark		
756,91	776,46	794,07
754,95	772,55	790,18
747,13	768,69	784,29
741,26	758,86	776,46
735,39	752,99	770,60
729,52	745,17	762,77
721,70	739,30	756,91
715,83	733,44	749,08
709,97	725,61	743,22
702,14	719,75	735,39
696,28	711,92	729,52
688,45	706,05	721,70
682,58	698,23	715,83
676,72	692,36	708,01
668,89	684,54	702,14
663,03	678,67	694,32
655,20	670,85	688,45
649,34	664,98	680,63
641,51	657,16	672,81
635,64	651,29	666,94
627,82	643,47	659,11
621,95	637,60	653,25
614,13	629,78	645,42
608,26	621,95	637,60
600,44	616,09	631,73
592,62	608,26	623,91
586,75	602,40	616,09
578,93	594,57	608,26
573,06	586,75	602,40
565,23	580,88	594,57
557,41	573,06	586,75
551,54	565,23	578,93
543,72	557,41	573,06
535,90	551,54	565,23
530,03	543,72	557,41
522,21	535,90	549,59
514,38	528,07	541,76
508,52	522,21	535,90
500,69	514,38	528,07
492,87	508,56	520,25
485,05	498,74	512,43
477,22	490,91	504,60
471,36	483,09	496,78
463,53	477,22	488,96
455,71	469,40	481,13
447,89	461,58	473,31

noch Anlage 4

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 24

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	39,12 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,28	254,28 bis 273,82	273,82 bis 293,37	293,37 bis 312,93	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	430,28 bis 449,84
	mehr als	bis												
	1 - 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Deutsche Mark														
1173,50 - 1193,08		19,56	33,25	44,98	58,87	70,41	84,10	95,84	109,53	121,28	134,95	148,64	160,38	174,07
1193,08 - 1212,61			29,34	41,07	54,78	68,50	80,19	91,92	105,61	117,35	131,04	142,78	154,51	168,20
1212,61 - 1232,17			25,43	37,16	50,85	62,58	74,32	88,01	99,75	113,44	125,17	136,91	150,60	162,33
1232,17 - 1251,73			21,51	33,25	44,98	58,87	70,41	84,10	95,84	107,57	121,26	133,00	144,73	158,42
1251,73 - 1271,29				29,34	41,07	54,78	68,50	78,23	89,97	103,66	115,39	127,13	140,82	152,55
1271,29 - 1290,85				25,43	37,16	48,90	62,59	74,32	86,06	97,79	109,53	123,22	134,95	146,69
1290,85 - 1310,41				21,51	33,25	44,98	58,72	68,45	82,14	93,88	105,81	117,35	129,08	140,82
1310,41 - 1329,98					29,34	41,07	52,81	64,54	76,28	88,01	99,75	113,44	125,17	136,91
1329,98 - 1349,52					25,43	37,16	48,90	60,63	72,37	84,10	95,84	107,57	119,31	131,04
1349,52 - 1369,08					19,58	31,29	43,03	54,78	66,50	78,23	89,97	101,70	113,44	125,17
1369,08 - 1388,64						27,38	39,12	50,85	62,59	74,32	86,06	97,79	109,53	119,31
1388,64 - 1408,20						23,47	35,20	44,98	56,72	68,45	80,19	91,92	103,66	115,39
1408,20 - 1427,76							29,34	41,07	52,81	64,54	74,32	86,06	97,79	109,53
1427,76 - 1447,31							25,43	35,20	46,94	58,67	70,41	82,14	91,92	103,66
1447,31 - 1466,87							19,58	31,29	43,03	52,81	64,54	76,28	88,01	97,79
1466,87 - 1486,43								27,38	37,16	48,90	58,67	70,41	82,14	91,92
1486,43 - 1505,99								21,51	33,25	43,03	54,76	64,54	76,28	88,01
1505,99 - 1525,55									27,38	39,12	48,90	60,63	70,41	82,14
1525,55 - 1545,11									21,51	33,25	43,03	54,76	64,54	76,28
1545,11 - 1564,66										27,38	39,12	48,90	60,63	70,41
1564,66 - 1584,22										23,47	33,25	43,03	54,76	64,54
1584,22 - 1603,78											27,38	39,12	48,90	58,67
1603,78 - 1623,34											23,47	33,25	43,03	52,81
1623,34 - 1642,90												27,38	37,16	46,94
1642,90 - 1662,46													21,51	31,29
1662,46 - 1682,01														25,43
1682,01 - 1701,57														19,58
1701,57 - 1721,13														
1721,13 - 1740,69														
1740,69 - 1760,25														
1760,25 - 1779,81														
1779,81 - 1799,36														
1799,36 - 1818,92														
1818,92 - 1838,48														
1838,48 - 1858,04														
1858,04 - 1877,60														
1877,60 - 1897,16														
1897,16 - 1916,71														
1916,71 - 1936,27														
1936,27 - 1955,83														
1955,83 - 1975,39														
1975,39 - 1994,95														
1994,95 - 2014,50														
2014,50 - 2034,06														
2034,06 - 2053,62														

noch Anlage 4

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von		bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark						
		782,77 bis 782,33	782,33 bis 801,89	801,89 bis 821,45	821,45 bis 841,01	841,01 bis 860,57	860,57 bis 880,12	880,12 bis 899,68
		41	42	43	44	45	46	47
Deutsche Mark								
1173,50 - 1193,06	389,21	402,90	414,64	428,33	440,06	453,75	465,49	
1193,06 - 1212,61	383,34	395,08	408,77	420,50	434,19	445,93	457,66	
1212,61 - 1232,17	375,52	387,25	400,95	412,68	426,37	438,11	449,84	
1232,17 - 1251,73	387,70	381,39	393,12	404,86	418,55	430,28	442,02	
1251,73 - 1271,29	381,83	373,58	385,30	398,99	410,72	422,46	434,19	
1271,29 - 1290,85	354,01	365,74	377,48	391,17	402,90	414,64	426,37	
1290,85 - 1310,41	348,18	357,92	371,61	383,34	395,08	406,81	418,55	
1310,41 - 1329,96	340,31	352,05	363,78	375,52	387,25	398,99	410,72	
1329,96 - 1349,52	332,49	344,23	355,96	367,70	379,43	391,17	402,90	
1349,52 - 1369,08	324,67	336,40	348,14	359,87	371,61	383,34	395,08	
1369,08 - 1388,64	316,84	328,58	340,31	352,05	363,78	375,52	387,25	
1388,64 - 1408,20	310,98	322,71	332,49	344,23	355,96	367,70	379,43	
1408,20 - 1427,76	303,15	314,89	326,62	338,40	348,14	359,87	371,61	
1427,76 - 1447,31	295,33	307,07	318,80	328,58	340,31	352,05	363,78	
1447,31 - 1466,87	287,51	299,24	310,98	320,76	332,49	344,23	355,96	
1466,87 - 1486,43	279,68	291,42	303,15	312,93	324,67	336,40	348,14	
1486,43 - 1505,99	273,82	283,60	295,33	305,11	316,84	328,58	338,36	
1505,99 - 1525,55	265,99	275,77	287,51	297,29	308,02	320,76	330,54	
1525,55 - 1545,11	258,17	267,95	279,68	289,46	301,20	310,98	322,71	
1545,11 - 1564,66	250,35	262,08	271,86	281,64	293,37	303,15	314,89	
1564,66 - 1584,22	242,52	254,26	264,04	273,82	285,55	295,33	305,11	
1584,22 - 1603,78	234,70	246,43	256,21	265,99	277,73	287,51	297,29	
1603,78 - 1623,34	226,88	238,61	248,39	258,17	267,95	279,68	289,46	
1623,34 - 1642,90	221,01	230,79	240,57	250,35	260,13	271,86	281,64	
1642,90 - 1662,46	213,19	222,96	232,74	242,52	252,30	262,08	271,86	
1662,46 - 1682,01	205,36	215,14	224,92	234,70	244,48	254,26	264,04	
1682,01 - 1701,57	197,54	207,32	217,10	226,88	236,66	246,43	256,21	
1701,57 - 1721,13	189,72	199,49	209,27	219,05	228,83	238,61	248,39	
1721,13 - 1740,69	181,89	191,67	201,45	211,23	219,05	228,83	238,61	
1740,69 - 1760,25	174,07	183,85	191,67	201,45	211,23	221,01	230,79	
1760,25 - 1779,81	166,25	176,02	183,85	193,63	203,41	213,19	222,96	
1779,81 - 1799,36	158,42	168,20	176,02	185,80	195,58	203,41	213,19	
1799,36 - 1818,92	150,60	158,42	168,20	177,98	185,80	195,58	205,36	
1818,92 - 1838,48	142,78	150,60	160,38	170,16	177,98	187,76	195,58	
1838,48 - 1858,04	134,95	142,78	152,55	160,38	170,16	177,98	187,76	
1858,04 - 1877,60	127,13	134,95	144,73	152,55	162,33	170,16	179,94	
1877,60 - 1897,16	119,31	127,13	134,95	144,73	152,55	162,33	170,16	
1897,16 - 1916,71	109,53	119,31	127,13	136,91	144,73	152,55	162,33	
1916,71 - 1936,27	101,70	111,48	119,31	127,13	136,91	144,73	152,55	
1936,27 - 1955,83	93,88	101,70	111,48	119,31	127,13	136,91	144,73	
1955,83 - 1975,39	86,06	93,88	101,70	111,48	119,31	127,13	134,95	
1975,39 - 1994,95	78,23	86,06	93,88	101,70	111,48	119,31	127,13	
1994,95 - 2014,50	70,41	78,23	86,06	93,88	101,70	109,53	117,35	
2014,50 - 2034,06	62,59	70,41	78,23	86,06	93,88	101,70	109,53	
2034,06 - 2053,62	52,81	60,63	68,45	76,28	84,10	91,92	99,75	

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 24 bis 30

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark										
	39,12 bis 704,10	704,10 bis 723,66	723,66 bis 743,22	743,22 bis 762,77	762,77 bis 782,33	782,33 bis 801,89	801,89 bis 821,45	821,45 bis 841,01	841,01 bis 860,57	860,57 bis 880,12	880,12 bis 899,68
	1 - 37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47
Deutsche Mark											
2053,62 - 2073,18	21,51	29,34	37,18	44,98	52,81	60,63	68,45	76,28	84,10	91,92	
2073,18 - 2092,74		21,51	29,34	37,18	44,98	52,81	60,63	66,50	74,32	82,14	
2092,74 - 2112,30			21,51	29,34	37,16	43,03	50,85	58,67	66,50	74,32	
2112,30 - 2131,85				21,51	27,38	35,20	43,03	50,85	58,72	64,54	
2131,85 - 2151,41					19,56	27,38	33,25	41,07	48,90	54,76	
2151,41 - 2170,97							25,43	33,25	39,12	46,94	
2170,97 - 2190,53								23,47	31,29	37,18	
2190,53 - 2210,09									21,51	29,34	
2210,09 - 2229,65										19,56	

Anlage 5

Wohngeld für drei Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit drei Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	48,90 bis 58,67	58,67 bis 68,45	68,45 bis 78,23	78,23 bis 88,01	88,01 bis 97,79	97,79 bis 117,35	117,35 bis 136,91	136,91 bis 156,47	156,47 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26	254,26 bis 273,82
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutsche Mark														
0 - 391,17	23,47	33,25	41,07	50,85	58,67	72,37	89,97	107,57	125,17	142,78	160,38	177,98	195,58	213,19
391,17 - 410,72	23,47	31,29	41,07	48,90	58,67	72,37	88,01	105,61	123,22	140,82	158,42	176,02	193,63	211,23
410,72 - 430,28	21,51	31,29	39,12	46,94	56,72	70,41	86,08	103,66	121,26	138,86	156,47	174,07	191,67	209,27
430,28 - 449,84	19,56	29,34	37,16	46,94	54,76	68,45	84,10	101,70	119,31	136,91	154,51	172,11	187,76	205,36
449,84 - 469,40		27,38	35,20	44,98	52,81	66,50	82,14	99,75	117,35	134,95	152,55	168,20	185,80	203,41
469,40 - 488,96		25,43	33,25	43,03	50,85	64,54	80,19	97,79	115,39	133,00	148,64	166,25	183,85	199,49
488,96 - 508,52		23,47	31,29	41,07	48,90	62,59	78,23	95,84	113,44	129,08	146,69	164,29	179,94	197,54
508,52 - 528,07		21,51	29,34	39,12	46,94	60,63	76,28	93,88	109,53	127,13	144,73	160,38	177,98	195,58
528,07 - 547,63		19,56	29,34	37,16	44,98	58,67	74,32	91,92	107,57	125,17	140,82	158,42	176,02	191,67
547,63 - 567,19			27,38	35,20	43,03	56,72	72,37	89,97	105,61	123,22	138,86	156,47	172,11	189,72
567,19 - 586,75			25,43	33,25	41,07	54,76	70,41	86,08	103,66	119,31	136,91	152,55	170,16	185,80
586,75 - 606,31			23,47	31,29	39,12	52,81	68,45	84,10	101,70	117,35	134,95	150,60	166,25	183,85
606,31 - 625,87			21,51	29,34	37,16	48,90	66,50	82,14	99,75	115,39	131,04	148,64	164,29	179,94
625,87 - 645,42			19,56	27,38	35,20	46,94	64,54	80,19	95,84	113,44	129,08	144,73	162,33	177,98
645,42 - 664,98				25,43	33,25	44,98	62,59	78,23	93,88	109,53	127,13	142,78	158,42	176,02
664,98 - 684,54				23,47	31,29	43,03	60,63	76,28	91,92	107,57	123,22	140,82	156,47	172,11
684,54 - 704,10				21,51	29,34	41,07	56,72	74,32	89,97	105,61	121,26	136,91	152,55	170,16
704,10 - 723,66				19,56	27,38	39,12	54,76	70,41	88,01	103,66	119,31	134,95	150,60	166,25
723,66 - 743,22					25,43	37,16	52,81	68,45	84,10	99,75	115,39	131,04	148,64	164,29
743,22 - 762,77					23,47	35,20	50,85	66,50	82,14	97,79	113,44	129,08	144,73	160,38
762,77 - 782,33					21,51	33,25	48,90	64,54	80,19	95,84	111,48	127,13	142,78	158,42
782,33 - 801,89					19,56	31,29	46,94	62,59	78,23	91,92	107,57	123,22	138,86	154,51
801,89 - 821,45						29,34	44,98	58,67	74,32	89,97	105,61	121,26	136,91	152,55
821,45 - 841,01						27,38	41,07	56,72	72,37	88,01	103,66	117,35	133,00	148,64
841,01 - 860,57						25,43	39,12	54,76	70,41	86,08	99,75	115,39	131,04	146,69
860,57 - 880,12						21,51	37,16	52,81	68,45	82,14	97,79	113,44	127,13	142,78
880,12 - 899,68						19,56	35,20	50,85	64,54	80,19	95,84	109,53	125,17	138,86
899,68 - 919,24							33,25	46,94	62,59	78,23	91,92	107,57	121,26	136,91
919,24 - 938,80							31,29	44,98	60,63	74,32	89,97	103,66	119,31	133,00
938,80 - 958,36							27,38	43,03	56,72	72,37	86,08	101,70	115,39	131,04
958,36 - 977,92							25,43	41,07	54,76	68,45	84,10	97,79	113,44	127,13
977,92 - 997,47							23,47	37,16	52,81	66,50	80,19	95,84	109,53	125,17
997,47 - 1017,03							21,51	35,20	48,90	64,54	78,23	91,92	107,57	121,26
1017,03 - 1036,59							19,56	33,25	46,94	60,63	76,28	89,97	103,66	117,35
1036,59 - 1056,15								31,29	44,98	58,67	72,37	86,08	101,70	115,39
1056,15 - 1075,71								27,38	41,07	56,72	70,41	84,10	97,79	111,48
1075,71 - 1095,26								25,43	39,12	52,81	66,50	80,19	95,84	109,53
1095,26 - 1114,82								23,47	37,16	50,85	64,54	78,23	91,92	105,61
1114,82 - 1134,38								19,56	33,25	46,94	60,63	74,32	88,01	101,70
1134,38 - 1153,94									31,29	44,98	58,67	72,37	86,08	99,75
1153,94 - 1173,50									29,34	43,03	54,76	68,45	82,14	95,84
1173,50 - 1193,06									25,43	39,12	52,81	66,50	80,19	93,88
1193,06 - 1212,61									23,47	37,16	48,90	62,59	76,28	89,97
1212,61 - 1232,17									19,56	33,25	46,94	60,63	72,37	86,08
1232,17 - 1251,73										31,29	43,03	56,72	70,41	84,10
1251,73 - 1271,29										27,38	41,07	54,76	66,50	80,19

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark									
860,57 bis 880,12	890,12 bis 899,68	899,68 bis 919,24	919,24 bis 938,80	938,80 bis 958,36	958,36 bis 977,92	977,92 bis 997,47	997,47 bis 1017,03	1017,03 bis 1036,59	1036,59 bis 1056,15
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54
Deutsche Mark									
756,91	774,51	792,11	809,71	825,36	842,96	860,57	878,17	895,77	913,37
752,99	770,60	788,20	805,80	823,40	841,01	858,61	876,21	893,81	911,42
747,13	764,73	782,33	799,93	817,54	835,14	852,74	870,34	887,94	905,54
741,26	758,86	776,46	794,07	809,71	827,32	844,92	862,52	880,12	897,73
735,39	752,99	770,60	788,20	803,85	821,45	839,05	856,65	874,25	891,85
729,52	747,13	764,73	780,38	797,98	815,58	833,18	850,78	868,38	885,98
723,66	741,26	758,86	774,51	792,11	809,71	827,31	844,91	862,51	880,11
717,79	735,39	751,04	768,64	786,24	801,89	819,49	837,09	854,69	872,29
711,92	729,52	745,17	762,77	778,42	796,02	813,63	831,23	848,83	866,43
706,05	723,66	739,30	756,91	772,55	790,16	805,80	823,40	839,05	856,65
700,19	715,83	733,44	749,08	766,69	782,33	799,93	815,58	833,18	848,83
694,32	709,97	727,57	743,22	760,82	776,46	792,11	809,71	825,36	842,96
688,45	704,10	721,70	737,35	752,99	770,60	786,24	801,89	819,49	835,14
682,58	698,23	713,88	731,48	747,13	762,77	780,38	796,02	811,67	829,27
676,72	692,36	708,01	725,61	741,26	756,91	772,55	790,16	805,80	821,45
670,85	686,50	702,14	717,79	735,39	751,04	766,69	782,33	797,98	815,58
664,98	680,63	696,28	711,92	727,57	743,22	760,82	776,46	792,11	807,76
659,11	674,76	690,41	706,05	721,70	737,35	752,99	768,64	784,29	801,89
651,29	666,94	684,54	700,19	715,83	731,48	747,13	762,77	778,42	794,07
645,42	661,07	676,72	692,36	708,01	723,66	739,30	754,95	770,60	786,24
639,56	655,20	670,85	686,50	702,14	717,79	733,44	749,08	764,73	780,38
633,69	649,34	664,98	680,63	696,28	711,92	727,57	741,26	756,91	772,55
627,82	643,47	659,11	674,76	688,45	704,10	719,75	735,39	751,04	766,69
621,95	637,60	651,29	666,94	682,58	698,23	713,88	727,57	743,22	758,86
616,09	629,78	645,42	661,07	676,72	690,41	706,05	721,70	737,35	751,04
610,22	623,91	639,56	655,20	668,89	684,54	700,19	713,88	729,52	745,17
602,40	618,04	633,69	647,38	663,03	678,67	692,36	708,01	723,66	737,35
596,53	612,17	625,87	641,51	657,16	670,85	686,50	700,19	715,83	731,48
590,66	606,31	620,00	635,64	649,34	664,98	678,67	694,32	708,01	723,66
584,79	598,48	614,13	627,82	643,47	657,16	672,81	688,50	702,14	715,83
578,93	592,62	608,26	621,95	637,60	651,29	664,98	680,63	694,32	709,97
573,06	586,75	600,44	616,09	629,78	645,42	659,11	672,81	688,45	702,14
565,23	580,88	594,57	608,26	623,91	637,60	651,29	666,94	680,63	694,32
559,37	575,01	588,70	602,40	616,09	631,73	645,42	659,11	674,76	688,45
553,50	567,19	582,84	596,53	610,22	623,91	637,60	653,25	666,94	680,63
547,63	561,32	575,01	588,70	604,35	618,04	631,73	645,42	659,11	672,81
541,76	555,46	569,15	582,84	596,53	610,22	623,91	639,56	653,25	666,94
533,94	547,63	563,28	576,97	590,66	604,35	618,04	631,73	645,42	659,11
528,07	541,76	555,46	569,15	582,84	596,53	610,22	623,91	637,60	651,29
522,21	535,90	549,59	563,28	576,97	590,66	604,35	618,04	631,73	645,42
516,34	530,03	543,72	555,46	569,15	582,84	596,53	610,22	623,91	637,60
508,52	522,21	535,90	549,59	563,28	576,97	590,66	604,35	618,04	629,78
502,65	516,34	530,03	543,72	555,46	569,15	582,84	596,53	610,22	623,91
496,78	510,47	524,16	535,90	549,59	563,28	576,97	588,70	602,40	616,09
490,91	502,65	516,34	530,03	543,72	555,46	569,15	582,84	594,57	608,26
483,09	496,78	510,47	522,21	535,90	549,59	561,32	575,01	588,70	600,44

noch Anlage 5

noch Wohngeld für drei Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 32

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	48,90 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26	254,26 bis 273,82	273,82 bis 293,37	293,37 bis 312,93	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	
	mehr als	bis	1-9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Deutsche Mark															
1271,29 - 1290,85	25,43	37,16	50,85	64,54	78,28	89,97	101,70	115,38	129,06	140,82	154,51	168,20	179,94		
1290,85 - 1310,41	21,51	35,20	48,94	60,63	74,32	86,08	99,75	111,48	125,17	136,91	150,60	162,33	176,02		
1310,41 - 1329,96	19,56	31,29	44,98	56,72	70,41	82,14	95,84	107,57	121,26	133,00	146,69	158,42	172,11		
1329,96 - 1349,52		29,34	41,07	54,76	66,50	80,19	91,92	105,61	117,35	129,08	142,78	154,51	168,20		
1349,52 - 1369,08		25,43	38,12	50,85	64,54	76,28	88,01	101,70	113,44	127,13	138,86	150,60	164,29		
1369,08 - 1388,64		23,47	35,20	48,94	60,63	72,37	86,08	97,79	109,53	123,22	134,95	146,69	160,38		
1388,64 - 1408,20		19,56	33,25	44,98	56,72	68,45	82,14	93,88	105,61	119,31	131,04	142,78	154,51		
1408,20 - 1427,76			29,34	41,07	52,81	66,50	78,23	89,97	101,70	115,39	127,13	138,86	150,60		
1427,76 - 1447,31			25,43	37,16	50,85	62,59	74,32	86,08	97,79	111,48	123,22	134,95	146,69		
1447,31 - 1466,87			23,47	35,20	48,94	58,67	70,41	82,14	95,84	107,57	119,31	131,04	142,78		
1466,87 - 1486,43			19,56	31,29	43,03	54,76	66,50	78,23	91,92	103,66	115,39	127,13	138,86		
1486,43 - 1505,99				27,38	39,12	50,85	64,54	76,28	88,01	99,75	111,48	123,22	134,95		
1505,99 - 1525,55				25,43	37,16	48,90	60,63	72,37	84,10	95,84	107,57	119,31	131,04		
1525,55 - 1545,11				21,51	33,25	44,98	56,72	68,45	80,19	91,92	103,66	115,39	125,17		
1545,11 - 1564,66					29,34	41,07	52,81	64,54	76,28	88,01	97,79	109,53	121,26		
1564,66 - 1584,22					25,43	37,16	48,90	60,63	72,37	84,10	93,88	105,61	117,35		
1584,22 - 1603,78					23,47	33,25	44,98	56,72	68,45	80,19	89,97	101,70	113,44		
1603,78 - 1623,34					19,56	31,29	41,07	52,81	64,54	76,28	86,08	97,79	109,53		
1623,34 - 1642,90						27,38	37,16	48,90	60,63	70,41	82,14	93,88	103,66		
1642,90 - 1662,46						23,47	35,20	44,98	56,72	66,50	78,23	89,97	99,75		
1662,46 - 1682,01							19,56	31,29	41,07	52,81	62,59	74,32	84,10	95,84	
1682,01 - 1701,57								27,38	37,16	48,90	58,67	70,41	80,19	91,92	
1701,57 - 1721,13								23,47	33,25	44,98	54,76	66,50	76,28	88,01	
1721,13 - 1740,69								19,56	29,34	41,07	50,85	62,59	72,37	82,14	
1740,69 - 1760,25									25,43	37,16	46,94	56,72	66,45	76,23	
1760,25 - 1779,81									21,51	33,25	43,03	52,81	64,54	74,32	
1779,81 - 1799,36										29,34	38,12	48,90	58,67	70,41	
1799,36 - 1818,92										25,43	35,20	44,98	54,76	64,54	
1818,92 - 1838,48										19,56	31,29	41,07	50,85	60,63	
1838,48 - 1858,04											27,38	37,16	46,94	56,72	
1858,04 - 1877,60											21,51	31,29	43,03	52,81	
1877,60 - 1897,16												27,38	37,16	46,94	
1897,16 - 1916,71												23,47	33,25	43,03	
1916,71 - 1936,27												19,56	29,34	38,12	
1936,27 - 1955,83													25,43	33,25	
1955,83 - 1975,39													19,56	29,34	
1975,39 - 1994,95														25,43	
1994,95 - 2014,50															19,56
2014,50 - 2034,06															
2034,06 - 2053,62															
2053,62 - 2073,18															
2073,18 - 2092,74															
2092,74 - 2112,30															
2112,30 - 2131,85															
2131,85 - 2151,41															

Fortsetzung siehe Seite 40

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark

1017,03 bis 1038,59	1036,59 bis 1056,15
53	54
Deutsche Mark	
580,88	594,57
573,06	586,75
587,19	578,93
559,37	571,10
551,54	585,23
543,72	557,41
537,85	549,59
530,03	541,76
522,21	533,94
516,34	528,07
508,52	520,25
500,69	512,43
492,87	504,60
485,05	496,78
479,18	490,91
471,36	483,09
463,53	475,27
455,71	467,44
449,84	459,62
442,02	451,80
434,19	443,97
426,37	438,11
418,55	430,28
410,72	422,46
404,86	414,64
397,03	406,81
389,21	398,99
381,39	391,17
373,56	383,34
365,74	375,52
357,92	367,70
350,09	359,87
344,23	352,05
336,40	346,18
328,58	338,36
320,76	330,54
312,93	322,71
305,11	314,89
297,29	307,07
289,46	299,24
281,64	291,42
273,82	283,60
265,99	275,77
258,17	267,95
250,35	260,13

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark																
762,77 bis 782,33	782,33 bis 801,89	801,89 bis 821,45	821,45 bis 841,01	841,01 bis 860,57	860,57 bis 880,12	880,12 bis 899,68	899,68 bis 919,24	919,24 bis 938,80	938,80 bis 958,36	958,36 bis 977,92	977,92 bis 997,47	1017,03 bis 1036,59	1036,59 bis 1056,15			
40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54		
Deutsche Mark																
134,95	142,78	150,60	158,42	168,20	176,02	183,85	193,63	201,45	209,27	217,10	226,88	234,70	242,52	252,30		
127,13	136,91	144,73	152,55	160,38	168,20	177,98	185,80	193,63	201,45	211,23	219,05	226,88	234,70	244,48		
121,28	129,08	136,91	146,69	154,51	162,33	170,16	177,98	185,80	195,58	203,41	211,23	219,05	226,88	234,70		
115,39	123,22	131,04	138,86	146,69	154,51	162,33	172,11	179,94	187,76	195,58	203,41	211,23	219,05	226,88		
107,57	115,39	123,22	133,00	140,82	148,64	156,47	164,29	172,11	179,94	187,76	195,58	203,41	211,23	219,05		
101,70	109,53	117,35	125,17	133,00	140,82	148,64	156,47	164,29	172,11	179,94	187,76	195,58	203,41	211,23		
95,84	103,66	111,48	119,31	127,13	133,00	140,82	148,64	156,47	164,29	172,11	179,94	187,76	195,58	203,41		
88,01	95,84	103,66	111,48	119,31	127,13	134,95	142,78	150,60	158,42	164,29	172,11	179,94	187,76	195,58		
82,14	89,97	97,79	105,61	111,48	119,31	127,13	134,95	142,78	150,60	158,42	164,29	172,11	179,94	187,76		
76,28	82,14	89,97	97,79	105,61	113,44	119,31	127,13	134,95	142,78	150,60	158,42	164,29	172,11	179,94		
68,45	76,28	84,10	89,97	97,79	105,61	113,44	121,28	127,13	134,95	142,78	150,60	156,47	164,29	172,11		
62,59	68,45	76,28	84,10	91,92	97,79	105,61	113,44	119,31	127,13	134,95	142,78	148,64	156,47	164,29		
54,76	62,59	70,41	76,28	84,10	91,92	97,79	105,61	113,44	119,31	127,13	134,95	140,82	148,64	156,47		
48,90	56,72	62,59	70,41	76,28	84,10	91,92	97,79	105,61	111,48	119,31	127,13	133,00	140,82	148,64		
43,03	48,90	56,72	62,59	70,41	76,28	84,10	89,97	97,79	105,61	111,48	119,31	125,17	133,00	138,86		
35,20	43,03	48,90	56,72	62,59	70,41	76,28	84,10	89,97	97,79	103,66	111,48	117,35	125,17	131,04		
29,34	35,20	43,03	48,90	56,72	62,59	70,41	76,28	82,14	89,97	95,84	103,66	109,53	117,35	123,22		
21,51	29,34	35,20	43,03	48,90	54,76	62,59	68,45	76,28	82,14	88,01	95,84	101,70	109,53	115,39		
	21,51	29,34	35,20	41,07	48,90	54,76	60,63	68,45	74,32	80,19	88,01	93,88	99,75	107,57		
		21,51	27,38	35,20	41,07	46,94	54,76	60,63	66,50	72,37	80,19	86,06	91,92	99,75		
			21,51	27,38	33,25	41,07	46,94	52,81	58,67	66,50	72,37	78,23	84,10	91,92		
				19,56	27,38	33,25	39,12	44,98	50,85	58,67	64,54	70,41	76,28	82,14		
					19,56	25,43	31,29	37,16	43,03	50,85	56,72	62,59	68,45	74,32		
							23,47	29,34	37,16	43,03	48,90	54,76	60,63	66,50		
								23,47	29,34	35,20	41,07	46,94	52,81	58,67		
									21,51	27,38	33,25	39,12	44,98	50,85		
										19,56	25,43	31,29	35,20	41,07		
											21,51	27,38	33,25	39,12		
												19,56	25,43	31,29		

Anlage 6

Wohngeld für vier Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit vier Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs 2) von		bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
		58,67 bis 68,45	68,45 bis 78,23	78,23 bis 88,01	88,01 bis 97,79	97,79 bis 117,35	117,35 bis 136,91	136,91 bis 156,47	156,47 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26	254,26 bis 273,82	273,82 bis 293,37
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutsche Mark															
0 - 488,96	31,29	41,07	48,90	58,67	70,41	88,01	105,81	123,22	140,82	158,42	176,02	193,63	211,23	228,83	
488,96 - 508,52	31,29	39,12	48,90	58,72	70,41	88,01	105,81	123,22	140,82	158,42	176,02	193,63	211,23	228,83	
508,52 - 528,07	29,34	37,16	46,94	54,78	68,45	86,08	103,68	121,28	138,88	156,47	174,07	191,67	209,27	226,88	
528,07 - 547,63	27,38	37,16	44,98	54,78	66,50	84,10	101,70	119,31	136,91	154,51	172,11	189,72	207,32	224,92	
547,63 - 567,19	27,38	35,20	43,03	52,81	66,50	82,14	98,75	117,35	134,95	152,55	170,16	187,76	205,36	221,01	
567,19 - 586,75	25,43	33,25	43,03	50,85	64,54	82,14	97,79	115,39	133,00	150,60	168,20	185,80	201,45	219,05	
586,75 - 606,31	23,47	31,29	41,07	48,90	62,59	80,19	95,84	113,44	131,04	148,64	166,25	181,89	199,49	217,10	
606,31 - 625,87	21,51	31,29	39,12	46,94	60,63	78,23	95,84	111,48	129,08	146,69	164,29	179,94	197,54	215,14	
625,87 - 645,42	21,51	29,34	37,16	46,94	58,67	76,28	93,88	109,53	127,13	144,73	162,33	177,98	195,58	213,19	
645,42 - 664,98	19,56	27,38	37,16	44,98	56,72	74,32	91,92	107,57	125,17	142,78	158,42	176,02	193,63	209,27	
664,98 - 684,54		25,43	35,20	43,03	56,72	72,37	89,97	105,61	123,22	140,82	156,47	174,07	191,67	207,32	
684,54 - 704,10		25,43	33,25	41,07	54,78	70,41	88,01	103,68	121,28	138,88	154,51	172,11	187,76	205,36	
704,10 - 723,66		23,47	31,29	39,12	52,81	68,45	86,08	103,68	119,31	136,91	152,55	170,16	185,80	203,41	
723,66 - 743,22		21,51	29,34	39,12	50,85	66,50	84,10	101,70	117,35	134,95	150,60	168,20	183,85	201,45	
743,22 - 762,77		19,56	29,34	37,16	48,90	66,50	82,14	98,75	115,39	133,00	148,64	164,29	181,89	197,54	
762,77 - 782,33			27,38	35,20	46,94	64,54	80,19	97,79	113,44	129,08	146,69	162,33	179,94	195,58	
782,33 - 801,89			25,43	33,25	44,98	62,59	78,23	95,84	111,48	127,13	144,73	160,38	177,98	193,63	
801,89 - 821,45			23,47	31,29	43,03	60,63	76,28	93,88	109,53	125,17	142,78	158,42	174,07	191,67	
821,45 - 841,01			21,51	29,34	43,03	58,67	74,32	91,92	107,57	123,22	140,82	156,47	172,11	189,72	
841,01 - 860,57			19,56	29,34	41,07	56,72	72,37	89,97	105,61	121,28	138,91	154,51	170,16	185,80	
860,57 - 880,12			19,56	27,38	39,12	54,78	70,41	88,01	103,68	119,31	134,95	152,55	168,20	183,85	
880,12 - 899,68				25,43	37,16	52,81	68,45	86,08	101,70	117,35	133,00	148,64	166,25	181,89	
899,68 - 919,24				23,47	35,20	50,85	66,50	84,10	99,75	115,39	131,04	146,69	162,33	179,94	
919,24 - 938,80				21,51	33,25	48,90	64,54	82,14	97,79	113,44	129,08	144,73	160,38	176,02	
938,80 - 958,36				19,56	31,29	46,94	62,59	78,23	95,84	111,48	127,13	142,78	158,42	174,07	
958,36 - 977,92					28,34	44,98	60,63	76,28	91,92	109,53	125,17	140,82	156,47	172,11	
977,92 - 997,47					27,38	43,03	58,67	74,32	89,97	105,61	121,28	136,91	152,55	168,20	
997,47 - 1017,03					25,43	41,07	56,72	72,37	88,01	103,68	119,31	134,95	150,60	166,25	
1017,03 - 1036,59					25,43	39,12	54,78	70,41	86,08	101,70	117,35	133,00	148,64	164,29	
1036,59 - 1056,15					23,47	37,16	52,81	68,45	84,10	99,75	115,39	131,04	146,69	162,33	
1056,15 - 1075,71					21,51	37,16	50,85	66,50	82,14	97,79	113,44	129,08	142,78	158,42	
1075,71 - 1095,28					19,56	35,20	48,90	64,54	80,19	95,84	111,48	125,17	140,82	156,47	
1095,28 - 1114,82						33,25	46,94	62,59	78,23	93,88	107,57	123,22	138,88	154,51	
1114,82 - 1134,38						31,29	44,98	60,63	76,28	89,97	105,61	121,28	136,91	150,60	
1134,38 - 1153,94						29,34	43,03	58,67	74,32	88,01	103,68	119,31	133,00	148,64	
1153,94 - 1173,50						27,38	41,07	56,72	72,37	86,08	101,70	115,39	131,04	146,69	
1173,50 - 1193,06						25,43	39,12	54,78	68,45	84,10	99,75	113,44	129,08	142,78	
1193,06 - 1212,61						23,47	37,16	52,81	66,50	82,14	95,84	111,48	127,13	140,82	
1212,61 - 1232,17						21,51	35,20	50,85	64,54	80,19	93,88	109,53	123,22	138,88	
1232,17 - 1251,73							33,25	46,94	62,59	76,28	91,92	105,61	121,28	134,95	
1251,73 - 1271,29							31,29	44,98	60,63	74,32	89,97	103,68	119,31	133,00	
1271,29 - 1290,85							29,34	43,03	58,67	72,37	88,01	101,70	115,39	131,04	
1290,85 - 1310,41							27,38	41,07	56,72	70,41	84,10	99,75	113,44	127,13	
1310,41 - 1329,96							25,43	39,12	52,81	68,45	82,14	95,84	111,48	125,17	
1329,96 - 1349,52							23,47	37,16	50,85	66,50	80,19	93,88	107,57	123,22	
1349,52 - 1369,08							21,51	35,20	48,90	62,59	78,23	91,92	105,61	119,31	

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark		
	1173,50 bis 1193,06	1193,06 bis 1212,61	1212,61 bis 1232,17
	mehr als	bis	
	60	61	62
Deutsche Mark			
0 - 488,96	1040,50	1058,10	1075,71
488,96 - 508,52	1036,55	1056,15	1073,75
508,52 - 528,07	1032,66	1050,28	1067,86
528,07 - 547,63	1028,81	1044,41	1062,02
547,63 - 567,19	1020,94	1038,55	1054,19
567,19 - 586,75	1015,08	1032,68	1048,32
586,75 - 606,31	1008,21	1026,81	1042,46
606,31 - 625,87	1003,34	1018,99	1036,58
625,87 - 645,42	997,47	1013,12	1030,72
645,42 - 664,98	991,61	1007,25	1024,85
664,98 - 684,54	985,74	1001,38	1018,99
684,54 - 704,10	979,87	995,52	1013,12
704,10 - 723,66	974,00	989,65	1007,25
723,66 - 743,22	968,14	983,78	1001,38
743,22 - 762,77	962,27	977,92	995,52
762,77 - 782,33	956,40	972,05	989,69
782,33 - 801,89	948,58	966,18	981,83
801,89 - 821,45	942,71	960,31	975,98
821,45 - 841,01	936,84	954,45	970,09
841,01 - 860,57	930,98	948,58	964,22
860,57 - 880,12	925,11	942,71	958,36
880,12 - 899,68	919,24	934,89	952,49
899,68 - 919,24	913,37	929,02	944,67
919,24 - 938,80	907,51	923,15	938,80
938,80 - 958,36	901,64	917,28	932,93
958,36 - 977,92	895,77	911,42	927,06
977,92 - 997,47	889,90	905,55	921,20
997,47 - 1017,03	884,04	899,68	915,33
1017,03 - 1036,59	878,17	893,81	907,51
1036,59 - 1056,15	872,30	885,99	901,64
1056,15 - 1075,71	864,48	880,12	895,77
1075,71 - 1095,26	858,61	874,28	889,90
1095,26 - 1114,82	852,74	868,39	884,04
1114,82 - 1134,38	846,87	862,52	878,17
1134,38 - 1153,94	841,01	856,65	870,34
1153,94 - 1173,50	835,14	848,83	864,48
1173,50 - 1193,06	829,27	842,96	858,61
1193,06 - 1212,61	823,40	837,10	852,74
1212,61 - 1232,17	815,58	831,23	844,92
1232,17 - 1251,73	809,71	825,36	839,05
1251,73 - 1271,29	803,85	819,49	833,18
1271,29 - 1290,85	797,98	811,67	827,32
1290,85 - 1310,41	792,11	805,80	819,49
1310,41 - 1329,96	786,24	799,93	813,63
1329,96 - 1349,52	778,42	794,07	807,76
1349,52 - 1369,08	772,55	786,24	801,89

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark												
977,92 bis 997,47	997,47 bis 1017,03	1017,03 bis 1036,59	1036,59 bis 1056,15	1056,15 bis 1075,71	1075,71 bis 1095,26	1095,26 bis 1114,82	1114,82 bis 1134,38	1134,38 bis 1153,94	1153,94 bis 1173,50	1173,50 bis 1193,06	1193,06 bis 1212,61	1212,61 bis 1232,17
50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62
Deutsche Mark												
625,87	639,56	653,25	668,89	682,58	696,28	709,97	723,66	739,30	752,99	766,69	780,38	794,07
620,00	633,69	647,38	663,03	676,72	690,41	704,10	717,79	731,48	747,13	760,82	774,51	788,20
614,13	627,82	643,47	657,18	670,85	684,54	698,23	711,92	725,61	741,26	754,95	768,64	782,33
608,26	623,91	637,60	651,29	664,98	678,67	692,36	706,05	719,75	733,44	747,13	762,77	776,46
604,35	618,04	631,73	645,42	659,11	672,81	686,50	700,19	713,88	727,57	741,26	754,95	768,64
598,48	612,17	625,87	639,56	653,25	666,94	680,63	694,32	708,01	721,70	735,39	749,08	762,77
592,62	606,31	620,00	633,69	647,38	661,07	674,76	688,45	702,14	715,83	729,52	743,22	756,91
586,75	600,44	614,13	627,82	641,51	655,20	668,89	682,58	696,28	709,97	723,66	737,35	751,04
580,88	594,57	608,26	621,95	635,64	649,34	663,03	676,72	690,41	704,10	717,79	731,48	745,17
576,97	588,70	602,40	616,09	629,78	643,47	657,16	670,85	684,54	698,23	711,92	725,61	739,30
571,10	584,79	598,48	612,17	625,87	639,56	653,25	666,94	680,63	694,32	708,01	721,70	735,39
565,23	578,93	592,62	606,31	620,00	633,69	647,38	661,07	674,76	688,45	702,14	715,83	729,52
559,37	573,06	586,75	598,48	612,17	625,87	639,56	653,25	666,94	680,63	694,32	708,01	721,70
553,50	567,19	580,88	592,62	606,31	620,00	633,69	647,38	661,07	674,76	688,45	702,14	715,83
547,63	561,32	575,01	586,75	600,44	614,13	625,87	639,56	653,25	666,94	680,63	694,32	708,01
541,76	555,46	569,15	580,88	594,57	608,26	620,00	633,69	645,42	659,11	672,81	684,54	698,23
537,85	549,59	563,28	575,01	588,70	602,40	614,13	627,82	639,56	653,25	664,98	678,67	692,36
531,99	543,72	557,41	569,15	582,84	594,57	608,26	621,95	633,69	647,38	659,11	672,81	684,54
526,12	537,85	551,54	563,28	576,97	588,70	602,40	614,13	627,82	639,56	653,25	664,98	678,67
520,25	531,99	545,68	557,41	571,10	582,84	596,53	608,26	621,95	633,69	647,38	659,11	672,81
514,38	528,07	539,81	551,54	565,23	576,97	590,66	602,40	616,09	627,82	639,56	653,25	664,98
508,52	522,21	533,94	545,68	559,37	571,10	584,79	596,53	608,26	621,95	633,69	647,38	659,11
502,65	516,34	528,07	539,81	553,50	565,23	576,97	590,66	602,40	616,09	627,82	639,56	653,25
496,78	510,47	522,21	533,94	547,63	559,37	571,10	584,79	596,53	608,26	621,95	633,69	645,42
492,87	504,60	516,34	528,07	541,76	553,50	565,23	576,97	590,66	602,40	614,13	627,82	639,56
487,00	498,74	510,47	522,21	535,90	547,63	559,37	571,10	584,79	596,53	608,26	620,00	631,73
481,13	492,87	504,60	516,34	530,03	541,76	553,50	565,23	576,97	588,70	602,40	614,13	625,87
475,27	487,00	498,74	510,47	522,21	535,90	547,63	559,37	571,10	582,84	594,57	608,26	620,00
469,40	481,13	492,87	504,60	516,34	528,07	541,76	553,50	565,23	576,97	588,70	600,44	612,17
463,53	475,27	487,00	498,74	510,47	522,21	533,94	547,63	559,37	571,10	582,84	594,57	606,31
457,66	469,40	481,13	492,87	504,60	516,34	528,07	539,81	551,54	563,28	575,01	586,75	598,48
451,80	463,53	475,27	487,00	498,74	510,47	522,21	533,94	545,68	557,41	569,15	580,88	592,62
445,93	457,66	469,40	481,13	492,87	504,60	516,34	528,07	539,81	551,54	563,28	575,01	586,75
440,06	451,80	463,53	475,27	487,00	498,74	510,47	522,21	533,94	545,68	555,46	567,19	578,93
434,19	445,93	457,66	469,40	481,13	492,87	504,60	514,38	526,12	537,85	549,59	561,32	573,06
428,33	440,06	451,80	463,53	475,27	487,00	496,78	508,52	520,25	531,99	543,72	555,46	565,23
422,46	434,19	445,93	457,66	469,40	479,18	490,91	502,65	514,38	526,12	535,90	547,63	559,37
416,59	428,33	440,06	451,80	461,58	473,31	485,05	496,78	508,52	518,29	530,03	541,76	553,50
410,72	422,46	434,19	445,93	455,71	467,44	479,18	490,91	500,69	512,43	524,16	533,94	545,68
406,81	416,59	428,33	440,06	449,84	461,58	473,31	483,09	494,82	506,56	516,34	528,07	539,81
400,95	410,72	422,46	432,24	443,97	455,71	465,49	477,22	488,96	498,74	510,47	522,21	531,99
395,08	404,86	416,59	426,37	438,11	449,84	459,62	471,36	481,13	492,87	504,60	514,38	526,12
389,21	398,99	410,72	420,50	432,24	442,02	453,75	465,49	475,27	487,00	496,78	508,52	518,29
383,34	393,12	404,86	414,64	426,37	436,15	447,89	457,66	469,40	479,18	490,91	500,69	512,43
377,48	387,25	398,99	408,77	420,50	430,28	440,06	451,80	461,58	473,31	483,09	494,82	504,60

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 48

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder															
	56,67 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,81	371,81 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	430,28 bis 449,84	449,84 bis 469,40	469,40 bis 488,96	488,96 bis 508,52	508,52 bis 528,07	528,07 bis 547,63	547,63 bis 567,19	567,19 bis 586,75		
	mehr als	1 - 16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Deutsche Mark																
2249,20 - 2268,76	19,58	29,34	41,07	50,85	62,59	72,37	84,10	93,88	105,81	115,39	125,17	136,91	146,89			
2268,76 - 2288,32		27,38	37,16	46,94	56,67	66,45	80,19	89,97	99,75	111,48	121,28	133,00	142,78			
2288,32 - 2307,88		23,47	33,25	44,98	54,76	64,54	76,28	86,06	95,84	107,57	117,35	129,08	138,86			
2307,88 - 2327,44		19,58	29,34	41,07	50,85	60,63	72,37	82,14	91,92	103,68	113,44	123,22	134,95			
2327,44 - 2347,00			27,38	37,16	46,94	56,67	66,45	78,23	88,01	99,75	109,53	119,31	131,04			
2347,00 - 2366,55			23,47	33,25	43,03	54,76	64,54	74,32	84,10	95,84	105,81	115,39	125,17			
2366,55 - 2386,11			19,58	29,34	41,07	50,85	60,63	70,41	80,19	91,92	101,70	111,48	121,28			
2386,11 - 2405,67				25,43	37,16	46,94	56,72	66,50	76,28	86,06	97,79	107,57	117,35			
2405,67 - 2425,23				23,47	33,25	43,03	52,81	62,59	72,37	82,14	93,88	103,68	113,44			
2425,23 - 2444,79				19,58	29,34	39,12	48,90	58,67	68,45	78,23	88,01	97,79	108,53			
2444,79 - 2464,35					25,43	35,20	44,98	54,76	64,54	74,32	84,10	93,88	103,68			
2464,35 - 2483,90					21,51	31,29	41,07	50,85	60,63	70,41	80,19	89,97	99,75			
2483,90 - 2503,46						27,38	37,16	46,94	56,72	66,50	76,28	86,06	95,84			
2503,46 - 2523,02						23,47	33,25	43,03	52,81	62,59	72,37	82,14	91,92			
2523,02 - 2542,58						19,58	29,34	39,12	48,90	58,67	68,45	78,23	88,06			
2542,58 - 2562,14							25,43	35,20	44,98	54,76	62,59	72,37	82,14			
2562,14 - 2581,70							21,51	31,29	41,07	50,85	58,67	68,45	78,23			
2581,70 - 2601,25								27,38	37,16	44,98	54,76	64,54	74,32			
2601,25 - 2620,81								23,47	33,25	41,07	50,85	60,63	68,45			
2620,81 - 2640,37								19,58	27,38	37,16	46,94	56,72	64,54			
2640,37 - 2659,93									23,47	33,25	43,03	50,85	60,63			
2659,93 - 2679,49									19,58	29,34	37,16	46,94	56,72			
2679,49 - 2699,05										25,43	33,25	43,03	50,85			
2699,05 - 2718,60										21,51	29,34	39,12	48,94			
2718,60 - 2738,16											25,43	33,25	43,03			
2738,16 - 2757,72												21,51	29,34			
2757,72 - 2777,28													25,43			
2777,28 - 2796,84														29,34		
2796,84 - 2816,40															25,43	
2816,40 - 2835,95																19,58
2835,95 - 2855,51																
2855,51 - 2875,07																
2875,07 - 2894,63																
2894,63 - 2914,19																
2914,19 - 2933,75																
2933,75 - 2953,30																
2953,30 - 2972,86																
2972,86 - 2992,42																
2992,42 - 3011,98																
3011,98 - 3031,54																
3031,54 - 3051,09																
3051,09 - 3070,65																
3070,65 - 3090,21																
3090,21 - 3109,77																
3109,77 - 3129,33																

Fortsetzung siehe Seite 58

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark														
586,75 bis 606,31	606,31 bis 625,87	625,87 bis 645,42	645,42 bis 664,98	664,98 bis 684,54	684,54 bis 704,10	704,10 bis 723,66	723,66 bis 743,22	743,22 bis 762,77	762,77 bis 782,33	782,33 bis 801,89	801,89 bis 821,45	821,45 bis 841,01	841,01 bis 860,57	860,57 bis 880,12
30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Deutsche Mark														
158,42	168,20	179,94	189,72	201,45	211,23	221,01	232,74	242,52	254,26	264,04	275,77	285,55	295,33	307,07
154,51	164,29	174,07	185,80	195,58	207,32	217,10	228,88	238,61	248,39	260,13	269,90	279,68	291,42	301,20
148,64	160,38	170,16	179,94	191,67	201,45	211,23	222,96	232,74	244,48	254,26	264,04	275,77	285,55	295,33
144,73	154,51	166,25	176,02	185,80	197,54	207,32	217,10	228,83	238,61	248,39	260,13	269,90	279,68	291,42
140,82	150,60	160,38	172,11	181,89	191,67	203,41	213,19	222,96	232,74	244,48	254,26	264,04	275,77	285,55
136,91	146,69	156,47	166,25	177,98	187,76	197,54	207,32	219,05	228,83	238,61	248,39	260,13	269,90	279,68
131,04	142,78	152,55	162,33	172,11	181,89	193,63	203,41	213,19	222,96	232,74	244,48	254,26	264,04	273,82
127,13	136,91	146,69	158,42	168,20	177,98	187,76	197,54	207,32	219,05	228,83	238,61	248,39	258,17	267,95
123,22	133,00	142,78	152,55	162,33	174,07	183,85	193,63	203,41	213,19	222,96	232,74	242,52	254,26	264,04
119,31	129,08	138,86	148,64	158,42	168,20	177,98	187,76	197,54	207,32	219,05	228,83	238,61	248,39	258,17
113,44	123,22	133,00	144,73	154,51	164,29	174,07	183,85	193,63	203,41	213,19	222,96	232,74	242,52	252,30
109,53	119,31	129,08	138,86	148,64	158,42	168,20	177,98	187,76	197,54	207,32	217,10	226,88	236,66	246,43
105,61	115,39	125,17	134,95	144,73	154,51	164,29	174,07	183,85	193,63	203,41	213,19	222,96	230,79	240,57
101,70	111,48	119,31	129,08	138,86	148,64	158,42	168,20	177,98	187,76	197,54	207,32	217,10	226,88	236,66
95,84	105,61	115,39	125,17	134,95	144,73	154,51	164,29	172,11	181,89	191,67	201,45	211,23	221,01	230,79
91,92	101,70	111,48	121,26	129,08	138,86	148,64	158,42	168,20	177,98	187,76	195,58	205,36	215,14	224,92
88,01	97,79	105,61	115,39	125,17	134,95	144,73	152,55	162,33	172,11	181,89	191,67	201,45	209,27	219,05
82,14	91,92	101,70	111,48	121,26	129,08	138,86	148,64	158,42	166,25	176,02	185,80	195,58	205,36	213,19
78,23	88,01	97,79	105,61	115,39	125,17	134,95	142,78	152,55	162,33	172,11	179,94	189,72	199,49	207,32
74,32	84,10	91,92	101,70	111,48	119,31	129,08	138,86	146,69	156,47	166,25	176,02	183,85	193,63	203,41
70,41	78,23	88,01	97,79	105,61	115,39	125,17	133,00	142,78	150,60	160,38	170,16	177,98	187,76	197,54
64,54	74,32	84,10	91,92	101,70	109,53	119,31	129,08	136,91	146,69	154,51	164,29	174,07	181,89	191,67
60,63	70,41	78,23	88,01	95,84	105,61	113,44	123,22	133,00	140,82	150,60	158,42	168,20	176,02	185,80
56,72	64,54	74,32	82,14	91,92	99,75	109,53	117,35	127,13	134,95	144,73	154,51	162,33	172,11	179,94
50,85	60,63	68,45	78,23	86,06	95,84	103,66	113,44	121,26	131,04	138,86	148,64	156,47	166,25	174,07
46,94	54,76	64,54	72,37	82,14	89,97	99,75	107,57	117,35	125,17	134,95	142,78	152,55	160,38	168,20
43,03	50,85	60,63	68,45	76,28	86,06	93,88	103,66	111,48	119,31	129,08	136,91	146,69	154,51	164,29
37,16	46,94	54,76	62,59	72,37	80,19	89,97	97,79	105,61	115,39	123,22	133,00	140,82	148,64	158,42
33,25	41,07	50,85	58,67	66,50	76,28	84,10	91,92	101,70	109,53	117,35	127,13	134,95	142,78	152,55
29,34	37,16	44,98	54,76	62,59	70,41	78,23	88,01	95,84	103,66	113,44	121,26	129,08	138,86	146,69
23,47	33,25	41,07	48,90	56,72	66,50	74,32	82,14	89,97	99,75	107,57	115,39	123,22	133,00	140,82
19,56	27,38	35,20	44,98	52,81	60,63	68,45	78,23	86,06	93,88	101,70	109,53	119,31	127,13	134,95
	23,47	31,29	39,12	46,94	56,72	64,54	72,37	80,19	88,01	95,84	105,61	113,44	121,26	129,08
		27,38	35,20	43,03	50,85	58,67	66,50	74,32	84,10	91,92	99,75	107,57	115,39	123,22
		21,51	29,34	37,16	44,98	54,76	62,59	70,41	78,23	86,06	93,88	101,70	109,53	117,35
			25,43	33,25	41,07	48,90	56,72	64,54	72,37	80,19	88,01	95,84	103,66	111,48
			19,56	27,38	35,20	43,03	50,85	58,67	66,50	74,32	82,14	89,97	97,79	105,61
				23,47	31,29	39,12	46,94	54,76	62,59	70,41	78,23	86,06	93,88	101,70
					25,43	33,25	41,07	48,90	56,72	64,54	72,37	80,19	88,01	95,84
					21,51	27,38	35,20	43,03	50,85	58,67	66,50	74,32	82,14	89,97
						23,47	31,29	39,12	44,98	52,81	60,63	68,45	76,28	84,10
							25,43	33,25	41,07	48,94	54,76	62,59	70,41	78,23
							19,56	27,38	35,20	43,03	48,90	56,72	64,54	72,37
								21,51	29,34	37,16	44,98	50,85	58,67	66,50
									23,47	31,29	39,12	44,98	52,81	60,63

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark

1134,38 bis 1153,94	1153,94 bis 1173,50	1173,50 bis 1193,08	1193,08 bis 1212,61	1212,61 bis 1232,17
58	59	60	61	62
Deutsche Mark				
455,71	467,44	477,22	487,00	498,74
449,84	459,62	471,36	481,13	490,91
443,97	453,75	463,53	475,27	485,05
436,15	447,89	457,66	467,44	477,22
430,28	440,08	449,84	461,58	471,38
424,42	434,19	443,97	453,75	463,53
416,59	426,37	438,11	447,89	457,66
410,72	420,50	430,28	440,06	449,84
402,90	414,64	424,42	434,19	443,97
397,03	408,81	416,59	426,37	436,15
391,17	400,95	410,72	420,50	430,28
383,34	393,12	402,90	412,68	422,46
377,48	387,25	397,03	406,81	416,59
371,61	381,39	391,17	398,99	408,77
363,78	373,56	383,34	393,12	402,90
357,92	367,70	377,48	385,30	395,08
352,05	359,87	369,65	379,43	389,21
344,23	354,01	363,78	371,61	381,39
338,36	346,18	355,96	365,74	375,52
330,54	340,31	350,09	357,92	367,70
324,67	334,45	342,27	352,05	361,83
318,80	326,62	336,40	344,23	354,01
310,98	320,76	328,58	338,36	346,18
305,11	312,93	322,71	330,54	340,31
297,29	307,07	314,89	324,87	332,49
291,42	299,24	309,02	316,84	326,62
283,60	293,37	301,20	310,98	318,80
277,73	285,55	295,33	303,15	310,98
271,86	279,68	287,51	297,29	305,11
264,04	271,86	281,64	289,48	297,29
258,17	265,99	273,82	281,64	291,42
250,35	258,17	267,95	275,77	283,60
244,48	252,30	260,13	267,95	275,77
238,66	244,48	254,26	262,08	269,90
230,79	238,61	246,43	254,26	262,08
222,96	230,79	238,61	246,43	256,21
217,10	224,92	232,74	240,57	248,39
209,27	217,10	224,92	232,74	240,57
203,41	211,23	219,05	226,88	234,70
195,58	203,41	211,23	219,05	226,88
189,72	197,54	205,36	211,23	219,05
181,89	189,72	197,54	205,36	213,19
176,02	183,85	189,72	197,54	205,36
168,20	176,02	183,85	191,67	197,54
162,33	168,20	176,02	183,85	191,67

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 58

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs 2) von mehr als	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	58,67 bis 136,91	136,91 bis 156,47	156,47 bis 176,02	176,02 bis 195,58	195,58 bis 215,14	215,14 bis 234,70	234,70 bis 254,26	254,26 bis 273,82	273,82 bis 293,37	293,37 bis 312,93	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17
	1-6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Deutsche Mark														
1466,87 - 1488,43	21,51	37,16	50,85	64,54	80,19	93,88	109,53	123,22	136,91	152,55	166,25	179,94	195,58	
1488,43 - 1505,99	19,56	35,20	48,90	62,59	78,23	91,92	105,61	121,26	134,95	148,64	164,29	177,98	191,67	
1505,99 - 1525,55		33,25	46,94	60,63	74,32	89,97	103,66	117,35	133,00	146,69	160,38	176,02	189,72	
1525,55 - 1545,11		31,29	44,96	58,67	72,37	88,01	101,70	115,39	129,08	144,73	158,42	172,11	185,80	
1545,11 - 1564,66		27,38	43,03	56,72	70,41	84,10	99,75	113,44	127,13	140,82	156,47	170,16	183,85	
1564,66 - 1584,22		25,43	41,07	54,76	68,45	82,14	95,84	111,48	125,17	138,86	152,55	166,25	181,89	
1584,22 - 1603,78		23,47	39,12	52,81	66,50	80,19	93,88	107,57	121,26	136,91	150,60	164,29	177,98	
1603,78 - 1623,34		21,51	35,20	50,85	64,54	78,23	91,92	105,61	119,31	133,00	146,69	162,33	178,02	
1623,34 - 1642,90		19,56	33,25	46,94	60,63	78,28	89,97	103,66	117,35	131,04	144,73	158,42	172,11	
1642,90 - 1662,46			31,29	44,96	58,67	72,37	86,06	99,75	115,39	129,08	142,78	156,47	170,16	
1662,46 - 1682,01			29,34	43,03	56,72	70,41	84,10	97,79	111,48	125,17	138,86	152,55	166,25	
1682,01 - 1701,57			27,38	41,07	54,76	68,45	82,14	95,84	109,53	123,22	136,91	150,60	164,29	
1701,57 - 1721,13			25,43	39,12	52,81	66,50	80,19	93,88	107,57	119,31	133,00	146,69	160,38	
1721,13 - 1740,69			23,47	37,16	50,85	62,59	78,28	89,97	103,66	117,35	131,04	144,73	158,42	
1740,69 - 1760,25			21,51	33,25	46,94	60,63	74,32	88,01	101,70	115,39	129,08	142,78	154,51	
1760,25 - 1779,81				31,29	44,96	58,67	72,37	86,06	99,75	111,48	125,17	138,86	152,55	
1779,81 - 1799,36				29,34	43,03	56,72	70,41	82,14	95,84	109,53	123,22	136,91	148,64	
1799,36 - 1818,92				27,38	41,07	52,81	66,50	80,19	93,88	107,57	119,31	133,00	146,69	
1818,92 - 1838,48				25,43	37,16	50,85	64,54	78,23	89,97	103,66	117,35	131,04	142,78	
1838,48 - 1858,04				23,47	35,20	48,90	62,59	74,32	88,01	101,70	115,39	127,13	140,82	
1858,04 - 1877,60				19,56	33,25	46,94	58,67	72,37	86,06	97,79	111,48	125,17	136,91	
1877,60 - 1897,16					31,29	43,03	56,72	70,41	82,14	95,84	109,53	121,26	134,95	
1897,16 - 1916,71					29,34	41,07	54,76	66,50	80,19	93,88	105,61	119,31	131,04	
1916,71 - 1936,27					25,43	39,12	50,85	64,54	78,23	89,97	103,66	115,39	129,08	
1936,27 - 1955,83					23,47	37,16	48,90	62,59	74,32	88,01	99,75	113,44	125,17	
1955,83 - 1975,39					21,51	33,25	46,94	58,67	72,37	84,10	97,79	109,53	123,22	
1975,39 - 1994,95					19,56	31,29	43,03	56,72	68,45	82,14	93,88	107,57	119,31	
1994,95 - 2014,50						29,34	41,07	54,76	66,50	78,23	91,92	103,66	117,35	
2014,50 - 2034,06						25,43	39,12	50,85	64,54	76,28	88,01	101,70	113,44	
2034,06 - 2053,62						23,47	35,20	48,90	60,63	74,32	86,06	97,79	111,48	
2053,62 - 2073,18						21,51	33,25	44,96	56,72	70,41	82,14	95,84	107,57	
2073,18 - 2092,74						19,56	31,29	43,03	54,76	68,45	80,19	91,92	105,61	
2092,74 - 2112,30							27,38	41,07	52,81	64,54	78,28	89,97	101,70	
2112,30 - 2131,85							25,43	37,16	50,85	62,59	74,32	86,06	97,79	
2131,85 - 2151,41							23,47	35,20	46,94	58,67	70,41	84,10	95,84	
2151,41 - 2170,97							19,56	33,25	44,96	56,72	68,45	80,19	91,92	
2170,97 - 2190,53								29,34	41,07	52,81	64,54	78,23	89,97	
2190,53 - 2210,09								27,38	39,12	50,85	62,59	74,32	86,06	
2210,09 - 2229,65								23,47	35,20	46,94	58,67	70,41	84,10	
2229,65 - 2249,20								21,51	33,25	44,96	56,72	68,45	80,19	
2249,20 - 2268,76									29,34	41,07	52,81	64,54	76,28	
2268,76 - 2288,32									27,38	39,12	50,85	62,59	74,32	
2288,32 - 2307,88									25,43	35,20	46,94	58,67	70,41	
2307,88 - 2327,44									21,51	33,25	44,96	56,72	68,45	
2327,44 - 2347,00									19,56	29,34	41,07	52,81	64,54	

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Deutsche Mark							
	1271,29 bis 1290,85	1290,85 bis 1310,41	1310,41 bis 1329,98	1329,98 bis 1349,52	1349,52 bis 1369,08	1369,08 bis 1388,64	1388,64 bis 1408,20	
	mehr als	bis	65	66	67	68	69	70
Deutsche Mark								
1466,87 - 1466,43	858,61	872,30	887,95	901,64	915,33	930,98	944,67	
1466,43 - 1505,99	852,74	866,43	880,12	895,77	909,46	923,15	938,80	
1505,99 - 1525,55	846,87	860,57	874,26	889,90	903,59	917,28	932,93	
1525,55 - 1545,11	841,01	854,70	868,39	882,08	897,73	911,42	925,11	
1545,11 - 1564,66	835,14	848,83	862,52	876,21	891,86	905,55	919,24	
1564,66 - 1584,22	829,27	842,96	856,65	870,34	884,04	899,88	913,37	
1584,22 - 1603,78	823,40	837,10	850,79	864,48	878,17	891,86	907,51	
1603,78 - 1623,34	815,58	831,23	844,92	858,61	872,30	885,99	899,68	
1623,34 - 1642,90	809,71	825,36	839,05	852,74	866,43	880,12	893,81	
1642,90 - 1662,46	803,85	817,54	831,23	844,87	860,57	874,26	887,95	
1662,46 - 1682,01	797,98	811,67	825,36	839,05	852,74	866,43	880,12	
1682,01 - 1701,57	792,11	805,80	819,49	833,18	846,87	860,57	874,26	
1701,57 - 1721,13	786,24	799,93	813,63	827,32	841,01	854,70	868,39	
1721,13 - 1740,69	780,38	794,07	807,76	821,45	835,14	848,83	862,52	
1740,69 - 1760,25	774,51	788,20	801,89	815,58	829,27	841,01	854,70	
1760,25 - 1779,81	768,64	782,33	796,02	807,76	821,45	835,14	848,83	
1779,81 - 1799,36	762,77	776,46	788,20	801,89	815,58	829,27	842,96	
1799,36 - 1818,92	756,91	768,64	782,33	796,02	809,71	823,40	835,14	
1818,92 - 1838,48	751,04	762,77	776,46	790,16	803,85	815,58	829,27	
1838,48 - 1858,04	745,17	756,91	770,60	784,29	796,02	809,71	823,40	
1858,04 - 1877,60	737,35	751,04	764,73	776,46	790,16	803,85	815,58	
1877,60 - 1897,16	731,48	745,17	758,86	770,60	784,29	796,02	809,71	
1897,16 - 1916,71	725,61	739,30	751,04	764,73	778,42	790,16	803,85	
1916,71 - 1936,27	719,75	733,44	745,17	758,86	770,60	784,29	796,02	
1936,27 - 1955,83	713,88	725,61	739,30	752,99	764,73	778,42	790,16	
1955,83 - 1975,39	708,01	719,75	733,44	745,17	758,86	770,60	784,29	
1975,39 - 1994,95	702,14	713,88	727,57	739,30	752,99	764,73	778,46	
1994,95 - 2014,50	696,28	708,01	719,75	733,44	745,17	758,86	770,60	
2014,50 - 2034,06	688,45	702,14	713,88	727,57	739,30	751,04	764,73	
2034,06 - 2053,62	682,58	696,28	708,01	719,75	733,44	745,17	756,91	
2053,62 - 2073,18	676,72	688,45	702,14	713,88	725,61	739,30	751,04	
2073,18 - 2092,74	670,85	682,58	694,32	708,01	719,75	731,48	745,17	
2092,74 - 2112,30	664,98	676,72	688,45	702,14	713,88	725,61	737,35	
2112,30 - 2131,85	659,11	670,85	682,58	694,32	708,05	719,75	731,48	
2131,85 - 2151,41	653,25	664,98	676,72	688,45	700,19	711,92	725,61	
2151,41 - 2170,97	647,38	657,16	670,85	682,58	694,32	708,05	717,79	
2170,97 - 2190,53	641,52	651,29	663,03	674,76	688,45	700,19	711,92	
2190,53 - 2210,09	635,65	645,42	657,16	668,89	680,63	692,36	704,10	
2210,09 - 2229,65	629,79	639,56	651,29	663,03	674,76	686,50	698,23	
2229,65 - 2249,20	623,92	633,69	645,42	657,16	668,89	680,63	692,36	
2249,20 - 2268,76	618,06	625,87	637,60	649,34	661,07	672,81	684,54	
2268,76 - 2288,32	612,19	620,00	631,73	643,47	655,20	666,94	678,67	
2288,32 - 2307,88	606,33	614,13	625,87	637,60	649,34	659,11	670,85	
2307,88 - 2327,44	600,46	608,26	618,04	629,78	641,51	653,25	664,98	
2327,44 - 2347,00	594,60	600,44	612,17	623,91	635,64	647,38	657,18	

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 64

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs 2) von mehr als	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	58,67 bis 312,83	312,93 bis 332,49	332,49 bis 352,05	352,05 bis 371,61	371,61 bis 391,17	391,17 bis 410,72	410,72 bis 430,28	430,28 bis 449,84	449,84 bis 469,40	469,40 bis 488,96	488,96 bis 508,52	508,52 bis 528,07	528,07 bis 547,63	547,63 bis 567,19
	1 - 15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
Deutsche Mark														
2347,00 - 2366,55	27,38	39,12	50,85	60,63	72,37	84,10	95,84	107,57	117,35	129,08	140,82	152,55	164,29	
2366,55 - 2386,11	23,47	35,20	46,94	58,67	68,45	80,19	91,92	103,66	115,39	125,17	136,91	148,64	160,38	
2386,11 - 2405,67	21,51	33,25	43,03	54,76	66,50	78,23	88,01	99,75	111,48	121,26	133,00	144,73	156,47	
2405,67 - 2425,23		29,34	41,07	50,85	62,59	74,32	86,06	95,84	107,57	119,31	129,08	140,82	152,55	
2425,23 - 2444,79		25,43	37,16	48,90	58,67	70,41	82,14	91,92	103,66	115,39	125,17	136,91	148,64	
2444,79 - 2464,35		23,47	35,20	44,98	56,72	68,50	78,23	89,97	99,75	111,48	123,22	133,00	144,73	
2464,35 - 2483,90		19,56	31,29	43,03	52,81	64,54	74,32	86,06	97,79	107,57	119,31	129,08	140,82	
2483,90 - 2503,46			27,38	39,12	48,90	60,63	72,37	82,14	93,88	103,66	115,39	125,17	136,91	
2503,46 - 2523,02			25,43	35,20	46,94	58,67	68,45	78,23	88,01	97,75	111,48	121,26	133,00	
2523,02 - 2542,58			21,51	33,25	43,03	54,76	64,54	74,32	84,10	93,88	103,66	113,44	123,22	
2542,58 - 2562,14				29,34	39,12	50,85	60,63	72,37	82,14	93,88	103,66	113,44	123,22	
2562,14 - 2581,70				25,43	37,16	46,94	58,67	68,45	78,23	89,97	99,75	111,48	121,26	
2581,70 - 2601,25				23,47	33,25	43,03	54,76	64,54	76,28	86,06	95,84	107,57	117,35	
2601,25 - 2620,81				19,56	29,34	41,07	50,85	60,63	72,37	82,14	91,92	103,66	113,44	
2620,81 - 2640,37					27,38	37,16	46,94	58,67	68,45	78,23	88,01	99,75	109,53	
2640,37 - 2659,93					23,47	33,25	43,03	54,76	64,54	74,32	86,06	95,84	105,61	
2659,93 - 2679,49					19,56	29,34	41,07	50,85	60,63	70,41	82,14	91,92	101,70	
2679,49 - 2699,05						27,38	37,16	46,94	56,72	66,50	78,23	88,01	97,79	
2699,05 - 2718,60						23,47	33,25	43,03	52,81	64,54	74,32	84,10	93,88	
2718,60 - 2738,16						19,56	29,34	39,12	50,85	60,63	70,41	80,19	89,97	
2738,16 - 2757,72							25,43	37,16	46,94	58,67	68,45	78,23	88,06	
2757,72 - 2777,28							23,47	33,25	43,03	52,81	62,59	72,37	82,14	
2777,28 - 2796,84							19,56	29,34	39,12	48,90	58,67	68,45	78,23	
2796,84 - 2816,40								25,43	35,20	44,98	54,76	64,54	74,32	
2816,40 - 2835,95								21,51	31,29	41,07	50,85	60,63	70,41	
2835,95 - 2855,51									27,38	37,16	46,94	56,72	66,50	
2855,51 - 2875,07									23,47	33,25	43,03	52,81	62,59	
2875,07 - 2894,63									19,56	29,34	39,12	48,90	58,67	
2894,63 - 2914,19										25,43	35,20	44,98	54,76	
2914,19 - 2933,75										21,51	31,29	41,07	50,85	
2933,75 - 2953,30											27,38	37,16	46,94	
2953,30 - 2972,86											23,47	33,25	43,03	
2972,86 - 2992,42											19,56	29,34	39,12	
2992,42 - 3011,98												25,43	33,25	
3011,98 - 3031,54												21,51	29,34	
3031,54 - 3051,09														25,43
3051,09 - 3070,65														21,51
3070,65 - 3090,21														
3090,21 - 3109,77														
3109,77 - 3129,33														
3129,33 - 3148,89														
3148,89 - 3168,44														
3168,44 - 3188,00														
3188,00 - 3207,56														
3207,56 - 3227,12														

Fortsetzung siehe Seite 74

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als . Deutsche Mark													
1134,38 bis 1153,94	1153,94 bis 1173,50	1173,50 bis 1193,06	1193,06 bis 1212,61	1212,61 bis 1232,17	1232,17 bis 1251,73	1251,73 bis 1271,29	1271,29 bis 1290,85	1290,85 bis 1310,41	1310,41 bis 1329,96	1329,96 bis 1349,52	1349,52 bis 1369,08	1369,08 bis 1388,64	1388,64 bis 1408,20
58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71
Deutsche Mark													
504,60	514,38	526,12	537,85	549,59	561,32	571,10	582,84	594,57	606,31	618,04	627,82	639,56	651,29
498,74	508,52	520,25	531,99	543,72	553,50	565,23	576,97	588,70	600,44	610,22	621,95	633,69	645,42
492,87	502,65	514,38	526,12	537,85	547,63	559,37	571,10	582,84	592,62	604,35	616,09	625,87	637,60
487,00	496,78	508,52	520,25	530,03	541,76	553,50	565,23	575,01	586,75	598,48	608,26	620,00	631,73
481,13	490,91	502,65	514,38	524,16	535,90	547,63	557,41	569,15	580,88	590,66	602,40	614,13	623,91
475,27	485,05	496,78	508,52	518,29	530,03	539,81	551,54	563,28	573,06	584,79	596,53	606,31	618,04
469,40	479,18	490,91	500,69	512,43	524,16	533,94	545,68	555,46	567,19	578,93	588,70	600,44	610,22
463,53	473,31	485,05	494,82	506,56	516,34	528,07	539,81	549,59	561,32	571,10	582,84	592,62	604,35
457,66	467,44	479,18	488,96	500,69	510,47	522,21	531,99	543,72	553,50	565,23	575,01	586,75	598,48
451,80	461,58	473,31	483,09	494,82	504,60	516,34	526,12	537,85	547,63	559,37	569,15	580,88	590,66
445,93	455,71	467,44	477,22	487,00	498,74	508,52	520,25	530,03	541,76	551,54	563,28	573,06	584,79
440,06	449,84	459,62	471,36	481,13	492,87	502,65	514,38	524,16	533,94	545,68	555,46	567,19	576,97
434,19	443,97	453,75	465,49	475,27	487,00	496,78	506,56	518,29	528,07	537,85	549,59	559,37	571,10
428,33	438,11	447,89	459,62	469,40	479,18	490,91	500,69	510,47	522,21	531,99	541,76	553,50	563,28
422,46	432,24	442,02	451,80	463,53	473,31	483,09	494,82	504,60	514,38	526,12	535,90	545,68	557,41
416,59	426,37	436,15	445,93	457,66	467,44	477,22	487,00	498,74	508,52	518,29	530,03	539,81	549,59
408,77	420,50	430,28	440,06	449,84	461,58	471,36	481,13	490,91	502,65	512,43	522,21	531,99	543,72
402,90	414,64	424,42	434,19	443,97	453,75	465,49	475,27	485,05	494,82	506,56	516,34	526,12	535,90
397,03	408,77	418,55	428,33	438,11	447,89	457,66	469,40	479,18	488,96	498,74	508,52	518,29	530,03
391,17	400,95	412,68	422,46	432,24	442,02	451,80	461,58	471,36	483,09	492,87	502,65	512,43	522,21
385,30	395,08	404,86	416,59	426,37	436,15	445,93	455,71	465,49	475,27	485,05	494,82	506,56	516,34
379,43	389,21	398,99	408,77	418,55	430,28	440,06	449,84	459,62	469,40	479,18	488,96	498,74	508,52
373,56	383,34	393,12	402,90	412,68	422,46	432,24	442,02	451,80	461,58	471,36	483,09	492,87	502,65
367,70	377,48	387,25	397,03	406,81	416,59	426,37	436,15	445,93	455,71	465,49	475,27	485,05	494,82
361,83	371,61	381,39	391,17	400,95	410,72	420,50	430,28	440,06	449,84	459,62	469,40	479,18	488,96
355,96	365,74	375,52	385,30	395,08	404,86	412,68	422,46	432,24	442,02	451,80	461,58	471,36	481,13
350,09	359,87	369,65	377,48	387,25	397,03	406,81	416,59	426,37	436,15	445,93	455,71	465,49	473,31
344,23	354,01	361,83	371,61	381,39	391,17	400,95	410,72	420,50	428,33	438,11	447,89	457,66	467,44
338,36	346,18	355,96	365,74	375,52	385,30	395,08	402,90	412,68	422,46	432,24	442,02	451,80	459,62
332,49	340,31	350,09	359,87	369,65	377,48	387,25	397,03	406,81	416,59	424,42	434,19	443,97	453,75
324,67	334,45	344,23	354,01	361,83	371,61	381,39	391,17	398,99	408,77	418,55	428,33	438,11	445,93
318,80	328,58	338,36	346,18	355,96	365,74	375,52	383,34	393,12	402,90	412,68	420,50	430,28	440,06
312,93	322,71	332,49	340,31	350,09	359,87	367,70	377,48	387,25	395,08	404,86	414,64	422,46	432,24
307,07	316,84	324,67	334,45	344,23	352,05	361,83	371,61	379,43	389,21	398,99	406,81	416,59	426,37
301,20	310,98	318,80	328,58	336,40	346,18	355,96	363,78	373,56	383,34	391,17	400,95	408,77	418,55
295,33	303,15	312,93	322,71	330,54	340,31	348,14	357,92	367,70	375,52	385,30	393,12	402,90	410,72
289,46	297,29	307,07	314,89	324,67	332,49	342,27	352,05	359,87	369,65	377,48	387,25	395,08	404,86
283,60	291,42	301,20	309,02	318,80	326,62	336,40	344,23	354,01	361,83	371,61	379,43	389,21	397,03
275,77	285,55	293,37	303,15	310,98	320,76	328,58	338,36	346,18	355,96	363,78	373,56	381,39	391,17
269,90	279,68	287,51	297,29	305,11	314,89	322,71	330,54	340,31	348,14	357,92	365,74	375,52	383,34
264,04	273,82	281,64	289,46	299,24	307,07	316,84	324,67	332,49	342,27	350,09	359,87	367,70	375,52
258,17	265,99	275,77	283,60	293,37	301,20	309,02	318,80	326,62	334,45	344,23	352,05	361,83	369,65
252,30	260,13	269,90	277,73	285,55	295,33	303,15	310,98	320,76	328,58	336,40	346,18	354,01	361,83
246,43	254,26	262,08	271,86	279,68	287,51	297,29	305,11	312,93	320,76	330,54	338,36	346,18	355,96
240,57	248,39	256,21	264,04	273,82	281,64	289,46	297,29	307,07	314,89	322,71	332,49	340,31	348,14

- 77 - Drucksache 473/99

noch Anlage 7

31. Die bisherigen Anlagen 6 bis 8 werden aufgehoben.

Artikel 15

Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2002

Das zuletzt durch Artikel 13 und 14 dieses Gesetzes geänderte Wohngeldgesetz wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die zur Berechnung des Miet- oder Lastenzuschusses erforderlichen Rechenschritte und Rundungen sind in der Reihenfolge auszuführen, die sich aus der diesem Gesetz beigelegten Anlage 2 ergibt.“

2. § 8 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Bei der Leistung des Wohngeldes wird die Miete oder Belastung insoweit nicht berücksichtigt, als sie monatlich folgende Höchstbeträge übersteigt:

bei einem Haushalt mit	in Gemeinden mit Mieten der Stufe	für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist			
		bis zum 31. Dezember 1965		ab 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1991	ab 1. Januar 1992
		sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum		
Euro					
einem Alleinstehenden	I	160	200	215	265
	II	170	210	230	280
	III	180	225	245	300
	IV	195	245	265	325
	V	210	260	285	350
	VI	225	280	305	370
zwei Familienmitgliedern	I	215	265	290	320
	II	225	285	310	345
	III	240	300	330	365
	IV	260	325	355	395
	V	280	350	380	425
	VI	300	375	405	455
drei Familienmitgliedern	I	255	320	345	385
	II	270	340	365	410
	III	290	360	390	435
	IV	310	390	420	470
	V	335	420	455	505
	VI	360	445	485	540
vier Familienmitgliedern	I	295	370	400	445
	II	315	395	425	475
	III	335	420	455	505
	IV	360	455	490	545
	V	390	485	525	590
	VI	415	520	565	630
fünf Familienmitgliedern	I	335	420	455	510
	II	360	450	485	545
	III	380	480	520	580
	IV	415	515	560	625
	V	445	555	600	670
	VI	475	595	640	715

bei einem Haushalt mit	in Gemeinden mit Mieten der Stufe	für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist			
		bis zum 31. Dezember 1965		ab 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1991	ab 1. Januar 1992
		sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum		
Euro					
Mehrbetrag für jedes weitere Familienmitglied	I	40	50	55	60
	II	45	55	60	65
	III	45	60	65	70
	IV	50	65	70	75
	V	55	70	75	80
	VI	60	75	80	90

3. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „3000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1500 Euro“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 wird die Angabe „2400 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1200 Euro“ ersetzt.
- cc) In Nummer 3 wird die Angabe „1500 Deutsche Mark“ durch die Angabe „750 Euro“ ersetzt.
- dd) In Nummer 4 wird die Angabe „1200 Deutsche Mark“ durch die Angabe „600 Euro“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „6000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „3000 Euro“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 wird die Angabe „12000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „6000 Euro“ ersetzt.
- cc) In Nummer 3 wird die Angabe „6000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „3000 Euro“ ersetzt.

4. In § 18 Nr. 5 wird die Angabe „19,56 Deutsche Mark“ durch die Angabe „10 Euro“ ersetzt.

5. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 5 wird wie folgt gefaßt:

„(5) Es ist von folgendem monatlichen Gesamteinkommen auszugehen:

Haushaltsgröße	Monatliches Gesamteinkommen
Personen	Euro
1	358
2	506
3	624
4	767
5	925.*

b) In Absatz 7 wird die Angabe „78,23 Deutsche Mark“ durch die Angabe „40 Euro“ ersetzt.

c) Nach Absatz 7 wird folgender Absatz eingefügt:

„(8) Der sich aus Absatz 6 und 7 insgesamt ergebende Mietzuschuß ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag größer als oder gleich 50 ist, er ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag kleiner als 50 ist.“

d) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9.

6. Die Anlagen 2 bis 7 werden wie folgt gefaßt:

Anlage 2

Rechenschritte und Rundungen

1. „M“ ist die gerundete, tatsächliche zu berücksichtigende monatliche Miete oder Belastung (§ 2 Abs. 1 Satz 2). Bei der Umrechnung der ungerundeten, tatsächlichen zu berücksichtigenden monatlichen Miete oder Belastung im Sinne der §§ 7 und 8 („M^{**}“) auf „M“ gilt:

Wenn „M^{**}“ kleiner als oder gleich 50 ist, ist „M^{**}“ auf den nächsten durch 5 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn „M^{**}“ nicht bereits durch 5 ohne Rest teilbar ist. Wenn „M^{**}“ durch 5 ohne Rest teilbar ist, bleibt „M^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 2,50 Euro abzuziehen.

Wenn „M^{**}“ größer als 50 ist, ist „M^{**}“ auf den nächsten durch 10 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn „M^{**}“ nicht bereits durch 10 ohne Rest teilbar ist. Wenn „M^{**}“ durch 10 ohne Rest teilbar ist, bleibt „M^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 5 Euro abzuziehen.

2. „Y“ ist das gerundete monatliche Einkommen (§ 2 Abs. 1 Satz 3). Um „Y“ zu erhalten, ist „Y^{**}“ auf den nächsten durch 10 ohne Rest teilbaren vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn es nicht bereits durch 10 ohne Rest teilbar ist. Wenn „Y^{**}“ durch 10 ohne Rest teilbar ist, bleibt „Y^{**}“ unverändert. Von dem sich ergebenden Betrag sind stets 5 Euro abzuziehen.

3. Werte für „M“ und „Y“, die unterhalb der folgenden Tabellenwerte liegen, werden durch diese ersetzt:

	1- Personen- Haushalt	2- Personen- Haushalt	3- Personen- Haushalt	4- Personen- Haushalt	5- Personen- Haushalt	6- Personen- Haushalt
M	22,5	22,5	27,5	32,5	32,5	32,5
Y	120	150	200	250	285	320

	7- Personen- Haushalt	8- Personen- Haushalt	9- Personen- Haushalt	10- Personen- Haushalt	11- Personen- Haushalt	12- Personen- Haushalt
M	35	35	37,5	37,5	75	155
Y	355	385	555	730	1000	1175

4. Der ungerundete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß ergibt sich durch Einsetzen der Werte für „a“, „b“, „c“ (Anlage 1) und für „M“ und „Y“ in die Formel nach § 2 Abs. 1 Satz 1 und durch Ausführen der drei folgenden Rechenschritte:

Berechnung der Dezimalzahlen

$$z1 = a + b \cdot M + c \cdot Y,$$

$$z2 = z1 \cdot Y,$$

$$z3 = M - z2.$$

Hierbei sind die Dezimalzahlen als Festkommazahlen mit zehn Nachkommastellen zu berechnen.

5. Dieser ungerundete monatliche Miet- oder Lastenzuschuß ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag größer als oder gleich 50 ist, er ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden, wenn der sich ohne Rundung ergebende restliche Cent-Betrag kleiner als 50 ist.

Anlage 3

Wohngeld für Alleinstehende

Bei einem Alleinstehenden beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	20 bis 25	25 bis 30	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Euro														
0 - 120	11	16	21	25	30	34	41	50	59	68	77	86	95	104
120 - 130	11	15	20	24	29	33	40	49	58	67	76	85	94	103
130 - 140	10	14	19	23	28	32	39	48	57	66	75	84	92	101
140 - 150		13	18	22	27	31	38	46	55	64	73	82	91	100
150 - 160		12	17	21	25	30	36	45	54	63	71	80	89	98
160 - 170		11	15	20	24	28	35	44	52	61	70	78	87	96
170 - 180		10	14	18	23	27	34	42	51	59	68	77	85	94
180 - 190			13	17	21	26	32	41	49	58	66	75	83	92
190 - 200			12	16	20	24	31	39	48	56	65	73	81	90
200 - 210			10	15	19	23	29	38	46	54	63	71	79	88
210 - 220				13	17	22	28	36	44	53	61	69	78	86
220 - 230				12	16	20	26	35	43	51	59	67	76	84
230 - 240				11	15	19	25	33	41	49	57	66	74	82
240 - 250					13	17	23	31	39	48	56	64	72	80
250 - 260					12	16	22	30	38	46	54	62	70	78
260 - 270					10	14	20	28	36	44	52	60	68	76
270 - 280						13	19	27	34	42	50	58	66	73
280 - 290						11	17	25	33	40	48	56	64	71
290 - 300						10	16	23	31	39	46	54	61	69
300 - 310							14	22	29	37	44	52	59	67
310 - 320							12	20	27	35	42	50	57	65
320 - 330							11	18	26	33	40	48	55	63
330 - 340								16	24	31	38	46	53	60
340 - 350								15	22	29	36	44	51	58
350 - 360								13	20	27	34	41	49	56
360 - 370								11	18	25	32	39	46	54
370 - 380									16	23	30	37	44	51
380 - 390									14	21	28	35	42	49
390 - 400									12	19	26	33	40	47
400 - 410									10	17	24	31	37	44
410 - 420										15	22	28	35	42
420 - 430										13	20	26	33	39
430 - 440										11	17	24	31	37
440 - 450											15	22	28	35
450 - 460											13	19	26	32
460 - 470											11	17	23	30
470 - 480												15	21	27
480 - 490												12	19	25
490 - 500												10	16	22
500 - 510													14	20
510 - 520													11	17
520 - 530														15
530 - 540														12
540 - 550														
550 - 560														
560 - 570														
570 - 580														
580 - 590														
590 - 600														

Anlage 3

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Euro															
113	122	131	140	149	158	167	177	186	195	204	213	222	231	240	249
112	121	130	139	148	157	166	175	184	193	202	211	220	229	238	247
110	119	128	137	146	155	164	173	182	191	200	208	217	226	235	244
108	117	126	135	144	153	161	170	179	188	197	206	215	223	232	241
106	115	124	133	141	150	159	168	177	185	194	203	212	220	229	238
104	113	122	130	139	148	157	165	174	183	191	200	209	217	226	235
102	111	120	128	137	145	154	163	171	180	188	197	206	214	223	231
100	109	117	126	134	143	152	160	169	177	186	194	203	211	220	228
98	107	115	124	132	141	149	157	166	174	183	191	200	208	217	225
96	105	113	121	130	138	146	155	163	172	180	188	197	205	213	222
94	102	111	119	127	136	144	152	160	169	177	185	194	202	210	218
92	100	108	117	125	133	141	149	158	166	174	182	191	199	207	215
90	98	106	114	122	131	139	147	155	163	171	179	187	196	204	212
88	96	104	112	120	128	136	144	152	160	168	176	184	192	200	208
86	94	102	110	117	125	133	141	149	157	165	173	181	189	197	205
83	91	99	107	115	123	131	139	147	154	162	170	178	186	194	202
81	89	97	105	112	120	128	136	144	152	159	167	175	183	191	198
79	87	94	102	110	118	125	133	141	149	156	164	172	180	187	195
77	84	92	100	107	115	123	130	138	146	153	161	169	176	184	192
75	82	90	97	105	112	120	128	135	143	150	158	165	173	181	188
72	80	87	95	102	110	117	125	132	140	147	155	162	170	177	185
70	77	85	92	100	107	114	122	129	137	144	152	159	166	174	181
68	75	82	90	97	104	112	119	126	134	141	148	156	163	170	178
65	73	80	87	94	102	109	116	123	131	138	145	152	160	167	174
63	70	77	85	92	99	106	113	120	128	135	142	149	156	163	171
61	68	75	82	89	96	103	110	117	124	132	139	146	153	160	167
58	65	72	79	86	93	100	107	114	121	128	135	142	149	156	163
56	63	70	77	84	91	97	104	111	118	125	132	139	146	153	160
53	60	67	74	81	88	95	101	108	115	122	129	136	143	149	156
51	58	65	71	78	85	92	98	105	112	119	126	132	139	146	153
49	55	62	69	75	82	89	95	102	109	116	122	129	136	142	149
46	53	59	66	73	79	86	92	99	106	112	119	125	132	139	145
44	50	57	63	70	76	83	89	96	102	109	116	122	129	135	142
41	48	54	60	67	73	80	86	93	99	106	112	119	125	131	138
39	45	51	58	64	70	77	83	90	96	102	109	115	121	128	134
36	42	49	55	61	68	74	80	86	93	99	105	112	118	124	130
33	40	46	52	58	65	71	77	83	89	96	102	108	114	121	127
31	37	43	49	55	62	68	74	80	86	92	98	105	111	117	123
28	34	40	46	53	59	65	71	77	83	89	95	101	107	113	119
26	32	38	44	50	56	62	68	74	79	85	91	97	103	109	115
23	29	35	41	47	53	58	64	70	76	82	88	94	100	106	112
20	26	32	38	44	49	55	61	67	73	79	84	90	96	102	108
18	23	29	35	41	46	52	58	64	69	75	81	87	92	98	104
15	21	26	32	38	43	49	55	60	66	72	77	83	89	94	100
12	18	23	29	35	40	46	51	57	63	68	74	79	85	90	96
10	15	21	26	32	37	43	48	54	59	65	70	76	81	87	92
	12	18	23	29	34	39	45	50	56	61	67	72	77	83	88
		15	20	25	31	36	41	47	52	58	63	68	74	79	84
		12	17	22	28	33	38	43	49	54	59	64	70	75	80

noch Anlage 3

noch Wohngeld für Alleinstehende

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro							
	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370
	31	32	33	34	35	36	37	38
Euro								
0 - 120	258	267	276	285	294	303	312	321
120 - 130	256	265	274	283	292	301	310	319
130 - 140	253	262	271	280	289	298	307	316
140 - 150	250	259	268	276	285	294	303	312
150 - 160	247	255	264	273	282	290	299	308
160 - 170	243	252	261	269	278	287	295	304
170 - 180	240	249	257	266	275	283	292	300
180 - 190	237	245	254	262	271	279	288	296
190 - 200	233	242	250	259	267	276	284	293
200 - 210	230	238	247	255	264	272	280	289
210 - 220	227	235	243	252	260	268	276	285
220 - 230	223	232	240	248	256	264	273	281
230 - 240	220	228	236	244	252	261	269	277
240 - 250	217	225	233	241	249	257	265	273
250 - 260	213	221	229	237	245	253	261	269
260 - 270	210	218	225	233	241	249	257	265
270 - 280	206	214	222	230	237	245	253	261
280 - 290	203	210	218	226	234	241	249	257
290 - 300	199	207	214	222	230	237	245	253
300 - 310	196	203	211	218	226	234	241	249
310 - 320	192	200	207	215	222	230	237	245
320 - 330	189	196	203	211	218	226	233	240
330 - 340	185	192	200	207	214	222	229	236
340 - 350	181	189	196	203	210	218	225	232
350 - 360	178	185	192	199	206	214	221	228
360 - 370	174	181	188	195	203	210	217	224
370 - 380	170	177	185	192	199	206	213	220
380 - 390	167	174	181	188	195	201	208	215
390 - 400	163	170	177	184	191	197	204	211
400 - 410	159	166	173	180	187	193	200	207
410 - 420	156	162	169	176	182	189	196	203
420 - 430	152	159	165	172	178	185	192	198
430 - 440	148	155	161	168	174	181	187	194
440 - 450	144	151	157	164	170	177	183	190
450 - 460	141	147	153	160	166	172	179	185
460 - 470	137	143	149	156	162	168	175	181
470 - 480	133	139	145	152	158	164	170	176
480 - 490	129	135	141	148	154	160	166	172
490 - 500	125	131	137	143	149	156	162	168
500 - 510	121	127	133	139	145	151	157	163
510 - 520	117	123	129	135	141	147	153	159
520 - 530	114	119	125	131	137	143	148	154
530 - 540	110	115	121	127	133	138	144	150
540 - 550	106	111	117	123	128	134	140	145
550 - 560	102	107	113	118	124	130	135	141
560 - 570	98	103	109	114	120	125	131	136
570 - 580	94	99	104	110	115	121	126	132
580 - 590	90	95	100	106	111	116	122	127
590 - 600	86	91	96	101	107	112	117	122

noch Anlage 3

Anlage 4

Wohngeld für zwei Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit zwei Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	20 bis 25	25 bis 30	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130
	.1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Euro														
0 - 150	11	15	20	24	29	33	40	49	59	68	77	86	95	104
150 - 160	10	15	19	24	28	33	40	49	58	67	76	85	94	103
160 - 170		14	18	23	27	32	39	48	57	66	75	84	93	102
170 - 180		13	17	22	26	31	38	47	55	64	73	82	91	100
180 - 190		12	16	21	25	30	36	45	54	63	72	81	90	99
190 - 200		11	15	20	24	29	35	44	53	62	71	80	89	97
200 - 210		10	14	19	23	28	34	43	52	61	69	78	87	96
210 - 220			13	18	22	26	33	42	50	59	68	77	86	94
220 - 230			12	17	21	25	32	40	49	58	67	75	84	93
230 - 240			11	15	20	24	31	39	48	57	65	74	82	91
240 - 250			10	14	19	23	29	38	47	55	64	72	81	90
250 - 260				13	18	22	28	37	45	54	62	71	79	88
260 - 270				12	16	21	27	35	44	52	61	69	78	86
270 - 280				11	15	19	26	34	43	51	59	68	76	85
280 - 290				10	14	18	25	33	41	50	58	66	75	83
290 - 300					13	17	23	32	40	48	56	65	73	81
300 - 310					12	16	22	30	38	47	55	63	71	80
310 - 320					10	15	21	29	37	45	53	62	70	78
320 - 330						13	19	28	36	44	52	60	68	76
330 - 340						12	18	26	34	42	50	58	66	75
340 - 350						11	17	25	33	41	49	57	65	73
350 - 360							15	23	31	39	47	55	63	71
360 - 370							14	22	30	38	46	54	61	69
370 - 380							13	21	28	36	44	52	60	68
380 - 390							11	19	27	35	42	50	58	66
390 - 400							10	18	25	33	41	49	56	64
400 - 410								16	24	32	39	47	55	62
410 - 420								15	22	30	38	45	53	60
420 - 430								13	21	28	36	43	51	59
430 - 440								12	19	27	34	42	49	57
440 - 450								10	18	25	33	40	47	55
450 - 460									16	23	31	38	46	53
460 - 470									14	22	29	36	44	51
470 - 480									13	20	27	35	42	49
480 - 490									11	18	26	33	40	47
490 - 500									10	17	24	31	38	45
500 - 510										15	22	29	36	43
510 - 520										13	20	27	34	42
520 - 530										12	19	26	33	40
530 - 540										10	17	24	31	38
540 - 550											15	22	29	36
550 - 560											13	20	27	34
560 - 570											11	18	25	32
570 - 580												16	23	30
580 - 590												14	21	28
590 - 600												12	19	25

Anlage 4

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Euro															
113	122	132	141	150	159	168	177	186	196	205	214	223	232	241	250
113	122	131	140	149	158	167	176	185	195	204	213	222	231	240	249
111	120	129	138	147	156	165	174	183	192	202	211	220	229	238	247
109	118	127	136	145	154	163	172	181	190	199	208	217	226	235	244
108	117	126	135	144	153	161	170	179	188	197	206	215	224	233	242
106	115	124	133	142	151	160	168	177	186	195	204	213	222	231	239
105	113	122	131	140	149	158	166	175	184	193	202	210	219	228	237
103	112	121	129	138	147	156	164	173	182	191	199	208	217	226	234
101	110	119	128	136	145	154	162	171	180	188	197	206	215	223	232
100	108	117	126	134	143	152	160	169	178	186	195	204	212	221	229
98	107	115	124	132	141	150	158	167	175	184	193	201	210	218	227
96	105	114	122	131	139	148	156	165	173	182	190	199	207	216	224
95	103	112	120	129	137	146	154	163	171	180	188	196	205	213	222
93	101	110	118	127	135	144	152	160	169	177	186	194	202	211	219
91	100	108	116	125	133	142	150	158	167	175	183	192	200	208	217
90	98	106	115	123	131	139	148	156	164	173	181	189	198	206	214
88	96	104	113	121	129	137	146	154	162	170	179	187	195	203	212
86	94	103	111	119	127	135	143	152	160	168	176	184	193	201	209
84	93	101	109	117	125	133	141	149	158	166	174	182	190	198	206
83	91	99	107	115	123	131	139	147	155	163	171	179	188	196	204
81	89	97	105	113	121	129	137	145	153	161	169	177	185	193	201
79	87	95	103	111	119	127	135	143	151	159	167	175	182	190	198
77	85	93	101	109	117	125	133	140	148	156	164	172	180	188	196
75	83	91	99	107	115	122	130	138	146	154	162	169	177	185	193
74	81	89	97	105	112	120	128	136	144	151	159	167	175	183	190
72	79	87	95	103	110	118	126	134	141	149	157	164	172	180	188
70	78	85	93	101	108	116	124	131	139	147	154	162	170	177	185
68	76	83	91	98	106	114	121	129	136	144	152	159	167	175	182
66	74	81	89	96	104	111	119	127	134	142	149	157	164	172	179
64	72	79	87	94	102	109	117	124	132	139	147	154	162	169	177
62	70	77	85	92	99	107	114	122	129	137	144	152	159	166	174
60	68	75	83	90	97	105	112	119	127	134	142	149	156	164	171
58	66	73	80	88	95	102	110	117	124	132	139	146	154	161	168
56	64	71	78	86	93	100	107	115	122	129	136	144	151	158	165
55	62	69	76	83	91	98	105	112	119	127	134	141	148	155	163
53	60	67	74	81	88	95	103	110	117	124	131	138	145	153	160
51	58	65	72	79	86	93	100	107	114	121	129	136	143	150	157
49	56	63	70	77	84	91	98	105	112	119	126	133	140	147	154
47	53	60	67	74	81	88	95	102	109	116	123	130	137	144	151
44	51	58	65	72	79	86	93	100	107	114	121	128	134	141	148
42	49	56	63	70	77	84	90	97	104	111	118	125	132	138	145
40	47	54	61	68	74	81	88	95	102	108	115	122	129	136	142
38	45	52	59	65	72	79	86	92	99	106	113	119	126	133	139
36	43	50	56	63	70	76	83	90	96	103	110	116	123	130	137
34	41	47	54	61	67	74	81	87	94	100	107	114	120	127	134
32	39	45	52	58	65	71	78	85	91	98	104	111	117	124	131

noch Anlage 4

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	
	mehr als	bis	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
Euro															
0 - 150	260	269	278	287	296	305	314	323	333	342	351	360	369	378	
150 - 160	258	267	276	286	295	304	313	322	331	340	349	358	368	377	
160 - 170	256	265	274	283	292	301	310	319	328	337	346	355	364	373	
170 - 180	253	262	271	280	289	298	307	316	325	334	343	352	361	370	
180 - 190	251	260	269	278	287	296	304	313	322	331	340	349	358	367	
190 - 200	248	257	266	275	284	293	302	310	319	328	337	346	355	364	
200 - 210	246	255	263	272	281	290	299	308	316	325	334	343	352	360	
210 - 220	243	252	261	270	278	287	296	305	313	322	331	340	348	357	
220 - 230	241	249	258	267	275	284	293	302	310	319	328	336	345	354	
230 - 240	238	247	255	264	273	281	290	299	307	316	325	333	342	351	
240 - 250	236	244	253	261	270	278	287	296	304	313	321	330	339	347	
250 - 260	233	241	250	259	267	276	284	293	301	310	318	327	335	344	
260 - 270	230	239	247	256	264	273	281	290	298	307	315	324	332	340	
270 - 280	228	236	245	253	261	270	278	287	295	303	312	320	329	337	
280 - 290	225	233	242	250	259	267	275	284	292	300	309	317	325	334	
290 - 300	222	231	239	247	256	264	272	281	289	297	305	314	322	330	
300 - 310	220	228	236	245	253	261	269	277	286	294	302	310	319	327	
310 - 320	217	225	234	242	250	258	266	274	283	291	299	307	315	324	
320 - 330	214	223	231	239	247	255	263	271	279	288	296	304	312	320	
330 - 340	212	220	228	236	244	252	260	268	276	284	292	301	309	317	
340 - 350	209	217	225	233	241	249	257	265	273	281	289	297	305	313	
350 - 360	206	214	222	230	238	246	254	262	270	278	286	294	302	310	
360 - 370	204	211	219	227	235	243	251	259	267	275	283	290	298	306	
370 - 380	201	209	217	224	232	240	248	256	264	271	279	287	295	303	
380 - 390	198	206	214	221	229	237	245	253	260	268	276	284	291	299	
390 - 400	195	203	211	218	226	234	242	249	257	265	273	280	288	296	
400 - 410	193	200	208	216	223	231	239	246	254	262	269	277	285	292	
410 - 420	190	197	205	213	220	228	235	243	251	258	266	273	281	289	
420 - 430	187	194	202	210	217	225	232	240	247	255	262	270	278	285	
430 - 440	184	192	199	207	214	222	229	237	244	252	259	267	274	282	
440 - 450	181	189	196	204	211	218	226	233	241	248	256	263	271	278	
450 - 460	178	186	193	201	208	215	223	230	237	245	252	260	267	274	
460 - 470	176	183	190	198	205	212	219	227	234	241	249	256	263	271	
470 - 480	173	180	187	194	202	209	216	224	231	238	245	253	260	267	
480 - 490	170	177	184	191	199	206	213	220	227	235	242	249	256	263	
490 - 500	167	174	181	188	195	203	210	217	224	231	238	246	253	260	
500 - 510	164	171	178	185	192	199	207	214	221	228	235	242	249	256	
510 - 520	161	168	175	182	189	196	203	210	217	224	231	238	245	252	
520 - 530	158	165	172	179	186	193	200	207	214	221	228	235	242	249	
530 - 540	155	162	169	176	183	190	197	204	211	217	224	231	238	245	
540 - 550	152	159	166	173	180	187	193	200	207	214	221	228	235	241	
550 - 560	149	156	163	170	176	183	190	197	204	210	217	224	231	238	
560 - 570	146	153	160	166	173	180	187	193	200	207	214	220	227	234	
570 - 580	143	150	157	163	170	177	183	190	197	203	210	217	223	230	
580 - 590	140	147	153	160	167	173	180	187	193	200	207	213	220	226	
590 - 600	137	144	150	157	163	170	177	183	190	196	203	209	216	223	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro

430 bis 440	440 bis 450	450 bis 460
45	46	47
Euro		
387	397	406
386	395	404
382	392	401
379	388	397
376	385	394
373	381	390
369	378	387
366	375	383
363	371	380
359	368	376
356	364	373
352	361	369
349	357	366
346	354	362
342	350	359
339	347	355
335	343	352
332	340	348
328	336	344
325	333	341
321	329	337
318	326	334
314	322	330
311	318	326
307	315	323
303	311	319
300	308	315
296	304	311
293	300	308
289	297	304
285	293	300
282	289	296
278	285	293
274	282	289
271	278	285
267	274	281
263	270	277
260	267	274
256	263	270
252	259	266
248	255	262
244	251	258
241	247	254
237	244	250
233	240	246
229	236	242

noch Anlage 4

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 87

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	20 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230
	1 - 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Euro														
600 - 610	10	17	23	30	36	43	49	56	62	69	76	82	89	
610 - 620		15	21	28	34	41	47	54	60	67	73	79	86	
620 - 630		13	19	26	32	38	45	51	58	64	70	77	83	
630 - 640		11	17	23	30	36	43	49	55	62	68	74	81	
640 - 650			15	21	28	34	40	46	53	59	65	72	78	
650 - 660			13	19	25	32	38	44	50	56	63	69	75	
660 - 670			11	17	23	29	35	42	48	54	60	66	72	
670 - 680				15	21	27	33	39	45	51	58	64	70	
680 - 690				13	19	25	31	37	43	49	55	61	67	
690 - 700				10	16	22	28	34	40	46	52	58	64	
700 - 710					14	20	26	32	38	44	50	56	61	
710 - 720					12	18	23	29	35	41	47	53	59	
720 - 730						15	21	27	33	38	44	50	56	
730 - 740						13	18	24	30	36	42	47	53	
740 - 750						10	16	22	27	33	39	45	50	
750 - 760							14	19	25	30	36	42	47	
760 - 770							11	17	22	28	33	39	45	
770 - 780								14	20	25	31	36	42	
780 - 790								11	17	22	28	33	39	
790 - 800									14	20	25	31	36	
800 - 810									12	17	22	28	33	
810 - 820										14	20	25	30	
820 - 830										12	17	22	27	
830 - 840											14	19	24	
840 - 850											11	16	21	
850 - 860												13	18	
860 - 870												10	15	
870 - 880													12	
880 - 890														
890 - 900														
900 - 910														
910 - 920														
920 - 930														
930 - 940														
940 - 950														
950 - 960														
960 - 970														
970 - 980														
980 - 990														
990 - 1000														
1000 - 1010														
1010 - 1020														
1020 - 1030														
1030 - 1040														
1040 - 1050														

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro																	
230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390		
25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40		
Euro																	
95	102	108	115	121	128	134	141	147	154	160	167	173	180	186	193		
92	99	105	112	118	125	131	138	144	150	157	163	170	176	183	189		
90	96	102	109	115	122	128	134	141	147	154	160	166	173	179	186		
87	93	100	106	112	119	125	131	138	144	150	157	163	169	176	182		
84	90	97	103	109	116	122	128	134	141	147	153	160	166	172	178		
81	88	94	100	106	113	119	125	131	137	144	150	156	162	169	175		
79	85	91	97	103	109	116	122	128	134	140	146	153	159	165	171		
76	82	88	94	100	106	113	119	125	131	137	143	149	155	161	168		
73	79	85	91	97	103	109	115	121	128	134	140	146	152	158	164		
70	76	82	88	94	100	106	112	118	124	130	136	142	148	154	160		
67	73	79	85	91	97	103	109	115	121	127	133	139	145	151	156		
65	70	76	82	88	94	100	106	112	117	123	129	135	141	147	153		
62	68	73	79	85	91	97	102	108	114	120	126	132	137	143	149		
59	65	70	76	82	88	93	99	105	111	117	122	128	134	140	145		
56	62	67	73	79	85	90	96	102	107	113	119	124	130	136	142		
53	59	64	70	76	81	87	93	98	104	110	115	121	127	132	138		
50	56	61	67	73	78	84	89	95	101	106	112	117	123	128	134		
47	53	58	64	69	75	80	86	92	97	103	108	114	119	125	130		
44	50	55	61	66	72	77	83	88	94	99	105	110	116	121	127		
41	47	52	58	63	69	74	79	85	90	96	101	106	112	117	123		
38	44	49	55	60	65	71	76	81	87	92	97	103	108	114	119		
35	41	46	51	57	62	67	73	78	83	89	94	99	104	110	115		
33	38	43	48	54	59	64	69	74	80	85	90	95	101	106	111		
30	35	40	45	50	55	61	66	71	76	81	87	92	97	102	107		
27	32	37	42	47	52	57	62	68	73	78	83	88	93	98	103		
23	29	34	39	44	49	54	59	64	69	74	79	84	89	95	100		
20	25	31	36	41	46	51	56	61	66	71	76	81	86	91	96		
17	22	27	32	37	42	47	52	57	62	67	72	77	82	87	92		
14	19	24	29	34	39	44	49	54	58	63	68	73	78	83	88		
11	16	21	26	31	36	40	45	50	55	60	65	69	74	79	84		
	13	18	23	27	32	37	42	47	51	56	61	66	70	75	80		
	10	15	19	24	29	33	38	43	48	52	57	62	67	71	76		
		11	16	21	25	30	35	39	44	49	53	58	63	67	72		
			13	17	22	27	31	36	40	45	50	54	59	63	68		
				14	19	23	28	32	37	41	46	50	55	60	64		
					11	15	20	24	29	33	38	42	47	51	56	60	
						12	16	21	25	29	34	38	43	47	52	56	
							13	17	21	26	30	35	39	43	48	52	
								13	18	22	26	31	35	39	44	48	
									10	14	18	23	27	31	35	40	44
										10	15	19	23	27	31	36	40
											11	15	19	23	27	32	36
												11	15	19	23	28	32
													11	15	19	24	28
														11	15	19	23

noch Anlage 4

noch Wohngeld für zwei Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro								
	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450	450 bis 460		
	mehr als	bis	41	42	43	44	45	46	47
Euro									
600 - 610	199	206	212	219	225	232	238		
610 - 620	196	202	209	215	222	228	234		
620 - 630	192	198	205	211	218	224	230		
630 - 640	188	195	201	207	214	220	226		
640 - 650	185	191	197	204	210	216	222		
650 - 660	181	187	193	200	206	212	218		
660 - 670	177	183	190	196	202	208	214		
670 - 680	174	180	186	192	198	204	210		
680 - 690	170	176	182	188	194	200	206		
690 - 700	166	172	178	184	190	196	202		
700 - 710	162	168	174	180	186	192	198		
710 - 720	159	165	170	176	182	188	194		
720 - 730	155	161	167	172	178	184	190		
730 - 740	151	157	163	168	174	180	186		
740 - 750	147	153	159	164	170	176	182		
750 - 760	143	149	155	160	166	172	177		
760 - 770	140	145	151	156	162	168	173		
770 - 780	136	141	147	152	158	164	169		
780 - 790	132	137	143	148	154	159	165		
790 - 800	128	134	139	144	150	155	161		
800 - 810	124	130	135	140	146	151	156		
810 - 820	120	126	131	136	142	147	152		
820 - 830	116	122	127	132	137	143	148		
830 - 840	113	118	123	128	133	139	144		
840 - 850	109	114	119	124	129	134	139		
850 - 860	105	110	115	120	125	130	135		
860 - 870	101	106	111	116	121	126	131		
870 - 880	97	102	107	112	117	122	127		
880 - 890	93	98	103	108	112	117	122		
890 - 900	89	94	98	103	108	113	118		
900 - 910	85	90	94	99	104	109	114		
910 - 920	81	86	90	95	100	104	109		
920 - 930	77	81	85	91	95	100	105		
930 - 940	73	77	82	87	91	96	100		
940 - 950	69	73	78	82	87	91	96		
950 - 960	65	69	74	78	83	87	92		
960 - 970	61	65	69	74	78	83	87		
970 - 980	56	61	65	70	74	78	83		
980 - 990	52	57	61	65	70	74	78		
990 - 1000	48	52	57	61	65	70	74		
1000 - 1010	44	48	52	57	61	65	69		
1010 - 1020	40	44	48	52	57	61	65		
1020 - 1030	36	40	44	48	52	56	60		
1030 - 1040	32	36	40	44	48	52	56		
1040 - 1050	27	31	35	39	43	47	51		

Anlage 5

Wohngeld für drei Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit drei Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	25 bis 30	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Euro														
0 - 200	12	17	21	26	30	37	46	55	64	73	82	91	100	109
200 - 210	12	16	21	25	30	37	45	54	63	72	81	90	99	108
210 - 220	11	16	20	24	29	36	44	53	62	71	80	89	98	107
220 - 230	10	15	19	24	28	35	43	52	61	70	79	88	96	105
230 - 240		14	18	23	27	34	42	51	60	69	78	86	95	104
240 - 250		13	17	22	26	33	41	50	59	68	76	85	94	102
250 - 260		12	16	21	25	32	40	49	58	66	75	84	92	101
260 - 270		11	15	20	24	31	39	48	56	65	74	82	91	100
270 - 280		10	15	19	23	30	38	47	55	64	72	81	90	98
280 - 290			14	18	22	29	37	46	54	63	71	80	88	97
290 - 300			13	17	21	28	36	44	53	61	70	78	87	95
300 - 310			12	16	20	27	35	43	52	60	69	77	85	94
310 - 320			11	15	19	25	34	42	51	59	67	76	84	92
320 - 330			10	14	18	24	33	41	49	58	66	74	83	91
330 - 340				13	17	23	32	40	48	56	65	73	81	90
340 - 350				12	16	22	31	39	47	55	63	72	80	88
350 - 360				11	15	21	29	38	46	54	62	70	78	87
360 - 370				10	14	20	28	36	45	53	61	69	77	85
370 - 380					13	19	27	35	43	51	59	67	76	84
380 - 390					12	18	26	34	42	50	58	66	74	82
390 - 400					11	17	25	33	41	49	57	65	73	81
400 - 410					10	16	24	32	40	47	55	63	71	79
410 - 420						15	23	30	38	46	54	62	70	78
420 - 430						14	21	29	37	45	53	60	68	76
430 - 440						13	20	28	36	44	51	59	67	75
440 - 450						11	19	27	35	42	50	58	65	73
450 - 460						10	18	26	33	41	49	56	64	71
460 - 470							17	24	32	40	47	55	62	70
470 - 480							16	23	31	38	46	53	61	68
480 - 490							14	22	29	37	44	52	59	67
490 - 500							13	21	28	35	43	50	58	65
500 - 510							12	19	27	34	41	49	56	64
510 - 520							11	18	25	33	40	47	55	62
520 - 530							10	17	24	31	39	46	53	60
530 - 540								16	23	30	37	44	52	59
540 - 550								14	21	29	36	43	50	57
550 - 560								13	20	27	34	41	49	56
560 - 570								12	19	26	33	40	47	54
570 - 580								10	17	24	31	38	45	52
580 - 590									16	23	30	37	44	51
590 - 600									15	22	28	35	42	49
600 - 610									13	20	27	34	41	48
610 - 620									12	19	25	32	39	46
620 - 630									10	17	24	31	37	44
630 - 640										16	22	29	36	43
640 - 650										14	21	28	34	41

Anlage 5

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Euro															
118	127	136	145	154	163	171	180	189	198	207	216	225	234	243	252
117	126	135	144	153	162	171	180	188	197	206	215	224	233	242	251
116	124	133	142	151	160	169	178	187	196	204	213	222	231	240	249
114	123	132	141	149	158	167	176	185	194	202	211	220	229	238	247
113	121	130	139	148	157	165	174	183	192	200	209	218	227	236	244
111	120	129	137	146	155	164	172	181	190	199	207	216	225	233	242
110	118	127	136	144	153	162	170	179	188	197	205	214	223	231	240
108	117	126	134	143	151	160	169	177	186	195	203	212	220	229	238
107	115	124	133	141	150	158	167	175	184	193	201	210	218	227	235
105	114	122	131	139	148	156	165	173	182	191	199	208	216	225	233
104	112	121	129	138	146	155	163	172	180	189	197	205	214	222	231
102	111	119	128	136	144	153	161	170	178	187	195	203	212	220	229
101	109	118	126	134	143	151	159	168	176	185	193	201	210	218	226
99	108	116	124	133	141	149	158	166	174	182	191	199	207	216	224
98	106	114	123	131	139	147	156	164	172	180	189	197	205	214	222
96	104	113	121	129	137	146	154	162	170	178	187	195	203	211	219
95	103	111	119	127	136	144	152	160	168	176	185	193	201	209	217
93	101	109	118	126	134	142	150	158	166	174	182	191	199	207	215
92	100	108	116	124	132	140	148	156	164	172	180	188	196	204	213
90	98	106	114	122	130	138	146	154	162	170	178	186	194	202	210
89	97	104	112	120	128	136	144	152	160	168	176	184	192	200	208
87	95	103	111	119	127	134	142	150	158	166	174	182	190	198	206
85	93	101	109	117	125	133	140	148	156	164	172	180	188	195	203
84	92	99	107	115	123	131	138	146	154	162	170	177	185	193	201
82	90	98	106	113	121	129	137	144	152	160	168	175	183	191	199
81	88	96	104	111	119	127	135	142	150	158	165	173	181	188	196
79	87	94	102	110	117	125	133	140	148	156	163	171	178	186	194
77	85	93	100	108	115	123	131	138	146	153	161	169	176	184	191
76	83	91	99	106	114	121	129	136	144	151	159	166	174	181	189
74	82	89	97	104	112	119	127	134	142	149	157	164	172	179	187
73	80	88	95	102	110	117	125	132	140	147	154	162	169	177	184
71	78	86	93	101	108	115	123	130	138	145	152	160	167	174	182
69	77	84	91	99	106	113	121	128	135	143	150	157	165	172	179
68	75	82	90	97	104	111	119	126	133	141	148	155	162	170	177
66	73	81	88	95	102	110	117	124	131	138	146	153	160	167	175
64	72	79	86	93	100	108	115	122	129	136	143	151	158	165	172
63	70	77	84	91	98	106	113	120	127	134	141	148	155	163	170
61	68	75	82	89	97	104	111	118	125	132	139	146	153	160	167
59	66	74	81	88	95	102	109	116	123	130	137	144	151	158	165
58	65	72	79	86	93	100	107	114	121	128	134	141	148	155	162
56	63	70	77	84	91	98	105	111	118	125	132	139	146	153	160
54	61	68	75	82	89	96	103	109	116	123	130	137	144	151	157
53	60	66	73	80	87	94	100	107	114	121	128	135	141	148	155
51	58	65	71	78	85	92	98	105	112	119	125	132	139	146	152
49	56	63	69	76	83	90	96	103	110	116	123	130	137	143	150
48	54	61	68	74	81	88	94	101	108	114	121	128	134	141	148

noch Anlage 5

noch Wohngeld für drei Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440
	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Euro														
0 - 200	261	270	279	288	297	306	315	324	333	342	351	360	369	378
200 - 210	260	269	278	287	296	305	314	323	332	340	349	358	367	376
210 - 220	258	267	276	284	293	302	311	320	329	338	347	355	364	373
220 - 230	255	264	273	282	291	300	308	317	326	335	344	353	361	370
230 - 240	253	262	271	280	288	297	306	315	323	332	341	350	359	367
240 - 250	251	260	268	277	286	295	303	312	321	329	338	347	356	364
250 - 260	249	257	266	275	283	292	301	309	318	327	335	344	353	361
260 - 270	246	255	264	272	281	289	298	307	315	324	333	341	350	358
270 - 280	244	253	261	270	278	287	295	304	313	321	330	338	347	355
280 - 290	242	250	259	267	276	284	293	301	310	318	327	335	344	353
290 - 300	239	248	256	265	273	282	290	299	307	316	324	333	341	350
300 - 310	237	245	254	262	271	279	288	296	304	313	321	330	338	347
310 - 320	235	243	251	260	268	277	285	293	302	310	318	327	335	344
320 - 330	232	241	249	257	266	274	282	291	299	307	316	324	332	341
330 - 340	230	238	247	255	263	271	280	288	296	304	313	321	329	338
340 - 350	228	236	244	252	261	269	277	285	293	302	310	318	326	334
350 - 360	225	233	242	250	258	266	274	282	291	299	307	315	323	331
360 - 370	223	231	239	247	255	264	272	280	288	296	304	312	320	328
370 - 380	221	229	237	245	253	261	269	277	285	293	301	309	317	325
380 - 390	218	226	234	242	250	258	266	274	282	290	298	306	314	322
390 - 400	216	224	232	240	248	256	264	272	279	287	295	303	311	319
400 - 410	213	221	229	237	245	253	261	269	277	285	292	300	308	316
410 - 420	211	219	227	235	242	250	258	266	274	282	290	297	305	313
420 - 430	209	216	224	232	240	248	255	263	271	279	287	294	302	310
430 - 440	206	214	222	229	237	245	253	260	268	276	284	291	299	307
440 - 450	204	212	219	227	235	242	250	258	265	273	281	289	296	304
450 - 460	201	209	217	224	232	240	247	255	263	270	278	286	293	301
460 - 470	199	207	214	222	229	237	245	252	260	267	275	283	290	298
470 - 480	197	204	212	219	227	234	242	249	257	264	272	280	287	295
480 - 490	194	202	209	217	224	232	239	247	254	262	269	277	284	291
490 - 500	192	199	207	214	221	229	236	244	251	259	266	273	281	288
500 - 510	189	197	204	211	219	226	234	241	248	256	263	270	278	285
510 - 520	187	194	201	209	216	223	231	238	245	253	260	267	275	282
520 - 530	184	192	199	206	213	221	228	235	243	250	257	264	272	279
530 - 540	182	189	196	204	211	218	225	232	240	247	254	261	269	276
540 - 550	179	187	194	201	208	215	222	230	237	244	251	258	265	273
550 - 560	177	184	191	198	205	212	220	227	234	241	248	255	262	270
560 - 570	174	181	189	196	203	210	217	224	231	238	245	252	259	266
570 - 580	172	179	186	193	200	207	214	221	228	235	242	249	256	263
580 - 590	169	176	183	190	197	204	211	218	225	232	239	246	253	260
590 - 600	167	174	181	188	195	201	208	215	222	229	236	243	250	257
600 - 610	164	171	178	185	192	199	206	212	219	226	233	240	247	254
610 - 620	162	169	175	182	189	196	203	210	216	223	230	237	244	250
620 - 630	159	166	173	180	186	193	200	207	213	220	227	234	240	247
630 - 640	157	163	170	177	184	190	197	204	210	217	224	231	237	244
640 - 650	154	161	168	174	181	187	194	201	207	214	221	227	234	241

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro									
440 bis 450	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54
Euro									
387	396	405	414	422	431	440	449	458	467
385	394	403	412	421	430	439	448	457	466
382	391	400	409	418	427	435	444	453	462
379	388	397	406	414	423	432	441	450	459
376	385	394	403	411	420	429	438	446	455
373	382	391	399	408	417	426	434	443	452
370	379	387	396	405	414	422	431	440	448
367	376	384	393	402	410	419	428	436	445
364	373	381	390	398	407	416	424	433	441
361	370	378	387	395	404	412	421	429	438
358	366	375	383	392	400	409	417	426	434
355	363	372	380	389	397	405	414	422	431
352	360	369	377	385	394	402	410	419	427
349	357	365	374	382	390	399	407	415	424
346	354	362	371	379	387	395	404	412	420
343	351	359	367	376	384	392	400	408	417
340	348	356	364	372	380	389	397	405	413
337	345	353	361	369	377	385	393	401	410
333	341	350	358	366	374	382	390	398	406
330	338	346	354	362	370	378	386	394	402
327	335	343	351	359	367	375	383	391	399
324	332	340	348	356	364	372	379	387	395
321	329	337	345	352	360	368	376	384	392
318	326	333	341	349	357	365	372	380	388
315	322	330	338	346	353	361	369	377	384
312	319	327	335	342	350	358	365	373	381
308	316	324	331	339	347	354	362	370	377
305	313	320	328	336	343	351	358	366	374
302	310	317	325	332	340	347	355	362	370
299	306	314	321	329	336	344	351	359	366
296	303	311	318	326	333	340	348	355	363
293	300	307	315	322	330	337	344	352	359
289	297	304	311	319	326	333	341	348	355
286	294	301	308	315	323	330	337	345	352
283	290	298	305	312	319	326	334	341	348
280	287	294	301	309	316	323	330	337	344
277	284	291	298	305	312	319	327	334	341
273	280	288	295	302	309	316	323	330	337
270	277	284	291	298	305	312	319	326	333
267	274	281	288	295	302	309	316	323	330
264	271	278	284	291	298	305	312	319	326
260	267	274	281	288	295	302	309	315	322
257	264	271	278	284	291	298	305	312	319
254	261	268	274	281	288	295	301	308	315
251	257	264	271	278	284	291	298	304	311
247	254	261	267	274	281	287	294	301	307

noch Anlage 5

noch Wohngeld für drei Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 95

ber dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	ber einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	25 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	
	mehr als	bis	1 - 9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Euro															
650 - 660			13	19	26	33	39	46	52	59	66	72	79	86	92
660 - 670			11	18	24	31	38	44	51	57	64	70	77	83	90
670 - 680			10	16	23	29	36	42	49	55	62	68	75	81	88
680 - 690				15	21	28	34	41	47	54	60	66	73	79	86
690 - 700				13	20	26	33	39	45	52	58	65	71	77	84
700 - 710				12	18	24	31	37	44	50	56	63	69	75	82
710 - 720				10	17	23	29	35	42	48	54	61	67	73	79
720 - 730					15	21	27	34	40	46	52	59	65	71	77
730 - 740					13	19	26	32	38	44	50	57	63	69	75
740 - 750					12	18	24	30	36	42	49	55	61	67	73
750 - 760					10	16	22	28	34	40	47	53	59	65	71
760 - 770						14	20	26	33	39	45	51	57	63	69
770 - 780						13	19	25	31	37	43	49	55	61	67
780 - 790						11	17	23	29	35	41	47	53	59	64
790 - 800							15	21	27	33	39	45	50	56	62
800 - 810							13	19	25	31	37	43	48	54	60
810 - 820							12	17	23	29	35	41	46	52	58
820 - 830							10	16	21	27	33	39	44	50	56
830 - 840								14	19	25	31	36	42	48	53
840 - 850								12	18	23	29	34	40	46	51
850 - 860								10	16	21	27	32	38	43	49
860 - 870									14	19	25	30	36	41	47
870 - 880									12	17	23	28	34	39	45
880 - 890									10	15	21	26	32	37	42
890 - 900										13	19	24	29	35	40
900 - 910										11	17	22	27	33	38
910 - 920											15	20	25	30	36
920 - 930											13	18	23	28	33
930 - 940											10	16	21	26	31
940 - 950												14	19	24	29
950 - 960												11	16	22	27
960 - 970													14	19	24
970 - 980													12	17	22
980 - 990													10	15	20
990 - 1000														13	17
1000 - 1010														10	15
1010 - 1020															13
1020 - 1030															10
1030 - 1040															
1040 - 1050															
1050 - 1060															
1060 - 1070															
1070 - 1080															
1080 - 1090															
1090 - 1100															

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38
Euro															
99	105	112	119	125	132	138	145	152	158	165	171	178	185	191	198
97	103	110	116	123	129	136	143	149	156	162	169	175	182	188	195
94	101	107	114	120	127	133	140	147	153	160	166	173	179	186	192
92	99	105	112	118	125	131	137	144	150	157	163	170	176	183	189
90	97	103	109	116	122	129	135	141	148	154	161	167	173	180	186
88	94	101	107	113	120	126	132	139	145	151	158	164	171	177	183
86	92	98	105	111	117	124	130	136	142	149	155	161	168	174	180
84	90	96	102	109	115	121	127	134	140	146	152	159	165	171	177
81	88	94	100	106	112	119	125	131	137	143	150	156	162	168	174
79	85	92	98	104	110	116	122	128	135	141	147	153	159	165	171
77	83	89	95	101	107	114	120	126	132	138	144	150	156	162	168
75	81	87	93	99	105	111	117	123	129	135	141	147	153	159	165
73	79	85	91	97	103	109	115	121	126	132	138	144	150	156	162
70	76	82	88	94	100	106	112	118	124	130	136	142	148	153	159
68	74	80	86	92	98	103	109	115	121	127	133	139	145	151	156
66	72	78	83	89	95	101	107	113	118	124	130	136	142	148	153
64	69	75	81	87	93	98	104	110	116	121	127	133	139	145	150
61	67	73	79	84	90	96	102	107	113	119	124	130	136	142	147
59	65	71	76	82	88	93	99	105	110	116	122	127	133	139	144
57	63	68	74	79	85	91	96	102	108	113	119	124	130	136	141
55	60	66	71	77	83	88	94	99	105	110	116	122	127	133	138
52	58	63	69	74	80	86	91	97	102	108	113	119	124	130	135
50	56	61	67	72	77	83	88	94	99	105	110	116	121	127	132
48	53	59	64	69	75	80	86	91	97	102	107	113	118	124	129
46	51	56	62	67	72	78	83	88	94	99	105	110	115	121	126
43	49	54	59	64	70	75	80	86	91	96	102	107	112	118	123
41	46	51	57	62	67	72	78	83	88	94	99	104	109	115	120
39	44	49	54	59	65	70	75	80	86	91	96	101	106	112	117
36	41	47	52	57	62	67	72	78	83	88	93	98	103	109	114
34	39	44	49	54	59	65	70	75	80	85	90	95	100	105	111
32	37	42	47	52	57	62	67	72	77	82	87	92	97	102	107
29	34	39	44	49	54	59	64	69	74	79	84	89	94	99	104
27	32	37	42	47	52	57	62	67	72	76	81	86	91	96	101
25	29	34	39	44	49	54	59	64	69	74	78	83	88	93	98
22	27	32	37	42	46	51	56	61	66	71	76	80	85	90	95
20	25	29	34	39	44	49	53	58	63	68	73	77	82	87	92
17	22	27	32	36	41	46	51	55	60	65	70	74	79	84	89
15	20	24	29	34	39	43	48	53	57	62	67	71	76	81	86
13	17	22	27	31	36	41	45	50	55	59	64	68	73	78	82
10	15	20	24	29	33	38	42	47	52	56	61	65	70	75	79
	12	17	22	26	31	35	40	44	49	53	58	62	67	71	76
	10	15	19	23	28	32	37	41	46	50	55	59	64	68	73
		12	16	21	25	30	34	39	43	47	52	56	61	65	70
			14	18	23	27	31	36	40	45	49	53	58	62	66
			11	16	20	24	29	33	37	42	46	50	55	59	63

noch Anlage 5

noch Wohngeld für drei Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	
	mehr als	bis	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51
Euro															
650 - 660	205	211	218	224	231	238	244	251	257	264	271	277	284	290	
660 - 670	202	208	215	221	228	234	241	247	254	261	267	274	280	287	
670 - 680	199	205	212	218	225	231	238	244	251	257	264	270	277	283	
680 - 690	196	202	208	215	221	228	234	241	247	254	260	267	273	279	
690 - 700	193	199	205	212	218	225	231	237	244	250	257	263	269	276	
700 - 710	190	196	202	209	215	221	228	234	240	247	253	259	266	272	
710 - 720	187	193	199	205	212	218	224	231	237	243	250	256	262	268	
720 - 730	184	190	196	202	209	215	221	227	234	240	246	252	259	265	
730 - 740	181	187	193	199	205	212	218	224	230	236	243	249	255	261	
740 - 750	178	184	190	196	202	208	214	221	227	233	239	245	251	257	
750 - 760	174	181	187	193	199	205	211	217	223	229	235	242	248	254	
760 - 770	171	177	184	190	196	202	208	214	220	226	232	238	244	250	
770 - 780	168	174	180	186	192	198	204	210	216	222	228	234	240	246	
780 - 790	165	171	177	183	189	195	201	207	213	219	225	231	237	243	
790 - 800	162	168	174	180	186	192	198	204	209	215	221	227	233	239	
800 - 810	159	165	171	177	183	188	194	200	206	212	218	223	229	235	
810 - 820	156	162	168	174	179	185	191	197	202	208	214	220	226	231	
820 - 830	153	159	165	170	176	182	187	193	199	205	210	216	222	228	
830 - 840	150	156	161	167	173	178	184	190	195	201	207	212	218	224	
840 - 850	147	153	158	164	169	175	181	186	192	198	203	209	214	220	
850 - 860	144	149	155	161	166	172	177	183	188	194	200	205	211	216	
860 - 870	141	146	152	157	163	168	174	179	185	190	196	201	207	213	
870 - 880	138	143	149	154	160	165	170	176	181	187	192	198	203	209	
880 - 890	135	140	145	151	156	162	167	172	178	183	189	194	200	205	
890 - 900	131	137	142	147	153	158	164	169	174	180	185	190	196	201	
900 - 910	128	134	139	144	150	155	160	165	171	176	181	187	192	197	
910 - 920	125	130	136	141	146	151	157	162	167	173	178	183	188	194	
920 - 930	122	127	132	138	143	148	153	158	164	169	174	179	185	190	
930 - 940	119	124	129	134	139	145	150	155	160	165	170	176	181	186	
940 - 950	116	121	126	131	136	141	146	151	157	162	167	172	177	182	
950 - 960	113	118	123	128	133	138	143	148	153	158	163	168	173	178	
960 - 970	109	114	119	124	129	134	139	144	149	154	159	164	169	174	
970 - 980	106	111	116	121	126	131	136	141	146	151	156	161	166	171	
980 - 990	103	108	113	118	123	128	132	137	142	147	152	157	162	167	
990 - 1000	100	105	110	114	119	124	129	134	139	143	148	153	158	163	
1000 - 1010	97	101	106	111	116	121	125	130	135	140	145	149	154	159	
1010 - 1020	93	98	103	108	112	117	122	127	131	136	141	146	150	155	
1020 - 1030	90	95	100	104	109	114	118	123	128	132	137	142	147	151	
1030 - 1040	87	92	96	101	106	110	115	120	124	129	133	138	143	147	
1040 - 1050	84	88	93	98	102	107	111	116	121	125	130	134	139	143	
1050 - 1060	81	85	90	94	99	103	108	112	117	121	126	130	135	140	
1060 - 1070	77	82	86	91	95	100	104	109	113	118	122	127	131	136	
1070 - 1080	74	79	83	87	92	96	101	105	110	114	118	123	127	132	
1080 - 1090	71	75	80	84	88	93	97	102	106	110	115	119	123	128	
1090 - 1100	68	72	76	81	85	89	94	98	102	107	111	115	120	124	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro

520 bis 530	530 bis 540
53	54
Euro	
297	304
293	300
290	296
286	292
282	289
278	285
275	281
271	277
267	273
264	270
260	266
256	262
252	258
248	254
245	251
241	247
237	243
233	239
230	235
226	231
222	227
218	224
214	220
210	216
207	212
203	208
199	204
195	200
191	196
187	192
183	188
179	184
176	180
172	177
168	173
164	169
160	165
156	161
152	157
148	153
144	149
140	145
136	141
132	137
128	133

Anlage 6

Wohngeld für vier Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit vier Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Euro														
0 - 250	16	21	25	30	36	45	54	63	72	81	90	99	108	117
250 - 260	16	20	25	29	36	45	54	63	72	81	90	99	108	117
260 - 270	15	19	24	28	35	44	53	62	71	80	89	98	107	116
270 - 280	14	19	23	28	34	43	52	61	70	79	88	97	106	115
280 - 290	14	18	22	27	34	42	51	60	69	78	87	96	105	113
290 - 300	13	17	22	26	33	42	50	59	68	77	86	95	103	112
300 - 310	12	16	21	25	32	41	49	58	67	76	85	93	102	111
310 - 320	11	16	20	24	31	40	49	57	66	75	84	92	101	110
320 - 330	11	15	19	24	30	39	48	56	65	74	83	91	100	109
330 - 340	10	14	19	23	29	38	47	55	64	73	81	90	99	107
340 - 350		13	18	22	29	37	46	54	63	72	80	89	98	106
350 - 360		13	17	21	28	36	45	53	62	71	79	88	96	105
360 - 370		12	16	20	27	35	44	53	61	70	78	87	95	104
370 - 380		11	15	20	26	34	43	52	60	69	77	86	94	103
380 - 390		10	15	19	25	34	42	51	59	68	76	84	93	101
390 - 400			14	18	24	33	41	50	58	66	75	83	92	100
400 - 410			13	17	23	32	40	49	57	65	74	82	91	99
410 - 420			12	16	22	31	39	48	56	64	73	81	89	98
420 - 430			11	15	22	30	38	47	55	63	72	80	88	97
430 - 440			10	15	21	29	37	46	54	62	70	79	87	95
440 - 450			10	14	20	28	36	45	53	61	69	78	86	94
450 - 460				13	19	27	35	44	52	60	68	76	85	93
460 - 470				12	18	26	34	43	51	59	67	75	83	92
470 - 480				11	17	25	33	42	50	58	66	74	82	90
480 - 490				10	16	24	32	40	49	57	65	73	81	89
490 - 500					15	23	31	39	47	56	64	72	80	88
500 - 510					14	22	30	38	46	54	62	70	78	86
510 - 520					13	21	29	37	45	53	61	69	77	85
520 - 530					13	20	28	36	44	52	60	68	76	84
530 - 540					12	19	27	35	43	51	59	67	75	83
540 - 550					11	19	26	34	42	50	58	66	73	81
550 - 560					10	18	25	33	41	49	57	64	72	80
560 - 570						17	24	32	40	48	55	63	71	79
570 - 580						16	23	31	39	46	54	62	70	77
580 - 590						15	22	30	38	45	53	61	68	76
590 - 600						14	21	29	37	44	52	59	67	75
600 - 610						13	20	28	35	43	51	58	66	73
610 - 620						12	19	27	34	42	49	57	65	72
620 - 630						11	18	26	33	41	48	56	63	71
630 - 640							17	24	32	39	47	54	62	69
640 - 650							16	23	31	38	46	53	61	68
650 - 660							15	22	30	37	45	52	59	67
660 - 670							14	21	29	36	43	51	58	65
670 - 680							13	20	27	35	42	49	57	64
680 - 690							12	19	26	34	41	48	55	63
690 - 700							11	18	25	32	40	47	54	61

Anlage 6

Beisatzung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Euro															
127	136	145	154	163	172	181	190	199	208	217	226	235	244	253	262
126	135	144	153	162	171	180	189	198	207	216	225	234	243	252	261
125	134	143	152	161	169	178	187	196	205	214	223	232	241	250	259
124	132	141	150	159	168	177	186	195	204	213	222	230	239	248	257
122	131	140	149	158	167	176	184	193	202	211	220	229	238	247	255
121	130	139	148	156	165	174	183	192	201	209	218	227	236	245	254
120	129	137	146	155	164	173	181	190	199	208	217	225	234	243	252
119	127	136	145	154	162	171	180	189	197	206	215	224	232	241	250
117	126	135	144	152	161	170	178	187	196	205	213	222	231	239	248
116	125	134	142	151	160	168	177	186	194	203	212	220	229	238	246
115	124	132	141	149	158	167	175	184	193	201	210	219	227	236	245
114	122	131	139	148	157	165	174	182	191	200	208	217	225	234	243
112	121	130	138	147	155	164	172	181	189	198	207	215	224	232	241
111	120	128	137	145	154	162	171	179	188	196	205	213	222	230	239
110	118	127	135	144	152	161	169	178	186	195	203	212	220	229	237
109	117	126	134	142	151	159	168	176	185	193	202	210	218	227	235
107	116	124	133	141	149	158	166	175	183	191	200	208	217	225	233
106	114	123	131	140	148	156	165	173	181	190	198	206	215	223	232
105	113	121	130	138	146	155	163	171	180	188	196	205	213	221	230
104	112	120	128	137	145	153	162	170	178	186	195	203	211	220	228
102	111	119	127	135	143	152	160	168	176	185	193	201	209	218	226
101	109	117	126	134	142	150	158	167	175	183	191	199	208	216	224
100	108	116	124	132	141	149	157	165	173	181	190	198	206	214	222
98	107	115	123	131	139	147	155	163	172	180	188	196	204	212	220
97	105	113	121	129	138	146	154	162	170	178	186	194	202	210	218
96	104	112	120	128	136	144	152	160	168	176	184	192	200	208	216
94	102	110	118	126	134	143	151	159	167	175	183	191	199	207	215
93	101	109	117	125	133	141	149	157	165	173	181	189	197	205	213
92	100	108	116	124	131	139	147	155	163	171	179	187	195	203	211
90	98	106	114	122	130	138	146	154	161	169	177	185	193	201	209
89	97	105	113	121	128	136	144	152	160	168	176	183	191	199	207
88	96	103	111	119	127	135	142	150	158	166	174	182	189	197	205
86	94	102	110	118	125	133	141	149	156	164	172	180	187	195	203
85	93	101	108	116	124	132	139	147	155	162	170	178	186	193	201
84	91	99	107	115	122	130	138	145	153	161	168	176	184	191	199
82	90	98	105	113	121	128	136	144	151	159	167	174	182	190	197
81	89	96	104	112	119	127	134	142	150	157	165	172	180	188	195
80	87	95	102	110	118	125	133	140	148	155	163	171	178	186	193
78	86	93	101	108	116	124	131	139	146	154	161	169	176	184	191
77	84	92	99	107	114	122	129	137	144	152	159	167	174	182	189
76	83	90	98	105	113	120	128	135	143	150	158	165	172	180	187
74	82	89	96	104	111	119	126	134	141	148	156	163	171	178	185
73	80	88	95	102	110	117	124	132	139	147	154	161	169	176	183
71	79	86	93	101	108	115	123	130	137	145	152	159	167	174	181
70	77	85	92	99	106	114	121	128	136	143	150	158	165	172	179
69	76	83	90	98	105	112	119	127	134	141	148	156	163	170	177

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- erinkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miets oder													
	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450
	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Euro														
0 - 250	271	280	289	298	307	316	325	334	343	352	361	370	379	388
250 - 260	270	279	288	297	306	315	324	333	342	351	360	369	378	387
260 - 270	268	277	286	295	304	313	322	331	340	349	358	366	375	384
270 - 280	266	275	284	293	302	311	320	329	337	346	355	364	373	382
280 - 290	264	273	282	291	300	309	318	326	335	344	353	362	371	380
290 - 300	262	271	280	289	298	307	315	324	333	342	351	360	368	377
300 - 310	261	269	278	287	296	305	313	322	331	340	349	357	366	375
310 - 320	259	268	276	285	294	303	311	320	329	338	346	355	364	373
320 - 330	257	266	274	283	292	300	309	318	327	335	344	353	361	370
330 - 340	255	264	272	281	290	298	307	316	324	333	342	350	359	368
340 - 350	253	262	270	279	288	296	305	314	322	331	340	348	357	365
350 - 360	251	260	268	277	286	294	303	311	320	329	337	346	354	363
360 - 370	249	258	267	275	284	292	301	309	318	326	335	344	352	361
370 - 380	248	256	265	273	282	290	299	307	316	324	333	341	350	358
380 - 390	246	254	263	271	280	288	297	305	313	322	330	339	347	356
390 - 400	244	252	261	269	277	286	294	303	311	320	328	337	345	353
400 - 410	242	250	259	267	275	284	292	301	309	317	326	334	343	351
410 - 420	240	248	257	265	273	282	290	298	307	315	324	332	340	349
420 - 430	238	246	255	263	271	280	288	296	305	313	321	330	338	346
430 - 440	236	244	253	261	269	278	286	294	302	311	319	327	336	344
440 - 450	234	242	251	259	267	275	284	292	300	308	317	325	333	341
450 - 460	232	240	249	257	265	273	281	290	298	306	314	323	331	339
460 - 470	230	238	247	255	263	271	279	287	296	304	312	320	328	336
470 - 480	228	237	245	253	261	269	277	285	293	302	310	318	326	334
480 - 490	226	235	243	251	259	267	275	283	291	299	307	315	324	332
490 - 500	225	233	241	249	257	265	273	281	289	297	305	313	321	329
500 - 510	223	231	239	247	255	263	271	279	287	295	303	311	319	327
510 - 520	221	229	237	245	253	260	268	276	284	292	300	308	316	324
520 - 530	219	227	235	242	250	258	266	274	282	290	298	306	314	322
530 - 540	217	225	232	240	248	256	264	272	280	288	296	304	311	319
540 - 550	215	223	230	238	246	254	262	270	278	285	293	301	309	317
550 - 560	213	221	228	236	244	252	260	267	275	283	291	299	307	314
560 - 570	211	219	226	234	242	250	257	265	273	281	289	296	304	312
570 - 580	209	217	224	232	240	247	255	263	271	278	286	294	302	309
580 - 590	207	215	222	230	238	245	253	261	268	276	284	291	299	307
590 - 600	205	213	220	228	235	243	251	258	266	274	281	289	297	304
600 - 610	203	210	218	226	233	241	249	256	264	271	279	287	294	302
610 - 620	201	208	216	224	231	239	246	254	261	269	277	284	292	299
620 - 630	199	206	214	221	229	237	244	252	259	267	274	282	289	297
630 - 640	197	204	212	219	227	234	242	249	257	264	272	279	287	294
640 - 650	195	202	210	217	225	232	240	247	255	262	269	277	284	292
650 - 660	193	200	208	215	223	230	237	245	252	260	267	274	282	289
660 - 670	191	198	206	213	220	228	235	242	250	257	265	272	279	287
670 - 680	189	196	203	211	218	225	233	240	247	255	262	270	277	284
680 - 690	187	194	201	209	216	223	231	238	245	252	260	267	274	282
690 - 700	185	192	199	207	214	221	228	236	243	250	257	265	272	279

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro														
450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	580 bis 590	590 bis 600
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59
397	406	415	424	433	442	451	460	469	478	487	496	505	514	523
396	405	414	423	432	441	450	459	468	477	486	495	504	513	522
393	402	411	420	429	438	447	456	465	474	483	492	501	510	519
391	400	409	418	427	436	444	453	462	471	480	489	498	507	516
389	397	406	415	424	433	442	451	460	468	477	486	495	504	513
386	395	404	413	422	430	438	448	457	466	475	483	492	501	510
384	393	401	410	419	428	437	445	454	463	472	481	489	498	507
381	390	399	408	418	425	434	443	451	460	469	478	486	495	504
379	388	396	405	414	423	431	440	449	457	466	475	484	492	501
377	385	394	403	411	420	429	437	446	455	463	472	481	489	498
374	383	391	400	409	417	426	435	443	452	460	469	478	486	495
372	380	389	397	406	415	423	432	440	449	458	466	475	483	492
369	378	386	395	403	412	421	429	438	446	455	463	472	481	489
367	375	384	392	401	409	418	426	435	443	452	461	469	478	486
364	373	381	390	398	407	415	424	432	441	449	458	466	475	483
362	370	379	387	396	404	413	421	429	438	446	455	463	472	480
359	368	376	385	393	401	410	418	427	435	443	452	460	469	477
357	365	374	382	390	399	407	416	424	432	441	449	457	466	474
355	363	371	380	388	396	404	413	421	429	438	446	454	463	471
352	360	369	377	385	393	402	410	418	427	435	443	451	460	468
350	358	366	374	383	391	399	407	416	424	432	440	449	457	465
347	355	364	372	380	388	396	405	413	421	429	437	446	454	462
345	353	361	369	377	385	394	402	410	418	426	434	443	451	459
342	350	358	367	375	383	391	399	407	415	423	432	440	448	456
340	348	356	364	372	380	388	396	404	412	421	429	437	445	453
337	345	353	361	369	377	385	394	402	410	418	426	434	442	450
335	343	351	359	367	375	383	391	399	407	415	423	431	439	447
332	340	348	356	364	372	380	388	396	404	412	420	428	436	444
330	338	346	353	361	369	377	385	393	401	409	417	425	433	441
327	335	343	351	359	367	375	382	390	398	406	414	422	430	438
325	333	340	348	356	364	372	380	387	395	403	411	419	427	435
322	330	338	346	353	361	369	377	385	392	400	408	416	424	431
320	327	335	343	351	358	366	374	382	390	397	405	413	421	428
317	325	333	340	348	356	363	371	379	387	394	402	410	418	425
315	322	330	338	345	353	361	368	376	384	391	399	407	415	422
312	320	327	335	343	350	358	366	373	381	389	396	404	411	419
309	317	325	332	340	348	355	363	370	378	386	393	401	408	416
307	314	322	330	337	345	352	360	368	375	383	390	398	405	413
304	312	319	327	334	342	350	357	365	372	380	387	395	402	410
302	309	317	324	332	339	347	354	362	369	377	384	392	399	407
299	307	314	322	329	337	344	351	359	366	374	381	389	396	404
297	304	312	319	326	334	341	349	356	363	371	378	386	393	400
294	301	309	316	324	331	338	346	353	360	368	375	383	390	397
292	299	306	314	321	328	336	343	350	358	365	372	380	387	394
289	296	304	311	318	325	333	340	347	355	362	369	377	384	391
286	294	301	308	315	323	330	337	344	352	359	366	373	381	388

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als	bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro		
		600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630
		60	61	62
Euro				
0 - 250		532	541	550
250 - 260		531	540	549
260 - 270		528	537	546
270 - 280		525	534	543
280 - 290		522	531	539
290 - 300		519	528	536
300 - 310		516	525	533
310 - 320		513	521	530
320 - 330		510	518	527
330 - 340		507	515	524
340 - 350		504	512	521
350 - 360		501	509	518
360 - 370		498	506	515
370 - 380		495	503	512
380 - 390		492	500	509
390 - 400		489	497	505
400 - 410		485	494	502
410 - 420		482	491	499
420 - 430		479	488	496
430 - 440		476	485	493
440 - 450		473	482	490
450 - 460		470	478	487
460 - 470		467	475	483
470 - 480		464	472	480
480 - 490		461	469	477
490 - 500		458	466	474
500 - 510		455	463	471
510 - 520		452	460	468
520 - 530		449	457	464
530 - 540		446	453	461
540 - 550		442	450	458
550 - 560		439	447	455
560 - 570		436	444	452
570 - 580		433	441	449
580 - 590		430	438	445
590 - 600		427	434	442
600 - 610		424	431	439
610 - 620		421	428	436
620 - 630		417	425	432
630 - 640		414	422	429
640 - 650		411	419	426
650 - 660		408	415	423
660 - 670		405	412	419
670 - 680		402	409	416
680 - 690		398	406	413
690 - 700		395	402	410

noch Anlage 6

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 105

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder															
	30 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210		
	mehr als	bis	1-7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Euro																
700 - 710			17	24	31	38	46	53	60	67	74	82	89	96	103	
710 - 720			16	23	30	37	44	51	59	66	73	80	87	95	102	
720 - 730			14	22	29	36	43	50	57	64	72	79	86	93	100	
730 - 740			13	20	27	35	42	49	56	63	70	77	84	91	98	
740 - 750			12	19	26	33	40	47	54	62	69	76	83	90	97	
750 - 760			11	18	25	32	39	46	53	60	67	74	81	88	95	
760 - 770		10	17	24	31	38	45	52	59	66	73	80	87	94		
770 - 780			16	23	29	36	43	50	57	64	71	78	85	92		
780 - 790			14	21	28	35	42	49	56	63	70	76	83	90		
790 - 800			13	20	27	34	41	47	54	61	68	75	82	89		
800 - 810			12	19	26	32	39	46	53	60	67	73	80	87		
810 - 820			11	17	24	31	38	45	51	58	65	72	79	85		
820 - 830				16	23	30	36	43	50	57	63	70	77	84		
830 - 840				15	22	28	35	42	48	55	62	69	75	82		
840 - 850				14	20	27	34	40	47	54	60	67	74	80		
850 - 860				12	19	26	32	39	46	52	59	65	72	79		
860 - 870				11	18	24	31	37	44	51	57	64	70	77		
870 - 880				10	16	23	29	36	43	49	56	62	69	75		
880 - 890					15	22	28	35	41	48	54	61	67	74		
890 - 900					14	20	27	33	40	46	53	59	65	72		
900 - 910					12	19	25	32	38	45	51	57	64	70		
910 - 920					11	17	24	30	37	43	49	56	62	69		
920 - 930					10	16	22	29	35	41	48	54	60	67		
930 - 940						15	21	27	34	40	46	52	59	65		
940 - 950						13	19	26	32	38	45	51	57	63		
950 - 960						12	18	24	31	37	43	49	55	62		
960 - 970						10	17	23	29	35	41	48	54	60		
970 - 980							15	21	27	34	40	46	52	58		
980 - 990							14	20	26	32	38	44	50	56		
990 - 1000							12	18	24	30	37	43	49	55		
1000 - 1010							11	17	23	29	35	41	47	53		
1010 - 1020								15	21	27	33	39	45	51		
1020 - 1030								14	20	26	32	38	44	50		
1030 - 1040								12	18	24	30	36	42	48		
1040 - 1050								11	17	22	28	34	40	46		
1050 - 1060									15	21	27	33	38	44		
1060 - 1070									13	19	25	31	37	42		
1070 - 1080									12	18	23	29	35	41		
1080 - 1090									10	16	22	27	33	39		
1090 - 1100										14	20	26	31	37		
1100 - 1110										13	18	24	30	35		
1110 - 1120										11	17	22	28	34		
1120 - 1130											15	21	26	32		
1130 - 1140											13	19	24	30		
1140 - 1150											12	17	23	28		

Fortsetzung siehe Seite

Belegung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro														
210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
111	118	125	132	139	147	154	161	168	175	183	190	197	204	212
109	116	123	130	138	145	152	159	166	173	181	188	195	202	209
107	114	121	129	136	143	150	157	164	171	178	186	193	200	207
106	113	120	127	134	141	148	155	162	169	177	184	191	198	205
104	111	118	125	132	139	146	153	160	167	175	182	189	196	203
102	109	116	123	130	137	144	151	158	165	172	179	186	194	201
101	108	115	121	128	135	142	149	156	163	170	177	184	191	198
99	106	113	120	127	134	141	147	154	161	168	175	182	189	196
97	104	111	118	125	132	139	146	152	159	166	173	180	187	194
96	102	109	116	123	130	137	144	150	157	164	171	178	185	192
94	101	107	114	121	128	135	142	148	155	162	169	176	183	189
92	99	106	112	119	126	133	140	146	153	160	167	174	180	187
90	97	104	111	117	124	131	138	144	151	158	165	171	178	185
89	95	102	109	116	122	129	136	142	149	156	162	169	176	183
87	94	100	107	114	120	127	134	140	147	154	160	167	174	180
85	92	99	105	112	118	125	132	138	145	152	158	165	171	178
84	90	97	103	110	117	123	130	136	143	149	156	163	169	176
82	88	95	102	108	115	121	128	134	141	147	154	160	167	174
80	87	93	100	106	113	119	126	132	139	145	152	158	165	171
78	85	91	98	104	111	117	124	130	137	143	150	156	162	169
77	83	90	96	102	109	115	122	128	135	141	147	154	160	167
75	81	88	94	100	107	113	120	126	132	139	145	152	158	164
73	80	86	92	99	105	111	118	124	130	137	143	149	156	162
71	78	84	90	97	103	109	116	122	128	135	141	147	153	160
70	76	82	88	95	101	107	114	120	126	132	139	145	151	157
68	74	80	87	93	99	105	112	118	124	130	136	143	149	155
66	72	79	85	91	97	103	109	116	122	128	134	140	147	153
64	71	77	83	89	95	101	107	114	120	126	132	138	144	151
63	69	75	81	87	93	99	105	112	118	124	130	136	142	148
61	67	73	79	85	91	97	103	109	115	122	128	134	140	146
59	65	71	77	83	89	95	101	107	113	119	125	131	137	144
57	63	69	75	81	87	93	99	105	111	117	123	129	135	141
56	61	67	73	79	85	91	97	103	109	115	121	127	133	139
54	60	65	71	77	83	89	95	101	107	113	119	125	131	136
52	58	64	69	75	81	87	93	99	105	111	117	122	128	134
50	56	62	68	73	79	85	91	97	103	108	114	120	126	132
48	54	60	66	71	77	83	89	95	100	106	112	118	124	129
46	52	58	64	69	75	81	87	93	98	104	110	116	121	127
45	50	56	62	67	73	79	85	90	96	102	108	113	119	125
43	48	54	60	66	71	77	83	88	94	100	105	111	117	122
41	47	52	58	64	69	75	80	86	92	97	103	109	114	120
39	45	50	56	62	67	73	78	84	90	95	101	106	112	118
37	43	48	54	60	65	71	76	82	87	93	98	104	110	115
35	41	46	52	58	63	69	74	80	85	91	96	102	107	113
34	39	45	50	56	61	66	72	77	83	88	94	99	105	110

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder															
	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500		
	mehr als	bis	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49
Euro																
700 - 710	219	226	233	240	248	255	262	269	277	284	291	298	305	313		
710 - 720	217	224	231	238	245	252	260	267	274	281	288	296	303	310		
720 - 730	214	221	229	236	243	250	257	264	271	279	286	293	300	307		
730 - 740	212	219	226	233	240	248	255	262	269	276	283	290	297	304		
740 - 750	210	217	224	231	238	245	252	259	266	273	280	287	295	302		
750 - 760	208	215	222	229	236	243	250	257	264	271	278	285	292	299		
760 - 770	205	212	219	226	233	240	247	254	261	268	275	282	289	296		
770 - 780	203	210	217	224	231	238	245	252	259	265	272	279	286	293		
780 - 790	201	208	215	221	228	235	242	249	256	263	270	277	284	290		
790 - 800	198	205	212	219	226	233	240	247	253	260	267	274	281	288		
800 - 810	196	203	210	217	223	230	237	244	251	258	264	271	278	285		
810 - 820	194	201	207	214	221	228	235	241	248	255	262	269	275	282		
820 - 830	192	198	205	212	219	225	232	239	246	252	259	266	273	279		
830 - 840	189	196	203	209	216	223	230	236	243	250	256	263	270	276		
840 - 850	187	194	200	207	214	220	227	234	240	247	254	260	267	274		
850 - 860	185	191	198	205	211	218	224	231	238	244	251	258	264	271		
860 - 870	182	189	196	202	209	215	222	229	235	242	248	255	261	268		
870 - 880	180	187	193	200	206	213	219	226	232	239	246	252	259	265		
880 - 890	178	184	191	197	204	210	217	223	230	236	243	249	256	262		
890 - 900	175	182	188	195	201	208	214	221	227	234	240	247	253	260		
900 - 910	173	180	186	192	199	205	212	218	225	231	237	244	250	257		
910 - 920	171	177	184	190	196	203	209	216	222	228	235	241	247	254		
920 - 930	168	175	181	187	194	200	207	213	219	226	232	238	245	251		
930 - 940	166	172	179	185	191	198	204	210	217	223	229	236	242	248		
940 - 950	164	170	176	183	189	195	201	208	214	220	226	233	239	245		
950 - 960	161	168	174	180	186	193	199	205	211	217	224	230	236	242		
960 - 970	159	165	171	178	184	190	196	202	209	215	221	227	233	240		
970 - 980	157	163	169	175	181	187	194	200	206	212	218	224	231	237		
980 - 990	154	160	167	173	179	185	191	197	203	209	215	222	228	234		
990 - 1000	152	158	164	170	176	182	188	194	201	207	213	219	225	231		
1000 - 1010	150	156	162	168	174	180	186	192	198	204	210	216	222	228		
1010 - 1020	147	153	159	165	171	177	183	189	195	201	207	213	219	225		
1020 - 1030	145	151	157	163	169	175	181	187	192	198	204	210	216	222		
1030 - 1040	142	148	154	160	166	172	178	184	190	196	202	208	213	219		
1040 - 1050	140	146	152	158	164	169	175	181	187	193	199	205	211	216		
1050 - 1060	138	143	149	155	161	167	173	178	184	190	196	202	208	214		
1060 - 1070	135	141	147	153	158	164	170	176	182	187	193	199	205	211		
1070 - 1080	133	139	144	150	156	162	167	173	179	185	190	196	202	208		
1080 - 1090	130	136	142	148	153	159	165	170	176	182	188	193	199	205		
1090 - 1100	128	134	139	145	151	156	162	168	173	179	185	190	196	202		
1100 - 1110	126	131	137	142	148	154	159	165	171	176	182	188	193	199		
1110 - 1120	123	129	134	140	146	151	157	162	168	174	179	185	190	196		
1120 - 1130	121	126	132	137	143	149	154	160	165	171	176	182	187	193		
1130 - 1140	118	124	129	135	140	146	151	157	162	168	173	179	185	190		
1140 - 1150	116	121	127	132	138	143	149	154	160	165	171	176	182	187		

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro												
500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	580 bis 590	590 bis 600	600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630
50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62
Euro												
320	327	334	342	349	356	363	370	378	385	392	399	406
317	324	331	339	346	353	360	367	374	382	389	396	403
314	321	329	336	343	350	357	364	371	379	386	393	400
311	319	326	333	340	347	354	361	368	375	382	390	397
309	316	323	330	337	344	351	358	365	372	379	386	393
306	313	320	327	334	341	348	355	362	369	376	383	390
303	310	317	324	331	338	345	352	359	366	373	380	387
300	307	314	321	328	335	342	349	356	363	370	377	384
297	304	311	318	325	332	339	346	353	360	366	373	380
295	301	308	315	322	329	336	343	349	356	363	370	377
292	299	305	312	319	326	333	339	346	353	360	367	374
289	296	302	309	316	323	330	336	343	350	357	364	370
286	293	300	306	313	320	327	333	340	347	353	360	367
283	290	297	303	310	317	323	330	337	344	350	357	364
280	287	294	300	307	314	320	327	334	340	347	354	360
277	284	291	297	304	311	317	324	330	337	344	350	357
275	281	288	294	301	308	314	321	327	334	340	347	354
272	278	285	291	298	304	311	318	324	331	337	344	350
269	275	282	288	295	301	308	314	321	327	334	340	347
266	272	279	285	292	298	305	311	318	324	331	337	344
263	270	276	282	289	295	302	308	315	321	327	334	340
260	267	273	279	286	292	299	305	311	318	324	331	337
257	264	270	276	283	289	295	302	308	315	321	327	334
254	261	267	273	280	286	292	299	305	311	318	324	330
252	258	264	270	277	283	289	295	302	308	314	321	327
249	255	261	267	274	280	286	292	299	305	311	317	323
246	252	258	264	271	277	283	289	295	301	308	314	320
243	249	255	261	267	274	280	286	292	298	304	311	317
240	246	252	258	264	270	277	283	289	295	301	307	313
237	243	249	255	261	267	273	280	286	292	298	304	310
234	240	246	252	258	264	270	276	282	288	294	300	306
231	237	243	249	255	261	267	273	279	285	291	297	303
228	234	240	246	252	258	264	270	276	282	288	294	300
225	231	237	243	249	255	261	267	273	279	284	290	296
222	228	234	240	246	252	258	263	269	275	281	287	293
219	225	231	237	243	249	254	260	266	272	278	284	289
216	222	228	234	240	245	251	257	263	269	274	280	286
213	219	225	231	236	242	248	254	260	265	271	277	283
210	216	222	228	233	239	245	251	256	262	268	273	279
208	213	219	225	230	236	242	247	253	259	264	270	276
205	210	216	221	227	233	238	244	250	255	261	267	272
202	207	213	218	224	230	235	241	246	252	258	263	269
199	204	210	215	221	226	232	238	243	249	254	260	265
196	201	207	212	218	223	229	234	240	245	251	256	262
193	198	204	209	215	220	225	231	236	242	247	253	258

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 111

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	30 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	
	mehr als	bis	1 - 16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
Euro															
1150 - 1160		10	15	21	26	32	37	43	48	54	59	64	70	75	
1160 - 1170			14	19	24	30	35	41	46	51	57	62	68	73	
1170 - 1180			12	17	23	28	33	39	44	49	55	60	66	71	
1180 - 1190			10	15	21	26	31	37	42	47	53	58	63	69	
1190 - 1200				14	19	24	30	35	40	45	51	56	61	67	
1200 - 1210				12	17	22	28	33	38	43	49	54	59	64	
1210 - 1220				10	15	21	26	31	36	41	47	52	57	62	
1220 - 1230					13	19	24	29	34	39	44	50	55	60	
1230 - 1240					12	17	22	27	32	37	42	48	53	58	
1240 - 1250					10	15	20	25	30	35	40	45	50	56	
1250 - 1260						13	18	23	28	33	38	43	48	53	
1260 - 1270						11	16	21	26	31	36	41	46	51	
1270 - 1280							14	19	24	29	34	39	44	49	
1280 - 1290							12	17	22	27	32	37	42	47	
1290 - 1300							10	15	20	25	30	35	40	44	
1300 - 1310								13	18	23	28	32	37	42	
1310 - 1320								11	16	21	26	30	35	40	
1320 - 1330									14	19	23	28	33	38	
1330 - 1340									12	17	21	26	31	35	
1340 - 1350									10	14	19	24	29	33	
1350 - 1360										12	17	22	26	31	
1360 - 1370										10	15	19	24	29	
1370 - 1380											13	17	22	26	
1380 - 1390											11	15	20	24	
1390 - 1400												13	17	22	
1400 - 1410												11	15	20	
1410 - 1420													13	17	
1420 - 1430													11	15	
1430 - 1440														13	
1440 - 1450														10	
1450 - 1460															
1460 - 1470															
1470 - 1480															
1480 - 1490															
1490 - 1500															
1500 - 1510															
1510 - 1520															
1520 - 1530															
1530 - 1540															
1540 - 1550															
1550 - 1560															
1560 - 1570															
1570 - 1580															
1580 - 1590															
1590 - 1600															

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro														
300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450
30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Euro														
81	86	92	97	103	108	113	119	124	130	135	141	146	151	157
79	84	89	95	100	106	111	116	122	127	133	138	143	149	154
76	82	87	92	98	103	108	114	119	125	130	135	141	146	151
74	79	85	90	95	101	106	111	117	122	127	133	138	143	149
72	77	82	88	93	98	104	109	114	119	125	130	135	141	146
70	75	80	85	91	96	101	106	112	117	122	127	133	138	143
67	73	78	83	88	93	99	104	109	114	119	125	130	135	140
65	70	75	81	86	91	96	101	106	112	117	122	127	132	137
63	68	73	78	83	89	94	99	104	109	114	119	124	130	135
61	66	71	76	81	86	91	96	101	106	112	117	122	127	132
58	63	68	74	79	84	89	94	99	104	109	114	119	124	129
56	61	66	71	76	81	86	91	96	101	106	111	116	121	126
54	59	64	69	74	79	84	89	94	99	104	109	114	118	123
52	57	61	66	71	76	81	86	91	96	101	106	111	116	121
49	54	59	64	69	74	79	84	88	93	98	103	108	113	118
47	52	57	62	66	71	76	81	86	91	96	100	105	110	115
45	50	54	59	64	69	74	78	83	88	93	98	103	107	112
42	47	52	57	62	66	71	76	81	85	90	95	100	105	109
40	45	50	54	59	64	69	73	78	83	88	92	97	102	106
38	43	47	52	57	61	66	71	75	80	85	90	94	99	104
36	40	45	50	54	59	64	68	73	77	82	87	91	96	101
33	38	43	47	52	56	61	66	70	75	79	84	89	93	98
31	36	40	45	49	54	58	63	68	72	77	81	86	90	95
29	33	38	42	47	51	56	60	65	69	74	79	83	88	92
26	31	35	40	44	49	53	58	62	67	71	76	80	85	89
24	28	33	37	42	46	51	55	60	64	69	73	78	82	86
22	26	31	35	39	44	48	53	57	61	66	70	75	79	84
19	24	28	32	37	41	46	50	54	59	63	68	72	76	81
17	21	26	30	34	39	43	47	52	56	60	65	69	73	78
15	19	23	28	32	36	40	45	49	53	58	62	66	71	75
12	17	21	25	29	34	38	42	46	51	55	59	63	68	72
10	14	18	23	27	31	35	40	44	48	52	56	61	65	69
	12	16	20	24	29	33	37	41	45	49	54	58	62	66
		14	18	22	26	30	34	38	43	47	51	55	59	63
		11	15	19	23	28	32	36	40	44	48	52	56	60
			13	17	21	25	29	33	37	41	45	49	53	57
			10	14	18	22	26	30	34	38	42	46	50	54
				12	16	20	24	28	32	36	40	44	48	52
					13	17	21	25	29	33	37	41	45	49
					11	14	18	22	26	30	34	38	42	46
						12	16	20	23	27	31	35	39	43
							13	17	21	24	28	32	36	40
							10	14	18	22	25	29	33	37
								11	15	19	23	26	30	34
									12	16	20	23	27	31

noch Anlage 6

noch Wohngeld für vier Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Mieta oder													
	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	
	mehr als	bis	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56
Euro														
1150 - 1160	162	168	173	179	184	190	195	200	206	211	217	222	228	
1160 - 1170	160	165	170	176	181	187	192	197	203	208	214	219	224	
1170 - 1180	157	162	167	173	178	184	189	194	200	205	210	216	221	
1180 - 1190	154	159	165	170	175	181	186	191	197	202	207	213	218	
1190 - 1200	151	156	162	167	172	178	183	188	193	199	204	209	215	
1200 - 1210	148	154	159	164	169	175	180	185	190	196	201	206	211	
1210 - 1220	145	151	156	161	166	172	177	182	187	192	198	203	208	
1220 - 1230	143	148	153	158	163	168	174	179	184	189	194	199	205	
1230 - 1240	140	145	150	155	160	165	171	176	181	186	191	196	201	
1240 - 1250	137	142	147	152	157	162	168	173	178	183	188	193	198	
1250 - 1260	134	139	144	149	154	159	164	169	175	180	185	190	195	
1260 - 1270	131	136	141	146	151	156	161	166	171	176	181	186	191	
1270 - 1280	128	133	138	143	148	153	158	163	168	173	178	183	188	
1280 - 1290	126	130	135	140	145	150	155	160	165	170	175	180	185	
1290 - 1300	123	128	132	137	142	147	152	157	162	167	172	176	181	
1300 - 1310	120	125	130	134	139	144	149	154	159	163	168	173	178	
1310 - 1320	117	122	127	131	136	141	146	151	155	160	165	170	175	
1320 - 1330	114	119	124	128	133	138	143	147	152	157	162	167	171	
1330 - 1340	111	116	121	125	130	135	140	144	149	154	159	163	168	
1340 - 1350	108	113	118	122	127	132	136	141	146	151	155	160	165	
1350 - 1360	105	110	115	119	124	129	133	138	143	147	152	157	161	
1360 - 1370	103	107	112	116	121	126	130	135	139	144	149	153	158	
1370 - 1380	100	104	109	113	118	122	127	132	136	141	145	150	155	
1380 - 1390	97	101	106	110	115	119	124	128	133	138	142	147	151	
1390 - 1400	94	98	103	107	112	116	121	125	130	134	139	143	148	
1400 - 1410	91	95	100	104	109	113	118	122	127	131	135	140	144	
1410 - 1420	88	92	97	101	106	110	114	119	123	128	132	137	141	
1420 - 1430	85	89	94	98	103	107	111	116	120	124	129	133	138	
1430 - 1440	82	86	91	95	99	104	108	112	117	121	125	130	134	
1440 - 1450	79	83	88	92	96	101	105	109	114	118	122	126	131	
1450 - 1460	76	80	85	89	93	98	102	106	110	115	119	123	127	
1460 - 1470	73	78	82	86	90	94	99	103	107	111	115	120	124	
1470 - 1480	70	75	79	83	87	91	95	100	104	108	112	116	121	
1480 - 1490	67	72	76	80	84	88	92	96	101	105	109	113	117	
1490 - 1500	64	69	73	77	81	85	89	93	97	101	105	110	114	
1500 - 1510	61	66	70	74	78	82	86	90	94	98	102	106	110	
1510 - 1520	58	63	67	71	75	79	83	87	91	95	99	103	107	
1520 - 1530	56	60	63	67	71	75	79	83	87	91	95	99	103	
1530 - 1540	53	56	60	64	68	72	76	80	84	88	92	96	100	
1540 - 1550	50	53	57	61	65	69	73	77	81	85	89	93	96	
1550 - 1560	47	50	54	58	62	66	70	74	78	81	85	89	93	
1560 - 1570	44	47	51	55	59	63	67	70	74	78	82	86	89	
1570 - 1580	41	44	48	52	56	60	63	67	71	75	78	82	86	
1580 - 1590	38	41	45	49	53	56	60	64	68	71	75	79	83	
1590 - 1600	35	38	42	46	49	53	57	61	64	68	72	75	79	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro				
580 bis 590	590 bis 600	600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630
58	59	60	61	62
Euro				
233	239	244	249	255
230	235	241	246	251
227	232	237	243	248
223	229	234	239	244
220	225	230	236	241
217	222	227	232	237
213	218	224	229	234
210	215	220	225	230
206	212	217	222	227
203	208	213	218	223
200	205	210	215	220
196	201	206	211	216
193	198	203	208	213
190	195	200	204	209
186	191	196	201	206
183	188	193	197	202
180	184	189	194	199
176	181	186	190	195
173	177	182	187	192
169	174	179	183	188
166	171	175	180	185
163	167	172	176	181
159	164	168	173	177
156	160	165	169	174
152	157	161	166	170
149	153	158	162	167
145	150	154	159	163
142	146	151	155	159
139	143	147	152	156
135	139	144	148	152
132	136	140	144	149
128	132	137	141	145
125	129	133	137	141
121	125	130	134	138
118	122	126	130	134
114	118	122	126	131
111	115	119	123	127
107	111	115	119	123
104	108	112	116	120
100	104	108	112	116
97	101	105	108	112
93	97	101	105	109
90	94	97	101	105
86	90	94	98	101
83	86	90	94	98

Anlage 7

Wohngeld für fünf Familienmitglieder

Bei einem Haushalt mit fünf Familienmitgliedern beträgt das Wohngeld monatlich

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Euro														
0 - 290	16	20	25	29	36	45	54	63	72	81	90	99	108	117
290 - 300	15	19	24	28	35	44	53	62	71	80	89	98	107	116
300 - 310	14	19	23	28	34	43	52	61	70	79	88	97	106	115
310 - 320	14	18	22	27	34	43	51	60	69	78	87	96	105	114
320 - 330	13	17	22	26	33	42	51	59	68	77	86	95	104	113
330 - 340	12	17	21	25	32	41	50	59	67	76	85	94	103	112
340 - 350	12	16	20	25	31	40	49	58	67	75	84	93	102	111
350 - 360	11	15	20	24	31	39	48	57	66	74	83	92	101	109
360 - 370	10	15	19	23	30	39	47	56	65	73	82	91	100	108
370 - 380		14	18	23	29	38	46	55	64	73	81	90	99	107
380 - 390		13	17	22	28	37	46	54	63	72	80	89	98	106
390 - 400		12	17	21	27	36	45	53	62	71	79	88	96	105
400 - 410		12	16	20	27	35	44	52	61	70	78	87	95	104
410 - 420		11	15	19	26	34	43	52	60	69	77	86	94	103
420 - 430		10	14	19	25	34	42	51	59	68	76	85	93	102
430 - 440			14	18	24	33	41	50	58	67	75	84	92	101
440 - 450			13	17	24	32	40	49	57	66	74	83	91	100
450 - 460			12	16	23	31	40	48	56	65	73	82	90	98
460 - 470			11	16	22	30	39	47	55	64	72	81	89	97
470 - 480			11	15	21	29	38	46	54	63	71	80	88	96
480 - 490			10	14	20	29	37	45	54	62	70	78	87	95
490 - 500				13	19	28	36	44	53	61	69	77	86	94
500 - 510				12	19	27	35	43	52	60	68	76	85	93
510 - 520				12	18	26	34	42	51	59	67	75	83	92
520 - 530				11	17	25	33	41	50	58	66	74	82	91
530 - 540				10	16	24	32	41	49	57	65	73	81	89
540 - 550					15	23	31	40	48	56	64	72	80	88
550 - 560					14	22	31	39	47	55	63	71	79	87
560 - 570					14	22	30	38	46	54	62	70	78	86
570 - 580					13	21	29	37	45	53	61	69	77	85
580 - 590					12	20	28	36	44	52	60	68	76	84
590 - 600					11	19	27	35	43	51	59	66	74	82
600 - 610					10	18	26	34	42	50	57	65	73	81
610 - 620						17	25	33	41	49	56	64	72	80
620 - 630						16	24	32	40	47	55	63	71	79
630 - 640						15	23	31	39	46	54	62	70	78
640 - 650						14	22	30	38	45	53	61	69	76
650 - 660						13	21	29	37	44	52	60	67	75
660 - 670						13	20	28	36	43	51	59	66	74
670 - 680						12	19	27	35	42	50	57	65	73
680 - 690						11	18	26	33	41	49	56	64	72
690 - 700						10	17	25	32	40	48	55	63	70
700 - 710							16	24	31	39	46	54	62	69
710 - 720							15	23	30	38	45	53	60	68
720 - 730							14	22	29	37	44	52	59	67
730 - 740							13	21	28	36	43	51	58	65
740 - 750							12	20	27	35	42	49	57	64

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro															
150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Euro															
126	135	144	153	162	171	180	189	198	207	216	225	234	243	252	261
125	134	143	152	161	170	179	188	197	206	215	224	232	241	250	259
124	133	142	151	159	168	177	186	195	204	213	222	231	240	249	258
123	132	140	149	158	167	176	185	194	203	212	221	229	238	247	256
122	130	139	148	157	166	175	184	192	201	210	219	228	237	246	255
120	129	138	147	156	165	173	182	191	200	209	218	226	235	244	253
119	128	137	146	155	163	172	181	190	199	207	216	225	234	243	251
118	127	136	145	153	162	171	180	188	197	206	215	223	232	241	250
117	126	135	143	152	161	169	178	187	196	204	213	222	231	239	248
116	125	133	142	151	159	168	177	186	194	203	212	220	229	238	246
115	124	132	141	149	158	167	175	184	193	201	210	219	227	236	245
114	122	131	140	148	157	165	174	183	191	200	209	217	226	234	243
113	121	130	138	147	156	164	173	181	190	198	207	216	224	233	241
111	120	129	137	146	154	163	171	180	188	197	206	214	223	231	240
110	119	127	136	144	153	161	170	178	187	196	204	213	221	230	238
109	118	126	135	143	152	160	169	177	186	194	203	211	219	228	236
108	116	125	133	142	150	159	167	176	184	193	201	209	218	226	235
107	115	124	132	141	149	157	166	174	183	191	199	208	216	225	233
106	114	122	131	139	148	156	164	173	181	190	198	206	215	223	231
105	113	121	130	138	146	155	163	171	180	188	196	205	213	221	230
103	112	120	128	137	145	153	162	170	178	186	195	203	211	220	228
102	110	119	127	135	144	152	160	168	177	185	193	202	210	218	226
101	109	118	126	134	142	150	159	167	175	183	192	200	208	216	225
100	108	116	124	133	141	149	157	166	174	182	190	198	207	215	223
99	107	115	123	131	140	148	156	164	172	180	189	197	205	213	221
97	106	114	122	130	138	146	154	163	171	179	187	195	203	211	220
96	104	113	121	129	137	145	153	161	169	177	185	194	202	210	218
95	103	111	119	127	135	144	152	160	168	176	184	192	200	208	216
94	102	110	118	126	134	142	150	158	166	174	182	190	198	206	214
93	101	109	117	125	133	141	149	157	165	173	181	189	197	205	213
91	99	107	115	123	131	139	147	155	163	171	179	187	195	203	211
90	98	106	114	122	130	138	146	154	162	170	177	185	193	201	209
89	97	105	113	121	129	136	144	152	160	168	176	184	192	200	207
88	96	104	111	119	127	135	143	151	159	166	174	182	190	198	206
87	94	102	110	118	126	134	141	149	157	165	173	180	188	196	204
85	93	101	109	117	124	132	140	148	155	163	171	179	187	194	202
84	92	100	107	115	123	131	138	146	154	162	169	177	185	193	200
83	91	98	106	114	121	129	137	145	152	160	168	176	183	191	199
82	89	97	105	112	120	128	135	143	151	158	166	174	182	189	197
80	88	96	103	111	119	126	134	142	149	157	165	172	180	187	195
79	87	94	102	110	117	125	132	140	148	155	163	171	178	186	193
78	85	93	101	108	116	123	131	139	146	154	161	169	176	184	192
77	84	92	99	107	114	122	129	137	145	152	160	167	175	182	190
75	83	90	98	105	113	120	128	135	143	150	158	165	173	181	188
74	82	89	97	104	111	119	126	134	141	149	156	164	171	179	186
73	80	88	95	103	110	117	125	132	140	147	155	162	170	177	184
72	79	86	94	101	109	116	123	131	138	146	153	160	168	175	183

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von		bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
		310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450
mehr als	bis	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Euro															
0 - 290	270	279	288	297	306	315	324	333	342	351	360	369	378	387	
290 - 300	268	277	286	295	304	313	322	331	340	349	358	367	376	385	
300 - 310	267	276	285	294	302	311	320	329	338	347	356	365	374	383	
310 - 320	265	274	283	292	301	310	318	327	336	345	354	363	372	381	
320 - 330	263	272	281	290	299	308	317	325	334	343	352	361	370	379	
330 - 340	262	271	279	288	297	306	315	324	332	341	350	359	368	377	
340 - 350	260	269	278	286	295	304	313	322	330	339	348	357	366	374	
350 - 360	258	267	276	285	293	302	311	320	329	337	346	355	364	372	
360 - 370	257	265	274	283	292	300	309	318	327	335	344	353	362	370	
370 - 380	255	264	272	281	290	299	307	316	325	333	342	351	359	368	
380 - 390	253	262	271	279	288	297	305	314	323	331	340	349	357	366	
390 - 400	252	260	269	278	286	295	303	312	321	329	338	347	355	364	
400 - 410	250	259	267	276	284	293	302	310	319	327	336	345	353	362	
410 - 420	248	257	265	274	283	291	300	308	317	325	334	342	351	360	
420 - 430	247	255	264	272	281	289	298	306	315	323	332	340	349	357	
430 - 440	245	253	262	270	279	287	296	304	313	321	330	338	347	355	
440 - 450	243	252	260	269	277	285	294	302	311	319	328	336	345	353	
450 - 460	242	250	258	267	275	284	292	300	309	317	326	334	342	351	
460 - 470	240	248	257	265	273	282	290	298	307	315	324	332	340	349	
470 - 480	238	246	255	263	271	280	288	297	305	313	322	330	338	347	
480 - 490	236	245	253	261	270	278	286	295	303	311	319	328	336	344	
490 - 500	235	243	251	259	268	276	284	293	301	309	317	326	334	342	
500 - 510	233	241	249	258	266	274	282	291	299	307	315	324	332	340	
510 - 520	231	239	248	256	264	272	280	289	297	305	313	321	330	338	
520 - 530	229	238	246	254	262	270	278	287	295	303	311	319	327	336	
530 - 540	228	236	244	252	260	268	276	285	293	301	309	317	325	333	
540 - 550	226	234	242	250	258	266	275	283	291	299	307	315	323	331	
550 - 560	224	232	240	248	256	265	273	281	289	297	305	313	321	329	
560 - 570	222	230	238	247	255	263	271	279	287	295	303	311	319	327	
570 - 580	221	229	237	245	253	261	269	277	285	293	301	309	317	325	
580 - 590	219	227	235	243	251	259	267	275	283	291	299	306	314	322	
590 - 600	217	225	233	241	249	257	265	273	281	288	296	304	312	320	
600 - 610	215	223	231	239	247	255	263	271	278	286	294	302	310	318	
610 - 620	214	221	229	237	245	253	261	269	276	284	292	300	308	316	
620 - 630	212	220	227	235	243	251	259	267	274	282	290	298	306	313	
630 - 640	210	218	226	233	241	249	257	265	272	280	288	296	303	311	
640 - 650	208	216	224	231	239	247	255	262	270	278	286	293	301	309	
650 - 660	206	214	222	230	237	245	253	260	268	276	284	291	299	307	
660 - 670	205	212	220	228	235	243	251	258	266	274	281	289	297	304	
670 - 680	203	210	218	226	233	241	249	256	264	272	279	287	295	302	
680 - 690	201	209	216	224	231	239	247	254	262	270	277	285	292	300	
690 - 700	199	207	214	222	229	237	245	252	260	267	275	283	290	298	
700 - 710	197	205	212	220	228	235	243	250	258	265	273	280	288	295	
710 - 720	196	203	211	218	226	233	241	248	256	263	271	278	286	293	
720 - 730	194	201	209	216	224	231	239	246	253	261	268	276	283	291	
730 - 740	192	199	207	214	222	229	237	244	251	259	266	274	281	289	
740 - 750	190	197	205	212	220	227	234	242	249	257	264	271	279	286	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro														
450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	580 bis 590	590 bis 600
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59
Euro														
396	405	414	423	432	441	450	459	468	477	486	495	504	513	522
394	403	412	421	430	439	448	457	466	475	484	493	502	511	520
392	401	410	419	428	437	445	454	463	472	481	490	499	508	517
390	399	408	416	425	434	443	452	461	470	479	488	497	505	514
388	396	405	414	423	432	441	450	459	467	476	485	494	503	512
385	394	403	412	421	430	438	447	456	465	474	483	491	500	509
383	392	401	410	418	427	436	445	454	462	471	480	489	498	506
381	390	399	407	416	425	434	442	451	460	469	478	486	495	504
379	388	396	405	414	423	431	440	449	458	466	475	484	492	501
377	385	394	403	412	420	429	438	446	455	464	472	481	490	499
375	383	392	401	409	418	427	435	444	453	461	470	479	487	496
372	381	390	398	407	416	424	433	441	450	459	467	476	485	493
370	379	387	396	405	413	422	430	439	448	456	465	473	482	491
368	377	385	394	402	411	419	428	437	445	454	462	471	479	488
366	374	383	391	400	409	417	426	434	443	451	460	468	477	485
364	372	381	389	398	406	415	423	432	440	449	457	466	474	483
362	370	378	387	395	404	412	421	429	438	446	454	463	471	480
359	368	376	385	393	401	410	418	427	435	443	452	460	469	477
357	366	374	382	391	399	407	416	424	433	441	449	458	466	474
355	363	372	380	388	397	405	413	422	430	438	447	455	463	472
353	361	369	378	386	394	403	411	419	428	436	444	452	461	469
350	359	367	375	384	392	400	408	417	425	433	442	450	458	466
348	357	365	373	381	389	398	406	414	422	431	439	447	455	464
346	354	362	371	379	387	395	403	412	420	428	436	445	453	461
344	352	360	368	377	385	393	401	409	417	426	434	442	450	458
342	350	358	366	374	382	390	399	407	415	423	431	439	447	456
339	347	356	364	372	380	388	396	404	412	420	428	437	445	453
337	345	353	361	369	377	386	394	402	410	418	426	434	442	450
335	343	351	359	367	375	383	391	399	407	415	423	431	439	447
333	341	349	357	365	373	381	389	397	405	413	421	429	437	445
330	338	346	354	362	370	378	386	394	402	410	418	426	434	442
328	336	344	352	360	368	376	384	392	399	407	415	423	431	439
326	334	342	350	357	365	373	381	389	397	405	413	421	428	436
324	331	339	347	355	363	371	379	386	394	402	410	418	426	434
321	329	337	345	353	360	368	376	384	392	400	407	415	423	431
319	327	335	342	350	358	366	374	381	389	397	405	412	420	428
317	324	332	340	348	356	363	371	379	387	394	402	410	418	425
314	322	330	338	345	353	361	368	376	384	392	399	407	415	423
312	320	328	335	343	351	358	366	374	381	389	397	404	412	420
310	318	325	333	340	348	356	363	371	379	386	394	402	409	417
308	315	323	330	338	346	353	361	368	376	384	391	399	407	414
305	313	320	328	336	343	351	358	366	373	381	389	396	404	411
303	311	318	326	333	341	348	356	363	371	378	386	394	401	409
301	308	316	323	331	338	346	353	361	368	376	383	391	398	406
298	306	313	321	328	336	343	351	358	366	373	381	388	396	403
296	303	311	318	326	333	341	348	356	363	370	378	385	393	400
294	301	309	316	323	331	338	346	353	360	368	375	383	390	397

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro											
	600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630	630 bis 640	640 bis 650	650 bis 660	660 bis 670	670 bis 680	680 bis 690	690 bis 700	700 bis 710	710 bis 720
	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71
Euro												
0 - 290	531	540	549	558	567	576	585	594	603	612	621	630
290 - 300	529	538	547	555	564	573	582	591	600	609	618	627
300 - 310	526	535	544	553	562	571	580	588	597	606	615	624
310 - 320	523	532	541	550	559	568	577	586	594	603	612	621
320 - 330	521	529	538	547	556	565	574	583	592	600	609	618
330 - 340	518	527	536	544	553	562	571	580	589	597	606	615
340 - 350	515	524	533	542	550	559	568	577	586	594	603	612
350 - 360	513	521	530	539	548	556	565	574	583	591	600	609
360 - 370	510	519	527	536	545	554	562	571	580	588	597	606
370 - 380	507	516	525	533	542	551	559	568	577	585	594	603
380 - 390	505	513	522	530	539	548	556	565	574	582	591	600
390 - 400	502	510	519	528	536	545	554	562	571	579	588	597
400 - 410	499	508	516	525	533	542	551	559	568	576	585	594
410 - 420	496	505	514	522	531	539	548	556	565	573	582	591
420 - 430	494	502	511	519	528	536	545	553	562	570	579	587
430 - 440	491	499	508	516	525	533	542	550	559	567	576	584
440 - 450	488	497	505	514	522	531	539	547	556	564	573	581
450 - 460	486	494	502	511	519	528	536	544	553	561	570	578
460 - 470	483	491	500	508	516	525	533	541	550	558	567	575
470 - 480	480	488	497	505	513	522	530	539	547	555	564	572
480 - 490	477	486	494	502	511	519	527	536	544	552	560	569
490 - 500	475	483	491	499	508	516	524	533	541	549	557	566
500 - 510	472	480	488	497	505	513	521	530	538	546	554	563
510 - 520	469	477	486	494	502	510	518	527	535	543	551	559
520 - 530	466	475	483	491	499	507	515	524	532	540	548	556
530 - 540	464	472	480	488	496	504	512	521	529	537	545	553
540 - 550	461	469	477	485	493	501	509	518	526	534	542	550
550 - 560	458	466	474	482	490	498	507	515	523	531	539	547
560 - 570	455	463	471	479	487	496	504	512	520	528	536	544
570 - 580	453	461	469	477	485	493	501	509	517	525	533	541
580 - 590	450	458	466	474	482	490	498	506	513	521	529	537
590 - 600	447	455	463	471	479	487	495	503	510	518	526	534
600 - 610	444	452	460	468	476	484	492	499	507	515	523	531
610 - 620	441	449	457	465	473	481	489	496	504	512	520	528
620 - 630	439	446	454	462	470	478	486	493	501	509	517	525
630 - 640	436	444	451	459	467	475	483	490	498	506	514	522
640 - 650	433	441	449	456	464	472	480	487	495	503	511	518
650 - 660	430	438	446	453	461	469	477	484	492	500	507	515
660 - 670	427	435	443	450	458	466	474	481	489	497	504	512
670 - 680	425	432	440	448	455	463	471	478	486	493	501	509
680 - 690	422	429	437	445	452	460	467	475	483	490	498	506
690 - 700	419	427	434	442	449	457	464	472	480	487	495	502
700 - 710	416	424	431	439	446	454	461	469	476	484	492	499
710 - 720	413	421	428	436	443	451	458	466	473	481	488	496
720 - 730	410	418	425	433	440	448	455	463	470	478	485	493
730 - 740	408	415	423	430	437	445	452	460	467	475	482	489
740 - 750	405	412	420	427	434	442	449	457	464	471	479	486

noch Anlage 7

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 121

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder															
	30 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	120 bis 130	130 bis 140	140 bis 150	150 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200		
	mehr als	bis	1 - 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Euro																
750 - 760		11	19	26	33	41	48	56	63	70	78	85	92	100		
760 - 770		10	18	25	32	40	47	54	62	69	76	84	91	98		
770 - 780			17	24	31	38	46	53	60	68	75	82	90	97		
780 - 790			16	23	30	37	45	52	59	66	74	81	88	95		
790 - 800			14	22	29	36	43	51	58	65	72	80	87	94		
800 - 810			13	21	28	35	42	49	57	64	71	78	85	93		
810 - 820			12	20	27	34	41	48	55	62	70	77	84	91		
820 - 830			11	18	26	33	40	47	54	61	68	75	83	90		
830 - 840			10	17	24	31	39	46	53	60	67	74	81	88		
840 - 850				16	23	30	37	44	51	59	66	73	80	87		
850 - 860				15	22	29	36	43	50	57	64	71	78	85		
860 - 870				14	21	28	35	42	49	56	63	70	77	84		
870 - 880				13	20	27	34	41	48	55	61	68	75	82		
880 - 890				12	19	26	32	39	46	53	60	67	74	81		
890 - 900				11	17	24	31	38	45	52	59	66	73	79		
900 - 910					16	23	30	37	44	51	57	64	71	78		
910 - 920					15	22	29	36	42	49	56	63	70	76		
920 - 930					14	21	27	34	41	48	55	61	68	75		
930 - 940					13	19	26	33	40	46	53	60	67	73		
940 - 950					12	18	25	32	38	45	52	59	65	72		
950 - 960					10	17	24	30	37	44	50	57	64	70		
960 - 970						16	22	29	36	42	49	56	62	69		
970 - 980						15	21	28	34	41	48	54	61	67		
980 - 990						13	20	26	33	40	46	53	59	66		
990 - 1000						12	19	25	32	38	45	51	58	64		
1000 - 1010						11	17	24	30	37	43	50	56	63		
1010 - 1020						10	16	22	29	35	42	48	55	61		
1020 - 1030							15	21	28	34	40	47	53	60		
1030 - 1040							13	20	26	33	39	45	52	58		
1040 - 1050							12	18	25	31	38	44	50	57		
1050 - 1060							11	17	23	30	36	42	49	55		
1060 - 1070							10	16	22	28	35	41	47	54		
1070 - 1080								14	21	27	33	39	46	52		
1080 - 1090								13	19	26	32	38	44	50		
1090 - 1100								12	18	24	30	36	43	49		
1100 - 1110								10	17	23	29	35	41	47		
1110 - 1120									15	21	27	33	40	46		
1120 - 1130									14	20	26	32	38	44		
1130 - 1140									12	18	24	30	36	43		
1140 - 1150									11	17	23	29	35	41		
1150 - 1160										15	21	27	33	39		
1160 - 1170										14	20	26	32	38		
1170 - 1180										13	18	24	30	36		
1180 - 1190										11	17	23	29	35		
1190 - 1200										10	15	21	27	33		

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro															
200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Euro															
107	114	122	129	137	144	151	159	166	173	181	188	196	203	210	218
106	113	120	128	135	142	150	157	164	172	179	186	194	201	208	216
104	111	119	126	133	141	148	155	163	170	177	185	192	199	206	214
103	110	117	125	132	139	146	154	161	168	175	183	190	197	204	212
101	108	116	123	130	137	145	152	159	166	174	181	188	195	202	210
100	107	114	121	129	136	143	150	157	165	172	179	186	193	201	208
98	105	113	120	127	134	141	148	156	163	170	177	184	191	199	206
97	104	111	118	125	132	140	147	154	161	168	175	182	189	197	204
95	102	109	117	124	131	138	145	152	159	166	173	180	188	195	202
94	101	108	115	122	129	136	143	150	157	164	171	178	186	193	200
92	99	106	113	120	127	134	141	148	156	163	170	177	184	191	198
91	98	105	112	119	126	133	140	147	154	161	168	175	182	189	196
89	96	103	110	117	124	131	138	145	152	159	166	173	180	187	194
88	95	102	109	115	122	129	136	143	150	157	164	171	178	185	192
86	93	100	107	114	121	128	134	141	148	155	162	169	176	183	190
85	92	98	105	112	119	126	133	140	146	153	160	167	174	181	187
83	90	97	104	110	117	124	131	138	145	151	158	165	172	179	185
82	88	95	102	109	116	122	129	136	143	149	156	163	170	177	183
80	87	94	100	107	114	121	127	134	141	148	154	161	168	175	181
79	85	92	99	105	112	119	126	132	139	146	152	159	166	173	179
77	84	90	97	104	110	117	124	130	137	144	150	157	164	171	177
76	82	89	95	102	109	115	122	129	135	142	149	155	162	168	175
74	81	87	94	100	107	114	120	127	133	140	147	153	160	166	173
72	79	86	92	99	105	112	118	125	132	138	145	151	158	164	171
71	77	84	90	97	104	110	117	123	130	136	143	149	156	162	169
69	76	82	89	95	102	108	115	121	128	134	141	147	154	160	167
68	74	81	87	94	100	107	113	119	126	132	139	145	152	158	165
66	73	79	85	92	98	105	111	118	124	130	137	143	150	156	163
65	71	77	84	90	97	103	109	116	122	129	135	141	148	154	161
63	69	76	82	88	95	101	108	114	120	127	133	139	146	152	158
61	68	74	80	87	93	99	106	112	118	125	131	137	144	150	156
60	66	72	79	85	91	98	104	110	116	123	129	135	142	148	154
58	64	71	77	83	90	96	102	108	115	121	127	133	140	146	152
57	63	69	75	82	88	94	100	106	113	119	125	131	138	144	150
55	61	67	74	80	86	92	98	105	111	117	123	129	135	142	148
53	60	66	72	78	84	90	96	103	109	115	121	127	133	140	146
52	58	64	70	76	82	89	95	101	107	113	119	125	131	137	144
50	56	62	68	75	81	87	93	99	105	111	117	123	129	135	141
49	55	61	67	73	79	85	91	97	103	109	115	121	127	133	139
47	53	59	65	71	77	83	89	95	101	107	113	119	125	131	137
45	51	57	63	69	75	81	87	93	99	105	111	117	123	129	135
44	50	56	62	67	73	79	85	91	97	103	109	115	121	127	133
42	48	54	60	66	72	78	83	89	95	101	107	113	119	125	131
40	46	52	58	64	70	76	82	87	93	99	105	111	117	123	129
39	45	50	56	62	68	74	80	85	91	97	103	109	115	120	126

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	
	mehr als	bis	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48
Euro															
750 - 760	225	232	240	247	255	262	269	277	284	291	299	306	313	321	
760 - 770	223	230	238	245	252	260	267	274	282	289	296	304	311	318	
770 - 780	221	228	236	243	250	258	265	272	279	287	294	301	309	316	
780 - 790	219	226	234	241	248	255	263	270	277	284	292	299	306	313	
790 - 800	217	224	231	239	246	253	260	268	275	282	289	296	304	311	
800 - 810	215	222	229	237	244	251	258	265	272	280	287	294	301	308	
810 - 820	213	220	227	234	242	249	256	263	270	277	284	292	299	306	
820 - 830	211	218	225	232	239	246	254	261	268	275	282	289	296	303	
830 - 840	209	216	223	230	237	244	251	258	266	273	280	287	294	301	
840 - 850	207	214	221	228	235	242	249	256	263	270	277	284	291	298	
850 - 860	205	212	219	226	233	240	247	254	261	268	275	282	289	296	
860 - 870	203	210	217	224	231	238	245	252	259	265	272	279	286	293	
870 - 880	201	207	214	221	228	235	242	249	256	263	270	277	284	291	
880 - 890	198	205	212	219	226	233	240	247	254	261	268	275	281	288	
890 - 900	196	203	210	217	224	231	238	245	251	258	265	272	279	286	
900 - 910	194	201	208	215	222	229	235	242	249	256	263	270	276	283	
910 - 920	192	199	206	213	219	226	233	240	247	254	260	267	274	281	
920 - 930	190	197	204	210	217	224	231	238	244	251	258	265	271	278	
930 - 940	188	195	202	208	215	222	229	235	242	249	255	262	269	276	
940 - 950	186	193	199	206	213	220	226	233	240	246	253	260	266	273	
950 - 960	184	191	197	204	211	217	224	231	237	244	251	257	264	271	
960 - 970	182	188	195	202	208	215	222	228	235	242	248	255	261	268	
970 - 980	180	186	193	199	206	213	219	226	232	239	246	252	259	266	
980 - 990	178	184	191	197	204	210	217	224	230	237	243	250	256	263	
990 - 1000	175	182	188	195	202	208	215	221	228	234	241	247	254	260	
1000 - 1010	173	180	186	193	199	206	212	219	225	232	238	245	251	258	
1010 - 1020	171	178	184	191	197	203	210	216	223	229	236	242	249	255	
1020 - 1030	169	175	182	188	195	201	208	214	220	227	233	240	246	253	
1030 - 1040	167	173	180	186	192	199	205	212	218	224	231	237	244	250	
1040 - 1050	165	171	177	184	190	197	203	209	216	222	228	235	241	247	
1050 - 1060	163	169	175	182	188	194	201	207	213	220	226	232	239	245	
1060 - 1070	160	167	173	179	186	192	198	205	211	217	223	230	236	242	
1070 - 1080	158	165	171	177	183	190	196	202	208	215	221	227	233	240	
1080 - 1090	156	162	169	175	181	187	193	200	206	212	218	225	231	237	
1090 - 1100	154	160	166	173	179	185	191	197	204	210	216	222	228	234	
1100 - 1110	152	158	164	170	176	183	189	195	201	207	213	220	226	232	
1110 - 1120	150	156	162	168	174	180	186	192	199	205	211	217	223	229	
1120 - 1130	148	154	160	166	172	178	184	190	196	202	208	214	220	227	
1130 - 1140	145	151	157	163	170	176	182	188	194	200	206	212	218	224	
1140 - 1150	143	149	155	161	167	173	179	185	191	197	203	209	215	221	
1150 - 1160	141	147	153	159	165	171	177	183	189	195	201	207	213	219	
1160 - 1170	139	145	151	157	163	168	174	180	186	192	198	204	210	216	
1170 - 1180	137	142	148	154	160	166	172	178	184	190	196	202	207	213	
1180 - 1190	134	140	146	152	158	164	170	175	181	187	193	199	205	211	
1190 - 1200	132	138	144	150	156	161	167	173	179	185	191	196	202	208	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro														
500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	580 bis 590	590 bis 600	600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630	630 bis 640	640 bis 650
50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64
Euro														
328	336	343	350	358	365	372	380	387	395	402	409	417	424	431
326	333	340	348	355	362	370	377	384	392	399	406	414	421	428
323	331	338	345	352	360	367	374	382	389	396	404	411	418	425
321	328	335	342	350	357	364	372	379	386	393	401	408	415	422
318	325	333	340	347	354	362	369	376	383	390	398	405	412	419
316	323	330	337	344	352	359	366	373	380	388	395	402	409	416
313	320	327	335	342	349	356	363	370	378	385	392	399	406	413
311	318	325	332	339	346	353	360	368	375	382	389	396	403	410
308	315	322	329	336	344	351	358	365	372	379	386	393	400	407
306	313	320	327	334	341	348	355	362	369	376	383	390	397	404
303	310	317	324	331	338	345	352	359	366	373	380	387	394	401
300	307	314	321	328	335	342	349	356	363	370	377	384	391	398
298	305	312	319	326	333	340	347	353	360	367	374	381	388	395
295	302	309	316	323	330	337	344	351	358	364	371	378	385	392
293	300	307	313	320	327	334	341	348	355	362	368	375	382	389
290	297	304	311	318	324	331	338	345	352	359	366	372	379	386
288	294	301	308	315	322	328	335	342	349	356	363	369	376	383
285	292	299	305	312	319	326	332	339	346	353	360	366	373	380
282	289	296	303	309	316	323	330	336	343	350	357	363	370	377
280	287	293	300	307	313	320	327	334	340	347	354	360	367	374
277	284	291	297	304	311	317	324	331	337	344	351	357	364	371
275	281	288	295	301	308	315	321	328	334	341	348	354	361	368
272	279	285	292	299	305	312	318	325	332	338	345	351	358	365
270	276	283	289	296	302	309	315	322	329	335	342	348	355	361
267	273	280	287	293	300	306	313	319	326	332	339	345	352	358
264	271	277	284	290	297	303	310	316	323	329	336	342	349	355
262	268	275	281	288	294	300	307	313	320	326	333	339	346	352
259	265	272	278	285	291	298	304	311	317	323	330	336	343	349
256	263	269	276	282	288	295	301	308	314	320	327	333	340	346
254	260	267	273	279	286	292	298	305	311	317	324	330	336	343
251	258	264	270	276	283	289	295	302	308	314	321	327	333	340
249	255	261	267	274	280	286	293	299	305	311	318	324	330	337
246	252	258	265	271	277	283	290	296	302	308	315	321	327	333
243	249	256	262	268	274	281	287	293	299	305	312	318	324	330
241	247	253	259	265	272	278	284	290	296	302	309	315	321	327
238	244	250	256	263	269	275	281	287	293	299	306	312	318	324
235	241	248	254	260	266	272	278	284	290	296	303	309	315	321
233	239	245	251	257	263	269	275	281	287	293	300	306	312	318
230	236	242	248	254	260	266	272	278	284	290	296	303	309	315
227	233	239	245	251	257	263	269	275	281	287	293	299	305	311
225	231	237	243	249	255	261	266	272	278	284	290	296	302	308
222	228	234	240	246	252	258	264	270	275	281	287	293	299	305
219	225	231	237	243	249	255	261	267	272	278	284	290	296	302
217	222	228	234	240	246	252	258	264	269	275	281	287	293	299
214	220	226	231	237	243	249	255	261	266	272	278	284	290	296

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro								
	650 bis 660	660 bis 670	670 bis 680	680 bis 690	690 bis 700	700 bis 710	710 bis 720		
	mehr als	bis	65	66	67	68	69	70	71
Euro									
750 - 760	439	446	454	461	468	476	483		
760 - 770	436	443	450	458	465	472	480		
770 - 780	433	440	447	455	462	469	477		
780 - 790	430	437	444	451	459	466	473		
790 - 800	427	434	441	448	456	463	470		
800 - 810	424	431	438	445	452	460	467		
810 - 820	421	428	435	442	449	456	464		
820 - 830	417	425	432	439	446	453	460		
830 - 840	414	422	429	436	443	450	457		
840 - 850	411	418	425	433	440	447	454		
850 - 860	408	415	422	429	436	443	450		
860 - 870	405	412	419	426	433	440	447		
870 - 880	402	409	416	423	430	437	444		
880 - 890	399	406	413	420	427	434	441		
890 - 900	396	403	410	417	424	430	437		
900 - 910	393	400	407	413	420	427	434		
910 - 920	390	397	403	410	417	424	431		
920 - 930	387	393	400	407	414	421	427		
930 - 940	384	390	397	404	411	417	424		
940 - 950	381	387	394	401	407	414	421		
950 - 960	377	384	391	397	404	411	417		
960 - 970	374	381	388	394	401	407	414		
970 - 980	371	378	384	391	398	404	411		
980 - 990	368	375	381	388	394	401	407		
990 - 1000	365	371	378	385	391	398	404		
1000 - 1010	362	368	375	381	388	394	401		
1010 - 1020	359	365	372	378	385	391	397		
1020 - 1030	356	362	368	375	381	388	394		
1030 - 1040	352	359	365	372	378	384	391		
1040 - 1050	349	356	362	368	375	381	387		
1050 - 1060	346	352	359	365	371	378	384		
1060 - 1070	343	349	355	362	368	374	381		
1070 - 1080	340	346	352	359	365	371	377		
1080 - 1090	337	343	349	355	361	368	374		
1090 - 1100	333	340	346	352	358	364	371		
1100 - 1110	330	336	343	349	355	361	367		
1110 - 1120	327	333	339	345	352	358	364		
1120 - 1130	324	330	336	342	348	354	360		
1130 - 1140	321	327	333	339	345	351	357		
1140 - 1150	317	324	330	336	342	348	354		
1150 - 1160	314	320	326	332	338	344	350		
1160 - 1170	311	317	323	329	335	341	347		
1170 - 1180	308	314	320	326	332	337	343		
1180 - 1190	305	311	316	322	328	334	340		
1190 - 1200	301	307	313	319	325	331	336		

noch Anlage 7

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

Fortsetzung von Seite 127

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder														
	30 bis 160	160 bis 170	170 bis 180	180 bis 190	190 bis 200	200 bis 210	210 bis 220	220 bis 230	230 bis 240	240 bis 250	250 bis 260	260 bis 270	270 bis 280	280 bis 290	
	mehr als	bis	1 - 15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
Euro															
1200 - 1210		14	20	26	31	37	43	49	55	60	66	72	78	84	
1210 - 1220		12	18	24	30	35	41	47	53	59	64	70	76	82	
1220 - 1230		11	17	22	28	34	40	45	51	57	62	68	74	80	
1230 - 1240			15	21	26	32	38	44	49	55	61	66	72	78	
1240 - 1250			13	19	25	30	36	42	47	53	59	64	70	76	
1250 - 1260			12	18	23	29	34	40	46	51	57	63	68	74	
1260 - 1270			10	16	22	27	33	38	44	50	55	61	66	72	
1270 - 1280				14	20	25	31	37	42	48	53	59	64	70	
1280 - 1290				13	18	24	29	35	40	46	51	57	62	68	
1290 - 1300				11	17	22	28	33	39	44	50	55	60	66	
1300 - 1310					15	20	26	31	37	42	48	53	59	64	
1310 - 1320					13	19	24	30	35	40	46	51	57	62	
1320 - 1330					12	17	22	28	33	39	44	49	55	60	
1330 - 1340					10	15	21	26	31	37	42	47	53	58	
1340 - 1350						14	19	24	30	35	40	45	51	56	
1350 - 1360						12	17	22	28	33	38	44	49	54	
1360 - 1370						10	15	21	26	31	36	42	47	52	
1370 - 1380							14	19	24	29	34	40	45	50	
1380 - 1390							12	17	22	27	33	38	43	48	
1390 - 1400							10	15	20	26	31	36	41	46	
1400 - 1410								13	19	24	29	34	39	44	
1410 - 1420								12	17	22	27	32	37	42	
1420 - 1430								10	15	20	25	30	35	40	
1430 - 1440									13	18	23	28	33	38	
1440 - 1450									11	16	21	26	31	36	
1450 - 1460										14	19	24	29	34	
1460 - 1470										12	17	22	27	32	
1470 - 1480										10	15	20	25	30	
1480 - 1490											13	18	23	28	
1490 - 1500											11	16	21	26	
1500 - 1510												14	19	24	
1510 - 1520												12	17	22	
1520 - 1530												10	15	20	
1530 - 1540													13	17	
1540 - 1550													11	15	
1550 - 1560															13
1560 - 1570															11
1570 - 1580															
1580 - 1590															
1590 - 1600															
1600 - 1610															
1610 - 1620															
1620 - 1630															
1630 - 1640															
1640 - 1650															

Fortsetzung siehe Seite 127

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als Euro															
290 bis 300	300 bis 310	310 bis 320	320 bis 330	330 bis 340	340 bis 350	350 bis 360	360 bis 370	370 bis 380	380 bis 390	390 bis 400	400 bis 410	410 bis 420	420 bis 430	430 bis 440	440 bis 450
29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
Euro															
89	95	101	107	113	118	124	130	136	142	147	153	159	165	171	176
87	93	99	105	110	116	122	128	134	139	145	151	157	162	168	174
85	91	97	103	108	114	120	126	131	137	143	148	154	160	166	171
83	89	95	101	106	112	118	123	129	135	140	146	152	158	163	169
81	87	93	98	104	110	115	121	127	132	138	144	149	155	161	166
79	85	91	96	102	108	113	119	124	130	136	141	147	153	158	164
77	83	89	94	100	105	111	117	122	128	133	139	145	150	156	161
75	81	87	92	98	103	109	114	120	126	131	137	142	148	153	159
73	79	85	90	96	101	107	112	118	123	129	134	140	145	151	156
71	77	82	88	93	99	104	110	115	121	126	132	137	143	148	154
69	75	80	86	91	97	102	108	113	119	124	129	135	140	146	151
67	73	78	84	89	95	100	105	111	116	122	127	132	138	143	149
65	71	76	82	87	92	98	103	109	114	119	125	130	135	141	146
63	69	74	79	85	90	96	101	106	112	117	122	128	133	138	144
61	67	72	77	83	88	93	99	104	109	115	120	125	131	136	141
59	65	70	75	80	86	91	96	102	107	112	117	123	128	133	139
57	63	68	73	78	84	89	94	99	105	110	115	120	126	131	136
55	61	66	71	76	81	87	92	97	102	107	113	118	123	128	133
53	58	64	69	74	79	84	89	95	100	105	110	115	121	126	131
51	56	61	67	72	77	82	87	92	97	103	108	113	118	123	128
49	54	59	64	70	75	80	85	90	95	100	105	110	116	121	126
47	52	57	62	67	72	78	83	88	93	98	103	108	113	118	123
45	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100	105	111	116	121
43	48	53	58	63	68	73	78	83	88	93	98	103	108	113	118
41	46	51	56	61	66	71	76	81	86	91	96	101	105	110	115
39	44	49	54	59	64	68	73	78	83	88	93	98	103	108	113
37	42	47	51	56	61	66	71	76	81	86	91	96	100	105	110
35	40	44	49	54	59	64	69	74	78	83	88	93	98	103	108
33	37	42	47	52	57	62	66	71	76	81	86	91	95	100	105
31	35	40	45	50	54	59	64	69	74	78	83	88	93	98	102
28	33	38	43	47	52	57	62	66	71	76	81	86	90	95	100
26	31	36	41	45	50	55	59	64	69	74	78	83	88	92	97
24	29	34	38	43	48	52	57	62	66	71	76	80	85	90	95
22	27	31	36	41	45	50	55	59	64	69	73	78	83	87	92
20	25	29	34	38	43	48	52	57	62	66	71	75	80	85	89
18	22	27	32	36	41	45	50	55	59	64	68	73	77	82	87
16	20	25	29	34	39	43	48	52	57	61	66	70	75	79	84
14	18	23	27	32	36	41	45	50	54	59	63	68	72	77	81
12	16	20	25	29	34	38	43	47	52	56	61	65	70	74	79
	14	18	23	27	32	36	41	45	49	54	58	63	67	72	76
	12	16	20	25	29	34	38	43	47	51	56	60	65	69	73
	10	14	18	23	27	31	36	40	45	49	53	58	62	66	71
		12	16	20	25	29	33	38	42	46	51	55	59	64	68
			14	18	22	27	31	35	40	44	48	52	57	61	65
			11	16	20	24	29	33	37	41	46	50	54	58	63

noch Anlage 7

noch Wohngeld für fünf Familienmitglieder

bei dem zweiten Teil des Gesamt- einkommens (§ 9 Abs. 2) von mehr als bis	bei einer zu berücksichtigenden Miete oder													
	450 bis 460	460 bis 470	470 bis 480	480 bis 490	490 bis 500	500 bis 510	510 bis 520	520 bis 530	530 bis 540	540 bis 550	550 bis 560	560 bis 570	570 bis 580	
	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	
Euro														
1200 - 1210	182	188	194	200	205	211	217	223	229	234	240	246	252	
1210 - 1220	180	185	191	197	203	209	214	220	226	232	237	243	249	
1220 - 1230	177	183	189	194	200	206	212	217	223	229	234	240	246	
1230 - 1240	175	180	186	192	197	203	209	214	220	226	232	237	243	
1240 - 1250	172	178	183	189	195	200	206	212	217	223	229	234	240	
1250 - 1260	170	175	181	186	192	198	203	209	215	220	226	231	237	
1260 - 1270	167	173	178	184	189	195	201	206	212	217	223	229	234	
1270 - 1280	164	170	176	181	187	192	198	203	209	214	220	226	231	
1280 - 1290	162	167	173	178	184	189	195	201	206	212	217	223	228	
1290 - 1300	159	165	170	176	181	187	192	198	203	209	214	220	225	
1300 - 1310	157	162	168	173	179	184	189	195	200	206	211	217	222	
1310 - 1320	154	160	165	170	176	181	187	192	198	203	208	214	219	
1320 - 1330	152	157	162	168	173	179	184	189	195	200	205	211	216	
1330 - 1340	149	154	160	165	170	176	181	186	192	197	203	208	213	
1340 - 1350	146	152	157	162	168	173	178	184	189	194	200	205	210	
1350 - 1360	144	149	154	160	165	170	176	181	186	191	197	202	207	
1360 - 1370	141	147	152	157	162	168	173	178	183	188	194	199	204	
1370 - 1380	139	144	149	154	160	165	170	175	180	186	191	196	201	
1380 - 1390	136	141	146	152	157	162	167	172	177	183	188	193	198	
1390 - 1400	133	139	144	149	154	159	164	169	175	180	185	190	195	
1400 - 1410	131	136	141	146	151	156	162	167	172	177	182	187	192	
1410 - 1420	128	133	138	143	149	154	159	164	169	174	179	184	189	
1420 - 1430	126	131	136	141	146	151	156	161	166	171	176	181	186	
1430 - 1440	123	128	133	138	143	148	153	158	163	168	173	178	183	
1440 - 1450	120	125	130	135	140	145	150	155	160	165	170	175	180	
1450 - 1460	118	123	128	133	137	142	147	152	157	162	167	172	177	
1460 - 1470	115	120	125	130	135	140	145	149	154	159	164	169	174	
1470 - 1480	112	117	122	127	132	137	142	147	151	156	161	166	171	
1480 - 1490	110	115	120	124	129	134	139	144	148	153	158	163	168	
1490 - 1500	107	112	117	122	126	131	136	141	146	150	155	160	165	
1500 - 1510	105	109	114	119	124	128	133	138	143	147	152	157	162	
1510 - 1520	102	107	111	116	121	126	130	135	140	144	149	154	159	
1520 - 1530	99	104	109	113	118	123	127	132	137	141	146	151	156	
1530 - 1540	97	101	106	111	115	120	125	129	134	138	143	148	152	
1540 - 1550	94	99	103	108	112	117	122	126	131	135	140	145	149	
1550 - 1560	91	96	100	105	110	114	119	123	128	133	137	142	146	
1560 - 1570	89	93	98	102	107	111	116	120	125	130	134	139	143	
1570 - 1580	86	90	95	99	104	108	113	117	122	127	131	136	140	
1580 - 1590	83	88	92	97	101	106	110	115	119	124	128	132	137	
1590 - 1600	81	85	89	94	98	103	107	112	116	121	125	129	134	
1600 - 1610	78	82	87	91	95	100	104	109	113	118	122	126	131	
1610 - 1620	75	80	84	88	93	97	101	106	110	115	119	123	128	
1620 - 1630	72	77	81	85	90	94	98	103	107	111	116	120	125	
1630 - 1640	70	74	78	83	87	91	96	100	104	108	113	117	121	
1640 - 1650	67	71	76	80	84	88	93	97	101	105	110	114	118	

Belastung (§ 7) von monatlich mehr als ... Euro													
580 bis 590	590 bis 600	600 bis 610	610 bis 620	620 bis 630	630 bis 640	640 bis 650	650 bis 660	660 bis 670	670 bis 680	680 bis 690	690 bis 700	700 bis 710	710 bis 720
58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71
Euro													
258	263	269	275	281	287	292	298	304	310	316	321	327	333
255	260	266	272	278	283	289	295	301	307	312	318	324	330
252	257	263	269	275	280	286	292	298	303	309	315	320	326
249	254	260	266	271	277	283	289	294	300	306	311	317	323
246	251	257	263	268	274	280	285	291	297	302	308	314	319
243	248	254	260	265	271	276	282	288	293	299	305	310	316
240	245	251	256	262	268	273	279	284	290	296	301	307	312
237	242	248	253	259	264	270	276	281	287	292	298	303	309
234	239	245	250	256	261	267	272	278	283	289	294	300	306
231	236	242	247	253	258	264	269	275	280	286	291	297	302
228	233	239	244	249	255	260	266	271	277	282	288	293	299
225	230	235	241	246	252	257	263	268	273	279	284	290	295
222	227	232	238	243	249	254	259	265	270	275	281	286	292
219	224	229	235	240	245	251	256	261	267	272	277	283	288
216	221	226	231	237	242	247	253	258	263	269	274	279	285
213	218	223	228	234	239	244	249	255	260	265	271	276	281
209	215	220	225	230	236	241	246	251	257	262	267	272	278
206	212	217	222	227	232	238	243	248	253	259	264	269	274
203	209	214	219	224	229	234	240	245	250	255	260	265	271
200	205	211	216	221	226	231	236	241	247	252	257	262	267
197	202	207	213	218	223	228	233	238	243	248	253	259	264
194	199	204	209	214	220	225	230	235	240	245	250	255	260
191	196	201	206	211	216	221	226	231	236	241	247	252	257
188	193	198	203	208	213	218	223	228	233	238	243	248	253
185	190	195	200	205	210	215	220	225	230	235	240	245	250
182	187	192	197	202	207	211	216	221	226	231	236	241	246
179	184	189	193	198	203	208	213	218	223	228	233	238	242
176	181	185	190	195	200	205	210	215	219	224	229	234	239
173	177	182	187	192	197	202	206	211	216	221	226	231	235
170	174	179	184	189	193	198	203	208	213	217	222	227	232
166	171	176	181	185	190	195	200	204	209	214	219	224	228
163	168	173	177	182	187	192	196	201	206	211	215	220	225
160	165	170	174	179	184	188	193	198	202	207	212	216	221
157	162	166	171	176	180	185	190	194	199	204	208	213	218
154	159	163	168	172	177	182	186	191	196	200	205	209	214
151	155	160	165	169	174	178	183	188	192	197	201	206	210
148	152	157	161	166	170	175	180	184	189	193	198	202	207
145	149	154	158	163	167	172	176	181	185	190	194	199	203
141	146	150	155	159	164	168	173	177	182	186	191	195	200
138	143	147	152	156	161	165	169	174	178	183	187	192	196
135	140	144	148	153	157	162	166	170	175	179	184	188	192
132	136	141	145	150	154	158	163	167	171	176	180	185	189
129	133	138	142	146	151	155	159	164	168	172	177	181	185
126	130	134	139	143	147	152	156	160	164	169	173	177	182
123	127	131	135	140	144	148	152	157	161	165	170	174	178

noch Anlage 7

Artikel 16

Änderung des Patentgebührengesetzes

Die Anlage zu § 1 (Gebührenverzeichnis) des Patentgebührengesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2188), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. Juli 1998 (BGBl. I S. 1827) geändert worden ist, erhält die aus Anhang 1 ersichtliche Fassung.

Gebührenverzeichnis

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
A. Gebühren des Patentamts		
<i>I. Patentsachen</i>		
1. Erteilungsverfahren		
111 100	Für die Anmeldung (§ 34 Abs. 6 PatG)	100
111 201	Für den Antrag auf Ermittlung der in Betracht zu ziehenden Druckschriften (§ 43 Abs. 2 PatG), wenn ein Antrag nach § 43 Abs. 1 Satz 1 PatG gestellt worden ist	300
111 301	Für den Antrag auf Prüfung der Anmeldung (§ 44 Abs. 3 PatG), wenn ein Antrag nach § 43 PatG bereits gestellt worden ist	290
111 302	wenn ein Antrag nach § 43 PatG nicht gestellt worden ist	460
111 500	Für die Erteilung des Patents (§ 57 PatG)	175
111 600	Für die Anmeldung eines ergänzenden Schutzzertifikats (§ 49a Abs. 4 PatG)	575
2. Verwaltung eines Patents oder einer Anmeldung		
Patentjahresgebühr		
112 103	für das 3. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	115
112 104	für das 4. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	115
112 105	für das 5. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	175
112 106	für das 6. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	260
112 107	für das 7. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	345
112 108	für das 8. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	460
112 109	für das 9. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	575
112 110	für das 10. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	690
112 111	für das 11. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	920
112 112	für das 12. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	1.210
112 113	für das 13. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	1.495
112 114	für das 14. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	1.785
112 115	für das 15. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	2.070
112 116	für das 16. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	2.415
112 117	für das 17. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	2.760
112 118	für das 18. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	3.105
112 119	für das 19. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	3.450
112 120	für das 20. Patentjahr (§ 17 Abs. 1 PatG)	3.795
112 121	für das 1. Jahr des ergänzenden Schutzes (§ 16a PatG)	5.175
112 122	für das 2. Jahr des ergänzenden Schutzes (§ 16a PatG)	5.750
112 123	für das 3. Jahr des ergänzenden Schutzes (§ 16a PatG)	6.440
112 124	für das 4. Jahr des ergänzenden Schutzes (§ 16a PatG)	7.130
112 125	für das 5. Jahr des ergänzenden Schutzes (§ 16a PatG)	8.050

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
112 200	Zuschlag für die Verspätung der Zahlung einer Gebühr der Nummern 111 500 und 112 103 bis 112 125 (§ 57 Abs. 1 Satz 3, § 17 Abs. 3 Satz 2, auch in Verbindung mit § 16a Abs. 1 Satz 2 PatG)	10% der Gebühren
3. Sonstige Anträge		
113 100	Für den Antrag auf Festsetzung der angemessenen Vergütung für die Benutzung der Erfindung (§ 23 Abs. 4 PatG)	115
113 200	Für den Antrag auf Änderung der festgesetzten Vergütung für die Benutzung der Erfindung (§ 23 Abs. 5 PatG)	230
113 300	Für den Antrag auf Eintragung einer Änderung in der Person des Anmelders oder Patentinhabers (§ 30 Abs. 3 PatG)	70
113 400	Für den Antrag auf Eintragung der Einräumung eines Rechts zur ausschließlichen Benutzung der Erfindung oder auf Löschung dieser Eintragung (§ 30 Abs. 5 PatG)	45
113 500	Für den Antrag auf Beschränkung des Patents (§ 64 Abs. 2 PatG)	230
113 800	Für die Veröffentlichung von Übersetzungen oder berichtigten Übersetzungen der Patentansprüche Europäischer Patentanmeldungen (Artikel II § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen)	115
113 815	Für die Veröffentlichung von Übersetzungen oder berichtigten Übersetzungen der Patentansprüche Europäischer Patentanmeldungen, in denen die Vertragsstaaten der Vereinbarung über Gemeinschaftspatente benannt sind (Artikel 4 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Gesetzes über das Gemeinschaftspatent)	115
113 820	Für die Veröffentlichung von Übersetzungen oder berichtigten Übersetzungen europäischer Patentschriften (Artikel II § 3 Abs. 1, Abs. 4 Satz 3 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen)	290
113 900	Für die Behandlung der internationalen Anmeldung beim Deutschen Patentamt als Anmeldeamt (Artikel III § 1 Abs. 3 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen)	175
4. Anträge im Zusammenhang mit der Erstreckung gewerblicher Schutzrechte		
114 100	Für die Veröffentlichung von Übersetzungen oder berichtigten Übersetzungen von erstreckten Patenten (§ 8 Abs. 1 und 3 ErstrG)	290
114 200	Für den Antrag auf Ermittlung der in Betracht zu ziehenden Druckschriften für ein erstrecktes Patent (§ 11 ErstrG)	230

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
II. Gebrauchsmustersachen		
1. Erteilungsverfahren		
121 100	Für die Anmeldung (§ 4 Abs. 5 GebrMG)	60
121 200	Für den Antrag auf Ermittlung der in Betracht zu ziehenden Druckschriften (§ 7 Abs. 2 GebrMG)	520
2. Aufrechterhaltung eines Gebrauchsmusters		
122 101	Verlängerungsgebühr für die erste Verlängerung der Schutzdauer (§ 23 Abs. 2 GebrMG)	405
122 102	für die zweite Verlängerung der Schutzdauer (§ 23 Abs. 2 GebrMG)	690
122 103	für die dritte Verlängerung der Schutzdauer (§ 23 Abs. 2 GebrMG)	1.035
122 200	Zuschlag für die Verspätung der Zahlung einer Gebühr der Nummern 122 101 bis 122 103 (§ 23 Abs. 2 Satz 4 und 6 GebrMG)	10% der Gebühren
3. Sonstige Anträge		
123 300	Für den Antrag auf Eintragung einer Änderung in der Person des Rechtsinhabers (§ 8 Abs. 4 GebrMG)	70
123 600	Für den Antrag auf Löschung (§ 16 GebrMG)	345
III. Marken; geographische Angaben und Ursprungsbezeichnungen		
1. Eintragungsverfahren		
131 100	Anmeldegebühr bei Marken einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 32 Abs. 4 MarkenG)	575
131 150	Klassengebühr bei Anmeldung einer Marke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 32 Abs. 4 MarkenG)	175
131 200	Anmeldegebühr bei Kollektivmarken einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 97 Abs. 2, § 32 Abs. 4 MarkenG)	1.725
131 250	Klassengebühr bei Anmeldung einer Kollektivmarke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 97 Abs. 2, § 32 Abs. 4 MarkenG)	290
131 300	Zuschlag für die verspätete Zahlung einer Gebühr der Nummern 131 100 bis 131 250 (§ 36 Abs. 3 MarkenG)	115
131 400	Für die Erhebung des Widerspruchs (§ 42 Abs. 3 MarkenG)	230
131 600	Für den Antrag auf beschleunigte Prüfung (§ 38 Abs. 2 MarkenG)	485

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
131 700	Für den Antrag auf Teilung oder Teilübertragung einer Anmeldung (§ 40 Abs. 2, §§ 31, 27 Abs. 4 MarkenG)	575
2. Verlängerung der Schutzdauer		
132 100	Verlängerungsgebühr bei Marken einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 47 Abs. 3 MarkenG)	1.150
132 150	Klassengebühr bei Verlängerung der Schutzdauer einer Marke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 47 Abs. 3 MarkenG)	520
132 200	Verlängerungsgebühr bei Kollektivmarken einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 97 Abs. 2, § 47 Abs. 3 MarkenG)	3.450
132 250	Klassengebühr bei Verlängerung der Schutzdauer einer Kollektivmarke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 97 Abs. 2, § 47 Abs. 3 MarkenG)	520
132 300	Zuschlag für die verspätete Zahlung einer Gebühr der Nummern 132 100 bis 132 250 (§ 36 Abs. 3 MarkenG)	10% der Gebühren
3. Sonstige Anträge		
133 400	Für den Antrag auf Teilung oder Teilübertragung einer Eintragung (§ 46 Abs. 3, § 27 Abs. 4 MarkenG)	690
133 600	Für den Antrag auf Löschung (§ 54 Abs. 2 MarkenG)	690
4. Internationale Registrierung		
134 100	Nationale Gebühr für den Antrag auf internationale Registrierung nach dem Madrider Markenabkommen (§ 109 Abs. 1 MarkenG) oder	345
134 200	Nationale Gebühr für den Antrag auf internationale Registrierung nach dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen (§ 121 Abs. 1 MarkenG)	345
134 300	Gemeinsame nationale Gebühr für den Antrag auf internationale Registrierung sowohl nach dem Madrider Markenabkommen als auch nach dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen (§ 121 Abs. 2 MarkenG)	345
134 400	Nationale Gebühr für den Antrag auf nachträgliche Schutzerstreckung nach dem Madrider Markenabkommen (§ 111 Abs. 1 MarkenG)	230
134 500	Nationale Gebühr für den Antrag auf nachträgliche Schutzerstreckung nach dem Protokoll zum Madrider Abkommen (§ 123 Abs. 1 Satz 2 MarkenG)	230

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
134 600	Gemeinsame nationale Gebühr für den Antrag auf nachträgliche Schutzerstreckung sowohl nach dem Madrider Markenabkommen als auch nach dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen (§ 123 Abs. 2 Satz 2 MarkenG)	230
5. Umwandlung einer international registrierten Marke oder einer Gemeinschaftsmarke		
135 100	Für den Antrag auf Umwandlung einer Marke einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 125 Abs. 2, § 125d Abs. 1, § 32 Abs. 4 MarkenG)	575
135 150	Klassengebühr bei Umwandlung einer Marke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 125 Abs. 2, § 125d Abs. 1, § 32 Abs. 4 MarkenG)	175
135 200	Für den Antrag auf Umwandlung einer Kollektivmarke einschließlich der Klassengebühr bis zu drei Klassen (§ 125 Abs. 2, § 125d Abs. 1, § 97 Abs. 2, § 32 Abs. 4 MarkenG)	1.725
135 250	Klassengebühr bei Umwandlung einer Kollektivmarke für jede Klasse ab der vierten Klasse (§ 125 Abs. 2, § 125d Abs. 1, § 97 Abs. 2, § 32 Abs. 4 MarkenG)	290
135 300	Zuschlag für die verspätete Zahlung einer Gebühr der Nummern 135 100 bis 135 250 (§ 125 Abs. 2, § 125d Abs. 1, § 36 Abs. 3 MarkenG)	115
6. Geographische Angaben und Ursprungsbezeichnungen		
136 100	Für den Antrag auf Eintragung einer geographischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung (§ 130 Abs. 2 MarkenG)	1 725
136 200	Für den Einspruch gegen die Eintragung einer geographischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung (§ 132 Abs. 2 MarkenG)	230
IV. Musterregistersachen		
1. Anmeldeverfahren		
141 110	Anmeldegebühr (§ 8c GeschmMG) (1) bei Anmeldung eines Musters oder Modells für die Schutzdauer nach § 9 Abs. 1 GeschmMG	115
141 120	(2) bei Sammelanmeldung (§ 7 Abs. 9 GeschmMG) für die Schutzdauer nach § 9 Abs. 1 GeschmMG für jedes Muster oder Modell,	11,50
141 121	mindestens jedoch	115
141 131	(3) bei Aufschiebung der Bekanntmachung einer Abbildung der Darstellung des Musters oder Modells - bei Anmeldung eines Musters oder Modells	45
141 132	- bei Sammelanmeldung für jedes Muster oder Modell,	4,50
141 133	- mindestens jedoch	45

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
141 134	- zusätzlich zu den Gebühren der Nummern 141 131 bis 141 133 für den Antrag auf Aufschiebung (§ 8c Abs. 1 Satz 2 GeschmMG)	17
141 140	(4) bei Darstellung durch das Erzeugnis selbst oder eines Teils davon (§ 7 Abs. 6 GeschmMG) zusätzlich zu den Gebühren der Nummern 141 110 bis 141 134 Für die Erstreckung des Schutzes bei Aufschiebung der Bildbekanntmachung (§ 8b Abs. 2 GeschmMG) (1) bei Zahlung innerhalb der ersten zwölf Monate der Aufschiebungsfrist	460
141 211 141 212	- für ein angemeldetes Einzelmuster - für jedes Muster einer Sammelanmeldung, für das der Schutz nach § 8b Abs. 2 GeschmMG erstreckt werden soll,	115 11,50
141 213 141 220	- mindestens jedoch (2) Zuschlag zu den Gebühren der Nummern 141 211 bis 141 213 bei Zahlung nach den ersten zwölf Monaten der Aufschiebungsfrist (§ 8b Abs. 2 GeschmMG)	115 20% der Gebühren
2. Verlängerung der Schutzdauer (§ 9 Abs. 2 und 3 GeschmMG)		
Für die Verlängerung der Schutzdauer um fünf Jahre für jedes Muster oder Modell, auch in einer Sammelanmeldung (§ 7 Abs. 9 GeschmMG),		
142 110	vom 6. bis 10. Schutzjahr	175
142 120	vom 11. bis 15. Schutzjahr	230
142 130	vom 16. bis 20. Schutzjahr	345
142 140	vom 21. bis 25. Schutzjahr (Artikel 2 Abs. 1 Nr. 4 des Schriftzeichengesetzes)	575
142 150	Für die Verlängerung der Schutzdauer eines Modells, das durch das Erzeugnis selbst oder einen Teil davon dargestellt wird (§ 7 Abs. 6 GeschmMG), zusätzlich zu den Gebühren der Nummern 142 110 bis 142 130 jeweils	460
142 200	Zuschlag zu den Gebühren der Nummern 142 110 bis 142 150 für die verspätete Zahlung der Verlängerungsgebühren (§ 9 Abs. 3 Satz 2 GeschmMG) je Muster oder Modell	10% der Gebühren
3. Sonstige Gebühren		
143 100	Für den Antrag auf Eintragung einer Änderung in der Person des Anmelders oder Inhabers des Modells	70
V. Topographieschutzsachen		
1. Anmeldeverfahren		
151 100	Anmeldegebühr (§ 3 Abs. 5 HalblSchG)	575
2. Sonstige Anträge		

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
153 300	Für den Antrag auf Eintragung einer Änderung in der Person des Rechtsinhabers (§ 4 Abs. 2 HalblSchG in Verbindung mit § 8 Abs. 4 GebrMG)	70
153 600	Für den Antrag auf Löschung (§ 8 Abs. 4 HalblSchG)	345
B. Gebühren des Patentgerichts		
I. Patentsachen		
1. Beschwerdeverfahren		
214 100	Für die Einlegung der Beschwerde (§ 73 Abs. 3 PatG)	345
2. Nichtigkeits- und Zwangslizenzverfahren		
215 110	Für die Klage auf Erklärung der Nichtigkeit oder auf Erteilung oder Zurücknahme einer Zwangslizenz oder wegen der Anpassung der durch Urteil festgesetzten Vergütung für eine Zwangslizenz (§ 81 Abs. 6 PatG)	865
215 210	Für den Antrag auf Erfaß einer einstweiligen Verfügung (§ 85 Abs. 2 PatG)	690
II. Gebrauchsmustersachen		
1. Beschwerdeverfahren		
224 110	Für die Einlegung der Beschwerde (§ 18 Abs. 2 GebrMG) gegen den Beschluß der Gebrauchsmusterstelle	345
224 120	gegen den Beschluß der Gebrauchsmusterabteilung	600
2. Zwangslizenzverfahren		
225 110	Für die Klage auf Erteilung oder Zurücknahme einer Zwangslizenz oder wegen der Anpassung der durch Urteil festgesetzten Vergütung für eine Zwangslizenz (§ 20 GebrMG in Verbindung mit § 81 Abs. 6 PatG)	600
225 210	Für den Antrag auf Erfaß einer einstweiligen Verfügung (§ 20 GebrMG in Verbindung mit § 85 Abs. 2 PatG)	470
III. Marken; geographische Angaben und Ursprungsbezeichnungen		
234 100	Für die Einlegung der Beschwerde außer dem Fall der Nummer 234 600 (§ 66 Abs. 5 MarkenG)	345
234 600	Beschwerdegebühr in Löschungssachen (§ 66 Abs. 5, §§ 53 und 54 MarkenG)	600
IV. Musterregistersachen		
244 110	Für die Einlegung der Beschwerde (§ 10a GeschmMG) gegen die Entscheidung des Patentamts, die ein einzelnes Muster oder Modell betrifft	345
244 120	gegen die Entscheidung des Patentamts, die eine Sammelanmeldung (§ 7 Abs. 9 GeschmMG) betrifft	600

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Deutsche Mark
V. Topographieschutzsachen		
254 110	Für die Einlegung der Beschwerde gegen den Beschluß der Topographiestelle (§ 4 Abs. 4 Satz 3 HalblSchG in Verbindung mit § 18 Abs. 2 GebrMG)	345
254 120	gegen den Beschluß der Topographieabteilung (§ 4 Abs. 4 Satz 3 HalblSchG in Verbindung mit § 18 Abs. 2 GebrMG)	600
VI. Sortenschutzsachen		
264 100	Für die Einlegung der Beschwerde gegen Beschlüsse der Widerspruchsausschüsse beim Bundessortenamt (§ 34 Abs. 2 des Sortenschutzgesetzes)	345*

Artikel 17

Änderung des Zivildienstgesetzes

Das Zivildienstgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2811), zuletzt geändert durch Artikel 29 der Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390), wird wie folgt geändert:

- 1 In § 6 Abs. 2 Satz 2 werden die Wörter „das Entlassungsgeld und“ gestrichen und die Zahl „75“ durch die Zahl „70“ ersetzt.
- 2 In § 24 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „drei Monate“ durch die Wörter „einen Monat“ ersetzt.
- 3 § 81 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird der Verweis „15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1726)“ durch den Verweis „.....“ (BGBl. I S.)“ ersetzt.
 - b) Absatz 1 wird aufgehoben.
 - c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 1 bis 3.
 - d) Der neue Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Angabe „31. Dezember 1995“ durch die Angabe „30. Juni 2000“ und die Zahl „13“ durch das Wort „elf“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
 - cc) In dem neuen Satz 2 werden die Wörter „den Sätzen 1 und 2“ durch die Wörter „Satz 1“ ersetzt.
 - e) Der neue Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 2“ durch die Wörter „Absatz 1“ und die Zahl „13“ durch das Wort „elf“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird gestrichen.
 - cc) In dem neuen Satz 2 wird der Verweis „Absatz 2 Satz 3“ durch den Verweis „Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.
 - f) In dem neuen Absatz 3 werden die Nummer 1 aufgehoben, die bisherigen Nummern 2 und 3 die Nummern 1 und 2 und die Angabe „31. Dezember 1995“ durch die Angabe „30. Juni 2000“ sowie die Angabe „1. Januar 1996“ durch die Angabe „1. Juli 2000“ ersetzt.

Artikel 18

Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

Das Finanz- und Personalstatistikgesetz vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 36 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit,“

bb) Nummer 6 wird aufgehoben.

cc) Nummer 8 wird wie folgt gefaßt:

„8. der Deutschen Bundesbank,“

dd) Nummer 9 wird aufgehoben.

ee) Nummer 10 wird wie folgt gefaßt:

„10. der staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die in öffentlicher oder privater Rechtsform geführt werden, soweit nicht die Nummern 1 bis 4, 7 und 8 Anwendung finden.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die in einer privatrechtlichen Form geführt werden, gehören zu den Erhebungseinheiten, wenn Erhebungseinheiten nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und 10 mit mehr als 50 vom Hundert des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 6 wird aufgehoben.

b) In Absatz 7 werden die Zahl „6“ sowie das folgende Wort „und“ gestrichen.

c) Absatz 8 wird wie folgt gefaßt:

„(8) Die Statistik nach § 1 Nr. 1 erfaßt beim Lastenausgleichsfonds, beim ERP-Sondervermögen, beim Fonds „Deutsche Einheit“, beim Entschädigungsfonds, beim Bundeseisenbahnvermögen, beim Erblastentilgungsfonds, beim Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, beim Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ sowie bei sonstigen Sondervermögen:

vierteljährlich

1. die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben nach dem Kassenergebnis entsprechend dem Gruppierungsplan des Bundes und der Länder,

2. die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

In Nummer 1 Buchstabe a wird das Wort „Einkommensteuer“ durch die Wörter „Einkommen- und Umsatzsteuer“ ersetzt.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4, 6, 9 und 10“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und 10“ ersetzt.

b) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. bei den Erhebungseinheiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 sowie beim Lastenausgleichsfonds, beim ERP-Sondervermögen, beim Fonds „Deutsche Einheit“, beim Entschädigungsfonds, beim Bundes-eisenbahnvermögen, beim Erblastentilgungsfonds, beim Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohlenein-satzes, beim Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ sowie bei sonstigen Sondervermögen fol-gende Erhebungsmerkmale:

vierteljährlich zum Quartalsende den Schuldenstand nach Hauptschuldarten;“

5. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 4 wird wie folgt gefaßt:

„4. Laufbahngruppe, Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortzuschlagsstufe oder Stufe des Familien-zuschlags, Bruttobezüge des Berichtsmonats,“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Abweichend von Absatz 1 werden für die Beschäftigten bei den Forschungseinrichtungen der in § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 7 genannten Erhebungseinheiten zusätzlich die fachliche Gliederung und der Bildungs-abschluß und bei den in § 2 Abs. 1 Nr. 10 genannten Erhebungseinheiten mit privatrechtlicher Form nur Art, Umfang und Dauer des Arbeitsvertragsverhältnisses, Geschlecht und Arbeitsort erfaßt.“

6 § 7 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Abweichend von Absatz 1 werden für die Empfänger von Versorgungsbezügen bei den in § 2 Abs. 1 Nr. 7 und 10 genannten Erhebungseinheiten nur die Art des früheren Dienstverhältnisses, die Art der Versorgung und die Besoldungsgruppe erfaßt.“

7 § 9 wird wie folgt geändert:

In Nummer 3 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 9 und 10“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 10“ ersetzt sowie nach dem Wort „Rechtsform“ ein Komma und die Wörter „die Umsatzsteuerpflicht“ eingefügt.

8 § 10 wird wie folgt geändert:

In Nummer 3 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 7, 9 und 10“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 7 und 10“ ersetzt.

9 § 11 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 3, 4, 6, 7 und 9“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 7“ ersetzt.

b) In Nummer 3 Buchstabe b wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 3 bis 10“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 3 bis 5, 7, 8 und 10“ ersetzt.

10. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 5 bis 7“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 7“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 6 und 7“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 7“ ersetzt.

Artikel 19

Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol

Das Gesetz über das Branntweinmonopol in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 612 - 7, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Mai 1998 (BGBl. I S. 1121), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 3 wird aufgehoben.
 - b) Nummer 4 wird Nummer 3 und die Wörter „und den Branntweinhandel“ werden gestrichen.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
3. § 16 wird aufgehoben.
4. In § 24 Nr. 1 wird die Angabe „25a“ gestrichen.
5. In § 25 Abs. 3 Nr. 3 Satz 5 werden die Wörter „in anderen als Kartoffelgemeinschaftsbrennereien“ gestrichen.
6. § 25a wird aufgehoben.
7. § 29 wird wie folgt gefaßt:

„§ 29

Branntwein, der unter Abfindung (§ 57) hergestellt wurde, darf nur mit Zustimmung der Bundesmonopolverwaltung gereinigt werden. Dies gilt nicht für den Feinbrand in der Abfindungsbrennerei.“

8. § 32 wird wie folgt gefaßt:

„§ 32

(1) Das Brennrecht einer gewerblichen Brennerei (gewerbliches Brennrecht) kann auf Antrag von der Bundesmonopolverwaltung zum 1. Oktober 2000 in das Brennrecht einer landwirtschaftlichen Brennerei (landwirtschaftliches Brennrecht) mit den in Absatz 2 genannten Abzügen umgewandelt werden, wenn die Brennerei nachweislich ab dem Betriebsjahr 1997/98 wie eine landwirtschaftliche Brennerei (§ 25) betrieben wurde oder wenn sie nachweislich ab dem Betriebsjahr 1998/99 wie eine landwirtschaftliche Brennerei betrieben wurde und der Brennereibesitzer dabei sowohl überwiegend selbstgewonnene Rohstoffe verarbeitet als auch die anfallende Schlempe an das eigene Vieh verfüttert und dessen Dünger auf seinen landwirtschaftlichen Flächen verwendet hat. Der Antrag ist bis zum 30. Juni 2000 über das zuständige Hauptzollamt bei der Bundesmonopolverwaltung zu stellen.

(2) Gewerbliche Brennrechte für die Verarbeitung von Korn und gewerbliche Brennrechte für die Verarbeitung von Kartoffeln und anderem Getreide als Korn oder anderem Getreide als ausschließlich Korn werden unter Abzug von 10 vom Hundert in landwirtschaftliche Brennrechte jeweils gleicher Geltung umgewandelt. Andere gewerbliche Brennrechte werden unter Abzug von 25 vom Hundert in landwirtschaftliche Brennrechte zur Verarbeitung von Kartoffeln und anderem Getreide als ausschließlich Korn umgewandelt.“

9. § 33 wird aufgehoben.
10. § 33a wird aufgehoben.
11. § 38 Abs. 2 wird aufgehoben.

12. § 39 wird wie folgt gefaßt:

„§ 39

(1) Das Brennrecht erlischt ferner, wenn eine Brennerei mit einem Brennrecht zur Verarbeitung anderer Stoffe als Korn Kornbranntwein (§ 101) herstellt. Bei Brennereien mit einem gemischten Brennrecht sowohl für die Verarbeitung von Korn als auch von anderen Stoffen ist eine Überschreitung des Jahresbrennrechtsteils für Korn um bis zu 10 vom Hundert unschädlich. Der Verlust des Brennrechts tritt mit Beginn des Betriebsjahres ein, in dem der Kornbranntwein hergestellt wurde.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zur Rechtsbereinigung den Wortlaut aller Brennrechte dem derzeitigen Monopolrecht anzupassen. Dabei kann es vorsehen, daß historische Brennrechtsgewertungen, die nach dem Betriebsjahr 1985/86 nicht mehr in Anspruch genommen worden sind, wegfallen und Brennrechte zur Verarbeitung von Kartoffeln und anderem Getreide als Korn in solche nach § 175 Abs. 3 Nr. 2 umgewandelt werden.“

13. § 39a wird aufgehoben.

14. Dem § 40 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Jahresbrennrechte werden ab dem Betriebsjahr 2005/06 nur für landwirtschaftliche Brennereien festgesetzt.

(5) Die Jahresbrennrechte für gewerbliche Brennereien werden für die Betriebsjahre 2000/01 bis 2004/05 auf 50 vom Hundert des regelmäßigen Brennrechts festgesetzt.“

15. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Angabe „ § 25a Abs. 1“ und die Angabe „unter Anwendung der Grundsätze des § 39“ gestrichen.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Brennrechte sollen nicht übertragen werden, wenn dies zu höheren Übernahmegeldzahlungen der Bundesmonopolverwaltung führt. Brennrechte von Brennereien, die nach § 58 Satz 2 aus dem Branntweinmonopol ausscheiden, werden nicht übertragen.“

16. Nach § 42 wird folgender neuer § 42a eingefügt:

„§ 42a

(1) Die Bundesmonopolverwaltung kann auf Antrag der Brennereibesitzer widerruflich zulassen, daß ein Brennrecht von einer Brennerei ganz oder teilweise an eine oder mehrere andere Brennereien gleicher Brennereiklasse für ein oder mehrere Betriebsjahre zur Nutzung überlassen werden kann. Voraussetzung für die Zulassung ist, daß sich die Übernahmegeldzahlungen nicht erhöhen.

(2) Für die Dauer der Nutzung gilt das Jahresbrennrecht der anderen Brennerei als entsprechend erhöht.“

17. § 58 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Sie befreit auf Antrag zum Beginn eines Betriebsjahres von der Ablieferungspflicht nach Satz 1 sowie von der Überlassungs- und Ablieferungspflicht nach § 82a.“

b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Befreiung für einzelne Betriebsjahre ist unzulässig.“

18. Nach § 58 wird folgender neuer § 58a eingefügt:

„§ 58a

(1) Die Pflicht zur Ablieferung oder Überlassung entfällt für alle gewerblichen Brennereien ab dem Betriebsjahr 2005/06. Dies hat auf die Ermittlung der Selbstkostenpreise für die Betriebsjahre 2000/01 bis 2004/05 keine Auswirkungen.

(2) Gewerbliche Brennereien mit Brennrecht, die nach § 58 Satz 2 von der Ablieferungs- oder Überlassungspflicht befreit werden und damit vor dem in Absatz 1 Satz 1 genannten Termin aus dem Branntweinmonopol ausscheiden, erhalten pro Hektoliter regelmäßiges Brennrecht und verbleibendem Betriebsjahr nach Maßgabe von Absatz 3 einen Ausgleichsbetrag. Der Betrag wird von der Bundesmonopolverwaltung jeweils in den ersten vier Monaten des Betriebsjahres gezahlt

(3) Der Ausgleichsbetrag beträgt für

- 1. Korn-, Kartoffel- und Getreidebrennereien, ausgenommen Kornbrennereien mit einem regelmäßigen Brennrecht von mehr als 7 000 hl A, die in den Betriebsjahren 1997/98 und 1998/99 den erzeugten Branntwein überwiegend selbst vermarktet haben, bei einem Ausscheiden ab dem Betriebsjahr

2000/01	100 Deutsche Mark je hl A,
2001/02	90 Deutsche Mark je hl A,
2002/03	80 Deutsche Mark je hl A,
2003/04	70 Deutsche Mark je hl A,
2004/05	60 Deutsche Mark je hl A,

- 2. andere Brennereien sowie Kornbrennereien mit einem regelmäßigen Brennrecht von mehr als 7 000 hl A, die in den Betriebsjahren 1997/98 und 1998/99 den erzeugten Branntwein überwiegend selbst vermarktet haben, bei einem Ausscheiden ab dem Betriebsjahr

2000/01	40 Deutsche Mark je hl A,
2001/02	35 Deutsche Mark je hl A,
2002/03	30 Deutsche Mark je hl A,
2003/04	25 Deutsche Mark je hl A,
2004/05	20 Deutsche Mark je hl A,

Korn-, Kartoffel- und Getreidebrennereien im Sinne von Nummer 1 sind Brennereien mit Brennrechten für die Verarbeitung von Korn sowie von Kartoffeln und anderem Getreide als Korn oder von Kartoffeln und anderem Getreide als ausschließlich Korn. Wurden die Brennrechte der in Nummer 2 genannten Kornbrennereien zum Betriebsjahr 1999/2000 oder später nach § 42 Abs. 3 auf andere Brennereien übertragen, gelten für die anderen Brennereien weiterhin die in Nummer 2 genannten Ausgleichsbeträge.

(4) Landwirtschaftliche Brennereien, die nach § 58 Satz 2 von der Ablieferungs- oder Überlassungspflicht befreit werden, erhalten für fünf Betriebsjahre pro Hektoliter regelmäßiges Brennrecht und Betriebsjahr einen Ausgleichsbetrag von 100 Deutsche Mark je hl A. Absatz 2 Satz 2 gilt sinngemäß."

19. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Text erhält die Absatzbezeichnung „(1)“, und es werden folgende Sätze angefügt:
 „Bei der Berechnung des Branntweingrundpreises wird unterstellt, daß neben Kartoffeln auch Triticale zur Branntweinherstellung eingesetzt wird. Für das Betriebsjahr 2000/01 wird ein Branntweinanteil aus Triticale von 20 vom Hundert, ab dem Betriebsjahr 2001/02 ein solcher von 40 vom Hundert angenommen.“
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 „(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Erzielung niedrigerer Herstellungskosten den Triticaleanteil zu verändern oder anstelle von Triticale anderes Getreide zu bestimmen.“

20. § 66 wird wie folgt gefaßt:

§ 66

(1) Bei Brennereien mit einem Jahresbrennrecht von mehr als 600 hl A werden ab dem Betriebsjahr 2000/01 für Branntwein aus Kartoffeln und Getreide wegen geringerer Herstellungskosten Abzüge vom Branntweingrundpreis festgesetzt. Diese betragen für das Jahresbrennrecht

über 600 bis 1 500 hl A	13 vom Hundert,
über 1 500 bis 3 000 hl A	25 vom Hundert,
über 3 000 bis 7 000 hl A	36 vom Hundert,
über 7 000 hl A	46 vom Hundert.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

- 1. die Abzüge nach Absatz 1 in den Abzugsstufen so aufzuteilen, daß ein gleitender oder eng gestaffelter Übergang in die nächste Abzugsstufe ermöglicht wird und
- 2. das dafür erforderliche Verfahren zu bestimmen."

21. § 69 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Anstelle des Betriebszuschlags nach § 68 erhalten

1. Abfindungsbrennereien (§ 57), Stoffbesitzer (§ 36) und Verschußkleinbrennereien (§ 34) mit einer Jahreserzeugung von nicht mehr als 4 hl A einen Betriebszuschlag von 100 Hundertteilen,
2. die übrigen Verschußkleinbrennereien einen Betriebszuschlag von 30 Hundertteilen,
3. Obstgemeinschaftsbrennereien innerhalb der in § 37 Abs. 2 bezeichneten Erzeugungsgrenze einen Betriebszuschlag von 75 Hundertteilen

des Branntweingrundpreises.“

22. § 72 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Unterschreiten die durchschnittlichen Herstellungskosten für einen Hektoliter Alkohol aus Mais, Triticale, Korn oder anderen als frischen Kartoffeln die Kosten nach § 65, werden für die Brennereien entsprechende Abzüge vom Branntweingrundpreis festgesetzt, wobei dem Brennereibesitzer die Schlempe kostenfrei zur Verfügung steht. Dabei kann der Abzug für Branntwein aus Getreide nach der preisgünstigsten Getreideart festgesetzt werden; dies gilt nicht für die Herstellung von Kornbranntwein (§ 101). Der Rohstoffabzug wird nicht festgesetzt für Brennereien mit einem Brennrecht für die Verarbeitung von Kartoffeln und anderem Getreide als Korn oder anderem Getreide als ausschließlich Korn, die Branntwein aus Kartoffeln und daneben Branntwein aus Triticale oder anderem Getreide bis zu dem in § 65 genannten Vorhundertersatz ihres Jahresbrennrechts herstellen. Liefern Brennereien mit einem Brennrecht zur Verarbeitung von Korn anderen als Getreidebranntwein an die Bundesmonopolverwaltung ab, kann diese zur Vermeidung eines höheren Zuschusses zusätzliche Abzüge festsetzen. Vorbehaltlich des § 72a kann die Bundesmonopolverwaltung den Übernahmepreis für Branntwein aus anderen Stoffen als Kartoffeln und Getreide nach kaufmännischen Grundsätzen bestimmen.“

23. § 72a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die Übernahmepreise nach Absatz 1 und 2 dürfen nicht höher sein als der niedrigste Übernahmepreis einer von der Erzeugungsmenge her vergleichbaren Getreide verarbeitenden Brennerei nach den §§ 66 und 72 Abs. 1. Für Zwecke dieses Vergleichs wird jeweils ein gleiches Jahresbrennrecht unterstellt.“

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Übernahmepreise nach den Absätzen 1 bis 3 werden ab dem Betriebsjahr 2005/06 nicht mehr festgesetzt.“

24. § 72b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Die Bundesmonopolverwaltung kann die Übernahmepreise für Branntwein um bis zu 10 vom Hundert, ab dem Betriebsjahr 2005/2006 um bis zu 5 vom Hundert kürzen, soweit sie den durchschnittlichen Verkaufspreis der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein zu Trinkzwecken im vorausgegangenen Betriebsjahr überschreiten und die Kürzung nach Maßgabe der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel erforderlich ist. Sie kann dabei nach der Brennereigruppe, dem Jahresbrennrecht und dem Rohstoff im Vorhundertersatz differenzieren.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die nach den §§ 65 bis 72a festgestellten Übernahmepreise für Branntwein, der in Brennereien unter gemeinsamem Einsatz von Personal oder unter gemeinsamer Nutzung von Betriebsteilen oder -einrichtungen hergestellt wird, werden um 5 vom Hundert gekürzt.“

c) Absatz 4 wird aufgehoben.

25. § 76 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

bb) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. Branntwein, der nach § 58 Satz 2 oder § 58a Abs. 1 von der Ablieferungs- oder Überlassungspflicht ausgenommen ist.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Ablieferungsfreier Branntwein, ausgenommen solcher aus Wein, Steinobst, Beeren, Enzianwurzeln oder aus den in Absatz 1 Nr. 3 und 4 genannten Stoffen wird von der Bundesmonopolverwaltung übernommen, wenn er aus

1. einer Abfindungsbrennerei (§ 57) innerhalb ihrer monopolbegünstigten Erzeugungsgrenze,
2. einer Verschlusskleinbrennerei (§ 34) mit einer Jahreserzeugung bis 4 hl A oder
3. einer Obstgemeinschaftsbrennerei innerhalb der in § 37 Abs. 2 bezeichneten Erzeugungsgrenze stammt oder
4. von einem Stoffbesitzer (§ 36) innerhalb seiner monopolbegünstigten Erzeugungsgrenze hergestellt worden ist.

Satz 1 gilt nicht für Branntwein aus einer Obstgemeinschaftsbrennerei, der aus Rückständen hergestellt wurde, die bei der Weinerzeugung oder der Verarbeitung von Obst anfallen. Die Übernahme setzt voraus, daß der Brennereibesitzer den Branntwein vor der Herstellung dem zuständigen Hauptzollamt anmeldet. §§ 59 bis 61 gelten entsprechend.“

26. In § 81 werden nach dem Wort „nicht“ die Wörter „selbst in trinkfertigem Zustand“ und nach dem Wort „Branntweinübernahmepreis“ die Wörter „vorbehaltlich des § 58 Satz 2 und des § 58a Abs. 1“ eingefügt.

27. § 82a Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Hersteller“ die Wörter „vorbehaltlich des § 58 Satz 2 und des § 58a Abs. 1“ eingefügt.

b) Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Dem Überbrandabzug unterliegt dieser Branntwein nur, wenn er außerhalb des für Kornbrennereien geltenden Jahresbrennrechts (§ 40) hergestellt worden ist.“

28. § 86 wird aufgehoben.

29. § 88 wird wie folgt gefaßt:

„§ 88

Die Bundesmonopolverwaltung verwertet den übernommenen Alkohol nach kaufmännischen Grundsätzen.“

30. § 130 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Steuergebiet ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne das Gebiet von Büsingen und ohne die Insel Helgoland.“

31. In § 135 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 werden die Wörter „alkoholhaltigen Getränken verarbeitet werden dürfen, die einer anderen Verbrauchsteuer unterliegen“ durch die Wörter „nicht der Branntweinsteuer unterliegenden alkoholhaltigen Getränken verarbeitet werden dürfen“ ersetzt.

32. In § 149 Abs. 1 werden die Wörter „zum Regelsatz“ gestrichen.

33. § 150 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummer 4 wird aufgehoben.

b) In Nummer 10 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

c) Folgende neue Nummer 11 wird angefügt:

„11. die auf Grund des § 25a Abs. 3, § 32 Abs. 2, § 33 Abs. 4, § 33a Abs. 4 und § 66 Abs. 4 in der bis zum (Tag vor dem Inkrafttreten dieser Ermächtigungsnorm) geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnungen aufzuheben.“

Artikel 20

Änderung des Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetzes

Das Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz vom 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1339), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel IV Sachgebiet B Abschnitt II Nr. 13 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (I S. 885, 972), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 werden die Worte „verwendet wird“ durch die Worte „bis zum 31. Dezember 2001 verwendet worden ist“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt gefaßt:
„Die Verbilligung beträgt für 100 Liter Gasöl
 1. 41,15 Deutsche Mark, wenn es bis zum Ende des Kalenderjahres 1999,
 2. 20 Deutsche Mark, wenn es im Kalenderjahr 2000 und
 3. 12 Deutsche Mark, wenn es im Kalenderjahr 2001 verbraucht worden ist.“

Artikel 21

Änderung des Absatzfondsgesetzes

Nach § 13 des Absatzfondsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juni 1993 (BGBl. I S. 998), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 2018) geändert worden ist, wird folgender § 13a eingefügt:

Nach § 13 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 13 a

Kostenerstattung

Der Absatzförderungsfonds hat die im Zusammenhang mit der Erhebung der Beiträge nach § 10 Abs. 3 Nr. 9 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung an Dritte, die an dem Erhebungsverfahren beteiligt sind, gezahlten Beträge der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zu erstatten.“

Artikel 22

Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890), zuletzt geändert durch, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 119 folgende Angabe eingefügt:
„§ 119a: Verwaltungskosten in den Jahren 2000 bis 2003“

2. § 10 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„In den Richtlinien ist Näheres zu bestimmen zu den Maßstäben und Grundsätzen für eine wirtschaftliche Erbringung der Leistungen sowie zu den Verfahrens- und Prüfungsgrundsätzen für die notwendigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen.“

3. In § 32 Abs. 1 wird die Zahl „40 000“ durch die Zahl „30 000“ ersetzt.

4. § 33 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Zahl „80“ durch die Zahl „50“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Zahl „3,2“ durch die Zahl „3,33“ ersetzt.

5. § 36 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Das Nähere zur Durchführung der Leistungen nach den Absätzen 1 bis 3 wird im Benehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Richtlinien geregelt, die von der Vertreterversammlung des Gesamtverbandes der landwirtschaftlichen Alterskassen beschlossen werden. In den Richtlinien ist Näheres zu bestimmen zu den Maßstäben und Grundsätzen für eine wirtschaftliche Erbringung der Leistungen sowie zu den Verfahrens- und Prüfungsgrundsätzen für die notwendigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen.“

6. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Der Leistungsberechtigte beteiligt sich angemessen an den entstehenden Aufwendungen unter Berücksichtigung seines Einkommens (Selbstbeteiligung); die Selbstbeteiligung beträgt höchstens 50 vom Hundert der entstehenden Aufwendungen.“

b) In Absatz 4 wird der erste Halbsatz durch folgenden Halbsatz ersetzt: „Betriebs- und Haushaltshilfe wird nicht erbracht.“

c) Absatz 5 wird wie folgt gefaßt:

„(5) Das Nähere zur Durchführung der Leistungen nach den Absätzen 1 bis 3 wird im Benehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Richtlinien geregelt, die von der Vertreterversammlung des Gesamtverbandes der landwirtschaftlichen Alterskassen beschlossen werden. In den Richtlinien ist Näheres zu bestimmen zu den Maßstäben und Grundsätzen für eine wirtschaftliche Erbringung der Leistungen sowie zu den Verfahrens- und Prüfungsgrundsätzen für die notwendigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen.“

7. In § 68 Satz 1 wird die Zahl „20“ durch die Zahl „10“ ersetzt und nach den Wörtern „vom Hundert“ der Klammerzusatz „(Abschlag)“ eingefügt.

8. In § 80 Abs. 3 Satz 2 werden die Wörter „darauf hinzuwirken“ durch das Wort „sicherzustellen“ ersetzt.

9. Dem § 114 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Für die Jahre 2000 bis 2002 wird der Beitrag nach § 68 mit der Maßgabe ermittelt, daß für die Ermittlung des Beitrags für das Jahr 2000 der Abschlag 17,5 vom Hundert, für das Jahr 2001 15 vom Hundert und für das Jahr 2002 12,5 vom Hundert beträgt.“

10. Nach § 119 wird eingefügt:

„§ 119 a

Verwaltungskosten in den Jahren 2000 bis 2003

Abweichend von den Regelungen über die Veränderung der jährlichen Ausgaben für Verwaltung und Verfahren (§ 80 Abs. 2) dürfen diese Ausgaben in den Jahren 2000 bis 2003 einen Betrag nicht überschreiten, der sich aus dem Durchschnitt der entsprechenden Ausgaben in den Jahren 1994 und 1997 ergibt.“

Artikel 23

Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte

Das Zweite Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2557), zuletzt geändert durch (BGBl. I S.), wird wie folgt geändert:

1. § 18 Abs. 2 Satz 3 wird durch folgenden Text ersetzt:

„Hierbei können auch Dritte zur Wahrnehmung laufender Verwaltungsaufgaben herangezogen werden, soweit und solange ansonsten eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung nicht gewährleistet ist und auch durch eine Zusammenarbeit mit den Behörden nach §§ 91 ff. des Vierten Buches Sozialgesetzbuch nicht gewährleistet werden kann. § 88 Abs. 3 und § 90 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gelten entsprechend. Wird ein Dritter regelmäßig zur Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben herangezogen, bedarf dies der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. In diesen Fällen ist von den einzelnen Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung mit dem Dritten ein Vertrag abzuschließen, in dem Art, Inhalt und Umfang der vom Dritten zu erbringenden Leistungen sowie die ihm zu gewährende Vergütung für die einzelnen Leistungen geregelt sind; in dem Vertrag ist ferner eine regelmäßige Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzusehen. Ab dem 1. Juli 2000 dürfen Verträge nach Satz 6 nur noch auf der Grundlage eines von den Spitzenverbänden der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger gemeinsam und einheitlich aufgestellten Leistungs- und Kostenverzeichnisses abgeschlossen werden.“

2. Nach § 63 wird angefügt:

„§ 64

Bundesmittel im Jahr 2000

(1) „Abweichend von § 37 Abs. 2 werden die Leistungsaufwendungen für die dort genannten Personen im Jahr 2000 gedeckt

1. durch Beiträge nach §§ 44 und 45,
2. durch die in § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 genannten Versicherungspflichtigen und die in § 6 genannten Versicherungsberechtigten in Höhe eines Betrages von 250 Millionen Deutsche Mark,
3. im übrigen durch den Bund.

(2) Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen teilt den Betrag nach Satz 1 Nr. 2 bis zum 31. Juli 2000 auf die landwirtschaftlichen Krankenkassen in dem Verhältnis auf, das dem Anteil jeder Krankenkasse an dem Unterschiedsbetrag aller Krankenkassen zwischen den Leistungsaufwendungen für die in § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 genannten Personen und den Beiträgen nach §§ 44 und 45 im Jahr 1999 entspricht.

Artikel 24

Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes

Das Künstlersozialversicherungsgesetz vom 27. Juli 1981 (BGBl. I S. 705), zuletzt geändert durch (BGBl. I S.), wird wie folgt geändert:

1. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Der Vomhundertsatz der Künstlersozialabgabe ist unter Berücksichtigung des Grundsatzes des § 14 so festzusetzen, dass das Aufkommen (Umlagesoll) zusammen mit den Beitragsanteilen der Versicherten und dem Bundeszuschuß ausreicht, um den Bedarf der Künstlersozialkasse für ein Kalenderjahr zu decken.“

- b) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

- c) Absatz 5 wird wie folgt gefaßt:

„(5) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung den Vomhundertsatz für das folgende Kalenderjahr aufgrund von Schätzungen des Bedarfs nach Absatz 2. Die Bestimmung soll bis zum 30. September erfolgen.“

- d) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„Der Vomhundertsatz der Künstlersozialabgabe für das Jahr 2000 beträgt 4,0 vom Hundert.“

2. In § 34 Abs. 1 wird die Zahl „25“ durch die Zahl „20“ ersetzt.
3. In § 44 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Zweimonatsausgabe“ durch das Wort „Monatsausgabe“ ersetzt.

Artikel 25

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. Juni 1999 (BGBl. I S. 1328), wird wie folgt geändert:

1. In § 26a Abs. 6 wird folgender Satz angefügt:

„In der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 erfolgt die Erhöhung jeweils um den Vorhundertersatz, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung verändert haben.“

2. § 30 Abs. 16 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Der Berufsschadensausgleich nach Satz 1 wird jährlich mit dem in § 56 Abs. 1 Satz 1, soweit die Jahre 2000 und 2001 betroffen sind, mit dem in § 56 Abs. 3 bestimmten Vorhundertersatz angepaßt; dabei ist § 15 Satz 2 zweiter Halbsatz entsprechend anzuwenden.“

3. § 40b Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Der Pflegeausgleich nach Satz 1 und 2 wird jährlich mit dem in § 56 Abs. 1 Satz 1, soweit die Jahre 2000 und 2001 betroffen sind, mit dem in § 56 Abs. 3 bestimmten Vorhundertersatz angepaßt; dabei ist § 15 Satz 2 zweiter Halbsatz entsprechend anzuwenden.“

4. Nach § 56 Abs. 2 wird folgender Absatz 3 neu eingefügt:

„(3) Die Leistungen für Blinde (§ 14), der Pauschbetrag als Ersatz für Kleider- und Wäscheverschleiß (§ 15), die Grundrenten und die Schwerstbeschädigtenzulage (§ 31 Abs. 1 und 5, §§ 40 und 46), die Ausgleichs- und Elternrenten (§§ 32, 41, 47 und 51), der Ehegattenzuschlag (§ 33a), die Pflegezulage (§ 35), das Bestattungsgeld (§§ 36, 53) und das Versorgungskrankengeld werden abweichend von Absatz 1 Satz 1 und von § 16c in den Jahren 2000 und 2001 jeweils zum 1. Juli entsprechend dem Vorhundertersatz angepaßt, um den sich die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung verändern.“

Artikel 26

Änderung des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation

In § 15 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (BGBl. I S. 1881), das zuletzt durch (BGBl. I S.) geändert worden ist, wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) In der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 wird das Krankengeld, das Versorgungskrankengeld, das Verletztengeld und das Übergangsgeld jeweils nach Ablauf eines Jahres seit dem Ende des Bemessungszeitraums um den Vorhundertersatz erhöht, um den sich die Renten zuletzt vor dem Anpassungszeitpunkt verändert haben.“

Artikel 27

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), zuletzt geändert durch (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe „§ 191 Besondere Anspruchsvoraussetzungen“ wird durch die Angabe „§ 191 (gestrichen)“ ersetzt.
- b) Die Angabe zum Dritten Titel des Siebten Unterabschnitts des Achten Abschnitts im Vierten Kapitel „Dritter Titel. Erlöschen des Anspruchs und Anspruchsdauer“ wird durch die Angabe

„Dritter Titel

Erlöschen des Anspruchs“

ersetzt.

- c) Die Angabe „§ 197 Anspruchsdauer“ wird durch die Angabe „§ 197 (gestrichen)“ ersetzt.
- d) Nach der Angabe „§ 434 Rentenreformgesetz 1999“ wird die Angabe „§ 434a Haushaltssanierungsgesetz“ angefügt.

2. § 80 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

3. § 153 Satz 2 wird aufgehoben.

4. § 154 Satz 2 wird aufgehoben.

5. § 158 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.

b) Absatz 4a Satz 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und der bisherige Absatz 4a wird Absatz 4.

6. § 162 Satz 3 wird aufgehoben.

7. § 163 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

8. § 190 Abs. 1 Nr. 4 wird wie folgt gefaßt:

„4. in der Vorfrist Arbeitslosengeld bezogen haben, ohne daß der Anspruch wegen des Eintritts von Sperrzeiten mit einer Dauer von insgesamt 24 Wochen erloschen ist und“

9. § 191 wird aufgehoben.

10. § 192 Satz 4 wird aufgehoben.

11. Die Überschrift vor § 196 wird wie folgt gefaßt:

„Dritter Titel

Erlöschen des Anspruchs“

12. § 196 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

13. § 197 wird aufgehoben.

14. § 198 Satz 5 wird aufgehoben.

15. § 200 Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben.

16. § 201 Satz 5 wird aufgehoben.

17. § 415 Abs. 3 Satz 8 wird wie folgt gefaßt:

„Der Zuschuß beträgt höchstens 70 Prozent des Betrages nach § 275 Abs. 1 Satz 1 und wird höchstens bis zur Höhe des monatlich ausgezahlten Arbeitsentgelts gezahlt.“

18. Dem § 421 Abs. 1 Nr. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Vorschriften über die Anpassung des Bemessungsentgelts sind nicht anzuwenden.“

19. Nach § 434 wird folgender § 434a angefügt:

„§ 434a

Haushaltssanierungsgesetz

(1) § 138 ist in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 mit der Maßgabe anzuwenden, daß für die Anpassung des Bemessungsentgeltes das Verhältnis maßgeblich ist, in dem der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet des jeweils vergangenen Kalenderjahres von dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet im jeweils vorvergangenen Kalenderjahr abweicht. Für die Errechnung des Anpassungsfaktors gilt § 255c Abs. 2 des Sechsten Buches entsprechend. In der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 wird das Übergangsgeld jeweils nach Ablauf eines Jahres seit dem Ende des Bemessungszeitraums um den Vomhundertsatz erhöht, um den sich die Renten zuletzt vor dem Anpassungszeitpunkt verändert haben.

(2) Haben die Voraussetzungen eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe nach § 191 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2, 3 oder 4 für einen Zeitraum vom ... (erster Tag des dritten Monats vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) bis zum ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) vorgelegen, sind bis zum ... (letzter Tag des dritten Monats nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) § 190 Abs. 1 Nr. 4, §§ 191, 192 Satz 4, § 196 Abs. 2, §§ 197, 198 Satz 5, § 200 Abs. 1 Satz 2, § 201 Satz 5 in der bis zum ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) geltenden Fassung weiter anzuwenden. In den Fällen des Satzes 1 sind für Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die in der Zeit vom ... (Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) bis zum ... (letzter Tag des dritten Monats nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) eine geförderte Maßnahme der beruflichen Weiterbildung oder zur beruflichen Eingliederung Behinderter begonnen haben, bis zum Ende der Maßnahme die §§ 80, 153, 154, 158, 162 und 163 in der bis zum ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(3) Für Arbeitslose, die vor dem ... (Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) eine Beschäftigung im Ausland aufgenommen haben, sind § 190 Abs. 1 Nr. 4, § 191 Abs. 4, § 192 Satz 4, § 196 Abs. 2, §§ 197, 198 Satz 5, § 200 Abs. 1 Satz 2, § 201 Satz 5 in der bis zum ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.“

Artikel 28

Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Dem § 47 Abs. 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477), das zuletzt durch ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von Satz 1 erhöht sich das Krankengeld in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 jeweils nach Ablauf eines Jahres seit dem Ende des Bemessungszeitraums um den Vomhundertsatz, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung verändern.“

Artikel 29

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989, BGBl. I S. 2261, 1990, I S. 1337), zuletzt geändert durch, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 235a wird eingefügt: „§ 235b Anpassung des Übergangsgeldes in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002.“
- b) Nach der Angabe zu § 255b wird eingefügt: „§ 255c Aktueller Rentenwert in den Jahren 2000 und 2001“.
- c) Die Angabe zu § 287 wird wie folgt gefaßt: „§ 287 Beitragssatz für die Jahre 2000 bis 2003“.
- d) Die Angabe zu § 287a wird wie folgt gefaßt: „§ 287a Verordnungsermächtigung“.

2 § 166 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 1 wird die Zahl „80“ durch die Zahl „60“ ersetzt.
- b) Nr. 2a wird wie folgt gefaßt:
„2a. bei Personen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, die gezahlte Arbeitslosenhilfe,“

3 § 213 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 3 werden nach der Textstelle „Absatz 3“ die Wörter „und des Erhöhungsbetrages nach Absatz 4“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 wird nach Satz 3 eingefügt: „Der sich nach Satz 3 ergebende Betrag des zusätzlichen Bundeszuschusses wird für das Jahr 2000 um 1,1 Milliarden DM, für das Jahr 2001 um 1,1 Milliarden DM, für das Jahr 2002 um 1,3 Milliarden DM und für das Jahr 2003 um 200 Millionen DM gekürzt.“
- c) Folgender Absatz wird angefügt:

„(4) Der zusätzliche Bundeszuschuß nach Absatz 3 wird um die Einnahmen des Bundes aus dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform abzüglich eines Betrages von 2,5 Milliarden DM im Jahr 2000 sowie eines Betrages von 1,9 Milliarden DM ab dem Jahr 2001 erhöht (Erhöhungsbetrag). Als Abschlagszahlung werden für das Jahr 2000 2,6 Milliarden DM, für das Jahr 2001 8,6 Milliarden DM, für das Jahr 2002 7,10696 Milliarden Euro und für das Jahr 2003 9,86793 Milliarden Euro festgesetzt. Die Erhöhungsbeträge verändern sich ab dem Jahr 2004 mit der Veränderungsrate der Einnahmen des Bundes aus dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform. Die Erhöhungsbeträge werden bis zum 30. Juni des übernächsten auf das Jahr der Abschlagszahlung folgenden Jahres abgerechnet. Für die Zahlung, Aufteilung und Abrechnung des Erhöhungsbetrages sind die Vorschriften über den Bundeszuschuß anzuwenden. Das Nähere wird durch Rechtsverordnung des Bundesministers der Finanzen mit Zustimmung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung geregelt.“

4 Nach § 235a wird eingefügt:

„§ 235b

Anpassung des Übergangsgeldes in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002

In der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 wird das Übergangsgeld jeweils nach Ablauf eines Jahres seit dem Ende des Bemessungszeitraums um den Vorhundertersatz erhöht, um den sich die Renten zuletzt vor dem Anpassungszertpunkt verändert haben.“

5. Nach § 255b wird eingefügt:

„§ 255c

Aktueller Rentenwert in den Jahren 2000 und 2001

(1) Abweichend von § 68 und § 255a Abs. 2 ändern sich der aktuelle Rentenwert und der aktuelle Rentenwert (Ost) zum 1. Juli der Jahre 2000 und 2001 jeweils in dem Verhältnis, in dem der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet des jeweils vergangenen Kalenderjahres von dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet im jeweils vorvergangenen Kalenderjahr abweicht.

(2) Bei der Bestimmung der Veränderungsrate des Preisindexes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet für das Jahr 1999 sind die dem Statistischen Bundesamt zu Beginn des Jahres 2000 und für das Jahr 2000 die zu Beginn des Jahres 2001 vorliegenden Daten zugrunde zu legen.“

6. § 287 wird wie folgt gefaßt:

„§ 287

Beitragssatz für die Jahre 2000 bis 2003

(1) Der Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten für die Jahre 2000, 2001, 2002 und 2003 ist so festzusetzen, daß die voraussichtlichen Beitragseinnahmen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer und der Zahl der Pflichtversicherten zusammen mit den Zuschüssen des Bundes und den sonstigen Einnahmen unter Berücksichtigung von Entnahmen aus der Schwankungsreserve ausreichen, um die voraussichtlichen Ausgaben des auf die Festsetzung folgenden Kalenderjahres zu decken und sicherzustellen, daß die Mittel der Schwankungsreserve am Ende dieses Kalenderjahres dem Betrag der durchschnittlichen Ausgaben für einen Kalendermonat zu eigenen Lasten der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten entsprechen; der Beitragssatz ist auf eine Dezimalstelle aufzurunden. Ausgaben zu eigenen Lasten sind alle Ausgaben nach Abzug des Bundeszuschusses nach § 213 Absatz 2, der Erstattungen und der empfangenen Ausgleichszahlungen.

(2) Die Beitragssätze des Jahres 2003 gelten so lange, bis sie nach der Regelung über die Festsetzung der Beitragssätze nach dem Vierten Kapitel neu festzusetzen sind.“

7. § 287a wird wie folgt gefaßt:

„§ 287 a

Verordnungsermächtigung

Für die Zeit vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2003 hat die Bundesregierung die Beitragssätze in der Rentenversicherung jeweils für die Zeit vom ersten Januar des Kalenderjahres an durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates festzusetzen.“

Artikel 30

Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

Das Siebte Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Unfallversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch...(BGBl. I S....), wird wie folgt geändert:

1. In § 95 Abs. 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Abweichend von Satz 1 ist bei den Anpassungen zum 1. Juli der Jahre 2000 und 2001 der Vornhundertsatz maßgebend, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung verändern.“

2. In § 215 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von Satz 1 ist bei den Anpassungen zum 1. Juli der Jahre 2000 und 2001 der Vornhundertsatz maßgebend, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung verändern.“

Artikel 31

Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch

In § 57 Abs. 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014), das zuletzt durch (BGBl. I S.) geändert worden ist, werden nach den Wörtern „des Vierten Buches“ die Wörter „mit der Maßgabe, daß bei Personen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, als beitragspflichtige Einnahme die gezahlte Arbeitslosenhilfe gilt“ angefügt.

Artikel 32

Neufassung des Wohngeldgesetzes, des Finanz- und Personalstatistikgesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol

(1) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kann den Wortlaut des Wohngeldgesetzes in der ab 1. Januar 2001 und in der ab 1. Januar 2002 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann den Wortlaut des durch Artikel 18 dieses Gesetzes in der vom Inkrafttreten der Rechtsvorschriften an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann den Wortlaut des Gesetzes über das Branntweinmonopol in der geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen und dabei die Bezeichnungen „Weingeist“ durch „Alkohol“, „Weingeistmenge“ durch „Alkoholmenge“, „Weingeistgehalt“ und „Weingeiststärke“ durch „Alkoholgehalt“, „Weingeistspindel“ durch „Alkoholometer“, „weingeisthaltig“ durch „alkoholhaltig“, „Reichsminister“ durch „Bundesminister“, „Reichsmonopolverwaltung“ durch „Bundesmonopolverwaltung“, „Reichsmonopolamt“ durch „Bundesmonopolamt“, „Reichs“ durch „Bundes“, „Reichsbehörden“ durch „Bundesbehörden“, „Reichs-“ durch „Bundes-“ sowie „Reichskasse“ durch „Bundeskasse“ in der jeweils grammatisch richtigen Fallform ersetzen.

Artikel 33

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 8 am 1. Januar 2000 in Kraft.

(2) Artikel 7 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1999 in Kraft.

(3) Artikel 29 Nr. 1 Buchstabe c und d, Nr. 6 und 7 treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1999 in Kraft.

(4) Artikel 23 Nr. 1 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Vereinbarungen auf der Grundlage von § 18 Abs. 2 Satz 3 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte in der am ... (einsetzen: Tag der Verkündung) geltenden Fassung behalten ihre Gültigkeit bis längstens zum 30. Juni 2000.

(5) Artikel 17 Nr. 2 und 3 treten am 1. Juli 2000 in Kraft.

(6) Artikel 19 Nr. 4 bis 6, Nrn. 11 bis 13, Nr. 15 Buchstabe a und Nr. 21 bis 24 treten am 1. Oktober 2000 in Kraft.

(7) Artikel 2, Artikel 14 und Artikel 32 treten am 1. Januar 2001 in Kraft.

(8) Artikel 12 und Artikel 15 treten am 1. Januar 2002 in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

1) Finanzpolitische Ausgangslage

Der sprunghafte Anstieg der Staatsverschuldung hat die Handlungsfähigkeit des Bundes in einer nicht mehr vertretbaren Weise beschnitten. Ohne gegensteuernde Maßnahmen würde die Finanzierungslücke im Bundeshaushalt – wie seit 1996 – bei 80 Mrd. DM verharren. Eine Neuverschuldung in dieser Größenordnung ist weder mit dem Grundgesetz noch mit den Anforderungen des Europäischen Stabilitätspaktes vereinbar.

Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für neue Arbeitsplätze, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Stabilität. Deshalb wird die Bundesregierung für eine grundlegende Sanierung des Bundeshaushalts sorgen. Durch eine strukturelle Konsolidierung der Bundesfinanzen wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die im „Zukunftsprogramm 2000“ vorgesehenen Zukunftsinvestitionen und Steuersenkungen solide finanziert werden können.

Die Bundesregierung wird die Neuverschuldung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt zurückführen. Ziel der Bundesregierung ist ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden schon in der kommenden Legislaturperiode. Mit diesem Konsolidierungskurs leistet der Bund seinen Beitrag dafür, daß Deutschland die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes erfüllt.

Die Bundesregierung verfolgt einen konsequenten Sparkurs. Dabei werden die Sparanstrengungen soweit wie möglich mit strukturellen Reformen verbunden, die zu ökonomischen und sozialen Fortschritten führen. Um die Staatsfinanzen dauerhaft in Ordnung zu bringen, setzt die Bundesregierung auch auf eine nachhaltige Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Damit steht die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer stabilitätsorientierten Konjunkturpolitik.

2) Zukunftsprogramm 2000* und Haushaltssanierungsgesetz

Die Sanierung des Bundeshaushalts ist integraler Bestandteil des „Zukunftsprogramms 2000“, das die Bundesregierung am 23. Juni 1999 beschlossen hat. Mit diesem Programm erfolgen Weichenstellungen, die notwendig sind, damit Deutschland die Herausforderungen der Zukunft erfüllen kann. Dazu gehören neben der Sanierung des Bundeshaushalts eine Stärkung der Zukunftsinvestitionen zur Sicherung von Arbeit, Wohlstand und sozialer Stabilität, eine Unternehmenssteuerreform für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze, die Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen einer ökologischen Steuerreform, eine Neuregelung des Familienleistungsausgleichs sowie unverzichtbare Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentensystems.

Die haushaltsentlastenden Ziele des „Zukunftsprogramms 2000“ werden durch ein umfassendes Bündel von gesetzlichen und nicht-gesetzlichen Maßnahmen erreicht. Das Haushaltsentlastungsvolumen insgesamt beläuft sich für das Jahr 2000 auf rd. 30 Mrd. DM und steigt bis 2003 auf rd. 50 Mrd. DM. Mit dem vorliegenden Entwurf für ein „Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts“ – Haushaltssanierungsgesetz (HSanG) – erfolgt die Regelung der gesetzlichen Entlastungsmaßnahmen.

Die im Haushaltssanierungsgesetz vorgesehenen Änderungen betreffen im wesentlichen Regelungen, bei denen der Bund bereits von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht hat. Im übrigen ergibt sich die Notwendigkeit der bundesgesetzlichen Regelung zwangsläufig aus dem Ziel der Sanierung des Bundeshaushalts, da die entsprechenden Regelungen aufgrund der notwendigen Einheitlichkeit im gesamten Bundesgebiet nur durch den Bundesgesetzgeber getroffen werden können.

3) Schwerpunkte des Haushaltssanierungsgesetzes

Von den im Gesetz enthaltenen Maßnahmen haben besonderes Gewicht (in der Reihenfolge der Artikel):

- Kostenerstattung für die Tätigkeit der „BGS Bahnpolizei“ (Art. 1)
- Neuordnung der Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden an den Aufwendungen und den Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz (Art. 4)
- Änderung des Eigenheimzulagengesetzes (Art. 8)
 - Reduzierung der Einkunftsgrenzen bei der Eigenheimzulage von derzeit 240 TDM/ 480 TDM (Alleinstehende/Verheiratete) für einen Zwei-Jahres-Zeitraum auf 160 TDM/ 320 TDM
 - Erhöhung der neuen Einkunftsgrenzen für Familien mit Kindern und Alleinerziehende um 20 TDM für jedes haushaltszugehörige Kind des Anspruchsberechtigten, für das er oder sein Ehegatte Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag erhält
- Änderung des Wohngeldgesetzes (Art. 13 bis 15, 32)
 - Familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Wohngeldes)
 - Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuß für Sozialhilfe- und Kriegspferfürsorgeempfänger (dem bisherigen Pauschalwohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld
 - Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und neuen Bundesländern, dabei insbesondere Schaffung der Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Mietstufenzuordnung

- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensermittlung beim allgemeinen Wohnungsbaurecht
 - Beschränkung der hälftigen Kostentragung des Wohngeldes durch den Bund auf das allgemeine Wohngeld
 - Fortfall der durch die Entwicklung überholten, starren Regelung im Wohngeldrecht, nach der der Bund einen Festbetrag zugunsten von zehn alten Ländern vorab übernimmt
 - Allgemeine Leistungsanpassungen unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung
 - Änderung des Zivildienstgesetzes (Art. 17)
 - Verkürzung der Dauer des Zivildienstes von 13 auf 11 Monate
 - Sachgerechtere Beteiligung der Beschäftigungsstellen für Zivildienstleistende an den Kosten des Zivildienstes
 - Reduzierung der Aufwendungen des Bundes für die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (Art. 19)
 - Schrittweiser Abbau der Verbilligung von Gasöl für landwirtschaftliche Betriebe (Art. 20)
 - Reduzierung der Aufwendungen des Bundes für die Alterssicherung der Landwirte (Art. 22)
 - Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und Dritten, sofern diese zur Wahrnehmung laufender Verwaltungsaufgaben herangezogen werden sowie Reduzierung des Bundeszuschusses an die landwirtschaftliche Krankenversicherung im Jahr 2000 (Art. 23)
 - Anpassung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse aufgrund des Rückganges des Selbstvermarktungsanteils der Künstler und Publizisten (Art. 24)
 - Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (Art. 27)
 - Beschränkung der Arbeitslosenhilfe auf Personen, die zuvor Arbeitslosengeld bezogen haben
 - Anpassung von Arbeitslosengeld und anderen Entgeltersatzleistungen (Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld) in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 entsprechend der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung
 - Reduzierung des Förderungshöchstbetrages bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen auf 70 v.H. des Höchstbetrages
 - Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Art. 29)
 - Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001 entsprechend der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung in den jeweiligen Vorjahren
 - Senkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung
 - Aussetzung der verstetigten Beitragssatzfestsetzungen bis 2003
 - Reduzierung der Bemessungsgrundlage für den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung für Bezieher von Arbeitslosenhilfe von 80 v.H. des dem Zahlbetrag für Arbeitslosenhilfe zugrundeliegenden Arbeitsentgelts auf den tatsächlichen Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe
 - Anpassung weiterer Sozialleistungen entsprechend der für die Rentenversicherung in den Jahren 2000 und 2001 vorgesehenen Anpassungsregelung
 - Reduzierung der Bemessungsgrundlage für den Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung für Bezieher von Arbeitslosenhilfe von 80 v.H. des dem Zahlbetrag für Arbeitslosenhilfe zugrundeliegenden Arbeitsentgelts auf den tatsächlichen Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe (Art. 31)
- Darüber hinaus ist eine technische Anpassung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vorgesehen (Art. 18).

4) Preis- und Kostenwirkung

Der Gesetzentwurf dient als zentraler Bestandteil des „Zukunftsprogramms 2000“ dem Ziel, den Bundeshaushalt dauerhaft zu sanieren. Er ist damit Voraussetzung für gesamtwirtschaftliches Wachstum und Preisniveaustabilität.

Soweit der Gesetzentwurf zu einer Entlastung der Ausgabenseite des Bundeshaushalts führt, wirkt er direkt und indirekt auf eine Vielzahl von Einzelpreisen dämpfend ein. Eine Quantifizierung ist nicht möglich und hängt entscheidend von dem Verhalten der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten sowie von den binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmendaten ab.

Aufgrund der im Haushaltssanierungsgesetz enthaltenen Wohngeldnovelle sind bei Wohngeldempfängern, die in Sozialwohnungen wohnen, Auswirkungen auf die Miethöhe schon aufgrund der bestehenden Mietpreisbindungen ausgeschlossen. Bei den Wohngeldempfängern im freifinanzierten Wohnungsbestand konnten nach Inkrafttreten der bisherigen Wohngeldanpassungen keine über die Mietenentwicklung hinausgehenden Mietsteigerungen beobachtet werden. Auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts von

besonderem Mietzuschuß und allgemeinem Wohngeld hat keine Auswirkung auf das allgemeine Preisniveau, da sich die Höhe der an die Hilfsbedürftigen insgesamt zu erbringenden Leistungen hierdurch nicht ändert.

Auswirkungen auf Einzelpreise, einzelne Unternehmen und Konsumenten sind möglich. Negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind insgesamt jedoch nicht zu erwarten. Mit diesem Gesetz werden im Gegenteil die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig verbessert.

5) Verwaltungs- und Vollzugsaufwand

Insgesamt ist nicht mit einem erhöhten Verwaltungs- und Vollzugsaufwand zu rechnen.

Aufgrund der Wohngeldnovelle wird es insbesondere bei dem allgemeinen Wohngeld (bisheriges Tabellenwohngeld) durch die vorgesehenen Rechtsänderungen, vor allem durch die Neuregelung der Einkommensermittlung und die Verringerung der Baualtersklassen, deutliche Vereinfachungen beim Verwaltungsvollzug geben.

Bei dem Mietzuschuß für Sozialhilfeempfänger (bisheriges Pauschalwohngeld) bleibt der Verwaltungsvollzug dadurch vereinfacht, daß es weiterhin keine aufwendige wohngeldrechtliche Einkommensermittlung gibt. Zudem wird das Erstattungsverfahren in Fällen der Gewährung vorrangiger anderer sozialer Leistungen dadurch entlastet, daß es durch die neu vorgesehene Möglichkeit, die Bewilligung des Mietzuschusses um bis zu 6 Monate auszusetzen, zu erheblich weniger Erstattungsfällen kommen wird. Zu vertretbar höherem Verwaltungsaufwand wird es dadurch kommen, daß die Sozialhilfestellen zukünftig den Mietzuschuß unter Berücksichtigung der Miethöchstbeträge und der Wohngeldtabellen zu leisten haben.

6) Auswirkungen auf die Umwelt oder von frauenpolitischer Bedeutung

Negative Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

7) Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst

Zur strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehört nach dem Zukunftsprogramm 2000 auch eine Regelung zur Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst. Das Haushaltssanierungsgesetz soll nach Durchführung des vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens mit den Gewerkschaften um diese Regelung ergänzt werden.

Dadurch wird sichergestellt, daß sich die Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger – wie auch in den vergangenen Jahren – an der solidarischen Kraftanstrengung der gesamten Gesellschaft beteiligen und mit dazu beitragen, den Staat wieder auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen.

Der Beitrag der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger zur Zukunftssicherung besteht darin, daß die Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2000 und 2001 – entsprechend der Regelung bei Rentnern – höchstens jeweils in Höhe der Preisniveauveränderungsrate des Vorjahres angepaßt werden. Die Besoldungs- und Versorgungsanpassung im Jahr 2000 beträgt dann voraussichtlich höchstens 0,7 % und im Jahr 2001 voraussichtlich höchstens 1,6 % jeweils mit Wirkung zum 01. Juli. Die genauen Anpassungssätze werden auf der Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes durch Bundesgesetz festgesetzt.

Es wird davon ausgegangen, daß sich bei den Personalkosten von Bund, Ländern und Gemeinden folgende jährliche Einsparungen ergeben:

Einsparungen für den Bundshaushalt

Jahr	Entlastungen in Mio. DM
2000	327
2001	576
2002	650
2003	650

Einsparungen für die Länder und Gemeinden

Jahr	Entlastungen in Mio. DM	
	Länder	Gemeinden
2000	1.257	169
2001	2.213	297
2002	2.500	350
2003	2.550	350

Einsparungen insgesamt

Jahr	Entlastungen in Mio. DM
2000	1.753
2001	3.086
2002	3.500
2003	3.550

Die Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst kommt angesichts ihres höheren Personalkostenanteils insbesondere den Ländern zugute. Die Maßnahme wirkt infolge des Basiseffekts auch in den Folgejahren fort. Dadurch werden die öffentlichen Haushalte auf Dauer entlastet und die strukturelle Konsolidierung wirkungsvoll unterstützt.

8) Auswirkungen auf Länder und Gemeinden

Die Länder und Gemeinden werden durch das Sparpaket insgesamt entlastet. Die entlastenden Maßnahmen, u.a. Begrenzung der Rentenanpassungssätze und Begrenzung des Besoldungsanstiegs, überkompensieren die belastenden Maßnahmen deutlich in einer Größenordnung von rd. 1 Mrd. DM jährlich in 2001 und 2002 sowie rd. ½ Mrd. DM in 2003. Die Belastung in 2000 in Höhe von rd. ¼ Mrd. DM ist für die Länder einschließlich Gemeinden tragbar.

Das vorliegende Haushaltssanierungsgesetz ist Bestandteil des Sparpakets. Es umfaßt insbesondere die gesetzlich zu regelnden Maßnahmen des Sparpakets. Durch das Haushaltssanierungsgesetz können den Ländern einschließlich Gemeinden zwar isoliert betrachtet Mehrausgaben im Jahr 2000 in Höhe von rd. 3 Mrd. DM, ansteigend auf rd. 4 Mrd. DM im Jahr 2003, entstehen. Gleichzeitig entstehen Ländern einschließlich Kommunen Mehreinnahmen in Höhe von rd. 140 Mio. DM im Jahr 2000, ansteigend auf rd. 570 Mio. DM im Jahr 2003. Hinzu kommen darüber hinaus weitere Entlastungen aus dem Sparpaket, u.a. durch die Begrenzung des Besoldungsanstiegs in Höhe von rd. 1,4 Mrd. DM in 2000 ansteigend auf rd. 2,9 Mrd. DM in 2003 und wegfallende Kofinanzierungsmittel bei den Gemeinschaftsaufgaben in Höhe von jahresdurchschnittlich rd. 140 Mio. DM in den Jahren 2000 bis 2003, die gesetzlich nicht geregelt werden müssen.

Die Belastungen auf der Ausgabenseite der Länder einschließlich der Kommunen durch das Haushaltssanierungsgesetz entstehen u.a. durch die Neuregelung der Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes sowie durch einen geringeren Finanzierungsanteil des Bundes beim Unterhaltsvorschußgesetz. Minderausgaben ergeben sich dagegen z.B. durch verringerte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Arbeitnehmer bei Ländern und Kommunen. Die Mehreinnahmen resultieren aus der Senkung der Eigenheimzulage sowie bei dem zu den Ausgaben des Unterhaltsvorschußgesetzes korrespondierenden Einnahmetitel des Unterhaltsvorschußgesetzes.

Das Sparpaket insgesamt führt bei den Kommunen zu Entlastungen zwischen 200 und 800 Mio. DM jährlich in 2000 bis 2003.

9) Finanzielle Auswirkungen

- a) Die einzelnen Artikel führen zu folgenden Entlastungen (Ausgabenminderungen/Steuermehrereinnahmen) bzw. Belastungen (Ausgabenaufwuchs/Steuermindereinnahmen):

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsentlastung bzw. -belastung (-)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Zu Artikel 1: - Kostenerstattung der Verkehrsunternehmen für Tätigkeiten der „BGS Bahnpolizei“	Bund	250	250	250	250
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	250	250	250	250

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsentlastung bzw. -belastung (-)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Zu Artikel 2 und 3: - Auf mittlere Sicht werden durch die Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz und Verlagerung der Verwaltungsaufgaben auf das Bundesverwaltungsamt erhebliche Haushaltsmittel eingespart. Konkrete Angaben zum Umfang der Haushaltseinsparungen können erst im Zuge der strukturellen Umsetzung der Maßnahmen gemacht werden.	Bund
	Länder
	Gemeinden
	insgesamt
Zu Artikel 4: - Reduzierung des Bundesanteils an Ausgaben und Einnahmen beim Unterhaltsvorschuß	Bund	218	218	218	218
	Länder	-218	-218	-218	-218
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	0	0	0	0
Zu Artikel 5: - Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe in 2000 und 2001 wie Erhöhung der Renten	Bund	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	260	680	420	.
	insgesamt	260	680	420	.
Zu Artikel 6: - Bereitstellung von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz durch die Deutsche Ausgleichsbank	Bund	550	500	450	400
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	550	500	450	400
Zu Artikel 7: - Abführung der Einnahmen der Deutschen Post AG aus der Fehlbelegungsabgabe der Postwohnungsfürsorge ab dem 1. Januar 1999 an den Bund	Bund	46	23	23	23
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	46	23	23	23
Zu Artikel 8: - Absenkung der Höchstgrenzen für das Jahreseinkommen bei der Eigenheimzulage (2 Jahresdurchschnitt) auf 80.000/160.000 DM plus 10.000 DM je Kind zum 1. Januar 2000	Bund	73	213	319	425
	Länder	65	189	282	376
	Gemeinden	23	67	100	133
	insgesamt	161	469	701	934

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsentlastung bzw. -belastung (·)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Zu Artikel 9: - Kürzungen für die Kosten der Rückführung, Erstaufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern	Bund	68	76	80	103
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	68	76	80	103
Zu Artikel 10: - Erhebung annähernd kostendeckender Gebühren für Amtshandlungen beim Auswärtigen Amt	Bund
	Länder
	Gemeinden
	insgesamt
Zu Artikel 11 und 12: - Erhöhung der Gebühr für die Erteilung eines Führungszeugnisses nach § 30 des Bundeszentralregistergesetzes und der Gebühr für die Erteilung einer Auskunft über Eintragungen in das Gewerbezentralregister nach § 150 der Gewerbeordnung	Bund	8	8	16	16
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	5	5	10	10
	insgesamt	13	13	26	26
Zu Artikel 13 und 14: - Beschränkung der hälftigen Kostentragung des Bundes auf das allgemeine Wohngeld. Wegfall der Übernahme von 282 Mio. DM Länderanteil.	Bund	2.537	2.651	2.751	2.823
	Länder	-2.537	-2.651	-2.751	-2.823
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	0	0	0	0
- Leistungsverbesserungen im Rahmen der Wohngeldnovelle	Bund	0	-475	-675	-650
	Länder	0	-475	-675	-650
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	0	-950	-1.350	-1.300
Zu Artikel 16: - Erhöhung der Patentgebühren	Bund	48	48	48	48
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	48	48	48	48
Zu Artikel 17: - Erhöhung der Kostenbeteiligung der Beschäftigungsstellen für Zivildienstleistende	Bund	101	101	101	101
	Länder	-18	-18	-18	-18
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	83	83	83	83

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsentlastung bzw. -belastung (·)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Noch zu Artikel 17: - Verkürzung der Dauer des Zivildienstes von 13 auf 11 Monate	Bund	0	204	333	333
	Länder
	Gemeinden
	insgesamt	0	204	333	333
Zu Artikel 19: - Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol (u.a. Ausgliederung der gewerblichen Brennereien)	Bund	0	70	70	70
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	0	70	70	70
Zu Artikel 20: - Schrittweiser Abbau der Verbilligung von Gasöl für Betriebe der Landwirtschaft	Bund	0	417	585	835
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	0	417	585	835
Zu Artikel 21: - Erstattungspflicht des Absatzfonds gegenüber der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft	Bund	1	1	1	1
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	1	1	1	1
Zu Artikel 22 und 23: - Anhebung des Einheitsbeitrages und Verringerung von Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte (Art. 22) - Konkretisierung der Zusammenarbeit zwischen Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und Dritten sowie Reduzierung des Bundeszuschusses an die landwirtschaftliche Krankenversicherung im Jahr 2000 (Art. 23)	Bund	642	425	430	460
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	642	425	430	460
Zu Artikel 24: - Absenkung des Bundeszuschusses von 25 v.H. auf 20 v.H. der Ausgaben der Künstlersozialkasse	Bund	38	38	38	38
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	38	38	38	38
Zu Artikel 25: - Erhöhung der dynamischen Leistungen im Bundesversorgungsgesetz in 2000 und 2001 entsprechend der Rentenanpassung	Bund	130	340	340	340
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	130	340	340	340

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltentlastung bzw. -belastung (-)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Zu Artikel 27: - Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe	Bund	1.000	1.300	1.300	1.300
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-450	-585	-585	-585
	insgesamt	550	715	715	715
- Einsparungen bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (Bundesanteil und Anteil der Bundesanstalt für Arbeit)	Bund	800	1.100	1.100	1.100
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	800	1.100	1.100	1.100
- Anpassung der Entgeltersatzleistungen für 2000 und 2001 entsprechend der Rentenanpassung	Bund	300	700	700	700
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	300	700	700	700
Zu Artikel 29: - Umstellung der Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitslosenhilfebezieher von 80 v.H. des vor der Arbeitslosigkeit bezogenen Bruttoentgelts auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe	Bund	4.100	4.000	4.000	3.900
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	4.100	4.000	4.000	3.900
- Umstellung der Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Rentenversicherung für Wehr- und Zivildienstleistende von 80 v.H. auf 60 v.H. der Bezugsgröße	Bund	535	515	495	485
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	535	515	495	485
- Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung	Bund	1.100	1.100	1.300	200
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	1.100	1.100	1.300	200
- Erhöhung der Renten 2000 um 0,7 v.H. und 2001 um 1,6 v.H. zur Sicherung des realen Rentenniveaus	Bund	1.000	2.400	2.100	400
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	1.000	2.400	2.100	400

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsentlastung bzw. -belastung (-)			
		- in Mio. DM -			
		2000	2001	2002	2003
Zu Artikel 30: - Erhöhung der dynamischen Geldleistungen der Unfallversicherung in 2000 und 2001 entsprechend der Rentenanpassung	Bund	4	7	7	7
	Länder
	Gemeinden
	insgesamt	4	7	7	7
Zu Artikel 31: - Umstellung der Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Pflegeversicherung für Arbeitslosenhilfebezieher von 80 v.H. des vor der Arbeitslosigkeit bezogenen Bruttoentgelts auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe	Bund	400	400	400	400
	Länder	-	-	-	-
	Gemeinden	-	-	-	-
	insgesamt	400	400	400	400
Summe der finanziellen Auswirkungen	Bund	13.949	16.630	16.781	14.327
	Länder	-2.708	-3.173	-3.380	-3.333
	Gemeinden	-162	167	-55	-442
	insgesamt	11.079	13.624	13.346	10.552

- b) Darüber hinaus wird aufgrund der von der Bundesregierung vorgesehenen Begrenzung des Einkommenszuwachses im öffentlichen Dienst für Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger von folgenden weiteren Einsparungen ausgegangen:

	Haushaltsent- bzw. -belastung (-)			
	2000	2001	2002	2003
	- in Mio. DM -			
Bund	327	576	650	650
Länder	1.257	2.213	2.500	2.550
Gemeinden	169	297	350	350
Insgesamt	1.753	3.086	3.500	3.550

c) Insgesamt führen die genannten Maßnahmen somit zu einer Entlastung in folgender Höhe:

	Haushaltent- bzw. -belastung (-)			
	2000	2001	2002	2003
	- in Mio. DM -			
Bund	14.276	17.206	17.431	14.977
Länder	-1.451	-960	-880	-783
Gemeinden	7	464	295	-92
Insgesamt	12.832	16.710	16.846	14.102

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes)

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit auf den Bundesgrenzschutz vom 23. Januar 1992 (BGBl. I S. 178) zum 1. April 1992 werden die bahnpolizeilichen Aufgaben durch den Bundesgrenzschutz wahrgenommen. Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes werden derzeit ca. 5.400 Polizeivollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz eingesetzt.

Aus dem Betrieb von Eisenbahnen ergaben sich sowohl besondere betriebliche Risiken als auch Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung. Über einen Gleiskörper von ca. 41.000 km Länge mit mehr als 6.300 öffentlich zugänglichen Bahnhöfen und Haltepunkten wird ein tägliches Verkehrsaufkommen von ca. 4 Millionen Reisenden bewältigt, das sich auf rd. 1.000 Fernzüge und 27.000 Nahverkehrszüge verteilt. Daraus resultieren Aufgaben für die sicherungspflichtigen Verkehrsunternehmen einerseits als auch für den Bundesgrenzschutz im Rahmen seiner hoheitlichen Tätigkeiten andererseits, die sich gegenseitig ergänzen: Den Verkehrsunternehmen obliegen die eisenbahnbetrieblichen Sicherungspflichten, insbesondere die Gewährleistung der Betriebssicherheit des Betriebsweges (Schiene), des Betriebsmittels (Züge, Fahrstromleitung), der Betriebslenkung, einfache Ordnungstätigkeiten in Bahnhöfen und Zügen sowie besondere Sorgfaltspflichten gegenüber Benutzern der Bahn und dem transportierten Frachtgut. Der Bundesgrenzschutz hat gemäß §§ 3, 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BGG die Aufgabe, Gefahren abzuwehren, die den Benutzern, den Anlagen oder dem Betrieb der Bahn drohen oder beim Betrieb der Bahn entstehen oder von den Bahnanlagen ausgehen sowie die sachlich und räumlich abgegrenzte Aufgabe der Strafverfolgung. Dies umfasst insbesondere die Verhütung von Straftaten durch Streifen- und Postendienst in den Bahnhöfen, in den Zügen, auf den Bahnanlagen und Gleiskörpern, Einsatz von Überwachungs- und Kontrolltechnik (z.B. Hubschrauber), Begleitung von gewaltbereiten Gruppen bei Großveranstaltungen und Demonstrationen, Erteilung von Platzverweisen, Ingewahrsamnahmen, Tatort- und Ermittlungsarbeit bei Straftaten, Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch den Verkehrsbetreiber in enger Zusammenarbeit mit dem Eisenbahn Bundesamt.

Die im Interesse der Allgemeinheit liegende bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung kommt auch den Verkehrsunternehmen zu Gute. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Betrieb einer Eisenbahn naturgemäß besondere Gefahren mit sich bringt, öffentlich zugänglich ist und insbesondere im Bahnhofsbereich viele Menschen anzieht. Dies erfordert einen besonderen Sicherungsaufwand der staatlichen Polizeiorgane zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Ausübung staatlicher Befugnisse erhöht hierbei den betriebswirtschaftlichen Nutzeffekt der in Gewinnerzielungsabsicht tätigen Verkehrsunternehmen und kommt diesen damit auch unmittelbar zu Gute. Dies gilt nicht zuletzt in Fällen, in denen Transportleistungen erbracht werden, die zur Gewährleistung der Sicherheit der Transporte selbst wie auch der jeweils betroffenen Bahnhöfe und Bahnanlagen einen besonderen Sicherungsaufwand durch den Bundesgrenzschutz erfordern.

Dieser durch öffentliche Leistungen erbrachte tatsächliche Vorteil für die Verkehrsunternehmen rechtfertigt die außersteuerliche Heranziehung zu den aus allgemeinen Steueraufkommen finanzierten öffentlichen Leistungen. Dafür genügt es, dass die Verkehrsunternehmen durch eine öffentliche Leistung einen besonderen tatsächlichen Vorteil erhalten (vgl. BVerfG, Beschluß der 1. Kammer des Ersten Senats vom 11. 8. 1998 – 1 BvR 1270/94 – zur Verfassungsmäßigkeit der Flugsicherheitsgebühr).

Vor diesem Hintergrund sieht der Gesetzentwurf Regelungen vor, welche die Verkehrsunternehmen an den durch die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung entstehenden Kosten in pauschalierter Form beteiligen. Wegen der Schwierigkeit, die Vorteile für die Verkehrsunternehmen exakt zu berechnen, kommt für deren Ausgleichspflicht nur eine Pauschallösung in Betracht. Weil öffentlicher Nutzen und individueller Vorteil der Unternehmen untrennbar miteinander verknüpft sind, muß die Ausgleichsquote von vornherein auf höchstens fünfzig Prozent des Gesamtaufwandes beschränkt werden. Der Gesetzgeber verzichtet dabei auf die Festsetzung einer starren Quote, um auf Besonderheiten bei der Aufgabenwahrnehmung durch den Bundesgrenzschutz einerseits und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen andererseits angemessen reagieren zu können. Dies gilt auch, wenn mehrere Verkehrsunternehmen betroffen sind. Die Festsetzung der Ausgleichsquote soll deshalb vom Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Wege der Rechtsverordnung erfolgen und ist im Hinblick auf die in Absatz 2 Satz 3 genannten Kriterien regelmäßig zu überprüfen.

Zu Artikel 2 (Gesetz zur Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz)

Allgemeines

Zur Modernisierung der Bundesverwaltung und zur Konsolidierung des Bundeshaushalts wird das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst, weil für die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes zum Schutz der Zivilbevölkerung (Artikel 73 Nr. 1 des Grundgesetzes) eine eigenständige obere Bundesbehörde nicht mehr erforderlich ist. Die Verwaltungsaufgaben werden dem Bundesverwaltungsamt übertragen.

Im Einzelnen

Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts wird das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst. Die Verwaltungsaufgaben sollen auf das Bundesverwaltungsamt übertragen werden. Eine eigen-

ständige Bundesbehörde für die Wahrnehmung der dem Bund obliegenden Zivilschutzaufgaben ist nicht mehr erforderlich. Dies führt zu erheblichen Synergie- und Rationalisierungseffekten.

Zu Artikel 3 (Änderung des Zivilschutzgesetzes)

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 2 Abs. 3)

§ 2 Abs. 3 des Zivilschutzgesetzes wird ersatzlos gestrichen. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1999 - 2 BvF 1/94 - können Allgemeine Verwaltungsvorschriften für den Vollzug der Bundesgesetze durch die Länder im Auftrage des Bundes gemäß Artikel 85 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes ausschließlich von der Bundesregierung als Kollegium mit Zustimmung des Bundesrates erlassen werden. Damit kann die bisherige Staatspraxis, wonach auch einzelne Bundesminister zum Erlaß Allgemeiner Verwaltungsvorschriften ermächtigt wurden, nicht fortgeführt werden.

Zu Nummer 2 (§ 4)

Die dem Bund obliegenden Aufgaben nach dem Zivilschutzgesetz werden im wesentlichen im Wege der Auftragsverwaltung von den Ländern wahrgenommen. Das Bundesverwaltungsamt wird mit der Durchführung der Verwaltungsaufgaben beauftragt.

Zu Artikel 4 (Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes)

Die Aufwendungen für die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz zu gewährenden Geldleistungen werden bisher je zur Hälfte vom Bund und den Länder getragen. Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt seit dem 1. Januar 1999 die Kommunen zu 50 v.H. an dem Landesanteil der Geldleistungen. Andere Länder stellen entsprechende Überlegungen an. Grund dafür ist die Erwägung, daß die Kommunen durch dieses Gesetz im Bereich der Sozialhilfe entlastet werden und ein erhebliches eigenes Interesse sowohl an der Leistungsgewährung als auch an der Durchführung des Rückgriffs bei den Unterhaltsschuldnern haben. Unter diesen Umständen erscheint ein Kostenanteil des Bundes von 50 v.H. an den Geldleistungen nicht mehr angemessen. Der Anteil des Bundes an den eingezogenen Beträgen soll weiter seinem Anteil an den Geldleistungen entsprechen.

Der bisherige Absatz 1 ist ersatzlos zu streichen. Wenn der Bund weniger als 50 v.H. der Geldleistungen nach diesem Gesetz trägt, wird dieses Gesetz nicht mehr im Auftrag des Bundes von den Ländern ausgeführt.

Zu Artikel 5 (Änderung des Bundessozialhilfegesetzes)

Die bisherige Regelung für die Erhöhung der Regelsätze zum 1. Juli 2000 sieht - wie die für das Jahr 1999 - denselben Vorhundertersatz wie in der gesetzlichen Unfallversicherung vor, ohne unmittelbar auf § 95 Abs. 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch zu verweisen. Da die bisherige Regelung aufgrund der einheitlichen Veränderung der Renten zum 1. Juli 2000 leerläuft, wird die für die Unfallversicherung vorgesehene Regelung übernommen, der Wortlaut aber an die ergebnisgleiche Fassung des § 82 des Bundessozialhilfegesetzes angeglichen.

Außerdem wird als Folgeregelung der gemäß § 255 c SGB VI (Art. 29 Nr. 5 dieses Gesetzentwurfs) vorgesehenen Anpassung des Rentenwertes in den Jahren 2000 und 2001 der Anpassungsmodus der Regelsätze auch zum 1. Juli 2001 fortgeschrieben.

Zu Artikel 6 (Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes)

Mit der Änderung des § 56 Abs. 1 soll gewährleistet werden, dass der Bundesanteil an den Darlehen nach § 17 Abs. 2 Satz 1 durch die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt werden kann.

Zu Artikel 7 (Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen)

Allgemeines

Dieser Artikel enthält eine Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG). In den Sätzen 1 bis 3 des in § 10 AFWoG vorgesehenen Absatzes 3a wird bestimmt, dass in Fällen der Privatisierung von öffentlich-rechtlichen Sondervermögen der Bundesrepublik Deutschland der Rechtsnachfolger, soweit er für die dem Sondervermögen zuzurechnenden Wohnungsfürsorgedarlehens-Wohnungen eine Ausgleichs-abgabe nach dem Gesetz einnimmt, das daraus erzielte Aufkommen an den Bundeshaushalt abführen muß. Zu diesem Zweck wird in Satz 2 des Absatzes 3a fingiert, daß hinsichtlich der Vereinnahmung der Ausgleichszahlungen nicht der Rechtsnachfolger des privatisierten Sondervermögens, sondern der Bund Darlehens- und Zuschußgeber im Sinne des geltenden Absatzes 3 des § 10 AFWoG ist. Absatz 3 regelt dies in Satz 1 für eingezogene Ausgleichszahlungen bei Wohnungsfürsorgewohnungen nach § 9 AFWoG. Diese Regelung ist im Zusammenhang zu sehen mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluß vom 8. Juni 1988 - 2 BvL 9/85 und 3/86 - BVerfGE 78, 249, 269), nach der das Aufkommen aus den Ausgleichszahlungen wieder zweckgebunden zu verwenden ist.

Im Einzelnen

Dem Rechtsnachfolger des Sondervermögens soll aber ein Eigenbehalt als Ersatz für den Erhebungsaufwand sowie für die Modernisierung der bisher geförderten Wohnungsfürsorgewohnungen zustehen, und zwar durch pauschale Abgeltung in Höhe von 25 v.H. der jährlichen Gesamteinnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe; dabei sollen 15 v.H. der Gesamteinnahmen für Modernisierungsmaßnahmen an den geförderten Wohnungen verwendet werden (Satz 4).

Zu Artikel 8 (Änderung des Eigenheimzulagengesetzes)

Allgemeines

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Einkunftsgrenzen bei der Eigenheimzulage von derzeit 240.000/480.000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) für einen Zweijahreszeitraum auf 160.000/320.000 DM abzusenken. Eigenheimzulage sollen damit nicht länger bau- oder kaufwillige Bürger erhalten, die auch ohne staatliche Förderung in der Lage sind, ihr Wohneigentum zu finanzieren. Dies verbessert die Zielgenauigkeit der Fördermaßnahme. Für Familien mit Kindern und Alleinerziehende sollen sich die neuen Grenzwerte allerdings um 20.000 DM für jedes haushaltszugehörige Kind

des Anspruchsberechtigten erhöhen, für das er oder sein Ehegatte Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag erhält. Neben der Kinderzulage erhält das Eigenheimzulagengesetz damit eine weitere familienpolitische Komponente.

Die Neuregelung soll vor allem den finanziellen Spielraum für die seit langem dringend erforderliche, umfassende Wohngeldnovelle schaffen. Hiervon profitieren gerade auch einkommensschwache selbstnutzende Wohneigentümer, die Anspruch auf einen Lastenzuschuß haben.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 5)

Die Einkunftsgrenzen bei der Eigenheimzulage sollen von derzeit 240 000 Deutsche Mark für Alleinstehende und 480 000 Deutsche Mark für Verheiratete für einen Zweijahreszeitraum auf 160 000 Deutsche Mark bzw. 320 000 Deutsche Mark abgesenkt werden. Die neuen Grenzwerte sollen sich um 20 000 Deutsche Mark für jedes haushaltszugehörige Kind des Anspruchsberechtigten erhöhen, für das er oder sein Ehegatte Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag erhält. Sind Eltern Miteigentümer einer Wohnung und haben beide zugleich für ein Kind Anspruch auf die Kinderzulage, erhöht sich der Grenzwert insgesamt um 20 000 Deutsche Mark. Damit soll in diesen Fällen eine Verdoppelung des Kinderzuschlags für ein und dasselbe Kind vermieden werden.

Zu Nummer 2 (§ 19)

Es handelt sich um die zeitliche Anwendungsregelung zur Absenkung der Einkunftsgrenzen. Die bisherigen Einkunftsgrenzen sollen nur noch für Bauherren gelten, die den Bauantrag für ihr Eigenheim vor dem 1. Januar 2000 gestellt haben. In Anschaffungsfällen ist der Abschluß des notariellen Kaufvertrags vor diesem Datum erforderlich. Auf den Zeitpunkt der Fertigstellung, des Übergangs des wirtschaftlichen Eigentums oder des Einzugs kommt es also in diesem Zusammenhang nicht an.

Zu Artikel 9 (Anderung des Bundesvertriebenengesetzes)

Allgemeines

Durch die Verstärkung der Aussiedlung werden zugunsten von Bund und Ländern/Gemeinden Mehrausgaben in nicht quantifizierbarer Höhe im Zusammenhang mit Aufnahme und Eingliederung (vgl. z.B. § 9 Abs. 2 BVFG) von Spätaussiedlern vermieden.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 5)

Der gestrichene § 5 Nr. 1d) enthielt einen aus den sog. Vertreibungsdruckrichtlinien übernommenen Ausschußtatbestand. Seine Neufassung und Einfügung unter § 5 Nr. 2a) stellt klar, dass es sich um einen Tatbestand handelt, der nicht wie die Ausschußgründe des § 5 Nr. 1a) bis c) an die „Unwürdigkeit“, sondern wie § 5 Nr. 2 in der geltenden Fassung an das fehlende Kriegsfolgenschicksal des Antragstellers anknüpft. Wer eine Stellung im kommunistischen Herrschaftssystem innehatte, die für dessen Aufrechterhaltung als wichtig galt, erhielt, wie zum Beispiel Regierungsmitglieder, Berufsfunktionäre der kommunistischen Massenorganisationen, Berufsoffiziere der Streitkräfte oder der Miliz - jedenfalls ab der Stellung eines Oberstleutnants -, Richter, Untersuchungsrichter, Staatsanwälte oder leitende Mitarbeiter der Verwaltung oder von größeren Wirtschaftsbetrieben, Privilegien, die dem Normalbürger verschlossen blieben. Er unterlag insbesondere nicht mehr den allgemeinen, gegen die deutsche Minderheit gerichteten Maßnahmen, so dass schon für Angehörige der mittleren Funktionsebene des Systems die Regelvermutung eines Kriegsfolgenschicksals nach § 4 Abs. 1 in diesen Fällen widerlegt ist. Die Formulierung trägt dem Umstand Rechnung, dass die Einzelheiten des Privilegiensystems geheim gehalten wurden, so dass der Nachweis einer besonderen Bindung an das System sowie deren Ursächlichkeit für Beförderungsentscheidungen im Unterschied zum geltenden Recht entfällt.

Der aufrechterhaltene Ausschuß von begünstigten Angehörigen (Buchstabe c)) betrifft insbesondere die Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem Stellungsinhaber lebten und deshalb notwendig an seinen Vergünstigungen teil hatten.

Zu Nummer 2 (§ 27)

Seit 1995 hat sich der Ausreiseprozess von Spätaussiedlern aus den MOE- und GUS-Staaten deutlich verlangsamt. Kamen zu Beginn der 90'er Jahre jährlich noch jeweils über 200.000 Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland, so hat sich der Zuzug von rd. 178.000 im Jahre 1996, über rd. 134.000 im Jahre 1997 auf rd. 103.000 im Jahre 1998 verringert. Die bisherigen Zuzugszahlen des Jahres 1999 lassen erwarten, daß der Zugang in diesem Jahr - wenn auch in weniger großen Schritten - weiter zurückgeht. Der dargestellten faktischen Entwicklung der letzten Jahre soll durch eine Festschreibung der Zahl der jährlich aufzunehmenden Spätaussiedler mit Familienangehörigen (vgl. nachfolgend) auf rd. 100.000 Rechnung getragen und damit zugleich die Planungssicherheit für die mit der Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern befaßten staatlichen Stellen erhöht werden. Darüber hinaus hat die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, daß eine sozialverträgliche Integration von Spätaussiedlern (nebst der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten oder Abkömmlinge) eine jährliche Aufnahme von nicht mehr als rund 100.000 Spätaussiedlern (einschließlich Familienangehörigen) voraussetzt.

Zu Artikel 10 (Änderung des Auslandskostengesetzes)

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 1)

Auch beim Auswärtigen Amt fallen Amtshandlungen an, die im Gebührenverzeichnis der Auslandskostenverordnung aufgeführt sind. Auf die Erhebung kann im Hinblick auf eine möglichst weitgehende Kostendeckung nicht verzichtet werden.

Zu Nummer 2 (§ 5)

Häufig ergibt sich der Wert nicht aus den Unterlagen und die Antragsteller zeigen sich nicht kooperativ für eine Wertangabe. Gebühren lassen sich dann nicht in vollem möglichen Umfang erheben. Es wird eine Grundlage benötigt, um Antragsteller zur Mitwirkung zu verpflichten.

Zu Artikel 11 und 12 (Änderung Justizverwaltungskostenordnung)

Allgemeines

Die Erhöhung dient der Verbesserung der Kostendeckungsquote der Dienststelle Bundeszentralregister des Generalbundesanwalts.

Im Einzelnen

Die nach der Justizverwaltungskostenordnung zu erhebenden Gebühren für die Erteilung eines Führungszeugnisses und für die Erteilung einer Auskunft über Eintragungen in das Gewerbezentralregister nach § 150 der Gewerbeordnung sollen jeweils von derzeit 15 DM erhöht werden

- zum 1. Januar 2000 auf 20 DM und
- zum 1. Januar 2002 auf 13 EUR.

Die Erhöhung zum 1. Januar 2000 führt zu voraussichtlichen jährlichen Mehreinnahmen von ca. 7,7 Mio. DM. Die Erhöhung zum 1. Januar 2002 führt zu voraussichtlichen weiteren Mehreinnahmen von ca. 4 Mio. EUR.

Zu Artikel 13, 14 und 15 (Änderung des Wohngeldgesetzes)

Allgemeines

I. Grundlagen

1. Ausgangslage und Regelungsbedarf

Das Wohngeld hat den Zweck, Haushalten mit niedrigem Einkommen angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern. Diese Aufgabe kann es nur erfüllen, wenn die Wohngeldempfänger bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastung ausgehen können. Deshalb müssen die Wohngeldbeträge in den Wohngeldtabellen zusammen mit den Auslaufpunkten der Wohngeldförderung sowie die Höchstbeträge, bis zu denen die Miete oder Belastung bezuschußt wird, in zeitlichen Abständen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt werden. Der Anpassungszeitraum sowie der Leistungsstandard des Wohngeldes nach der Anpassung hängen - wie der anderer Sozialleistungen - auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Situation der öffentlichen Haushalte ab.

Die allgemeinen Leistungen des Wohngeldgesetzes sind letztmals am 1. Oktober 1990 durch das Achte Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 10. August 1990 (BGBl. I S. 1522) an die Entwicklung der Mieten und Einkommen seit der 6. Wohngeldnovelle (1986) angepaßt worden. Seitdem sind Sonderregelungen für die neuen Länder getroffen worden, insbesondere durch das Wohngeldsondergesetz vom 20. Juni 1991 und das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996.

Von Januar 1991 bis Januar 1999 ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den alten Bundesländern um knapp 19 v. H., der allgemeine Mietenindex um rund 33 v. H. gestiegen. Die Mietenentwicklung einkommensschwacher Haushalte war in diesem Zeitraum leicht überproportional.

Diese Mietsteigerungen haben zur Folge, daß bei einem zunehmend größeren Anteil der Empfänger des allgemeinen Wohngeldes (sog. Tabellenwohngeld) die zuschufähigen Höchstbeträge für Miete oder Belastung überschritten werden. Diese Überschreiterquote betrug bei Empfängern von Tabellenwohngeld in den alten Ländern 1990 40,2 v. H. Sie ist durch die 8. Wohngeldnovelle von 1990 nur geringfügig auf 39,7 v. H. abgesenkt worden und seit 1992 von 48,3 v. H. auf 73 v. H. in 1997 angestiegen, mit weiter steigender Tendenz.

Die Zahl der Tabellenwohngeldempfänger in den alten Ländern ist von knapp 1,3 Mio (1991) auf knapp 0,97 Mio. (1997) zurückgegangen. In typischen Fällen liegt das Wohngeld heute real bei etwa der Hälfte des Wertes von Anfang der 90er Jahre.

In den neuen Ländern gelten zur Zeit noch Sonderregelungen, die eine Besserstellung der dortigen Wohngeldempfänger gegenüber vergleichbaren Empfängern in den alten Ländern um knapp 30 v. H. der Leistungen bewirken.

Eine Mietenzustufenzuordnung war in den neuen Ländern bisher noch nicht möglich; die hierzu erforderlichen differenzierten Mieten können sich in den neuen Ländern erst seit dem Übergang in das Vergleichsmietensystem Anfang 1998 entwickeln.

Seit 1. April 1991 (in den neuen Ländern bereits seit 1. Januar 1991) erhalten Haushalte von Sozialhilfe- oder Kriegsopferfürsorgeempfängern nach Maßgabe des Fünften Teils des Wohngeldgesetzes den Mietzuschuß als sog. Pauschalwohngeld. Dieses wird von den Sozialämtern und Kriegsopferfürsorgestellen, die insoweit als Wohngeldstellen tätig werden, unter Anrechnung auf die nachrangige Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge bewilligt.

Das Pauschalwohngeld wird als Prozentsatz der sozialhilferechtlich anerkannten Unterkunftskosten bemessen und steigt mit den Mieten dynamisch an. Die in den alten Ländern länderweise - und z. T. innerhalb eines Landes nach Mietenzustufen - differenzierten Prozentsätze basierten auf umfangreichen Auswertungen der Wohngeldstatistikdaten von Haushalten potentieller Empfänger von Pauschalwohngeld. Ausgehend davon wurde für den Zeitraum von April 1991 bis Dezember 1994 jeweils eine durchschnittliche Quote prognostiziert, mit der bei einer unterstellten Berechnung von Tabellenwohngeld die Wohngeldzahlung die Miete abdecken würde. Ziel war es dabei, aus Gründen der Gleichbehandlung die Empfänger von Pauschalwohngeld im Durchschnitt so zu stellen wie bei Bezug von (ansonsten im Einzelfall aufwendig zu ermittelndem) Tabellenwohngeld.

Nach Maßgabe des § 36 Abs. 2 Nr. 1 Satz 3 WoGG sollen die jeweiligen Prozentsätze für das Pauschalwohngeld durch Verordnung neu festgelegt werden. Der in § 36 Abs. 2 WoGG vorgesehene Fortschreibungsmodus des bisherigen Bemessungssystems für das Pauschalwohngeld stellt jedoch aus statistisch-methodischen Gründen keine tragfähige Grundlage für die Weiterentwicklung des Pauschalwohngeldsystems dar. Seit Anfang 1995 besteht zwischen dem Leistungsniveau des Tabellenwohngeldes (durch Einkommenszuwachs und durch den weiteren Anstieg der unberücksichtigten Mietanteile jenseits der Miethöchstbeträge nach § 8 Abs. 1 WoGG) und den für das Pauschalwohngeld maßgeblichen Prozentsätzen eine zunehmende Diskrepanz. Folge ist eine „Schieflage“ zu Lasten der Bezieher von Tabellenwohngeld: Obwohl der Anteil der Pauschalwohngeldempfänger Ende 1997 in den alten Ländern nur bei knapp 55 v. H. (knapp 1,17 Mio Empfänger) lag, entfielen auf sie knapp 70 v. H. der Wohngeldausgaben.

Mit Rücksicht auf den Zweck des Wohngeldes - die wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens - und zur Lösung der dargelegten Probleme ist es insbesondere notwendig, durch Änderung des Wohngeldgesetzes eine Anpassung der Leistungen des allgemeinen Wohngeldes (Tabellenwohngeldes) sowie strukturelle Veränderungen bei dem Mietzuschuß für Sozialhilfeempfänger (Pauschalwohngeld) vorzunehmen.

2. Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes

Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für die vorgesehene Änderung des Wohngeldgesetzes ergibt sich aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 7 GG.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie die Rechts- und Wirtschaftseinheit im Bundesgebiet erfordern nach wie vor eine bundesgesetzliche Regelung des Wohngeldes (Art. 72 Abs. 2 GG). Bei dem weiterhin zu regelnden Mietzuschuß nach dem Fünften Teil (bisheriges Pauschalwohngeld) wird berücksichtigt, daß Empfänger von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht vom Bezug von Wohngeld ausgeschlossen werden dürfen (Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14. November 1969 - 1 BvL 4/69 -, BVerfGE 27, 220, 227 ff.).

II. Ziele

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der im wesentlichen am 1. Januar 2001 in Kraft treten soll, werden folgende Ziele verfolgt:

- allgemeine Leistungsanpassungen unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung seit 1990,
- familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Tabellenwohngeldes),
- Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuß für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger (dem bisherigen Pauschalwohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld,
- Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und den neuen Bundesländern, dabei insbesondere Schaffung der Voraussetzungen für eine erstmalige gesamtdeutsche Mietenzustufenzuordnung,
- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensermittlung beim allgemeinen Wohngeld an das Wohnungsbaurecht sowie weitere Rechtsvereinfachungen, verbunden mit einer sozial gerechteren Ausgestaltung der Voraussetzungen für die Leistung von Wohngeld,
- Beschränkung der hälftigen Kostentragung des Wohngeldes durch den Bund ab dem 1. Januar 2000 auf das allgemeine Wohngeld,
- Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002.

III. Umsetzung

1. Änderungen ab 1. Januar 2001

a) Allgemeine Leistungsanpassungen

Die wohngeldfähigen Miethöchstbeträge werden um durchschnittlich 20 v. H. angehoben, dabei wird dem stärkeren Mietenanstieg bei älteren Wohnungen Rechnung getragen und der Aufbau der in den alten Ländern geltenden Höchstbetragstabelle vereinfacht. Zugleich werden die Werte in den geltenden Wohngeldtabellen angehoben. Dadurch erfolgt im Ergebnis auch eine Anhebung der für das Wohngeld maßgeblichen Einkommensgrenzen.

Insgesamt werden folgende Leistungsverbesserungen erzielt:

aa) Allgemeines Wohngeld für die alten Länder

Für Tabellenwohngeldempfänger in den alten Ländern, die bereits vor der Wohngeldnovelle Leistungen nach dem Wohngeldgesetz erhalten haben, werden sich die Wohngeldbeträge durchschnittlich um 83 DM/Monat erhöhen.

Die bisherige familiengerechte Struktur der Wohngeldformel/Wohngeldtabellen und Höchstbeträge wird beibehalten. Deshalb profitieren große Haushalte, zum Beispiel mit mehreren Kindern, von den Wohngeldverbesserungen deutlich mehr als kleine Haushalte. Das monatliche Wohngeld wird sich z. B. bei Haushalten mit 1 Person um durchschnittlich 56 DM, bei Haushalten mit 4 und mehr Personen aber um durchschnittlich 118 DM erhöhen.

Die Verbesserungen beim einzelnen Wohngeldempfänger können - je nach den konkreten Miet- und Einkommensverhältnissen - von den Durchschnittswerten in unterschiedlichem Maße abweichen. Die genannten Beträge dienen daher nur zur Orientierung.

bb) Allgemeines Wohngeld für die neuen Länder

Durch die Anpassung der Wohngeldformel erhöhen sich die Wohngeldbeträge in den neuen Ländern um durchschnittlich 35 DM/Monat. Hierdurch und durch die sozial gerechtere Ausgestaltung der Vorschriften über die Einkommensermittlung werden Wohngeldminderungen, die sich aus dem Wegfall des bis zum 31. Dezember 2000 befristeten erhöhten Einkommensfreibetrages (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 WoGG) und des erhöhten Pauschalabzuges bei der Einkommensermittlung (§ 42 Abs. 1 Nr. 3 WoGG) ergeben, für die Gesamtheit der Tabellenwohngeldempfänger ausgeglichen.

cc) Besonderer Mietzuschuß für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger

Infolge der Einführung der Wohngeld-Höchstbeträge auch für die Empfänger von Pauschalwohngeld vermindern sich die monatlichen Wohngeldansprüche der Pauschalwohngeldempfänger zunächst. Durch die allgemeinen Leistungsanpassungen erhöhen sich die Wohngeldansprüche wieder um durchschnittlich 86 DM in den alten bzw. 33 DM in den neuen Ländern. Die Verminderungen der monatlichen Wohngeldansprüche werden hierdurch im Durchschnitt im wesentlichen ausgeglichen.

b) Familienfreundliche Verbesserungen

Die Leistungsverbesserungen, die vor allem Familien zugute kommen, werden insbesondere erreicht durch

- die Anhebung der Tabellenwerte; dies führt durch deren systemimmanente Ausgestaltung zu einer deutlichen Besserstellung vor allem größerer Haushalte wie Familien mit Kindern, und
- die Erhöhung der Abzugsbeträge für Unterhaltsleistungen bei der Einkommensermittlung; dies führt aufgrund eines niedrigeren wohngeldrechtlichen Einkommens zu einem höheren Tabellenwohngeld.

c) Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuß (bisheriges Pauschalwohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld (bisheriges Tabellenwohngeld)

Der Mietzuschuß für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger soll als eigenständige Leistung fortgeführt werden. Weiterhin soll die für die Sozialhilfe zuständige Stelle über die Leistung des Mietzuschusses entscheiden, d. h. die Sozialhilfeempfänger sollen weiterhin zugleich Sozialhilfe und Wohngeld in einem Bescheid erhalten. Um ein auch von Verfassungen wegen gebotenes gleichwertiges Leistungsniveau zwischen dem allgemeinen Wohngeld und dem besonderen Mietzuschuß für Sozialhilfeempfänger wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, soll der besondere Mietzuschuß grundsätzlich den gleichen Begrenzungsregeln unterliegen wie das allgemeine Wohngeld. Auch für bisher sog. Pauschalwohngeldempfänger soll daher eine familienfreundliche Differenzierung nach Haushaltsgröße durch die Bemessung des Wohngeldes nach den einschlägigen haushaltsgrößenbezogenen Anlagen des Wohngeldgesetzes (Wohngeldtabellen) erfolgen. Diese Maßnahme gewährleistet ein familienfreundliches Wohngeld, denn die Wohngeldtabellen weisen - bei gleichem wohngeldrechtlichen Familieneinkommen und gleicher berücksichtigungsfähiger Miete - für größere Haushalte spürbar mehr Wohngeld aus als für kleinere Haushalte. Die Wohngeldberechnung bleibt dadurch vereinfacht, daß für die Sozialhilfeempfänger ein gesetzlich normiertes Einkommen festgelegt wird. Zugleich wird durch diese Angleichung an das allgemeine Wohngeld die dynamische Ausgabenentwicklung des Mietzuschusses für Sozialhilfeempfänger begrenzt.

d) Vereinheitlichung des Wohngeldes in den alten und den neuen Bundesländern

Die gesonderte Höchstbetragstabelle Ost soll durch eine einheitliche, verbesserte Höchstbetragstabelle für Gesamtdeutschland abgelöst werden. Der besondere Einkommensfreibetrag und der erhöhte pauschale Abzug bei der Einkommensermittlung sollen, wie das der geltenden Rechtslage entspricht, Ende 2000 auslaufen. Hierdurch bedingte Wohngeldminderungen sollen im Gesamtdurchschnitt aller betroffenen Empfänger durch die vorgesehenen allge-

meinen Leistungsverbesserungen der Wohngeldtabellen und Miethöchstbeträge und die sozial gerechtere Ausgestaltung der Voraussetzungen für die Wohngeldleistung im übrigen aufgefangen werden.

Zugleich sollen die Grundlagen für eine erstmalige gesamtdeutsche Mietenstufenfestsetzung geschaffen werden. Angestrebt wird die Mietenstufenzuordnung zum 1. Januar 2001. Für den Fall, daß die neuen Länder nicht in der Lage sind, die erforderlichen statistischen Daten rechtzeitig zu liefern, sollen vorsorglich die Voraussetzungen für eine übergangsweise auf das Gebiet der alten Länder beschränkte Mietenstufenzuordnung geschaffen werden. Für die neuen Länder soll eine nachfolgende erstmalige gesamtdeutsche Mietenstufenzuordnung auch ohne erneute allgemeine Leistungsverbesserungen ermöglicht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt mußte übergangsweise die gesonderte Höchstbetragstabelle Ost weiterhin angewandt werden.

e) Anpassung der Vorschriften über die Einkommensermittlung und Rechtsvereinfachungen

Die Vorschriften über die Einkommensermittlung sollen mit denen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes harmonisiert und mit Rücksicht auf neue Entwicklungen in den berührten Bereichen aktualisiert werden. Dadurch werden die Voraussetzungen für die Leistung von Wohngeld sozial gerechter und treffsicherer. Dies wird z. B. erreicht durch die Umstellung des Einkommensbegriffs auf das Einkommensteuerrecht, verbunden mit einer differenzierten vollständigen oder teilweisen Anrechnung bestimmter steuerfreier Leistungen, die Übernahme der im geltenden II. WoBauG vorgesehenen Reihenfolge der Berücksichtigung von Freibeträgen einerseits und pauschalen Abzugsbeträgen andererseits und die Neufassung der Abzugsbeträge für Unterhaltsverpflichtungen. Darüber hinaus sind Rechtsvereinfachungen vorgesehen, die den Verwaltungsvollzug erleichtern sollen, wie z. B. die Geltung der Miethöchstbeträge bei Heimbewohnern sowie in bestimmten Fällen das Absehen von einer Lastenberechnung für Eigentümer.

2. Beschränkung der finanziellen Beteiligung des Bundes auf das allgemeine Wohngeld (bisheriges Tabellenwohngeld) ab 1. Januar 2000, Wegfall der Festbeträge nach § 34 Abs. 2 WoGG

Der Bund soll sich zukünftig finanziell nur noch mit 50 v. H. an den Kosten des allgemeinen Wohngeldes beteiligen. Wegen des Sachzusammenhangs zwischen besonderem Mietzuschuß für Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfe soll ab 1. Januar 2000 die finanzielle Verantwortung hierfür nicht mehr beim Bund liegen (vgl. Art. 13 des Gesetzentwurfs); es soll sodann Sache der Länder sein, die Kostentragung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu bestimmen. Dies fördert sachgerechte ortsnahe Lösungen, ohne daß sich daraus rechtliche Nachteile für die Empfänger des besonderen Mietzuschusses ergeben. Weitere Folge ist, daß sich gemäß Art. 104a Abs. 3 GG die Bundesauftragsverwaltung ab dem 1. Januar 2000 nicht mehr auf den Vollzug des besonderen Mietzuschusses erstreckt, sondern nur noch den Vollzug des allgemeinen Wohngeldes umfaßt.

Auch die durch das Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung von 1984 eingefügte Regelung, nach welcher der Bund von der von 10 alten Ländern zu tragenden Hälfte der Wohngeldkosten unterschiedlich hohe Festbeträge zwischen 3 und 122 Mio. DM übernimmt, soll entfallen. Die Festbeträge sollten im Zusammenhang mit einer Erhöhung der Bundesanteile am Wohnungsbau-Prämiengesetz und am Gesetz über die Sozialversicherung Behinderteter einem Ausgleich für den Abbau der Finanzhilfen des Bundes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz dienen. Die Regelung stellt einen Fremdkörper im Wohngeldrecht dar und entspricht überdies aufgrund zwischenzeitlicher Veränderungen nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Sie erfüllt auch nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes den angestrebten Zweck nicht mehr. Der Bundesrechnungshof und der Rechnungsprüfungsausschuß des Deutschen Bundestages fordern deshalb die Streichung der Vorschrift.

3. Umstellung des Wohngeldes auf den Euro ab 1. Januar 2002

Durch Umrechnung der DM-Beträge in Euro soll das Wohngeldgesetz auf die Einführung des Euro ab 1. Januar 2002 umgestellt werden (vgl. Art. 15 des Gesetzentwurfs).

IV. Kosten

1. Gesamtkosten der Anpassung des allgemeinen Wohngeldes (bisheriges Tabellenwohngeld)

Die Gesamtkosten der Wohngeldanpassung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes betragen einschließlich der Heraufsetzung der Grenze für den auszahlenden Wohngeldbetrag von 10 DM auf 19,56 DM im Jahr der vollen Wirksamkeit rd. 1,4 Mrd. DM. Sie sind jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern aufzubringen. In den Mehrkosten sind auch die Wohngeldzahlungen an solche Wohngeldempfänger enthalten, die erst auf Grund der vorgesehenen allgemeinen Leistungsanpassungen Ansprüche geltend machen.

Die durch Rechtsänderungen und Rechtsvereinfachungen entstehenden Mehr- und Minderausgaben heben sich gegenseitig auf.

2. Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuß (bisheriges Pauschalwohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld (bisheriges Tabellenwohngeld)

Die Leistungsminderungen durch die künftige Anwendung der Wohngeld-Höchstbeträge des allgemeinen Wohngeldes auch für die Empfänger des besonderen Mietzuschusses i. V. m. der Zuordnung eines nach Haushaltsgröße differenzierten, gesetzlich normierten Einkommens werden durch die allgemeinen Leistungsverbesserungen im Durchschnitt wieder ausgeglichen (vgl. III 1 c). Per Saldo entstehen für die bisherigen Empfänger von Pauschalwohngeld daher keine zusätzlichen Kosten.

Die Wiederherstellung des Gleichgewichts von besonderem Mietzuschuß und allgemeinem Wohngeld bringt es naturgemäß mit sich, daß der künftige besondere Mietzuschuß für bisher pauschalwohngeldberechtigte Sozialhil-

feempfänger im Einzelfall höher oder niedriger sein kann als das bisherige Pauschalwohngeld. Diese Abweichungen heben sich aber im Durchschnitt auf.

Allerdings wird durch die Anwendung von Höchstbeträgen auch für die bisherigen Empfänger von Pauschalwohngeld sichergestellt, daß der besondere Mietzuschuß für Sozialhilfeempfänger künftig weniger dynamisch ansteigt als in der Vergangenheit.

3. Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des besonderen Mietzuschusses (bisheriges Pauschalwohngeld)

Den Ländern entstehen durch den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Pauschalwohngeldes zum 1.1.2000 im Jahr 2000 Mehrkosten in Höhe von knapp 2,3 Mrd. DM.

4. Streichung des § 34 Abs. 2 Wohngeldgesetz

Da der Bund ab dem 1. Januar 2000 nicht mehr 282 Mio. DM vom Länderanteil an den Wohngeldausgaben in 10 alten Ländern übernimmt, entstehen den betroffenen Ländern Mehrausgaben in entsprechender Höhe (je nach Land zwischen 3 und 122 Mio. DM jährlich).

Im Einzelnen

zu Artikel 13 (Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2000)

Die Änderung des § 33 und die Neufassung des § 34 sollen bewirken, daß zukünftig nicht mehr der Bund an der Finanzierung des besonderen Mietzuschusses für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger beteiligt ist. Zugleich soll der bisherige § 34 Abs. 2 entfallen; die seinerzeit lediglich aus Gründen eines Ausgleichs für den Rückzug des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung geschaffene Regelung, nach der insgesamt 282 Mio. DM vom Länderanteil durch den Bund übernommen werden, ist nicht mehr sachgerecht (vgl. Allgemeines III 2).

zu Artikel 14 (Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2001)

Zu Nr. 1 (§§ 1 und 2)

Zu § 1

Zu Absatz 1

Die Neufassung steht im Zusammenhang mit der Neufassung der §§ 2 und 3 und ist im wesentlichen eine redaktionelle Anpassung an den geänderten § 2. Die bisher in § 1 enthaltene Aussage über die Anwendbarkeit des Gesetzes („im Geltungsbereich und nach Maßgabe dieses Gesetzes“) soll, weil entbehrlich, entfallen. Unberührt bleiben die Vorschriften, die den personenbezogenen Geltungsbereich des Wohngeldgesetzes einschränken (vgl. insbesondere § 41). Die bisher in § 2 Abs. 1 geregelten Arten des Wohngeldes (Miet- und Lastenzuschuß) sollen aus systematischen Gründen in § 1 übernommen werden.

Von § 1 a. F. weicht der Wortlaut der neuen Vorschrift auch im übrigen ab: Wohngeld wird nicht mehr „gewährt“ sondern „geleistet“. Durch die im Gesetzentwurf durchgehend vorgesehene Änderung des Wortlauts wird der leistungsrechtliche Charakter des Wohngeldes verdeutlicht.

Nicht mehr in § 1 enthalten ist der Hinweis, daß Wohngeld „auf Antrag“ geleistet wird. Diese Aussage trifft nur für das Wohngeld nach dem Ersten bis Vierten Teil des Gesetzes zu. Das Wohngeld nach dem Fünften Teil für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge wird demgegenüber ohne Antrag „von Amts wegen“ gezahlt (vgl. dazu nunmehr § 3 Abs. 1 - neu -).

Zu Absatz 2

Absatz 2 soll eine Abgrenzungsregelung zwischen den allgemeinen Vorschriften des Wohngeldgesetzes und denen des Fünften Teils enthalten:

Das den jeweiligen Haushalten zustehende Wohngeld soll sich aus den Vorschriften des Wohngeldgesetzes ergeben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die neuen Vorschriften des Fünften Teils besondere Regeln über die Leistung von Wohngeld (Mietzuschuß für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge) enthalten sollen, die zwar kein grundlegend andersartiges Wohngeld bedeuten, jedoch den allgemeinen Vorschriften für die Leistung des Wohngeldes (Erster bis Vierter Teil) als Sonderregelungen vorgehen. Der Anwendungsbereich des Fünften Teils ergibt sich aus § 31. In § 2 bedarf es aber bereits einer Regelung über das Verhältnis des Wohngeldes (Mietzuschusses) nach dem Fünften Teil zur Anwendbarkeit der allgemeinen Vorschriften über die Leistung von Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz. Daher soll in Absatz 2 bestimmt werden, daß bei der Leistung eines Mietzuschusses nach dem Fünften Teil ein Mietzuschuß nach dem Wohngeldgesetz im übrigen ausgeschlossen ist. Unmittelbare praktische Folge ist, daß die Wohngeldstellen in solchen Fällen nicht tätig werden müssen.

Zu § 2

Zu Absatz 1 und 2

Mit der Neufassung des § 2 über die Höhe des Wohngeldanspruchs soll erstmals die Formel für die Berechnung des Wohngeldes in das Gesetz aufgenommen werden. Anders als im bisherigen Wohngeldrecht wird die hinter den Wohngeldtabellen stehende Wohngeldformel offen ausgewiesen.

Zur Vereinfachung des Massengeschäfts in den Wohngeldstellen sind für Haushaltsgrößen bis zu 5 Personen die sich nach der Wohngeldformel ergebenden Miet- oder Lastenzuschüsse in den Anlagen 3 bis 7 auch tabellarisch dargestellt (vgl. Begründung zu Absatz 3). Diese Tabellen sind gleichermaßen verbindlich.

Ausgangspunkt für die Entwicklung der neuen Wohngeldformel war die den bisherigen Wohngeldtabellen zugrunde liegende komplexe Wohngeldformel für 1- bis 8-Personen-Haushalte. Diese Formel wurde auf der Basis von Analysen und Empfehlungen der FU Berlin (vgl. Franz Hubert, Zur Reform des Wohngeldes, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Vol. 116 (4), S. 631-854) und ergänzenden empirischen Untersuchungen des Instituts für Wohnen und Umwelt (Gutachten zur Reform des Wohngeldes, im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion, Juni 1998, S. 9-17) deutlich vereinfacht. Formelelemente und Parameter mit sehr geringer empirischer Relevanz wurden aus der bisherigen Funktion entfernt.

Dem Gedanken der Realwertsicherung des Wohngeldes folgend wurde die neue Wohngeldfunktion mit den verbleibenden zentralen Parametern zunächst an die seit der letzten Wohngeldnovelle 1990 eingetretene Miet- und Einkommensentwicklung angepaßt. Im Anschluß hieran wurde die Wohngeldfunktion fortgeschrieben, um das zur Verfügung stehende Novellenvolumen von 1,4 Mrd. DM (Bund und Länder) im Jahr der vollen Wirksamkeit einzuhalten.

Die neue vereinfachte Formel ist für 1- bis 12-Personen-Haushalte entwickelt worden. Sie stellt eine relativ einfache Beziehung zwischen dem Wohngeld in Abhängigkeit von Einkommen, Miete und Haushaltsgröße her:

$$M - (a + b \cdot M + c \cdot Y) \cdot Y \text{ Euro.}$$

Die Bemessung des Wohngeldes in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße wird dabei durch die je nach Haushaltsgröße unterschiedlich festgelegten Werte a, b und c gesteuert. Die Werte a, b und c sind vom Institut für Wohnen und Umwelt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen auf der Basis umfangreicher Mikrosimulationen berechnet worden.

Neben der Einhaltung des Novellenvolumens von 1,4 Mrd. DM (Bund und Länder) im Jahr der vollen Wirksamkeit und der Berücksichtigung der vorgesehenen Verbesserungen der Höchstbetragstabelle sind hierbei zusätzlich die folgenden Nebenbedingungen beachtet worden:

- Die Gesamtheit der Wohngeldempfänger in den neuen Ländern wird gegenüber dem geltenden Recht nicht schlechter gestellt.
- Schlechterstellungen der Empfänger allgemeinen Wohngeldes, die sich aus der deutlichen Vereinfachung der Wohngeldformel in wenigen Einzelfällen ergeben können, werden durch die Verbesserung der Wohngeldformel in nahezu jedem hiervon betroffenen Einzelfall mindestens ausgeglichen.
- Die Berechnung der Werte für die 9- bis 12-Personen-Haushalte erfolgte so, daß Schlechterstellungen gegenüber der für diese Haushalte bisher geltenden gesonderten Fortschreibungsformel (die in ihren Wirkungen von der bisherigen komplexen Wohngeldformel und den auf dieser Basis erstellten Wohngeldtabellen für die 1- bis 8-Personen-Haushalte erheblich abweicht) in möglichst jedem Einzelfall vermieden werden.

Die Wohngeldfunktion ist wie bisher so gestaltet worden, daß das Wohngeld

- bei gegebener Miete und gegebenem Einkommen mit zunehmender Haushaltsgröße steigt,
- bei gegebener Haushaltsgröße und gegebener Miete mit höherem Einkommen sinkt,
- bei gegebenem Einkommen und gegebener Haushaltsgröße mit höherer Miete (bis zu den jeweiligen Höchstbeträgen) steigt.

Bei gegebener Miete und gegebenem Einkommen hängt die Veränderung des Wohngeldes mit zunehmender Haushaltsgröße von den Werten a, b und c ab. Durch das stetige Sinken dieser Werte mit zunehmender Haushaltsgröße (c nur bis 8-Personen-Haushalte) sinkt bei gleicher Miete und gleichem Einkommen die Wohnkostenbelastung mit zunehmender Haushaltsgröße; spiegelbildlich heißt dies, daß bei gleicher Miete und gleichem Einkommen das Wohngeld mit zunehmender Haushaltsgröße steigt.

Dies gilt auch für die 9- bis 12-Personen Haushalte, für die - um Schlechterstellungen gegenüber dem geltenden Recht (gesonderte Fortschreibungsformel) zu vermeiden - der Wert c wieder ansteigt.

Um eine erneute Anpassung der in die Wohngeldformel einzusetzenden Werte bei Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002 zu vermeiden, soll die Wohngeldformel bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wohngeldnovelle zum 1. Januar 2001 als „Euro-Formel“ konzipiert werden. Anderenfalls würde - wegen der Nichtlinearität dieser Formel - im Wohngeldgesetz vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001 eine Deutsche-Mark-Formel gelten, die ab dem 1. Januar 2002 durch eine Euro-Formel mit anderen haushaltsgrößenspezifischen Werten ersetzt werden müßte. Zur Anwendung der Formel in den Wohngeldstellen wäre in diesem Falle eine aufwendige Doppelprogrammierung notwendig.

Die Anwendung der vorgesehenen Euro-Formel erfordert im Jahr 2001 übergangsweise, in Deutsche Mark ermittelte oder angegebene Einkommens- und Mietbeträge in Euro umzurechnen und auf einen vollen Euro-Betrag zu runden (vgl. Anlage 2 zu Artikel 14 Nr. 1). Die weiteren in der Anlage 2 festgelegten Rundungsschritte für Miete und Einkommen sind erforderlich, um die Identität von Formelwerten und Tabellenergebnissen (für 1- bis 5-Personen-Haushalte) sicherzustellen. Absatz 2 Satz 1 stellt klar, daß im Jahr 2001 der monatliche Miet- und Lastenzuschuß in Deutsche Mark geleistet werden soll.

Zu Absatz 3

Absatz 3 soll es weiterhin ermöglichen, für einen großen Teil der wohngeldberechtigten Haushalte das Wohngeld auch anhand der Tabellen der Anlagen 3 bis 7 zu ermitteln. Damit wird sichergestellt, daß - auch ohne Anwendung der Rechenformel - für den überwiegenden Teil der betroffenen Haushalte die Höhe des Wohngeldes auf eine für den Bürger transparente, nachvollziehbare Weise festgestellt werden kann. Zugleich können Betroffene anhand der verbindlichen Tabellen die Berechnung des ihnen zustehenden Wohngeldes überprüfen.

Zu Absatz 4

Für Haushalte mit mehr als 12 Personen ist eine stark vereinfachte, pauschalierte Fortschreibungsformel entwickelt worden. Sie weist alle beschriebenen Eigenschaften der allgemeinen Wohngeldfunktion auf, sieht aber für die 13. und jede weitere Person im Haushalt einen pauschalen, von Miete und Einkommen unabhängigen Wohngeldzuschlag vor.

Angesichts der geringen Fallzahlen (nach Schätzungen des Instituts für Wohnen und Umwelt werden von dieser Regelung im Jahr der vollen Wirksamkeit der Wohngeldnovelle weniger als 0,03 v. H. aller Haushalte von Empfängern allgemeinen Wohngeldes in Deutschland betroffen sein) und dem im Regelfall sehr geringen Anteil des pauschal für die 13. und jede weitere Person geleisteten Zusatzwohngeldes an dem gesamten Wohngeldanspruch von 13- und mehr Personen-Haushalten ist diese vereinfachte Vorgehensweise im Vergleich zu einer weiteren aufwendigen Fortschreibung der Wohngeldformel gerechtfertigt.

Zu Nummer 2 (§ 3)

Zu Buchstabe a

Die Überschrift soll aufgrund der Ergänzung durch Buchstabe b angepaßt werden.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Absatz 1 - neu - entspricht der bisherigen Rechtslage, nach dem der Anspruch auf Wohngeld grundsätzlich einen Antrag voraussetzt, ausgenommen der Mietzuschuß nach dem Fünften Teil.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Buchstabe d (Absatz 5)

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Nummer 3 (§ 4)

Der bisherige § 8 Abs. 6 soll aus systematischen Gründen in § 4 übernommen werden; dabei soll Satz 1 genauer gefaßt werden.

Zu Nummer 4 (§ 4a)

Mit § 4a soll erstmalig eine Definition des Wohnraumbegriffs in das Gesetz eingefügt werden; dies dient der Klarstellung und der Anpassung des Gesetzes an die bisherige Rechtsprechung und Verwaltungspraxis.

Wohngeld wird gemäß § 1 zu den Aufwendungen für Wohnraum geleistet. Was unter Wohnraum zu verstehen ist, war bisher nicht im Wohngeldgesetz, sondern (nur) in der Wohngeldverwaltungsvorschrift geregelt. Dies wurde lange Zeit als ausreichend und im Vollzug unproblematisch angesehen. Infolge der Ende der 80er Jahre stark ansteigenden Zahl aufgenommener Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber änderte sich diese Beurteilung, und es kam vielfach zur Unterbringung in Notunterkünften (z. B. Schulen, Turnhallen) oder zu behördlicher Einweisung, z. B. in Ferien- und Wochenendhäuser.

Regelungsbedarf ergibt sich auch wegen der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung zu dem im Wohngeldrecht anzuwendenden Wohnraumbegriff. Das Bundesverwaltungsgericht hat erstmals in seinem Urteil vom 18. Januar 1991 - 8 C 63.89 - (BVerwGE 87, 299) festgestellt (Leitsatz): „Den Wohnraumbegriff der §§ 1 und 3 WoGG erfüllt nur ein Raum, der tatsächlich und (bau-)rechtlich zur dauernden Wohnnutzung geeignet und vom Berechtigten dazu bestimmt ist.“ Hierzu führt es aus, das Merkmal der Eignung sei „nicht schon erfüllt, wenn Raum nach seiner objektiven

Beschaffenheit ein dauerndes Wohnen ermöglicht, sondern erst dann, wenn überdies eine Dauernutzung zu Wohnzwecken (bau-)rechtlich zulässig ist" (a. a. O., 301).

Von dieser Rechtsprechung weichen die Regelungen der WoGVwV 1992 und der WoGVwV 1995 teilweise erheblich ab, vgl. die wohngeldfähige unentgeltliche Unterbringung in Ferien- und Wochenendhäusern sowie ausnahmsweise auch in Beherbungsbetrieben, Übergangsheimen und Frauenhäusern.

Die gesetzliche Neuregelung soll den Wohngeldbehörden einen möglichst einfachen Gesetzesvollzug erlauben, ihnen bei dem Massengeschäft der Wohngeldbewilligung nicht im Ergebnis die zusätzliche Wahrnehmung von Aufgaben der Bauordnungsbehörden aufbürden und - von Ausnahmen abgesehen - die Versagung von Wohngeld auch nicht als Sanktion für baurechtliche Mängel handhaben. Aus den angeführten Erwägungen wird im neuen § 4a auf die Zweckbestimmung zum Wohnen durch den Verfügungsberechtigten abgestellt. Dem Begriff des Wohnens ist ein Element der Dauer immanent, weshalb eine ausdrückliche Erwähnung im Gesetzeswortlaut entbehrlich ist. Hinzu kommt, daß auch eine befristete Widmung zum Wohnen, z. B. die Vermietung für ein Jahr, zur Begründung der Wohnraumeigenschaft ausreichen soll.

Im übrigen wird die tatsächliche Eignung zum Wohnen hervorgehoben. Sie muß sich aus der baulichen Anlage und Ausstattung ergeben; diese Begriffe werden bereits in § 15 II, WoBauG für die Definition von Wohnheimen verwendet.

Zu Nummer 5 (§ 5)

Zu Buchstabe a

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Buchstabe b

Der an § 5 Abs. 3 angefügte Satz 2 sieht vor, daß für Bewohner eines Heims im Sinne des Heimgesetzes als Miete der jeweilige Miethöchstbetrag nach § 8 Abs. 1 gelten soll. Damit soll die bisherige, von der Praxis als schwer handhabbar empfundene Regelung in § 7 WoGV zur Ermittlung der wohngeldfähigen Miete bei Pflegeheimbewohnern vereinfacht werden. Der Mietanteil des Heimentgelts liegt regelmäßig oberhalb der Miethöchstbeträge; die Anzahl der Heime, die eine unter dem Höchstbetrag liegende anteilige Miete aufweisen, ist demgegenüber zu vernachlässigen.

Zu Nummer 6 (§ 6)

Eigentümer eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung u. ä. können Wohngeld in Form eines sog. Lastenzuschusses erhalten. Hierzu ist nach der bestehenden Rechtslage eine in der Regel aufwendige Wohngeldlastenberechnung durchzuführen. Mit der Anfügung des neuen Satzes 2 an Absatz 2 soll eine Vereinfachung dadurch erreicht werden, daß die Wohngeldlastenberechnung entfallen kann, wenn die Belastung aus Zinsen und Tilgung schon den maßgeblichen Höchstbetrag nach § 8 erreicht oder übersteigt.

Zu Nummer 7 (§ 7)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung und eine redaktionelle Anpassung an die Aufhebung von Absatz 3 dar.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Einfügung ist eine Folgeänderung hinsichtlich der in § 5 Abs. 3 Satz 2 erfolgten pauschalen Bestimmung der Miethöchstbeträge als Miete für Heimbewohner (vgl. Nr. 5): Die Höchstbeträge sollen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung unabhängig von den Fallgestaltungen des § 7 Abs. 2 in jedem Fall als pauschale Miete gelten.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit der Änderung dieser Vorschrift sowie der Aufhebung des Absatzes 3 soll eine teilweise Gleichbehandlung von Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften mit Familien erreicht werden. Nach der bisherigen Rechtslage war in den Fällen, in denen Wohnraum von Personen mitbewohnt wird, die keine Familienmitglieder im Sinne von § 4 und nicht antragberechtigt sind, bei der Gewährung des Wohngeldes nur der Anteil der Miete oder Belastung zu berücksichtigen, der dem Anteil der Familienmitglieder an der Gesamtzahl der Bewohner entspricht (sog. Kopfteilsregelung für Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften). Zukünftig soll in den Fällen einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft, in denen eine derartige Wohnraumüberlassung unentgeltlich erfolgt, die volle Miete oder Belastung berücksichtigt werden (vgl. unten c zu Absatz 3).

In den Fällen, in denen Wohnraum unentgeltlich überlassen wird, ohne daß eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beteiligten Personen fortbesteht, soll auch künftig der Anteil der Miete, der auf den unentgeltlich überlassenen Wohnraum entfällt, für die Wohngeldbemessung nicht berücksichtigt werden. Damit sollen insbesondere

Umgehungsmöglichkeiten verhindert werden, indem z. B. einem Familienmitglied ein Teil des Wohnraums unentgeltlich überlassen wird und dabei die Haushaltsgemeinschaft nur deshalb nicht fortgeführt wird, damit ein Ausbildungsentgelt nicht auf das Gesamteinkommen angerechnet wird. Die Betroffenen würden sich so besser stellen als ein vergleichbarer Familienhaushalt, bei dem der Auszubildende mit der übrigen Familie eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne von § 4 Abs. 2 führt und Einkünfte deshalb auf das Gesamteinkommen anzurechnen sind.

Zu Doppelbuchstabe cc

Die Regelung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Buchstabe c (Absatz 3)

Nach der geltenden Regelung in Absatz 3 kann bei Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften nur der auf den Antragberechtigten entfallende Anteil der Miete für die Wohngeldberechnung zugrunde gelegt werden (sog. Kopfteilsregelung). Mit der Streichung des Absatzes soll zukünftig nach Maßgabe von Absatz 2 Nummer 2 die volle Miete herangezogen werden können.

Zu Nummer 8 (§ 8)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Höchstbeträge für Miete und Belastung werden um durchschnittlich 20 v. H. angehoben. Damit wird im Durchschnitt rd. die Hälfte der seit 1990 eingetretenen Mietentwicklung ausgeglichen.

Die Überschreiterquoten in den älteren Wohnungstypen sind höher als in den neueren und besser ausgestatteten Wohnungstypen, weil die Mietentwicklung bei den älteren Wohnungen seit 1990 deutlich überproportional verlaufen ist. Aus diesem Grund werden die Höchstbeträge für ältere Wohnungen stärker angehoben als für neuere Wohnungen.

Die Besetzung der bis 1965 bezugsfertig gewordenen Wohnungen „ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum“ ist sehr schwach (1997 rd. 1 v. H. aller Tabellenwohngeldempfänger in den alten Bundesländern). Bei den bis 1965 bezugsfertig gewordenen Wohnungen wird daher künftig nur noch zwischen Vollausrüstung und sonstiger Ausstattung unterschieden und ein gemeinsamer einheitlicher Höchstbetrag für „Wohnungen mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum“ und für „sonstigen Wohnraum“ festgelegt.

Da die zwischen 1966 und 1977 fertiggestellten Wohnungen mit sonstiger Ausstattung ebenfalls kaum besetzt sind (1997 rd. 0,6 v. H. aller Tabellenwohngeldempfänger in den alten Bundesländern), kann bei den Wohnungen dieses Baualters auf eine Differenzierung nach der Ausstattung ganz verzichtet werden.

Da sich die Quadratmeter-Mieten für Wohnungen der Baualtersklassen „1966 bis 1977“ und „1978 bis 1991“ im Schnitt über die Mietstufen und Haushaltsgrößen nicht wesentlich voneinander unterscheiden, werden darüber hinaus diese Baujahrgänge zu einer Klasse zusammengefaßt.

Mit diesen strukturellen Änderungen wird zugleich zur Rechtsvereinfachung beigetragen.

Nach erstmaliger Festlegung von Mietstufen in den neuen Ländern soll die Miethöchstbetragstabelle unverändert auch in den neuen Ländern angewandt werden. Dabei ist es sachgerecht, die neugefaßte Abgrenzung der Baualtersklassen auch für die neuen Länder vorzusehen. Dies gilt namentlich für die Baualtersklasse ab 1. Januar 1966, da seit dieser Zeit in der ehemaligen DDR industrielle Bauweisen dominieren. Dabei wird auch hier berücksichtigt, daß die Festlegung der Baualtersklassen zwangsläufig pauschalierend vorgenommen werden muß und als Folge der pauschalen Betrachtung regionale Abweichungen auch heute schon in einzelnen Bundesländern unberücksichtigt bleiben.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Änderung ist eine Folge der Reduzierung der Wohngeldtabellen von 8 auf 5.

Zu Buchstabe c (Absatz 6 und 7)

Absatz 6 soll aus systematischen Gründen in § 4 Abs. 4 übernommen werden, weil er die Haushaltsgröße, nicht aber die Höchstbeträge für Miete und Belastung betrifft. Auch Absatz 7 soll an dieser Stelle entfallen. Der bisherige Standort der Vorschrift im Ersten Teil des Gesetzes ist unsystematisch. Die Regelung soll deshalb in die Schlußvorschriften des Achten Teils aufgenommen werden. Dabei wird anstelle der bisherigen zweijährigen eine vierjährige Berichterstattung vorgesehen (vgl. Begründung zu § 39).

Zu Nummer 9 (§§ 9 bis 14)

Die bisherigen Vorschriften zur Einkommensermittlung (§§ 9-17) sollen durch neue Regelungen (§ 9-14) ersetzt werden. Dies dient vor allem der Angleichung der Einkommensermittlung an die Vorschriften des II. WoBauG.

Zu § 9

In § 9 wird der Begriff des Gesamteinkommens (§ 25 Abs. 3 II. WoBauG) anstelle des bisherigen Familieneinkommens definiert.

Zu § 10

Zu Absatz 1

§ 10 enthält in Absatz 1 mit dem Begriff des Jahreseinkommens eine dem § 25a II. WoBauG entsprechende Regelung unter Berücksichtigung der einkommensteuerlichen Änderungen des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 vom 24. März 1999. Damit wird die bisherige Regelung, die alle Einnahmen in Geld und Geldeswert berücksichtigt (§ 10 a. F.), zugleich aber einen umfangreichen Katalog außer Betracht bleibender Einnahmen enthält (§§ 12-17 a. F.), weitgehend ersetzt.

Absatz 1 soll festlegen, wie das Jahreseinkommen des jeweiligen Familienmitglieds zu ermitteln ist. Für die Ermittlung des Jahreseinkommens ist die Summe der positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 EStG maßgebend. Einkünfte sind danach bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn, bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und bei sonstigen Einkünften im Sinne des § 22 EStG der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten; steuerfreie Einnahmen sind hierbei nicht anzurechnen. Wie bislang soll bei der Ermittlung des Jahreseinkommens in Abweichung vom Einkommensteuergesetz ein Ausgleich mit negativen Einkünften aus anderen Einkunftsarten und mit negativen Einkünften des zusammenveranlagten Ehegatten nicht zulässig sein.

Für die wohngeldrechtliche Einkommensermittlung soll es ausschließlich auf die positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 EStG ankommen. Es wird daher nicht auf den „Gesamtbetrag der Einkünfte“, das „Einkommen“ und das „zu versteuernde Einkommen“ im Sinne von § 2 Abs. 3 bis 5 EStG abgestellt, so daß die mit diesen Begriffen inhaltlich verbundenen Entlastungs-, Abzugs-, Frei- und sonstigen Minderungsbeträge auf die Ermittlung des wohngeldrechtlich relevanten Einkommens keinen Einfluß haben.

Zu Absatz 2

In Absatz 2 werden bestimmte Einnahmen, die nach § 2 EStG nicht zu den positiven Einkünften gehören, wohngeldrechtlich aber auch bisher schon zu den Einnahmen gerechnet wurden, ausdrücklich als relevantes Einkommen aufgeführt. Diese Durchbrechung des Prinzips der Abhängigkeit der Einkommensermittlung vom Einkommensteuerrecht beruht darauf, daß grundsätzlich auch steuerfreie Einnahmen, die dem Haushalt tatsächlich zur Verfügung stehen, bei der Ermittlung des Jahreseinkommens erheblich sein sollen. Im Ergebnis wird hierdurch die geltende Rechtslage fortgeführt, so daß es in der Regel nicht zu finanziellen Nachteilen für die Wohngeldempfänger kommen wird.

Zu Nummer 1

Nach Nummer 1 soll wie bisher der nach § 19 Abs. 2 EStG steuerfrei gebliebene Betrag von Versorgungsbezügen anzurechnen sein. Aus Gründen der Gleichbehandlung soll diese Regelung auch auf den sich nach § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b EStG ergebenden Versorgungsfreibetrag für Abgeordnetenbezüge erstreckt werden.

Zu Nummer 2

Nach Nummer 2 sollen steuerfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit zum Einkommen gerechnet werden, da derartige Einnahmen auch zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Die wohngeldrechtliche Ermittlung des Jahreseinkommens wird damit zugleich von den mit der Vorschrift des § 3b EStG verbundenen aufwendigen Berechnungen, mit denen im Steuerrecht der steuerfreie Anteil ermittelt werden muß, entlastet.

Zu Nummer 3

Nach Nummer 3 sollen der gem. § 3 Nr. 39 EStG steuerfreie und der gem. § 40a EStG vom Arbeitgeber pauschal besteuerte Arbeitslohn als Einkommen gelten. Da derartige Einnahmen dem Haushalt zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, ist die Anrechnung bei der Einkommensermittlung geboten.

Zu Nummer 4

Zur Sparförderung und zum Ausgleich von Geldwertminderungen werden private Kapitaleinkünfte von unbeschränkt Steuerpflichtigen nur besteuert, soweit sie einen Freibetrag von 6.000 DM für Ledige und von 12.000 DM für Verheiratete bzw. nach dem Steuerentlastungsgesetz ab 1. Januar 2000 einen Freibetrag von 3.000 bzw. 6.000 DM übersteigen. Da diese im Einzelfall erheblichen Einkommensbestandteile dem Haushalt auch zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, sollen sie nach Nummer 4 bei der Einkommensermittlung berücksichtigt werden.

Zu Nummer 5

Bei den steuerpflichtigen Renten im Sinne von § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG handelt es sich um Leibrenten. Dazu gehören insbesondere Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, wie z. B. Altersrenten, Renten wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit, Witwen-/Witwerrenten und Renten aus Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall. Da die Renten nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG nur in Höhe ihres sog. Ertragsanteils besteuert werden, andererseits aber auch der steuerfreie Teil zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung steht, soll in Nummer 5 geregelt werden, daß diese Renten in Höhe des den Ertragsanteil übersteigenden Teils zu berücksichtigen sind.

Zu Nummer 6

Nach Nummer 6 soll für Bewohner von Wohnraum im eigenen Haus der Mietwert des eigengenutzten Wohnraums als Einkommen angerechnet werden. Die Regelung betrifft den Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, der in einer der ihm gehörenden Wohnungen wohnt. Da er keine Miete bezahlt, wäre er an sich nicht für einen Mietzuschuß antragberechtigt. Da er andererseits auch nicht antragberechtigt für einen Lastenzuschuß ist, wird ihm nach § 3 Abs. 2 Nr. 4 ein eigenes Antragsrecht auf Mietzuschuß eingeräumt; dabei tritt nach § 5 Abs. 3 Satz 1 an die Stelle der Miete der Mietwert des Wohnraumes. Da der Eigentümer im Gegensatz zum Mieter tatsächlich keine Mietbelastung trägt, ist es geboten, ihm auf der Einkommensseite den Mietwert des eigengenutzten Wohnraums als Einkommen anzurechnen, um ihn dem Mieter, der aus seinem Einkommen die Mietbelastung trägt, insoweit gleichzustellen.

Zu Nummer 7

Nummer 7 soll sicherstellen, daß Ansparabschreibungen im Sinne von § 7g Abs. 3 Satz 1 EStG in voller Höhe sowie Beträge für Sonderabschreibungen und erhöhte Absetzungen, die über die normalen Absetzungen nach § 7 EStG hinausgehen, nicht wie bei der steuerlichen Ermittlung einkommensmindernd berücksichtigt werden.

Im Falle der Ansparabschreibung soll sich das Jahreseinkommen aber um den Betrag der gewinnerhöhenden Rücklagenauflösung nach § 7g EStG vermindern. Die Ansparabschreibung nach § 7g Abs. 3 bis 7 EStG (von 50 v. H. der künftigen Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines begünstigten Wirtschaftsguts) setzt sich betragsmäßig zusammen aus 20 v. H. Sonderabschreibung nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG sowie 30 v. H. Abschreibung nach § 7 Abs. 2 EStG. Durch die Inanspruchnahme der Ansparabschreibung kann die gewinnmindernde Wirkung einer Abschreibung aus dem Wirtschaftsjahr, in dem ein Wirtschaftsgut angeschafft oder hergestellt wird, in das Wirtschaftsjahr vorverlagert werden, in dem die Rücklage nach § 7g Abs. 3 EStG gebildet wird. Technisch geschieht dies dadurch, daß im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung die gewinnmindernde Wirkung der vorgenommenen Abschreibung (z. B. nach § 7 Abs. 2 und § 7g Abs. 1 und 2 EStG) durch die gewinnerhöhende Rücklagenauflösung nach § 7g Abs. 4 EStG neutralisiert wird.

Um eine doppelte Hinzurechnung der Ansparabschreibung (im Jahr der Rücklagenbildung) und der vorgenommenen Sonderabschreibung (nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG im Jahr der Anschaffung oder Herstellung) zu vermeiden, sollen die Gewinnerhöhungen aus der Rücklagenauflösung nach § 7g EStG von der Bemessungsgrundlage wieder abgezogen werden.

Zu Nummer 8

Nach Nummer 8 sollen die einkommensabhängigen Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz einkommenserhöhend angesetzt werden. Hierbei handelt es sich um Renten, die nach § 3 Nr. 6 EStG steuerfrei sind. Da diese Einnahmen dem Haushalt aber zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, ist ihre Anrechnung geboten. Grundrenten, denen auch eine Schadensersatzfunktion zukommt, bleiben bei der Einkommensermittlung wie in § 14 Abs. 1 Nr. 6 WoGG und § 76 Abs. 1 BSHG außer Betracht.

Zu Nummer 9

Mit Nummer 9 soll geregelt werden, daß Lohn- und Einkommensersatzleistungen nach § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG (z. B. Arbeitslosengeld, -hilfe, Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Vorruhestandsgeld) wie bisher bei der Einkommensermittlung zu erfassen sind, da diese Einkünfte dem Haushalt zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die ausländischen Einkünfte nach § 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG.

Zu Nummer 10 und 11

Nach bisherigem Recht wurde bei Gewährung von Leistungen nach § 23 bzw. § 39 des 8. Buches Sozialgesetzbuch der in der Leistung enthaltene Erziehungsanteil in voller Höhe bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung berücksichtigt. Hiervon konnten Werbungskosten abgezogen werden. Die Neuregelung mit einer nur hälftigen Anrechnung des Erziehungsanteils soll auch künftig dazu beitragen, daß die Aufnahmebereitschaft für Pflegekinder in Familien erhalten bleibt. Das nach Freistellung der Hälfte des Erziehungsanteils noch zu berücksichtigende Einkommen verkürzt den Wohngeldanspruch des Pflegehaushalts nur geringfügig.

Bei der Vollzeitpflege ist in den Fällen, in denen das Kind zum Haushalt der Pflegeeltern rechnet, der Anteil des Pflegegeldes, der zur Deckung des Lebensunterhaltes des Kindes bestimmt ist, Einnahme des Kindes und wird dem Pflegehaushalt als Einnahme wohngeldmindernd zugerechnet (vgl. Wohngeldverwaltungsvorschrift zu § 10 Nr. 10.15). Zukünftig soll auch hier wie in den Fällen der Tagespflege nur noch der Erziehungsanteil Einnahme sein mit entsprechenden Wohngeldverbesserungen für den Pflegehaushalt.

Bei nur vorübergehender Abwesenheit des Pflegekindes vom elterlichen Haushalt werden diesem Haushalt nach geltendem Recht häusliche Ersparnisse in Höhe von zwei Drittel des maßgeblichen Regelsatzes der Sozialhilfe angerechnet (vgl. Wohngeldverwaltungsvorschrift zu § 14 Nr. 14.117 Abs. 3 Buchstabe d). Künftig bleibt die Einkommensanrechnung auf den Erziehungsanteil beschränkt.

Zu Nummer 12

Pflegegeld nach dem 11. Buch Sozialgesetzbuch wurde nach bisherigem Recht bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung bei der Pflegeperson berücksichtigt, wenn die Pflegeperson nicht in häuslicher Gemeinschaft mit dem Bezieher des Pflegegeldes lebte. Mit der Neuregelung wird künftig nur noch die Hälfte der weitergereichten Leistungen aus der Pflegeversicherung angerechnet. Durch die Wohngeldleistungsverbesserungen werden die Regelungen den Bestimmungen des Steuerrechts und des Bundessozialhilfegesetzes angenähert; eine vollständige Angleichung ist aus finanziellen Gründen derzeit nicht möglich. Die Verbesserungen sollen darüber hinaus dazu beitragen, die Bereitschaft von Personen zur Ausübung der häuslichen Pflege zu stärken.

Zu Nummer 13.1. bis 13.3.

Die Berufsausbildungsbeihilfe nach dem 3. Buch Sozialgesetzbuch, die Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, die Beiträge zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Aufstiegfortbildungsförderungsgesetz, die Leistungen der Begabtenförderungswerke und die als Zuschuß gezahlte Graduiertenförderung werden nicht besteuert. Da sie aber dem Haushalt auch zur Deckung des Lebensunterhaltes zur Verfügung stehen, sollen künftig nach Nummer 13 die als Zuschuß geleistete Graduiertenförderung voll und die sonstigen (vollständig oder teilweise) als Zuschuß erbrachten Leistungen zur Ausbildungsförderung zur Hälfte bei der Einkommensermittlung angerechnet werden. Die Anrechnung soll dabei nur bei der Graduiertenförderung in voller Höhe erfolgen, weil der Zuschuß dem in der wissenschaftlichen Fortbildung stehenden Empfänger regelmäßig in vollem Umfang zur Deckung der für die eigene Haushaltsführung entstehenden Ausgaben zur Verfügung steht.

Nach der bisherigen Rechtslage waren bei Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in Fällen der auswärtigen Unterbringung von der als Zuschuß gewährten Leistung 40 v. H. bei der Einkommensermittlung zu berücksichtigen, in Fällen der Unterbringung bei den Eltern 60 v. H. Zukünftig werden einheitlich 50 v. H. als Einkommen berücksichtigt. Zusätzlich können zukünftig die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen Werbungskosten abgezogen werden. Darüber hinaus sind nach § 13 Abs. 2 die bei vorübergehender Abwesenheit von 2.400 DM auf 6.000 DM erhöhten Absetzungsbeträge für Unterhaltungsleistungen abziehbar.

Die Neuregelung führt damit im Ergebnis zu einer geringeren oder gleichhohen Einkommensanrechnung wie die gegenwärtige Rechtslage, dabei aber gleichzeitig zu einer erhöhten Treffsicherheit der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung.

Zu Nummer 14

Nach Nummer 14 soll die Hälfte der steuerfreien Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld nach § 14 Mutterschutzgesetz als Einnahme berücksichtigt werden, soweit sie nicht auf das Erziehungsgeld angerechnet werden. Diese steuerfreien Zuschüsse treten an die Stelle des ansonsten als Einkommen erzielten Netto-Arbeitslohns. Eine Anrechnung ist dem Grunde nach gerechtfertigt, weil die Zuschüsse dem Haushalt zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Mit der nur hälftigen Anrechnung wird der besonderen Situation der werdenden Mutter Rechnung getragen.

Zu Nummer 15

Aus § 22 Nr. 1 a EStG folgt, daß Unterhaltsleistungen vom Empfänger nicht zu versteuern sind, wenn der Geber keinen Sonderausgabenabzug beantragt oder der Empfänger dem Sonderausgabenabzug ausdrücklich nicht zugestimmt hat. Da derartige Unterhaltsleistungen dem Haushalt dauerhaft zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, ist ihre Anrechnung geboten; die Einnahmen sollen künftig nach Nummer 15 bei der Einkommensermittlung erfaßt werden.

Zu Nummer 16

Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Bundesversorgungsgesetzes stehen zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung. Daher sollen sie insoweit nach Nummer 16 anrechenbar sein, als sie die bei ihrer Berechnung berücksichtigten Kosten des Wohnraums oder bei Heimbewohnern den Miethöchstbetrag übersteigen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 soll entsprechend dem bisherigen Recht den Abzug von Werbungskosten und Aufwendungen zum Erwerb, zur Sicherung und zur Erhaltung von steuerfreien Einnahmen nach Absatz 2 ermöglichen.

Hiervon werden die Fälle des Absatzes 2 Nr. 10 und 11 ausgenommen. Bei der Einkommensermittlung waren bisher bei Leistungen nach dem 8. Buch Sozialgesetzbuch Werbungskosten abziehbar. In der überwiegenden Zahl der Fälle bedurfte es einer mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbundenen Ermittlung der durch die Pflege entstehenden Werbungskosten. Diese Leistungen sollen gegenüber der bisherigen Rechtslage zukünftig nur noch zur Hälfte als Einkommen angerechnet werden (vgl. Begründung zu Absatz 2 Nr. 10 und 11). Deshalb ist es gerechtfertigt, Werbungskosten und Aufwendungen zum Erwerb, zur Sicherung und zur Erhaltung von steuerfreien Einnahmen mit der nur hälftigen Anrechnung der Leistung als pauschal abgegolten anzusehen und nicht zusätzlich abzuziehen.

Zu § 11

Die Vorschriften über den Ermittlungszeitraum des Jahreseinkommens (§ 11) entsprechen im wesentlichen § 25 c II. WoBauG; Absatz 1, 3 und 4 sind sprachlich anders gefaßt, Absatz 5 ist neu.

Die für die Einkommensermittlung maßgebenden Grundsätze sollen den Verwaltungsvollzug erleichtern und zugleich auch der Ermittlung eines zeitnahen Einkommens dienen. Die nach der Antragstellung künftig zu erwartenden Einkommen und damit auch sicher bevorstehenden Änderungen der Einkünfte (z. B. Aufnahme einer Berufstätigkeit nach Abschluß von Ausbildung, Wehrdienst, Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub, Beendigung der Erwerbstätigkeit und Rentenbezug) sollen nach der Neuregelung grundsätzlich berücksichtigt werden können.

Zu Absatz 1

Das Jahreseinkommen soll nach Absatz 1 regelmäßig dadurch ermittelt werden, daß das Einkommen zugrunde gelegt wird, das in den zwölf Monaten nach der Antragstellung zu erwarten ist. Darunter ist das Einkommen zu verstehen, das aufgrund der im Zeitpunkt der Antragstellung bekannten Daten verläßlich prognostiziert werden kann. Für die Einkommensprognose sind, soweit erforderlich, alle bekannten Daten heranzuziehen. Hierzu können grundsätzlich auch Einkommensnachweise aus einem zurückliegenden Zeitraum herangezogen werden.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 ist grundsätzlich das Einkommen der letzten zwölf Monate vor der Antragstellung zugrunde zu legen, wenn die Höhe des zu erwartenden Einkommens nach Absatz 1 nicht ermittelt werden kann. Die Bezugnahme auf Absatz 1 soll deutlich machen, daß Absatz 2 nur dann angewandt werden soll, wenn die Prognoseentscheidung nach Absatz 1, ggfs. unter Rückgriff auf Einkommensnachweise aus der Vergangenheit, nicht möglich ist. Im letzteren Fall soll es bei dem - nachgewiesenen - Einkommen der letzten zwölf Monate verbleiben.

Zu Absatz 3

Werden zum Haushalt rechnende Familienmitglieder zur Einkommensteuer veranlagt, so sollen nach Absatz 3 bei der Einkommensermittlung die Einkünfte berücksichtigt werden können, die sich aus dem letzten Einkommensteuerbescheid, den Vorauszahlungsbescheiden oder der letzten Einkommensteuererklärung ergeben. Auch diese Personen haben aber möglichst zeitnahe Angaben über ihr Einkommen zu machen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 Satz 1 entspricht der bisherigen Rechtslage. Danach wird Einkommen, das in dem Bewilligungszeitraum gezahlt wird, aber einem anderen Zeitraum zuzurechnen ist, nicht angerechnet. Dies betrifft z. B. Gehalts- oder Rentennachzahlungen.

Der umgekehrte Fall, daß Einkommen vor Beginn des Bewilligungszeitraums gezahlt wird, aber für die Bestreitung des Lebensunterhalts während des Bewilligungszeitraums bestimmt ist, war bisher nicht erfaßt. Dies betrifft z. B. eine Gehaltsvorauszahlung, die im Monat vor dem Beginn des Bewilligungszeitraums gezahlt wird, aber Arbeitsentgelt darstellt, das seiner Zweckbestimmung nach im Bewilligungszeitraum anfällt. Mit der Ergänzung durch Satz 2 wird diese Lücke nunmehr geschlossen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 regelt die sog. Plausibilitätskontrolle bei einem nachgewiesenen Einkommen unterhalb des sozialhilferechtl. Bedarfs. Dies dient der sachgerechten Ermittlung des Einkommens.

Zu § 12

Zu Absatz 1 und 2

§ 12 übernimmt hinsichtlich des pauschalen Abzugs in Absatz 1 und 2 im wesentlichen die Regelung des § 25 b Abs. 1 II. WoBauG. Zukünftig soll für jeden Belastungsfaktor - Steuern und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken- oder Rentenversicherung - ein gleich hoher Satz in Höhe von jeweils 10 v. H. von dem nach §§ 10 und 11 ermittelten Einkommen abgezogen werden. Fallen alle drei Belastungsfaktoren an, können maximal 30 v. H. abgezogen werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 behandelt die Beiträge zur privaten Altersvorsorge, die nur dann nicht zu einem Abzug führen, wenn eine im wesentlichen beitragsfreie oder eine drittfinanzierte Alterssicherung (z. B. bei Beamten) besteht.

Zu Absatz 4

Um soziale Härten zu vermeiden bzw. sonstige Belastungen pauschal zu berücksichtigen, soll nach Absatz 4 wie bisher in jedem Falle mindestens ein Pauschalabzug in Höhe von 6 v. H. erfolgen.

Zu § 13

Zu Absatz 1

§ 13 regelt die Frei- und Abzugsbeträge. Die Freibetragsregelung für Schwerbehinderte soll an den Wortlaut und die Voraussetzungen der entsprechenden Freibetragsregelung des § 25 d Abs. 1 Nr. 3 II. WoBauG angepaßt werden, allerdings unter Zugrundelegung der bisherigen DM-Beträge. Gegenüber § 16 Abs. 2 a. F. soll wie im II. Wohnungsbaugesetz der bisherige Freibetrag (2.400 DM) für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 80 bis unter 100, die nicht häuslich pflegebedürftig sind, entfallen, weil hier der Bezug zu einem höheren Wohnkostenaufwand fehlt. Im übrigen ist die Übernahme der sehr viel höheren Freibeträge für Schwerbehinderte nach dem II. Wohnungsbaugesetz wegen der unterschiedlichen Zweckrichtung dieses Gesetzes und des Wohngeldgesetzes nicht vorgesehen. Die Freibeträge werden zukünftig aber vom Gesamteinkommen abgesetzt; dadurch können sich Freibeträge auch in den Fällen einkommensmindernd auswirken, in denen der Schwerbehinderte selbst kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen hat, andere Familienmitglieder aber über Einkommen verfügen.

Zudem ergibt sich durch Umstellung eine neue Reihenfolge zwischen den pauschalen Abzügen und den Freibeträgen: Aufgrund der Reihenfolge der gesetzlichen Vorschriften sind nach der geltenden Rechtslage bei der Ermittlung des Jahreseinkommens zunächst die Freibeträge abzuziehen; erst von dem sich ergebenden Betrag ist der Pauschalabzug in der jeweils maßgeblichen Höhe vorzunehmen. Der Pauschalabzug wird also von dem niedrigeren, schon um die Freibeträge reduzierten Ausgangsbetrag vorgenommen. Zukünftig soll zuerst der Pauschalabzug erfolgen. Von dem sich ergebenden Betrag werden die Freibeträge abgesetzt. Der Pauschalabzug erfolgt also von dem ursprünglichen, nicht um die Freibeträge reduzierten Betrag und kann sich insoweit stärker auswirken. Es erfolgt daher ein höherer Abzug als nach der geltenden Rechtslage, was sich aufgrund des dadurch niedrigeren maßgeblichen wohngeldrechtlichen Jahreseinkommens im Ergebnis wohngelderhöhend auswirkt.

Im übrigen sollen der bisher in § 16 Abs. 1 Nr. 2 a. F. geregelte Freibetrag für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und ihnen Gleichgestellte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes und der bisher in § 15 Abs. 3 a. F. geregelte Freibetrag für zum Haushalt rechnende Kinder zwischen 16 und 24 Jahren mit eigenem Einkommen aus systematischen Gründen in Nummer 3 bzw. Nummer 4 übernommen werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält eine Neufassung der Abzugsbeträge für Unterhaltsverpflichtungen, die sich stärker als bisher an der tatsächlichen Höhe der Verpflichtung orientieren, sowie erhöhte pauschale Abzugsbeträge.

Die bisherige Freibetragsregelung, nach der Alleinerziehende von Kindern unter 12 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen einen Freibetrag i. H. v. 1.200 DM geltend machen können, soll - als Folge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998 zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten (2 BvR 1057/91, 1226/91, 980/91; BVerfGE 99, 216 ff., NJW 1999, 557 ff.) - aufgehoben werden.

Der bisherige Freibetrag des § 15 Abs. 4 a. F. für Familienmitglieder über 62 Jahre, die mit zumindest einem mindestens 25jährigen Verwandten oder Verschwägerten einen Haushalt führen (2.400 DM), soll entfallen, weil es keinen rechtfertigenden Grund für diese Besserstellung gibt.

Zu § 14

§ 14 enthält eine dem § 13 a. F. entsprechende, sprachlich geringfügig geänderte Regelung.

Zu Nummer 10 (§§ 15-17)

Die Aufhebung der §§ 15-17 a. F. ist Folge der Neufassung durch die §§ 8-14, die die §§ 9-17 a. F. ersetzen sollen.

Zu Nummer 11 (§ 18)

Mit der Neufassung der Vorschrift sollen die bisher in § 18 enthaltenen Ausschlußgründe für das Wohngeld neu zusammengefaßt werden.

Nummer 1 entspricht der bisherigen Regelung in Absatz 1 Nr. 1; der bisherige zweite Halbsatz wird - ohne inhaltliche Änderung der Vorschrift - gestrichen.

Nummer 2 entspricht unverändert Absatz 1 Nr. 2 a. F.

Absatz 1 Nr. 3 a. F. soll gestrichen werden: Die bisherige Regelung zum Wegfall des Wohngeldanspruchs bei Entrichtung von Vermögensteuer kann entfallen, da dieser Steuertatbestand inzwischen gestrichen wurde. Eine materielle Änderung liegt insoweit nicht vor, da die Inanspruchnahme von Wohngeld in Fällen eines entsprechend großen Vermögens regelmäßig mißbräuchlich im Sinne der neuen Nummer 6 (bisheriger § 18 Abs. 3) sein dürfte.

Nummer 3 und 4 entsprechen dem bisherigen Absatz 2.

Nummer 5 setzt aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung eine Geringfügigkeitsgrenze fest.

Nummer 6 entspricht dem bisherigen Absatz 3.

Zu Nummer 12 (§ 25)

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Nummer 13 (§ 27)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Nummer 14 (§ 28)

Mit dem neu angefügten Absatz 3 soll sichergestellt werden, daß Wohngeldempfänger, die zu Unrecht Wohngeld nach dem Fünften Teil des Gesetzes erhalten haben, ein ihnen statt dessen zustehendes Wohngeld nach den allgemeinen Vorschriften nur insoweit erhalten, als es den Rückforderungsbetrag für das zu Unrecht geleistete Wohngeld übersteigt. Im Ergebnis wird hierdurch eine „Aufrechnung“ zwischen dem Rückforderungsanspruch für das zu Unrecht geleistete Wohngeld und dem neuen Wohngeldanspruch des Wohngeldberechtigten bewirkt, Doppelzahlungen werden somit vermieden. Die Erstattungsansprüche der Gebietskörperschaften untereinander bleiben von der Neuregelung unberührt.

Zu Nummer 15 (§ 29)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung betrifft eine sprachliche Anpassung des wohngeldrechtlichen Einkommensbegriffs „Familieneinkommen“ an den in § 25 Abs. 3 II. WoBauG verwendeten Begriff „Gesamteinkommen“.

Zu Buchstabe b (Absatz 3)

Die Änderung in Nummer 2 stellt eine sprachliche Anpassung des wohngeldrechtlichen Einkommensbegriffs „Familieneinkommen“ an den in § 25 Abs. 3 II. WoBauG verwendeten Begriff „Gesamteinkommen“ dar. Die Änderung nach Nummer 2 stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Buchstabe c (Absatz 4)

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Änderung stellt eine sprachliche Anpassung an den Gesetzeswortlaut im übrigen dar.

Zu Doppelbuchstabe bb

Unter den näheren Voraussetzungen von Nummer 1 und 2 hat der Wohngeldempfänger eine Mitteilungspflicht gegenüber der zuständigen Stelle über Änderungen der monatlichen Miete oder Belastung bzw. der Einnahmen. Nach der bisherigen Regelung besteht diese Verpflichtung nur für die Zeit des laufenden Wohngeldbezuges. Für den Fall, daß die angeführten Änderungen erst nach Ablauf des Bewilligungszeitraums eintreten, aber auf diesen Bewilligungszeitraum zurückwirken, besteht eine (nachträgliche) Mitteilungspflicht nicht. Mit der Anfügung von Satz 3 in Absatz 4 soll diese bisher fehlende gesetzliche Mitwirkungspflicht des ehemaligen Wohngeldempfängers wegen nachträglicher, auf den Bewilligungszeitraum zurückwirkender Änderungen begründet werden. Zugleich sollen die zum Haushalt rechnenden Familienangehörigen hinsichtlich ihrer bei Einnahmeänderungen gegebenen Mitteilungspflicht gegenüber dem Wohngeldempfänger erfaßt werden.

Zu Nummer 16 (§ 30)

§ 30 Abs. 4 ist mit dem 9. Wohngeld-Änderungsgesetz vom 20. Juni 1991 eingefügt worden, um das Wohngeldrecht für das Erstattungsverfahren nach dem 10. Buch Sozialgesetzbuch zu öffnen. Danach soll eine Erstattung stattfinden, wenn dem Wohngeldempfänger nachträglich und rückwirkend andere Sozialleistungen zuerkannt werden, die zur Deckung des Lebensunterhalts (einschließlich der Wohnkosten) oder zur Bezahlung der Wohnkosten (Miete oder Belastung) bestimmt sind. Der Wohngeldempfänger soll so gestellt werden, als hätte ihm die nachträglich bewilligte Sozialleistung bereits von Anfang an zur Verfügung gestanden.

Nach dem neuen § 31 Abs. 5 kann zukünftig die Bemessung des Mietzuschusses nach § 32 bis zu 6 Monate zurückgestellt werden, wenn voraussichtlich in absehbarer Zeit vorrangige Sozialleistungen zu erwarten sind (vgl. Begründung zu § 31 Abs. 5). Erstattungsverfahren werden in diesen Fällen nicht mehr erforderlich. Seit der Einfügung von § 29 Abs. 3 durch das Gesetz zur Umsetzung des föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 ist zudem folgendes zu beachten: Für die bisherigen Tabellenwohngeldempfänger (zukünftige Empfänger allgemeinen Wohngeldes) liegt im Falle nachträglicher oder rückwirkender Bewilligung anderer Sozialleistungen in der Regel eine Erhöhung der Einnahmen vor, durch die sich das Gesamteinkommen um mehr als 15 v. H. erhöht mit der Folge, daß über die Leistung von Amts wegen neu zu entscheiden ist. Damit bedarf es für diese Fälle regelmäßig nicht mehr eines Rückgriffs auf die Erstattungsregelungen des 10. Buchs Sozialgesetzbuch.

Für den Mietzuschuß nach dem Fünften Teil soll das Erstattungsverfahren weiterhin vorgesehen werden (vgl. Begründung zu § 33 Abs. 3). § 30 Abs. 4 soll deshalb insgesamt gestrichen werden.

Zu Nummer 17 (Überschrift Fünfter Teil)

Bestimmte Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge enthalten nach geltendem Recht ein besonders ausgestattetes Wohngeld (Pauschalwohngeld) als Mietzuschuß, geregelt im Fünften Teil. Auch künftig sollen für diese Personengruppen besondere wohngeldrechtliche Vorschriften bestehen. Mit der neuen Überschrift „Mietzuschuß“ soll herausgestellt werden, daß das Wohngeld hier nicht auch den Lastenzuschuß umfaßt.

Die Neufassung der Vorschriften des Fünften Teils (§§ 31 bis 33) sieht zugleich eine neue systematische Einteilung der Vorschriften wie folgt vor:

- § 31 soll den Anwendungsbereich für die besonderen Regeln des Fünften Teils für bestimmte Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge bestimmen sowie den Wegfall und die Zurückstellung des Mietzuschusses regeln,
- § 32 soll die besonderen Regeln über die Bemessung des Mietzuschusses enthalten,
- § 33 soll ergänzende Regeln vorsehen.

Zu Nummer 18 (§ 31)

§ 31 soll auch künftig den Anwendungsbereich des Fünften Teils regeln. Dabei sollen Absatz 2 unverändert übernommen und die Absätze 1, 3 und 4 unter Einbeziehung weiterer Regelungen (u. a. aus dem bisherigen § 32), die ebenfalls den Anwendungsbereich bestimmen, wie folgt neu gefaßt werden:

Zu Buchstabe a

Die Überschrift soll an den erweiterten Regelungsgehalt der Vorschrift, die auch Wegfall und Zurückstellung des Mietzuschusses regeln soll, angepaßt werden.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Die Neufassung soll klarstellen, daß für die dort bezeichneten Mieter und Nutzungsberechtigten die speziellen Vorschriften der §§ 32 und 33 über die Leistung von Mietzuschuß anzuwenden sind. Darüber hinaus soll in Nummer 1 herausgestellt werden, daß es sich um Personengruppen handelt, denen ohne Berücksichtigung des Wohngeldes entsprechende Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge zustehen.

Absatz 1 entspricht dem bisherigen Absatz 1 Satz 1. In der Nummer 1 soll nunmehr darauf abgestellt werden, daß laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz oder der entsprechenden Hilfe insbesondere nach dem Bundesversorgungsgesetz „ohne Berücksichtigung des Wohngeldes“ zustehen. Es soll nicht mehr darauf ankommen, daß Familienmitglieder diese Sozialleistungen nach Wohngeld auch tatsächlich erhalten. Durch diese Änderung soll ein sach- und praxisingerechter Gesetzesvollzug rechtlich für Fälle gesichert werden, in denen nach der Bedarfsermittlung ein Anspruch auf laufende individuelle Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz oder Bundesversorgungsgesetz besteht, jedoch bei Berücksichtigung des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil für einzelne Familienmitglieder entfällt. § 31 Abs. 1 Satz 2 soll, da entbehrlich, nicht übernommen werden.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Buchstabe d

Zu Absatz 3

Absatz 3 soll die Ausschlußgründe für die Anwendung der besonderen Vorschriften des § 32 regeln. Er entspricht inhaltlich dem bisherigen Absatz 4. Die Wörter „und solange“ in Nummer 2 sind entbehrlich und sollen gestrichen werden; eine rechtliche Änderung soll damit nicht verbunden sein. Auf den bisherigen Absatz 3 (Anwendbarkeit in bestimmten Fällen der Darlehensgewährung von Sozialhilfe) soll, da ohne praktische Bedeutung, verzichtet werden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 soll Regeln über den zeitlichen Anwendungsbereich der besonderen Vorschriften des § 32 enthalten. Die Regelung entspricht dem bisherigen § 32 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5.

Zu Buchstabe e (Absatz 5)

Satz 1 dient der Verwaltungsvereinfachung: Hat ein Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigter voraussichtlich in absehbarer Zeit vorrangige Sozialleistungen zu erwarten, z. B. weil über seinen Rentenantrag noch nicht entschieden ist, kann die Entscheidung über den Mietzuschuß für bis zu sechs Monate zurückgestellt werden. Wird innerhalb dieses Zeitraums die vorrangige Sozialleistung erbracht, kann ein evtl. zustehender Mietzuschuß unter Berücksichtigung dieser anderen Sozialleistungen als Einnahme von vornherein in der zustehenden Höhe geleistet werden. Das aufwendige Erstattungsverfahren für das nach bisheriger Rechtslage zunächst zu leistende und nach der Bewilligung der vorrangigen anderen Sozialleistung anschließend zurückzuerstattende Wohngeld entfällt. Satz 2 soll vorsehen, daß der Mieter oder mietähnlich Nutzungsberechtigte über die Zurückstellung durch schriftlichen Bescheid unterrichtet wird. Nach Satz 3 soll die Beantragung eines Mietzuschusses außerhalb des Fünften Teils während der Zurückstellung ausgeschlossen sein, um die doppelte Bearbeitung von Wohngeldansprüchen zu vermeiden.

Zu Nummer 19 (§§ 32 und 33)

Zu § 32

§ 32 soll die speziellen Regeln über die Bemessung des Mietzuschusses für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge enthalten.

Zu Absatz 1

Satz 1 soll bestimmen, daß im Anwendungsbereich des Fünften Teils das Wohngeld als Mietzuschuß zu den sozialhilferechtlich anerkannten Unterkunftskosten geleistet wird. Damit werden als Berechnungsgrundlage weiterhin die anerkannte Kaltmiete zzgl. der kalten Betriebskosten herangezogen, da die sozialhilferechtlich anerkannten Unterkunftskosten Heizungs- und Warmwasseraufbereitungskosten nicht umfassen. Insofern besteht eine dem bisherigen § 32 Abs. 1 Satz 1 entsprechende Rechtslage.

Abweichend von dem bisherigen § 32 Abs. 1 Satz 1 soll sich die Höhe des Mietzuschusses jedoch nicht mehr nach einem Prozentsatz der Unterkunftskosten richten, sondern - mit bestimmten Modifizierungen - nach den Wohngeldtabellen. Hierzu soll Satz 2 bestimmen, daß für die Bemessung des Mietzuschusses für Haushaltsgrößen bis zu fünf Personen die Wohngeldtabellen anzuwenden sind. Die speziellen Bemessungsregeln der Absätze 2 bis 8 gehen von den allgemeinen Vorschriften des Wohngeldgesetzes aus, modifizieren diese jedoch mit Rücksicht auf die Besonderheiten des Mietzuschusses für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.

Zu Absatz 2

Von den tatsächlichen Aufwendungen für den Wohnraum sollen bestimmte Leistungen abgesetzt werden. Dies soll - in Anlehnung an § 5 Abs. 2 und § 7 Abs. 2 - in Absatz 2 wie folgt geregelt werden:

In Nummer 1 soll der Abzug der Vergütung für die Überlassung von Möbeln entsprechend dem bisherigen § 32 Abs. 1 Satz 2 und 3 geregelt werden.

In Nummer 2 soll der Abzug von Mietanteilen, die ein anderer für den Mitgebrauch der Wohnung entrichtet, vorgesehen werden.

In Nummer 3 soll entsprechend dem § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Abzug von Leistungen Dritter vorgesehen werden.

Zu Absatz 3

Nach bisherigem Recht ändert sich das als prozentualer Anteil an der Miete bewilligte Pauschalwohngeld bei jeder Änderung der für die Bemessung maßgeblichen sozialhilferechtlich anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft. Mit Absatz 3 soll eine Angleichung an die für das Wohngeld nach den allgemeinen Vorschriften geltende Regelung in § 29 Abs. 3 bei Änderungen der Miete erreicht werden: Änderungen der anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft sollen vor Ablauf von 12 Monaten seit der erstmaligen oder erneuten Bewilligung grundsätzlich nur dann berücksichtigt werden, wenn sie mehr als 15 v. H. betragen. Der Zeitraum von 12 Monaten entspricht dabei dem Regelbewilligungszeitraum für das Wohngeld nach den allgemeinen Vorschriften. Mit der neuen Regelung soll der Verwaltungsaufwand bei der Bewilligung des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil verringert werden.

Zu Absatz 4

Auf die sich aus Absatz 1 und 2 ergebende Miete sollen - wiederum als Konsequenz der Einbeziehung des Mietzuschusses in das allgemeine Wohngeld - die Vorschriften über die Höchstbeträge für Miete und Belastung nach § 8 Abs. 1 anzuwenden sein.

Zu Absatz 5

Die zukünftige Ermittlung des Mietzuschusses für die betreffenden Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nach Maßgabe der Wohngeldtabellen erfordert neben der Bestimmung von Haushaltsgröße und zuschufähiger Miete die Festlegung des Gesamteinkommens. Dieses Einkommen soll nicht durch eine verwaltungsaufwendige Einkommensermittlung festgestellt, sondern - abhängig von der Haushaltsgröße - gesetzlich bestimmt werden. Dem liegen folgende Überlegungen zugrunde:

Nach § 10 Nr. 11 - neu - (§ 14 Abs. 1 Nr. 18 WoGG a. F.) gehören Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes („Sozialhilfe“) und des Bundesversorgungsgesetzes („Kriegsopferfürsorge“) zum Jahreseinkommen, soweit sie die bei ihrer Berechnung berücksichtigten Kosten für den Wohnraum übersteigen. Im Falle eines Haushalts, der ausschließlich auf Sozialhilfe angewiesen ist, bedeutet dies, daß zum wohngeldrechtlichen Jahreseinkommen die Summe der laufenden Leistungen nach dem 2. Abschnitt des Bundessozialhilfegesetzes mit Ausnahme der anerkannten Aufwendungen für den Wohnraum gehört.

Wird der Lebensunterhalt unterhalb der „Sozialhilfeschwelle“ - auch aus anderen Quellen (etwa Erwerbseinkommen, Rente, Unterhaltszahlungen) - bestritten, reduziert sich die dann nur noch ergänzend geleistete Sozialhilfe auf den zur Bedarfsdeckung noch offenen Aufstockungsbetrag. Bei der Ableitung des normierten Einkommens wird in solchen Fällen unterstellt, daß es sich bei Einnahmen aus anderen - vorrangig vor der Sozialhilfe zur Deckung des Lebensunterhalts zu nutzenden - Quellen in der Regel um wohngeldrechtlich zu berücksichtigendes Einkommen handelt.

Der „Nettobetrag“ der laufenden Sozialhilfeleistungen setzt sich in erster Linie zusammen aus dem Regelsatz bzw. den Regelsätzen für den Haushaltsvorstand und ggfs. weitere Haushaltsmitglieder sowie den als angemessen anerkannten Heizkosten.

Im Hinblick auf die einzusetzenden Beträge werden als Ausgangspunkt für die gesetzliche Festlegung des Einkommens die im Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien im Jahr 1999 ermittelten, allerdings an die Entwicklung seit 1997 angepaßten Werte herangezogen (vgl. BT-Drs. 13/9561 vom 17. Dezember 1997). Die dort für 1999 genannten Beträge für den Eckregelsatz des Haushaltsvorstandes, für die bei weiteren zum Haushalt rechnenden Erwachsenen oder Kinder anzusetzenden Regelsätze sowie für die angemessenen Heizkosten werden in der auf 1999 fortgeschriebenen Höhe übernommen.

Dabei wird von einem „Standard-Familienhaushalt“ ausgegangen, bestehend aus 2 Erwachsenen und bis zu 3 Kindern. Diese Struktur ist nicht nur im Hinblick auf die angesetzten Regelsätze und Heizkostenpauschalen von Bedeutung, sondern auch für die zutreffende Berücksichtigung des Kindergeldes, das bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung nicht als Einkommen angerechnet wird.

Für kleinere Haushalte wird sodann ein Zuschlag addiert, der für 1-Personen-Haushalte 15 v. H., für 2-Personen-Haushalte 10 v. H. und für 3-Personen-Haushalte 5 v. H. beträgt. Damit soll ausgeglichen werden, daß bei diesen Haushaltsgrößen für einen Teil der Sozialhilfe beziehenden Wohngeldempfänger die laufende Sozialhilfe- oder Kriegsopferfürsorgeleistung niedriger liegt als die entrichtete Miete. In diesen Fällen wird der nicht durch Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge abgedeckte Teil der Miete aus anderen, wohngeldrechtlich häufig als Einnahme anzurechnen-

nenden Einkommensbestandteilen abgedeckt. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt der sozialhilferechtliche Bedarf der Bedarfsgemeinschaft in der Regel so stark an, daß im Rahmen der hier gebotenen pauschalierenden Betrachtungsweise davon ausgegangen werden kann, daß die Sozialhilfe- oder Kriegsopferfürsorgeleistung grundsätzlich die zu entrichtende Miete übersteigt. Der Zuschlag wird deshalb mit zunehmender Haushaltsgröße niedriger angesetzt; für Haushalte mit 4 und 5 Personen wird kein Zuschlag vorgenommen.

Sodann sollen mit einem Zuschlag von 15 v. H. folgende Gesichtspunkte pauschal berücksichtigt werden:

- Zusätzlich zu den Regelsätzen sieht § 23 BSHG verschiedene Mehrbedarfszuschläge vor, z. B. für Hilfebedürftige ab 65 Jahren 20 v. H. des Regelsatzes oder erhöhte Hilfeleistungen zur Deckung eines individuellen Sonderbedarfs, etwa bei Kranken oder Behinderten für Diätverpflegung, für die bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung keine entsprechend hohen Frei- oder Abzugsbeträge vorgesehen sind. Diese werden aber nicht allgemein, sondern nur bestimmten Personengruppen zugebilligt oder nach sachgerechtem Ermessen im Einzelfall festgesetzt, um dadurch den notwendigen Lebensunterhalt (§ 12 BSHG) sicherzustellen. Auch bleiben nach Maßgabe des § 76 Abs. 2 a BSHG bei erwerbstätigen Hilfebedürftigen bestimmte Teile des Einkommens bei der sozialhilferechtlichen Einkommensermittlung außer Betracht. Im Rahmen der hier notwendigen generalisierenden Betrachtungsweise können derartige Einkommenskomponenten nur im Wege eines pauschalen Zuschlages berücksichtigt werden.
- Einkommenszuwächse führen bei Beziehern von allgemeinem Wohngeld tendenziell zu einem Rückgang des Wohngeldanspruchs. Auch für die Bemessung des zukünftigen besonderen Mietzuschusses muß dieser Effekt durch angemessene Anhebung des normierten Einkommens pauschal berücksichtigt werden.
- Nach § 76 Abs. 2 a BSHG sind bei erwerbstätigen Personen, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, Beträge in jeweils angemessener Höhe vom Einkommen abzusetzen. Diese Absetzung soll auch als Anreiz zur Überwindung der wirtschaftlichen Notlage durch eigene Arbeitsleistung dienen und übersteigt häufig die bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung absetzbaren Werbungskosten.

Der danach errechnete Betrag wird um einen pauschalen Abzug von einheitlich 10 v. H. gekürzt, einem Mischwert der ansonsten bei Anwendung der Einkommensermittlungsvorschriften zu erwartenden Abzüge nach §§ 12 und 13 - neu -. Der Abzugsbetrag berücksichtigt pauschal Freibeträge für Schwerbehinderte und den Abzug von Unterhaltsleistungen nach § 13 - neu - sowie Aufwendungen zum Erwerb, zur Sicherung und zur Erhaltung von steuerfreien Einnahmen nach § 10 Abs. 3 - neu -. Darüber hinaus wird mit dem Abzug pauschal abgegolten, daß bei einem Teil der Bedarfsgemeinschaften Abzüge von 10 v. H. oder 20 v. H. nach § 11 anfallen, weil von einzelnen Mitgliedern Steuern oder Sozialabgaben für Erwerbseinkommen gezahlt werden, dabei aber die Bedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft insgesamt nicht entfällt.

Für Haushalte ab 2 Personen wird sodann ein weiterer haushaltsgrößenbezogener prozentualer Abschlag vorgenommen, mit dem pauschal ausgeglichen werden soll, daß bei Haushalten mit Kindern das Kindergeld wohngeldrechtlich nicht als Einkommen angerechnet wird. Der Abschlag ist pauschal ausgestaltet, da wegen der unterschiedlichen möglichen Haushaltszusammensetzung aus Kindern und Erwachsenen anderenfalls für die verschiedenen Zusammensetzungen jeweils ein eigenes normiertes Einkommen festzusetzen wäre. Dies soll im Hinblick auf die angestrebte Vereinfachung aber gerade vermieden werden.

Der prozentuale Abschlag beträgt für 2-Personen-Haushalte 15 v. H., für größere Haushalte 20 v. H. Der 15 %ige Abschlag bei 2-Personen-Haushalten berücksichtigt, daß ca. ein Drittel der betroffenen Haushalte nur aus Erwachsenen besteht, zwei Drittel aber aus Alleinerziehenden mit einem Kind. Durch den 15 %igen Abschlag wird im Ergebnis das Kindergeld für ein Kind vom Einkommen freigestellt.

Für 3- bis 5-Personen-Haushalte führt der 20 %ige Abschlag trotz steigenden Grundbetrags zu einem relativ geringeren Abzug als das auf diese Haushaltsgruppen im Durchschnitt entfallende Kindergeld. Hiermit wird pauschal berücksichtigt, daß der oben dargestellte 15 %ige Zuschlag die Mehrbedarfszuschläge insbesondere für Alleinerziehende (nach § 23 Abs. 2 BSHG regelmäßig 40 v. H. des Regelsatzes) nur teilweise erfaßt, so daß im Ergebnis über alle betroffenen Haushaltsgruppen hinweg ein rechnerischer Ausgleich geschaffen wird.

Damit erhält man - nach Auf- oder Abrundung der Beträge auf volle 10 - eine Einkommenstabelle in Deutsche Mark. Deren Werte werden durch den Euro-Umrechnungskurs geteilt und auf ganze Euro gerundet (vgl. Artikel 15 Nr. 5 Buchstabe a des Gesetzentwurfs). Durch Multiplikation der gerundeten Euro-Beträge mit dem Euro-Umrechnungskurs ergibt sich die in Absatz 5 - neu - niedergelegte Einkommenstabelle in Deutsche Mark und Pfennig.

Bei Haushalten mit sechs und mehr Personen erscheint es mit wachsender Haushaltsgröße in einem zunehmenden Teil der Fälle als unsicher, ob mit der unterstellten Struktur des „Standardhaushaltes“ die tatsächlichen Einkommensverhältnisse zutreffend abgebildet werden können. Daher soll für diese Haushalte künftig eine pauschale Fortschreibung durchgeführt werden (vgl. Begründung zu Absatz 6).

Zu Absatz 6

Absatz 6 soll eine eigenständige Fortschreibungsregelung des besonderen Mietzuschusses für Haushalte von sechs bis zwölf Personen enthalten, für die gesonderte Wohngeldtabellen nicht vorgesehen sind.

Für diese anwachsenden Haushaltsgrößen soll der für jede weitere Person sich erhöhende Mietzuschuß in folgender Weise ermittelt werden:

Ausgangspunkt ist der sich aus Anlage 7 für

- das normierte monatliche Einkommen von 5-Personen-Haushalten (1.809,14 DM) und
- die zu berücksichtigende Miete der jeweiligen Haushaltsgröße

ergebende Mietzuschuß. Sofern die zu berücksichtigende Miete für die 6- bis 12-Personen-Haushalte größer ist als 1.398,42 DM, also größer ist als der Auslaufpunkt der Miete in der Anlage 7 für einen 5-Personen-Haushalt, wird der Mietzuschuß bei dem Mietbetrag von 1.398,42 DM ermittelt.

Der aus Anlage 7 ermittelte Mietzuschuß ist um einen prozentualen Zuschlag anzuheben, der je nach Haushaltsgröße von sechs bis zwölf Personen ansteigend gestaffelt ist. Damit wird berücksichtigt, daß bei gleicher Miete und gleichem Einkommen größere Haushalte ein höheres Wohngeld erhalten als kleinere Haushalte.

Wenn die für 6- bis 12-Personen-Haushalte zu berücksichtigende Miete größer ist als 1.398,42 DM, ist der Mietzuschuß nochmals um 70 v. H. des 1.398,42 DM überschreitenden Betrages anzuheben. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß bei 6- bis 12-Personen-Haushalte Mieten zu berücksichtigen sind, die in der Tabelle für 5-Personen-Haushalte nicht mehr wiedergegeben werden, die aber gleichwohl in voller Höhe bei der Ermittlung des Mietzuschusses berücksichtigt werden müssen.

Die konkrete Ausgestaltung der Fortschreibungsregeln ist insgesamt am Verlauf der Wohngeldformel nach § 2 Abs. 1 – neu - orientiert worden mit dem Ziel, daß sich im Durchschnitt aller hiervon betroffenen Haushalte möglichst geringe Abweichungen zu einer „spitzen“ Berechnung nach der Formel ergeben.

Mit dieser Verfahrensweise wird den Sozialämtern für Haushalte mit mehr als fünf Personen eine Fortschreibungsmethode zur Ermittlung des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil an die Hand gegeben, die auch ohne EDV-Unterstützung leicht handhabbar ist.

Der Vorschlag ermöglicht es, das Ziel der Integration des Mietzuschusses für Sozialhilfeempfängerhaushalte in das allgemeine Wohngeldsystem auch für Haushalte mit mehr als fünf Familienmitgliedern mit vertretbarem Aufwand zu erreichen.

Zu Absatz 7

Für Haushaltsgrößen über zwölf Personen wird - entsprechend der Regelung beim allgemeinen Wohngeld - für das dreizehnte und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied eine Erhöhung des monatlichen Mietzuschusses um 78,23 DM vorgesehen, begrenzt jedoch durch die anrechenbare Miete. Damit wird zur Vereinfachung für diese empirisch nur noch schwach besetzten Haushaltsgrößen eine einfache Fortschreibungsregel vorgegeben.

Zu Absatz 8

Mit der Bestimmung soll für den Mietzuschuß nach dem Fünften Teil eine parallele Regelung hinsichtlich einer verbesserten Berücksichtigung von Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften entsprechend der Neuregelung für das Wohngeld nach den allgemeinen Vorschriften in § 7 getroffen werden. Zukünftig sollen bei Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften die gesamten nach dem Bundessozialhilfegesetz anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft bei der Bemessung des besonderen Mietzuschusses zugrunde gelegt werden, wenn der Mieter oder miethähnlich Nutzungsberechtigte sowie ein mit ihm lebender Angehöriger auf Grund eines einheitlichen Bescheides laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten.

Zu § 33

§ 33 soll zusammenfassend insbesondere Verfahrensregeln zum Mietzuschuß nach dem Fünften Teil enthalten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 (Mitteilung von Entscheidungen) entspricht dem bisherigen § 32 Abs. 2 Satz 3 und eröffnet darüber hinaus verfahrensvereinfachend die Möglichkeit, die Entscheidung über den besonderen Mietzuschuß mit der Sozialhilfeentscheidung in einem Bescheid zu verbinden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 (einheitlicher Bescheid bei Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften) entspricht dem bisherigen § 32 Abs. 3. Die Vorschrift des bisherigen Rechts soll aus systematischen Gründen in § 33 übernommen werden. Die bisherige Sonderregelung des § 32 Abs. 4 über die Auszahlung des Wohngeldes soll entfallen, stattdessen soll die allgemeine Regelung des § 28 Abs. 1 zur Anwendung kommen (vgl. § 33 Abs. 5).

Zu Absatz 3

Mit der Bestimmung soll die bisher nach § 30 Abs. 4 Satz 2 auf das Pauschalwohngeld angewandte Erstattungsregelung des § 30 Abs. 4 Satz 1 beibehalten und für den Mietzuschuß nach dem Fünften Teil übernommen werden. Für den Mietzuschuß nach dem Fünften Teil paßt die in § 29 enthaltene Regelung über die Verfahrensweise bei Einkommensänderungen nicht, da nach § 32 Abs. 5 eine Einkommensermittlung auch zukünftig nicht stattfinden, vielmehr für die Mietzuschußbemessung von einem normierten Einkommen ausgegangen werden soll. Zwar soll nach dem neuen § 31 Abs. 4 Satz 3 die Entscheidung über die Bewilligung des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil für bis zu 6 Monate zurückgestellt werden können, wenn eine andere Sozialleistung zu erwarten ist. Es ist aber davon auszugehen, daß es auch zukünftig Fälle geben wird, in denen nach Bewilligung des Mietzuschusses eine andere Sozialleistung bewilligt wird, die sich auf die Höhe des Mietzuschusses auswirkt. Für diese Fälle bedarf es auch zukünftig einer Erstattungsregelung.

Zu Absatz 4

Absatz 4 (Belehrung über die Antragsfrist) soll den bisherigen § 32 Abs. 6 übernehmen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 (Anwendung sonstiger Vorschriften des Wohngeldgesetzes) soll den bisherigen § 33 übernehmen, unter Einbeziehung des § 4 Abs. 4 - neu - (Verringerung der Zahl der Haushaltsmitglieder durch Tod) und des § 28 Abs. 1 (Auszahlung von Wohngeldleistungen anstelle der bisherigen Sonderregelung des § 32 Abs. 4).

Zu Absatz 6

Absatz 6 soll aus systematischen Gründen den bisherigen § 37 übernehmen.

Zu Nummer 20 (§ 35)

Die Änderungen des § 35 betreffen notwendige Neuregelungen über die Erhebung statistischer Daten.

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Ersetzung der Angabe „§ 8 Abs. 7“ durch „§ 39“ stellt eine redaktionelle Anpassung an die Neuregelung des Wohngeld- und Mietenberichts in § 39 dar.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa

Zu Dreifachbuchstabe aaa

Die Änderung trägt der Reduzierung der Anlagen Rechnung.

Zu Dreifachbuchstabe bbb

Die Einfügung soll die Ergänzung in § 6 Abs. 2 berücksichtigen.

Zu Dreifachbuchstabe ccc

Die Änderung soll die Neufassung der Vorschriften zur Einkommensermittlung berücksichtigen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Zu Dreifachbuchstabe aaa

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Dreifachbuchstabe bbb

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Dreifachbuchstabe ccc

Die Änderung ist redaktioneller Art und stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Dreifachbuchstabe ddd

Die Neufassung soll dem Umstand Rechnung tragen, daß auch der Mietzuschuß nach dem Fünften Teil künftig nach Maßgabe der Wohngeldtabellen zu bemessen ist, wobei nach § 32 Abs. 4 - neu - die Miete nicht über die auch für das Wohngeld im übrigen festgelegten Höchstbeträge hinaus zu berücksichtigen ist. Die auf diese Weise künftig ohnehin benötigten Angaben über die auch bei der Berechnung des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil zu berücksichtigenden Höchstbeträge für die Miete, das Jahr der Bezugsfertigkeit der Wohnung und die Mietstufe der Gemeinde werden durch Ausweitung des Katalogs der Erhebungsmerkmale in Buchstabe c auch statistisch erfaßt. Damit werden die statistischen Grundlagen dafür geschaffen, künftig

- die neuen Länder in ein bundeseinheitlich geltendes, nach Mietstufen gegliedertes System von Höchstbeträgen für Miete und Belastung zu integrieren und
- die Wohnungsdaten der bisherigen Mieterhaushalte mit Pauschalwohngeld (Ende 1997: knapp 1,3 Mio.) bei der Festlegung des örtlichen Mietenniveaus berücksichtigen zu können.

Zu Dreifachbuchstabe eee

Die Änderung ergänzt die Neufassung von Buchstabe c.

Zu Dreifachbuchstabe fff

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Buchstabe c (Absatz 5)

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Streichung von Satz 2 ist eine Folge der Neufassung von § 36 Abs. 2 (Wegfall der Verordnungsermächtigung zum Pauschalwohngeld, vgl. Begründung zu Nr. 21).

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Streichung von Satz 2 ist eine Folge der Neufassung von § 36 Abs. 2.

Zu Buchstabe d (Absatz 8)

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Änderung ist eine Folge der Streichung von Absatz 5 Satz 2.

Zu Buchstabe e (Absatz 9)

Die Änderung ist eine Folge der Streichung von Absatz 5 Satz 2.

Zu Nummer 21 (§ 36)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Der bisherige § 36 Abs. 2 (Verordnungsermächtigung zum Pauschalwohngeld) soll entfallen. Statt dessen soll ein neuer § 36 Abs. 2 mit Übergangsregelungen für die Mietstufenfestlegung aus Anlaß der Wohngeldnovelle aufgenommen werden.

Die Übergangsregelungen gehen von den Grundsätzen des § 8 Abs. 1 bis 5 aus: Aus Anlaß einer Wohngeldnovelle, durch die auch die Miethöchstbeträge angepaßt werden, werden zugleich die Mietstufen in den Gemeinden und Landkreisen durch Verordnung neu festgelegt, wobei vom Bundesdurchschnitt des Mietenniveaus der Wohngeldempfänger aufgrund möglichst aktueller statistischer Daten ausgegangen wird. Hierzu enthält § 36 Abs. 1 Nummer 2 eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage für den Erlaß der Verordnung.

Wegen der Datenlage in den neuen Ländern (die aktuellen Daten für das Ordnungsverfahren können von den neuen Ländern möglicherweise nicht rechtzeitig im Jahr 2000 vorliegen) können in den neuen Ländern Mietstufen möglicherweise erstmals nicht bereits mit dem Inkrafttreten der Wohngeldnovelle eingeführt werden. Dies würde bedeuten, daß die gesamtdeutsche Mietstufenzuordnung erst in Schritten erfolgen könnte. Dies erfordert vorsorglich modifizierende Ermächtigungsgrundlagen für die Mietstufenzuordnung in der Verordnung; entsprechende Ermächtigungsgrundlagen sollen daher in § 36 Abs. 2 vorgesehen werden.

Für den Fall, daß Mietstufen in den neuen Ländern noch nicht zum 1. Januar 2001 festgelegt werden können, wird von folgendem System ausgegangen:

Zu Nummer 1

Zunächst sollen in jedem Fall in den alten Ländern die Mietstufen mit Wirkung ab Inkrafttreten der Novelle ab 1. Januar 2001 neu festgelegt werden. Damit dies möglich ist, muß eine Beschränkung auf die alten Länder ermöglicht werden, und es muß vom durchschnittlichen Mietenniveau in den alten Ländern ausgegangen werden können. Dies soll Nummer 1 ermöglichen. Die danach zunächst notwendige Fortgeltung der Miethöchstbeträge in den neuen Ländern (vgl. § 42 Abs. 1 Nr. 1) bis zur erstmaligen Einführung der Mietstufen dort soll durch die Änderung des § 42 sichergestellt sein (vgl. Nr. 27 zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa).

Zu Nummer 2

Um zu einer gesamtdeutschen einheitlichen Mietstufenzuordnung zu kommen, muß es möglich sein, unabhängig von einer Anpassung der Miethöchstbeträge im Rahmen einer Wohngeldnovelle die Mietstufen in Gesamtdeutschland festlegen zu können. Hierzu soll Nummer 2 die erforderliche Ermächtigungsgrundlage geben.

Zu Nummer 3

Das durchschnittliche Mietenniveau wird bisher aus den Mieten der Tabellenwohngeldempfänger ermittelt. Da künftig auch für die Empfänger des Mietzuschusses nach dem Fünften Teil die Miethöchstbeträge angewendet werden sollen, müssen auch deren Mieten in die Ermittlung des Mietenniveaus einbezogen werden. Da diese Daten aber zunächst nicht vorliegen, muß es möglich sein, das durchschnittliche Mietenniveau zunächst auch ohne die Mieten der Mietzuschußempfänger nach dem Fünften Teil bestimmen zu können. Dies soll Nummer 3 ermöglichen.

Zu Nummer 22 (§ 37)

Die Zuständigkeitsregelung wird in § 33 Abs. 6 – neu – übernommen.

Zu Nummer 23 (§ 38)

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar. Dabei kann das Zitat § 10 Abs. 1 entfallen, weil die in § 38 genannten gemeindlichen Leistungen nicht zum steuerlichen Einkommen nach § 2 Abs. 1 und 2 EStG rechnen. Hinsichtlich des Höchstbetrages für Miete und Belastung ist die Nennung des § 8 Abs. 1 ausreichend.

Zu Nummer 24 (§ 39)

In § 39 wird der Bericht der Bundesregierung über die Durchführung des Gesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum als eigene Vorschrift in die Schlußvorschriften des Achten Teils aufgenommen. Dabei soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung an die Stelle des bisherigen zweijährigen Berichtsturnus ein Vierjahresrhythmus treten. Damit wird zugleich berücksichtigt, daß es ausreichend ist, wenn über Leistungsanpassungen aus Anlaß der Vorlage eines Wohngeld- und Mietenberichts im Drei- bis Vier-Jahres-Rhythmus diskutiert wird.

Zugleich soll der Bericht zukünftig anstelle zum 31. März erst bis zum 30. Juni eines Berichtsjahres vorgelegt werden. Es hat sich gezeigt, daß die für die Berichterstattung erforderlichen aktuellen statistischen Daten häufig erst so spät vorlagen, daß sie nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Durch die Verlagerung des Berichtszeitpunkts auf Ende Juni soll die Berücksichtigung des aktuelleren Datenmaterials ermöglicht werden.

Zu Nummer 25 (§ 40)

Zu Buchstabe a (Absatz 3)

Die Änderung stellt eine sprachliche Präzisierung dar.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Die Erstattung des Wohngeld- und Mietenberichts nach § 39 mit dem neuen Termin soll erstmals im Jahre 2004 beginnen.

Zu Nummer 26 (§ 41)

Zu Buchstabe a und b (Absatz 1 und 3)

Die Änderungen stellen sprachliche Präzisierungen dar.

Zu Nummer 27 (§ 42)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa

Nach geltendem Recht ist die gesonderte Höchstbetragstabelle in den neuen Ländern bis Ende 2000 anzuwenden. Mit der gesonderten Höchstbetragstabelle wird unter anderem berücksichtigt, daß in den neuen Ländern mangels Vorliegen der erforderlichen statistischen Daten noch keine Mietstufenfestlegung möglich ist. Mit der Änderung in Absatz 1 wird die Anwendung der gesonderten Höchstbetragstabelle nunmehr bis zum Wirksamwerden der erstmaligen Mietstufenfestlegung in den neuen Ländern vorgeschrieben. Dies geschieht für den Fall, daß aufgrund nicht absehbarer Umstände eine Mietstufenfestsetzung noch nicht zum 1. Januar 2001 möglich sein sollte.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit der Aufhebung von Absatz 1 Nr. 2 und 3 werden die ab 1. Januar 2001 nicht mehr sachgerechten Sonderregelungen für die neuen Länder aufgehoben: der erhöhte Pauschalabzug vom Einkommen (10 v. H. statt 6 v. H.) in Nr. 2 sowie der gesonderte degressive Einkommensfreibetrag in Nr. 3. Ein Abfallen des Leistungsniveaus für die Wohngeldempfänger wird durch die allgemeinen Leistungsverbesserungen im Gesamtdurchschnitt aufgefangen.

Die Aufhebung von Absatz 1 Nr. 5 bis 7 ist eine notwendige Folge der Wiederherstellung des Gleichgewichts von besonderem Mietzuschuß und allgemeinem Wohngeld. Die Vorschriften sind dadurch gegenstandslos geworden.

Zu Buchstabe b (Absatz 2 und 3)

Die Aufhebung von Absatz 2, der die Bundesregierung zu einer Verlängerung der Geltungsdauer der gesonderten Höchstbetragstabelle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ermächtigte, ist eine Folge der Änderung zur Anwendungsdauer der gesonderten Höchstbetragstabelle.

Der bisherige Absatz 3 sieht vor, nach Ablauf der Geltungsdauer der Sonderregelungen in den neuen Ländern § 2 der Überleitungsverordnung zum Wohngeldgesetz vom 17. Dezember 1990 anzuwenden. Diese Regelung ist aufgrund der Neufassung des Gesetzes gegenstandslos und wird aufgehoben.

Zu Buchstabe c

Die Änderung ist redaktioneller Art.

Zu Nummer 28 (§ 43)

Die Vorschrift betrifft die Erweiterung der Bußgeldregelung zu falschen Angaben im Zusammenhang mit der Wohngeldbeantragung.

Zu Buchstabe a (Absatz 1 Nummer 1)

In Absatz 1 wird eine neue Nummer 1 eingefügt. Damit soll die Bußgeldbewehrung auf die nicht vollständige richtige Versicherung eines Einkommens unterhalb des sozialhilferechtlichen Bedarfs und die durch ehemalige Wohngeldempfänger nicht mitgeteilte, im Bewilligungszeitraum eingetretene Einkommenserhöhung ausgedehnt werden.

Zu Buchstabe b (Absatz 1 Nummer 2 und 3)

Die Änderung stellt eine Folgeanpassung an die neue Nummer 1 dar.

Zu Buchstabe c (Absatz 1 Nummer 2)

Mit der Neufassung wird die erweiterte Meldepflicht nach § 29 Abs. 4 Satz 3 berücksichtigt. Auch in diesen Fällen soll die vorsätzliche oder leichtfertige unterbliebene, unrichtige, unvollständige oder nicht rechtzeitige Mitteilung mit einer Geldbuße geahndet werden können.

Zu Nummer 29 (neue Anlagen 1 und 2)

Bisher enthalten die Anlagen 1 und 2 die Wohngeldtabellen für den 1- und den 2-Personen-Haushalt. Sie sollen nunmehr die in die Wohngeldformel nach § 2 Abs. 1 - neu - einzusetzenden Werte sowie die erforderlichen Rundungen und Rechenschritte enthalten und daher neu gefaßt werden.

Zu Nummer 30 (neue Anlagen 3 bis 7)

Hiermit sollen die Anlagen 3 bis 7 mit den entsprechend der finanziellen Ausstattung der Novelle verbesserten Wohngeldwerten neu gefaßt werden.

Zu Nummer 31 (bisherige Anlagen 6 bis 8)

Die bisherigen Anlagen 6 bis 8 sollen aufgehoben werden, da aus Vereinfachungsgründen nur noch Wohngeldtabellen für bis zu 5-Personen-Haushalte dem Gesetz beigelegt werden sollen.

Zu Artikel 15 (Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2002)

Artikel 15 enthält die Umstellung des Wohngeldgesetzes auf den Euro. Da die ab 1. Januar 2001 geltenden Wohngeldtabellen (Anlagen 3 bis 7) Deutsche-Mark- und Pfennig-Beträge ausweisen, die aus glatten Euro-Beträgen rückgerechnet worden sind, kann die Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002 grundsätzlich so erfolgen, daß sich keine Wohngeldminderungen für die Empfänger ergeben. Zugleich wird damit im Hinblick auf eine möglichst einfache Verwaltungspraxis sichergestellt, daß auf Dauer glatte Euro-Beträge bei der Wohngeldberechnung angewandt werden.

Zu Artikel 16 (Änderung des Patentgebührengesetzes)

Allgemeines

Mit Artikel 16 wird eine Erhöhung der Gebühren des Deutschen Patent- und Markenamts sowie des Bundespatentgerichts um durchschnittlich 15 v.H. vorgeschlagen. Durch diese Gebührenerhöhung soll ein Gebührenmehraufkommen von jährlich 48 Mio. DM erzielt werden. Ein Teilbetrag dieser Mehreinnahmen soll dazu verwendet werden, das Deutsche Patent- und Markenamt insbesondere durch die Schaffung von neuen Prüferstellen so auszustatten, daß es den Bedürfnissen der Wirtschaft sowie den Anforderungen der innovativen Leistungsfähigkeit unseres Landes genügen kann.

Die Ausgaben des Deutschen Patent- und Markenamtes sind im Einzelplan 07, Kapitel 0710 veranschlagt. Sie belaufen sich gemäß Haushaltsplan 1999 auf 318,037 Mio. DM. In diesem Kapitel sind jedoch nicht sämtliche Ausgaben veranschlagt. Beihilfen, Versorgungsbezüge und Beihilfen für die Versorgungsempfänger finden sich an anderen Stellen des Bundeshaushalts. Sie sind jedoch den Ausgaben des Deutschen Patent- und Markenamtes zuzurechnen. Die Ausgaben des Bundes für das Amt belaufen sich einschließlich dieser Kosten auf 392,634 Mio. DM.

Gegenüber diesen Ausgaben beliefen sich die Ist-Einnahmen beim Deutschen Patent- und Markenamt im Haushaltsjahr 1998 auf 325,276 Mio. DM. Deckungslücken in vergleichbarer Größenordnung hat es beim Deutschen Patent- und Markenamt seit vielen Jahren gegeben. Dennoch sind die Gebühren über Jahre hinweg stabil gehalten worden. Die Gebühren für Patent- und Gebrauchsmusterverfahren sind sogar seit 1976 nicht erhöht worden. Die Deckungslücken können nunmehr vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, den Bundeshaushalt zu konsolidieren, nicht mehr länger hingenommen werden.

Gleichwohl wird nicht vorgeschlagen, die Deckungslücke durch eine Gebührenerhöhung vollständig zu schließen. Die Gebührenerhöhung soll vielmehr gerade mit Rücksicht auf die forschenden Kreise in der Wirtschaft und namentlich die kleinen und mittleren Unternehmen moderat bemessen werden.

Im Einzelnen

Der Entwurf sieht vor, die Patentanmeldegebühr (Nr. 111 100) für den Beginn des Patenterteilungsverfahrens und die Sicherung der Priorität mit 100,- DM unverändert zu belassen. Die Recherchegebühr (111 201) soll dagegen um 100,- DM auf 300,- DM erhöht werden, da in diesem Bereich besonders hohe Kosten anfallen.

Die Beträge, die sich bei der Erhöhung um 15 v.H. ergeben, werden jeweils auf volle Fünf- oder Zehnmarksbeträge auf- oder abgerundet.

Auch nach der Gebührenerhöhung um 15 v.H. bleiben insbesondere die Gebühren im Patenterteilungsverfahren gerade auch im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig, so daß negative Auswirkungen der Gebührenerhöhung auf die Anmeldetätigkeit nicht zu erwarten sind. Die Gesamtgebühren für Anmeldung, Prüfung und Erteilung beim Deutschen Patent- und Markenamt liegen derzeit bei 650,- DM. Da die Anmeldegebühr von 100,- DM von der Erhöhung ausgenommen werden soll, werden sich die genannten Gesamtgebühren nicht um volle 15 v.H., sondern nur um 85,- DM auf 735,- DM (mithin um rund 13 v.H.) erhöhen. Die vergleichbaren Gebühren betragen in den USA umgerechnet rd. 3.100,- DM und beim Europäischen Patentamt 3.495,- Euro.

Auch die Gebühren des Bundespatentgerichts sollen um 15 v.H. erhöht werden. Auch hier besteht ein erhebliches Defizit, das durch die Gebührenerhöhung von 15 v.H. nicht voll abgedeckt wird.

Zu Artikel 17 (Änderung des Zivildienstgesetzes)

Allgemeines

Bei den Änderungen des Zivildienstgesetzes geht es um eine sachgerechtere Beteiligung der Beschäftigungsstellen für Zivildienstleistende an den Kosten des Zivildienstes sowie um die Verkürzung der Dauer des Zivildienstes von 13 Monate auf 11 Monate ab dem 1. Juli 2000.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 6)

Bisher werden den Beschäftigungsstellen 75 v.H. der von ihnen an die Zivildienstleistenden zu zahlenden Geldbezüge erstattet. Die Absenkung dieser Erstattungspauschale auf 70 v.H. des Aufwandes ist sachlich gerechtfertigt und vertretbar, was auch für die Einbeziehung des Entlassungsgeldes in die Aufwandsverpflichtung der Beschäftigungsstellen zutrifft. Bisher hat der Bund das Entlassungsgeld in voller Höhe allein getragen.

Zu Nummer 2 (§ 24 Abs. 2)

Die Veränderung der Relation der Dauer des Zivildienstes zur Dauer des Grundwehrdienstes von gegenwärtig 3 Monaten auf zukünftig 1 Monat bedeutet nach der Verringerung aus dem Jahre 1990 – damals statt „ein Drittel“ nur noch „3 Monate“ länger – eine weitere Annäherung der Dauer beider Dienste. Dies entspricht sowohl den tatsächlichen Verhältnissen hinsichtlich der Einberufung von Reservisten zu Wehrübungen als auch dem gewandelten Erscheinungsbild des Zivildienstes im gesellschaftspolitischen Gefüge.

Zu Nummer 3 (§ 81)

Die Übergangsregelung in § 81 Abs. 1 Zivildienstgesetz ist durch Zeitablauf gegenstandslos geworden und kann deshalb aufgehoben werden. Im übrigen wird sichergestellt, daß die zum 1. Juli 2000 in Kraft tretende Verkürzung des Zivildienstes auch für diejenigen Dienstleistenden gilt, die noch auf Grund der bisherigen Regelung zu einem 13monatigen Zivildienst einberufen sind. Entsprechendes gilt für Dienstleistende nach §§ 14b und 15a Zivildienstgesetz. Wer jedoch den längeren Dienst hinsichtlich seiner persönlichen Verhältnisse noch zu Ende dienen möchte, soll dazu die Gelegenheit erhalten.

Zu Artikel 18 (Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes)

Allgemeines

Nach Artikel 104 (ex-Artikel 104c) des EG-Vertrags überwacht die Europäische Kommission die Entwicklung der Haushaltslage der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Gemäß dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit bestehen hierzu Meldeverpflichtungen der Mitgliedstaaten. Die Einzelheiten sind in der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 des Rates vom 22. November 1993 festgelegt.

Darüber hinaus ist die Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, namentlich der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen.

Die geforderten volkswirtschaftlichen Angaben zu den Staatsfinanzen sind nach der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zu ermitteln. Das ESVG regelt, wie der Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgegrenzt ist und wie die Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen sind.

Basisstatistik für den Nachweis der Staatsfinanzen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Finanzstatistik. Die Finanzstatistik steht jedoch in der Gefahr, die notwendigen Daten aufgrund institutioneller Änderungen in den öffentlichen Haushalten nicht mehr bereitstellen zu können. Das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz - FPStatG) vom 21. Dezember 1992, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. September 1994, ist deshalb an die erwähnten EG-rechtlichen Regelungen anzupassen.

Da öffentliche Einrichtungen ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zum Staatssektor zunehmend aus den öffentlichen Haushalten ausgegliedert und mit kaufmännischem Rechnungswesen weitergeführt werden, fallen künftig die entsprechenden Einnahme- und Ausgabedaten aus der Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte heraus, da diese sich nur auf die kameralistischen Budgets bezieht. Für die Darstellung der Staatsfinanzen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden diese Angaben jedoch weiterhin benötigt und sollen künftig aus den ohnehin zu erstellenden Jahresabschlüssen gewonnen werden.

Die wesentliche Änderung des Gesetzes besteht deshalb darin, daß künftig die rechtlich selbständigen Einrichtungen mit einer Rechtsform des öffentlichen Rechts von der Jahresabschlußstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen erfaßt werden. Nach geltendem Recht würden diese Einrichtungen, namentlich Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, dagegen nur in den Personalstatistiken erfaßt werden.

Andererseits wird es künftig nicht mehr notwendig sein, bei öffentlichen Krankenhäusern und Hochschulkliniken sowie Trägern der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände die bisherige detaillierte finanzstatistische Erfassung auf der Basis der kaufmännischen Konten durchzuführen. Die genannten Bereiche zählen nach dem ESVG nicht mehr zum Sektor Staat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese Maßnahme entlastet die Berichtsstellen.

Die übrigen Änderungen beziehen sich auf die ergänzende Erhebung von Merkmalen für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, auf Aktualisierungen aufgrund anderer gesetzlicher Maßnahmen und auf Folgeänderungen oben genannter Änderungen.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 2)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (Nummer 5)

Mit dem Übergang auf das ESVG 95 werden die Träger der Zusatzversorgung nicht mehr dem Sektor Staat zugerechnet und können deshalb aus dem bisherigen Berichtskreis herausgenommen werden.

Zu Doppelbuchstabe bb (Nummer 6)

Als Erhebungseinheit ist das Bundeseisenbahnvermögen über § 3 Abs. 8, § 5 und § 2 Abs. 1 Nr. 10 erfaßt.

Zu Doppelbuchstabe cc (Nummer 8)

Da öffentliche Einrichtungen zunehmend die Rechtsformen einer Anstalt oder Körperschaft des öffentlichen Rechts annehmen und damit nach geltendem Recht nicht zu einer Statistik der Ausgaben und Einnahmen berichtspflichtig sind, werden sie künftig in den Berichtskreis nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 einbezogen. Auf eine eigenständige Nennung dieser Rechtsformen in § 2 Abs. 1 Nr. 8 kann verzichtet werden.

Zu Doppelbuchstabe dd (Nummer 9)

Mit dem Übergang auf das ESVG 95 werden öffentliche Krankenhäuser und Hochschulkliniken nicht mehr dem Sektor Staat zugerechnet. Der eigenständige Berichtskreis für die künftig nicht mehr notwendige Krankenhausfinanzstatistik (nach § 3 Abs. 6) kann deshalb entfallen. Die Berichtsstellen gehören künftig zu den Erhebungseinheiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 10.

Zu Doppelbuchstabe ee (Nummer 10)

Die Neufassung ermöglicht das Einbeziehen von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht nur wie bisher in den personalstatistischen, sondern auch in den finanzstatistischen Berichtskreis über die von diesen ohnehin zu erstellenden Jahresabschlüsse. Darüber hinaus wird der Berichtskreis nicht ausgeweitet. Die nach geltendem Recht nicht erfaßten Anstalten und Körperschaften bleiben weiterhin ausgenommen. Stiftungen gehören generell nicht zu den Erhebungseinheiten.

Zu Buchstabe b (Absatz 3)

Die Neufassung ist eine redaktionelle Anpassung an § 2 Abs. 1 Nr. 10 und ersetzt den Begriff der „mittelbaren“ Beteiligung durch eine eindeutige Regelung.

Zu Nummer 2 (§ 3)

Zu Buchstabe a (Absatz 6)

Mit dem Übergang auf das ESVG 95 werden öffentliche Krankenhäuser und Hochschulkliniken nicht mehr dem Sektor Staat zugerechnet. Auf die bisherige Krankenhausfinanzstatistik kann deshalb verzichtet werden. Diese Maßnahme bedeutet eine deutliche Entlastung der Berichtsstellen.

Zu Buchstabe b (Absatz 7)

Redaktionelle Folgeänderung der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 6.

Zu Buchstabe c (Absatz 8)

Redaktionelle Folgeänderung der zwischenzeitlichen Errichtung neuer Sonderrechnungen.

Zu Nummer 3 (§ 4)

Redaktionelle Folgeänderung der Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ab 1998.

Zu Nummer 4 (§ 5)

Zu Buchstabe a (Nummer 1)

Redaktionelle Folgeänderung der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 6 und 9.

Zu Buchstabe b (Nummer 2)

Redaktionelle Folgeänderung der zwischenzeitlichen Errichtung neuer Sonderrechnungen.

Zu Nummer 5 (§ 6)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Im Besoldungsrecht ist der Ortszuschlag durch den Familienzuschlag ersetzt worden. Zudem ist in der Personalstandstatistik für die Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder und für Zwecke des Versorgungsberichts die Erfassung des Merkmals „Bruttobezüge des Monats“ erforderlich, da durch die Dienstrechtsreform die bisherige fiktive Berechnung anhand der Bezügebestandteile zu ungenau geworden ist.

Zu Buchstabe b (Absatz 3)

Redaktionelle Folgeänderung der Neufassung des § 2 Abs. 1 Nr. 10. Außerdem entfällt die Erfassung nach Vergütungsgruppen des Bundesangestellten-Tarifvertrags, da inzwischen rund die Hälfte der Erhebungseinheiten andere Tarifverträge anwendet. Die Erhebung des Arbeitsortes dient der Regionalisierung der Beschäftigten und ermöglicht die Zusammenfassung mit den Beschäftigten der Kernhaushalte und Sonderrechnungen zu einem statistischen Gesamtbild.

Zu Nummer 6 (§ 7)

Redaktionelle Folgeänderung der Neufassung des § 2 Abs. 1 Nr. 5, 8 und 10.

Zu Nummer 7 (§ 9)

Die Erfassung des Merkmals „Umsatzsteuerpflicht“ wird benötigt, um für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen den Unternehmenssektor um die nichtsteuerpflichtigen Unternehmen komplettieren zu können. (Daten über die steuerpflichtigen Unternehmen sind dagegen aus der Umsatzsteuerstatistik verfügbar.) Außerdem redaktionelle Folgeänderung der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 9.

Zu Nummer 8 (§ 10)

Redaktionelle Folgeänderung der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 9.

Zu Nummer 9 (§ 11)

Redaktionelle Folgeänderungen der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 6 und 9.

Zu Nummer 10 (§ 12)

Redaktionelle Folgeänderungen der Aufhebung des § 2 Abs. 1 Nr. 6.

Zu Artikel 19 (Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol)

Allgemeines

Nach dem Kabinettsbeschluss vom 7. Februar 1996 über die Verringerung und Straffung von Bundesbehörden (Unterrichtung der Bundesregierung vom 29. Februar 1996 - Drs. 13/3923) sollten durch die Privatisierung der Branntweinverwertung deutliche Einsparungen beim Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung erzielt werden. Nach eingehender Prüfung ist diese erst nach einer umfassenden Verschlankeung und Kommerzialisierung der Verwertung möglich. Damit ergeben sich mittelfristig nur geringe Einsparungen.

Die hohen und aufgrund der internationalen Entwicklungen eher steigenden Belastungen für den Bundeshaushalt durch das Branntweinmonopol können nicht auf Dauer finanziert werden.

Am 22. April 1999 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages im Rahmen der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1999 die Bundesregierung deshalb aufgefordert, den Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2000 deutlich degressiv zu gestalten und durch eine Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol die verbleibende Stützung stärker auf mit bäuerlichen Familienbetrieben verbundene kleinere Brennereien zu konzentrieren.

Beim Branntweinmonopol handelt es sich um eine nationale Marktordnung, durch die derzeit die Alkoholerzeugung landwirtschaftlicher und gewerblicher Brennereien subventioniert wird. In Zukunft sollen nur noch mit der Landwirtschaft verbundene Brennereien gestützt werden. Die gewerblichen Brennereien werden nach einer Übergangsfrist, die aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit mehrere Jahre betragen muß, aus dem Monopol entlassen, wobei den Betrieben die Möglichkeit des vorzeitigen Ausscheidens gegen Zahlung von Ausgleichsbeträgen gegeben wird. Erst nach Ablauf der Übergangsfrist werden sich als Folge der Beschränkung der Zahl der Subventionsberechtigten signifikante Einsparungen ergeben. Die für die kommenden Haushaltsjahre wirksamen Einsparungen werden daher über Strukturveränderungen bei den bisherigen Übernahmepreisen sowie durch die Verschlinkung der Bundesmonopolverwaltung erbracht. Die Einsparschätzungen selbst sind mit Unsicherheiten behaftet, weil die Bundesmonopolverwaltung beim Alkoholabsatz im Binnenmarkt mit anderen Betrieben in Wettbewerb steht und ebenso die Kostenentwicklung der Alkoholproduktion selbst fraglich sein kann. Die geforderten Einsparungen lassen sich bei bestimmten Annahmen für die Jahre 2000 bis 2003 insgesamt realisieren, jedoch nicht exakt einem Haushaltsjahr zuordnen.

Dieser Gesetzentwurf beinhaltet bei einem angenommenen Absatzzrückgang um jährlich 5 v.H. und einem sinkenden Verkaufserlös um jährlich 3 v.H. für die Haushaltsjahre 2000 bis 2003 ein Einsparpotential von insgesamt rd. 210 Mio. DM. Der Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung wird im günstigsten Fall nach Ablauf der Übergangszeit (30. September 2005) noch rd. 180 Mio. DM jährlich betragen.

Für das Haushaltsjahr 2000 ist eine Absenkung des Zuschusses an die Bundesmonopolverwaltung auf 260 Mio. DM vorgesehen. Diese Einsparung kann und muß ohne die Änderung des BranntwMonG durch Kürzung der Jahresbrennrechte und Übernahmepreise erbracht werden, da eine Änderung der Monopolverordnungen aus Gründen des Vertrauensschutzes erst für das Betriebsjahr 2000/01 (beginnend am 1. Oktober 2000) möglich ist.

In den Folgejahren sollen die Einsparungen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

1. Ab dem Betriebsjahr 2005/06 werden Jahresbrennrechte nur noch für landwirtschaftliche Brennereien festgesetzt. Das bedeutet das zwingende Ausscheiden der gewerblichen Brennereien aus dem Monopol zu diesem Zeitpunkt. Mit dem Ausscheiden der gewerblichen Brennereien entfällt für diese die Ablieferungspflicht und -fähigkeit des von ihnen hergestellten Branntweins an die Bundesmonopolverwaltung. Auf Antrag werden gewerbliche Brennereien schon ab dem Betriebsjahr 2000/01 aus dem Monopol entlassen. Sie erhalten für das vorzeitige Ausscheiden durch Zahlung eines Ausgleichsbetrages einen Anreiz. Auf eigenen Wunsch können auch landwirtschaftliche Brennereien unter vergleichbaren Bedingungen aus dem Monopol ausscheiden.
2. Um den im Branntweinmonopol verbleibenden landwirtschaftlichen Brennereien weiterhin ausreichende Erzeugungsmöglichkeiten in der bisherigen Höhe (etwa 65 v.H. - 75 v.H. des regelmäßigen Brennrechts) trotz des geringeren Zuschusses zu erhalten, müssen Strukturveränderungen vorgenommen werden. Sofern sich die Betriebe der neuen Struktur anpassen, sollte sich ihre Einkommenssituation nicht verschlechtern. So wird erwartet, daß die Betriebe künftig verstärkt preisgünstige Rohstoffe verarbeiten. Ferner wird an der Zahlung der Selbstkosten für Brennereien über 600 hl A Jahresbrennrecht nur noch im Grundsatz festgehalten. Bei diesen Brennereien werden nunmehr pauschale Abzüge vorgenommen, die nicht mehr nach durchschnittlichen, sondern nach den Selbstkosten der bisher kostengünstigsten Brennereien berechnet wurden. Dies führt zugleich zu erheblichen Vereinfachungen für Verwaltung und Gewerbe. Als Gegengewicht wird den Brennereien die Zusammenlegung ihrer Erzeugung ermöglicht.

Im Einklang mit der Vorgabe des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages wird die gesetzliche Möglichkeit zur Umwandlung gewerblicher in landwirtschaftliche Brennrechte geschaffen, sofern die Brennereien mit bäuerlichen Familienbetrieben verbunden sind, also in der Vergangenheit wie landwirtschaftliche Brennereien gearbeitet haben.

Im Einzelnen

zu Nummer 1 (§ 1)

Die Monopulsegmente „Reinigung“ und „Branntweinhandel“ sind wegen der Liberalisierung im Rahmen des Binnenmarktes inzwischen weitgehend obsolet geworden.

zu Nummer 2 (§ 4)

Folgeänderung zu Nummer 3.

zu Nummer 3 (§ 16)

Die Funktion des Gewerbeausschusses als Gegengewicht der vom Monopol abhängigen Betriebe ist nicht mehr erforderlich, da der Branntweinmarkt nicht mehr reglementiert ist. Im übrigen führt dies auch zu einer Verwaltungsvereinfachung.

zu Nummer 4 (§ 24)

Folgeänderung zu Nummer 6.

zu Nummer 5 (§ 25)

Folgeänderung zu Nummer 6.

zu Nummer 6 (§ 25a)

Kartoffelgemeinschaftsbrennereien haben gegenüber den in § 25 Abs. 3 beschriebenen Gemeinschaftsbrennereien verschärfte Betriebsvoraussetzungen, die sich aus der Historie der Brennrechtsveranlagung vor mehr als 30 Jahren erklären. Ihre Aufhebung versetzt sie in den Status der Gemeinschaftsbrennerei nach § 25 Abs. 3. Das führt neben der Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung zu mehr Freiräumen im Zusammenhang mit der Herstellung von Branntwein. Diese sind wünschenswert, weil sich aufgrund dieser Gesetzesänderung die wirtschaftlichen Produktionsbedingungen ändern.

zu Nummer 7 (§ 29)

Die Vorschrift soll den Alkoholabsatz der Bundesmonopolverwaltung vor Neutralalkohol aus Abfindungsbrennereien, insbesondere aus deren steuerfreien Überausbeuten schützen.

zu Nummer 8 (§ 32)

Die Vorschrift sieht aus Billigkeitsgründen - entsprechend der bisherigen Verwaltungspraxis - die Umwandlung eines gewerblichen Brennrechts in ein landwirtschaftliches vor, wenn die Brennerei in den letzten Jahren de facto wie eine landwirtschaftliche Brennerei gearbeitet hat. Dabei sind - der Verwaltungspraxis folgend - aus Gründen des Bestandsschutzes der originären landwirtschaftlichen Brennereien Kürzungen des umzuwandelnden Brennrechts vorzunehmen.

zu Nummer 9 und 10 (§ 33, 33a)

Die Vorschriften über die Neuveranlagung zum Brennrecht sind obsolet, da seit Jahrzehnten zur Vermeidung höherer Subventionen Veranlagungen nicht mehr durchgeführt werden.

zu Nummer 11 (§ 38)

Folgeänderung zu Nummer 6.

zu Nummer 12 (§ 39)

Absatz 1

Bereinigung der Vorschrift mit im wesentlichen nur historischem Wert. Die Formulierung „Kornbranntwein“ läßt nunmehr - im Einklang mit der Brennrechtsgeltung in den neuen Bundesländern - die Verarbeitung von Mischungen aus Korn und anderen Stoffen zu.

Absatz 2

Ermächtigung zur Neufassung überkommener Brennrechte zwecks Rechts- und Verwaltungsvereinfachung.

zu Nummer 13 (§ 39a)

Folgeänderung zu Nummer 4.

zu Nummer 14 (§ 40)

Absatz 4

Klarstellung im Hinblick auf das Ausscheiden der gewerblichen Brennereien aus dem Monopol (§ 58a E) ab dem Betriebsjahr 2005/06.

Absatz 5

Die Vorschrift soll dazu beitragen, den aus dem Monopol ausscheidenden Brennereien die Beurteilung der Alternativen - vorzeitiger Ausstieg oder Produktion bis zum Ende der Übergangszeit - durch eine Festschreibung des Jahresbrennrechts zu erleichtern.

zu Nummer 15 (§ 42)

zu Buchstabe a (Absatz 1)

Folgeänderung zu Nummer 6 bzw. Nummer 12.

zu Buchstabe b (Absatz 4)

Durch diese Regelung soll ein höherer Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung als Folge von Brennrechtsübertragungen vermieden werden.

zu Nummer 16 (§ 42a)

Die Vorschrift dient der Flexibilisierung und der Wirtschaftlichkeit der Branntweinproduktion.

zu Nummer 17 (§ 58)

Es wird ein gesetzlicher Anspruch auf Befreiung von der Ablieferungspflicht geschaffen. Die bisherige Ablieferungspflicht zum Zwecke der Subventionierung und Vermeidung von Wettbewerb ist ordnungspolitisch nicht haltbar. Die Befreiung ist zudem wegen der Ausgliederung der gewerblichen Brennereien zwangsläufig.

zu Nummer 18 (§ 58a)

Absatz 1

Die Vorschrift sieht das Ausscheiden aller gewerblichen Brennereien ab dem Betriebsjahr 2005/06 vor. Das Branntweinmonopol konzentriert sich ab diesem Zeitpunkt ausschließlich auf die Förderung der mit landwirtschaftlichen Familienbetrieben verbundenen Brennereien. Nach §§ 58 und 58a von der Ablieferungs- und Überlassungspflicht befreite Brennereien können ohne Beschränkung durch Jahresbrennrechte und Überbrandabzüge frei produzieren.

Absätze 2 und 3

Die Vorschrift bietet eine Alternative zur Möglichkeit der gewerblichen Brennereien bis zum Ende des Betriebsjahrs 2004/05 noch im Rahmen des Monopols Branntwein zu erzeugen. Danach erhalten Brennereien, die früher ausscheiden, einen Ausgleichsbetrag. Auch landwirtschaftlichen Brennereien soll die Möglichkeit gegeben werden, auf Antrag gegen Zahlung eines Ausgleichsbetrages aus dem Monopol auszuschneiden.

Die Ausgleichsbeträge von 100,- DM bzw. 40,- DM je hl A orientieren sich bei durchschnittlicher Betrachtungsweise an den einkommenswirksamen Bestandteilen der Übernahmepreise (kalkulatorische Kosten, kalkulatorischer Gewinn) bei einer Erzeugung im regelmäßigen Brennrecht. Sie enthalten Anreizbeträge, um den Prozeß eines möglichst schnellen Ausstiegs anzustoßen. Die Anreizbeträge werden für Brennereien, die nach dem Betriebsjahr 2000/01 ausscheiden, degressiv gesenkt. Bei größeren selbstvermarktenden Kornbrennereien erscheint im Hinblick auf ihre Wettbewerbssituation ein niedrigerer Ausgleichsbetrag angemessen.

zu Nummer 19 (§ 65)

zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung schreibt eine Berechnung des Branntweingrundpreises auf der Grundlage des Einsatzes von Kartoffeln (60 v.H.) und Triticale (40 v.H.) vor. Dies führt zu einem niedrigeren Grundpreis, weil der Rohstoff Triticale wesentlich preiswerter als die Kartoffel ist. Die Umstellung erfolgt in zwei Stufen, um den Betrieben zu ermöglichen, sich auf die Verarbeitung von 40 v.H. Triticale einzustellen.

zu Buchstabe b (Absatz 2)

Ermächtigung, durch Rechtsverordnung den Triticaleanteil oder die Verwendung von anderem Getreide neu festzulegen.

zu Nummer 20 (§ 66)

Absatz 1

Die Umstellung auf pauschale Abzüge dient einerseits zur Verminderung des bisher hohen Prüfungsaufwands bei den größeren Brennereien zur Ermittlung deren Selbstkosten, will andererseits aber durch Ausrichtung an den Selbstkosten der bisher billigsten Brennereien anstelle einer durchschnittlichen Betrachtung zu Einsparungen in diesem Bereich gelangen. Zugleich spiegelt sich darin die vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages geforderte Konzentrierung der Stützung auf kleinere Brennereien wider. Brennereien bis 600 hl A erhalten - wie bisher - im Grundsatz durchschnittliche Selbstkosten.

Absatz 2

Die bisherige Ermächtigung wird dem neuen Absatz 1 angepaßt.

zu Nummer 21 (§ 69)

Bei Obstgemeinschaftsbrennereien, die Jahresproduktionen von mehreren tausend Hektoliter Alkohol erreichen können, ist ein Betriebszuschlag von 100 v.H. - wie bei den Kleinstbrennereien - unter Berücksichtigung der geringeren Herstellungskosten nicht angebracht. Der Zuschlag wird deshalb auf 75 v.H. herabgesetzt (Nummer 3). Die übrigen Änderungen sind redaktioneller Art.

zu Nummer 22 (§ 72)

Die bisherige Möglichkeit, Rohstoffzuschläge zu zahlen, ist inzwischen durch die Preisentwicklung für Getreide obsolet. Künftig werden daher nur Rohstoffabzüge festgesetzt. Diese können zur Kosteneinsparung grundsätzlich nach der preisgünstigsten Getreideart berechnet werden. Die Bestimmung über die Kostenfreiheit der Schlempe dient der Gleichbehandlung mit den Kartoffelbrennereien (vgl. § 65) und der Verwaltungsvereinfachung. Da ein Triticaleanteil von 20 bzw. 40 v.H. bereits in den Branntweingrundpreis (§ 65) eingerechnet wird, ist es folgerichtig, für Kartoffelbrennereien, deren Branntweinerzeugung aus Triticale diese Anteile nicht überschreitet, vom Rohstoffabzug freizustellen. Der neue Abzug für die Ablieferung von anderem als Getreidebranntwein dient der Verringerung des Zuschusses an die Bundesmonopolverwaltung.

zu Nummer 23 (§ 72a)

zu Buchstabe a (Absatz 3)

Melassealkohol, der weitweit zu den preiswerten Alkoholen zählt, soll keine höheren Übernahmepreise erhalten, als die preiswerteste Alkoholerzeugung aus Getreide.

zu Buchstabe b (Absatz 4)

Klarstellung.

zu Nummer 24 (§ 72b)

zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Erhöhung des Kürzungsfaktors von bisher 5 auf 10 v.H. während der Übergangszeit trägt der Notwendigkeit der geforderten deutlichen Einsparungen beim Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung schon während dieser Übergangszeit Rechnung.

zu Buchstabe b (Absatz 3)

Die Neufassung des bisherigen Absatz 4 beinhaltet eine Erhöhung der Vorteilsanrechnung von 3 auf 5 % bei gemeinsamen Einsatz von Personal und Betriebsanlagen.

zu Buchstabe c

Der Verzichtregelung im bisherigen Absatz 3 bedarf es wegen des gesetzlichen Befreiungsanspruchs nach § 58 nicht mehr.

zu Nummer 25 (§ 76)

zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderungen beinhalten eine Klarstellung.

zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Neuformulierung - unter Ausklammerung der Obst verarbeitenden Verschlussbrennereien ab 4 hl A - ist redaktioneller Art.

zu Nummer 26 (§ 81)

Die eingefügte Vorbehaltsklausel ist wegen der Änderung der §§ 58, 58a notwendig, im übrigen Klarstellung.

zu Nummer 27 (§ 82a)

zu Buchstabe a (Satz 1)

Einfügung einer Vorbehaltsklausel (vgl. Nummer 26).

zu Buchstabe b (Satz 3)

Folgeänderung zu § 72 Abs. 1 (vgl. Nummer 22), der keine Zuschläge vorsieht. Im übrigen ist die Änderung redaktioneller Art.

zu Nummer 28 (§ 86)

Die Vorschrift ist obsolet.

zu Nummer 29 (§ 88)

Die bisherige Vorschrift engt die Verwertungsmöglichkeiten der Bundesmonopolverwaltung unnötig ein. Der Hinweis auf die Vergällungsmöglichkeit ist entbehrlich, da diese Möglichkeit jedem Lagerinhaber zugestanden wird. Es wird durch einen Programmsatz nunmehr klargestellt, daß die Bundesmonopolverwaltung verpflichtet ist, den Branntwein zu den finanziell günstigsten Bedingungen zu verkaufen, was auch die Eröffnung neuer Vertriebswege einschließen kann.

zu Nummer 30 (§ 130)

Die Neufassung dient der leichteren Lesbarkeit der Vorschrift und entspricht im übrigen der Fassung in den anderen Verbrauchsteuergesetzen.

zu Nummer 31 (§ 135)

Redaktionelle Änderung.

zu Nummer 32 (§ 149)

Die Begrenzung auf Erzeugnisse, die zum Regelsatz (2.550,- DM/hl A) versteuert sind, ist nicht geboten. Es soll auch einer Verschußkleinbrennerei ermöglicht werden, Retouren, die zum ermäßigten Steuersatz (1.428,- DM/hl A) versteuert sind, in ihr Branntweiniager zurückzunehmen.

zu Nummer 33 (§ 150)

zu Buchstabe a (Nummer 4)

Aufhebung, da die entsprechende Regelung zum 30. Juni 1999 ausgelaufen ist.

zu Buchstabe b und c (Nummer 11)

Ermächtigung zur Rechtsbereinigung von Durchführungsverordnungen.

Zu Artikel 20 (Änderung des Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetzes)

Allgemeines

Für den Gasölverbilligungsbereich sind Einsparungen in Höhe von 417, 585 und 835 Mio. DM in den Haushaltsjahren 2001, 2002 und 2003 zu erbringen. Im Haushaltsjahr 2000 wird für den Gasölverbrauch des Kalenderjahres 1999 die Verbilligung noch nach den derzeit geltenden Bestimmungen gezahlt.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 1)

Durch die Änderung wird klargestellt, daß letztmalig im Haushaltsjahr 2002 für im Kalenderjahr 2001 verwendetes Gasöl eine Verbilligung gezahlt wird.

Zu Nummer 2 (§ 3)

Entsprechend dem Gasölverbrauch der letzten Jahre und den Einsparungsvorgaben wird der Verbilligungssatz von derzeit 41,15 DM/100 l verwendetes Gasöl auf 20 bzw. 12 DM/100 l in den Kalenderjahren 2000 resp. 2001 festgesetzt.

Zu Artikel 21 (Änderung des Absatzfondsgesetzes)

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung erstattet den Stellen der Länder für jedes an die Bundesanstalt zum Zweck der Beitragsermittlung gemeldete Stück Schlachtvieh drei Pfennig. Da das Absatzfondsgesetz keine Erstattungspflicht des Absatzfonds gegenüber der Bundesanstalt hinsichtlich dieser Kosten vorsieht, ist eine ausdrückliche gesetzliche Regelung erforderlich. Die Erstattung beträgt jährlich rd. 1,35 Mio. DM.

Zu Artikel 22 (Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte)

Allgemeines

Mit den Änderungen im Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte werden die vom Kabinett beschlossenen Einsparungsziele in der landwirtschaftlichen Alterssicherung umgesetzt. Die gesetzlichen Änderungen verfolgen das Ziel, die notwendigen Einsparungen gerecht auf die in der Alterssicherung der Landwirte Versicherten zu verteilen und damit übermäßige zusätzliche Belastungen einzelner Personengruppen zu vermeiden.

Die Änderungen sehen hierzu im wesentlichen eine maßvolle Anhebung des Einheitsbeitrags zur Alterssicherung der Landwirte und Einschränkungen bei den Zuschüssen zu den Beiträgen vor. Hinsichtlich der Anhebung des Einheitsbeitrags ist zu berücksichtigen, daß der seinerzeit bei Verabschiedung des Agrarsozialreformgesetzes festgesetzte Abschlag in Höhe von 20 v.H. wegen zwischenzeitlich erfolgter Eingriffe in das Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung unabhängig von den notwendigen Einsparungen anzupassen gewesen wäre.

Für die Alterssicherung der Landwirte sind die folgenden Maßnahmen des Sparpakets von Gewicht:

- Maßvolle Anhebung des Einheitsbeitrages in den Jahren 2000 bis 2003 durch eine stufenweise Verringerung des Abschlages bei der Beitragsberechnung
- Einschränkungen bei den Beitragszuschüssen durch eine Herabsetzung der Einkommensgrenze sowie Verringerung der Höhe der Beitragszuschüsse
- Vorgabe für die Richtlinien zur Erbringung von Leistungen zur Rehabilitation sowie von Betriebs- und Haushaltshilfe, das Wirtschaftlichkeitsgebot stärker zu beachten
- Sicherstellung einer einheitlichen und kostengünstigen Leistungserbringung durch die einzelnen landwirtschaftlichen Alterskassen
- Festlegung einer Obergrenze für die Verwaltungskosten in den Jahren 2000 bis 2003.

Durch dieses Maßnahmenpaket werden einerseits die Einnahmen der Alterssicherung der Landwirte erhöht (Anhebung des Einheitsbeitrages) und andererseits die Ausgaben verringert. Da der Bund in der Alterssicherung der Landwirte den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und den Ausgaben trägt, wird durch das Maßnahmenpaket das vom Bund zu tragende Defizit verringert.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Folgeänderung zur Einfügung eines neuen § 119a.

Zu Nummer 2 (§ 10)

Durch die Neufassung von Satz 2 wird erreicht, daß künftig Betriebs- und Haushaltshilfe nur für Betriebe gewährt wird, in denen keine Arbeitnehmer oder mitarbeitende Familienangehörige regelmäßig beschäftigt werden. Außerdem wird verdeutlicht, daß gerade auch im Bereich der Rehabilitation und Betriebs- und Haushaltshilfe dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz hohe Bedeutung zukommt. Dies gilt etwa bei der Auswahl von Einrichtungen ebenso wie bei der Einsatzplanung für Ersatzkräfte oder der Übernahme der Kosten selbstbeschaffter Ersatzkräfte.

Zu Nummer 3 (§ 32)

Durch die Änderung wird die Einkommensgrenze für die Beitragszuschußberechtigung auf 30.000 DM jährlich herabgesetzt.

Zu Nummer 4 (§ 33)

Durch die Änderung wird der Höchstzuschuß herabgesetzt und in Verbindung mit der Neuregelung in § 32 Abs. 1 die Staffelung der jeweiligen Beitragszuschußbeträge geändert.

Zu Nummer 5 (§ 36)

Mit der Neuregelung wird die Angleichung an die Regelung in § 10 Abs. 4 vollzogen.

Zu Nummer 6 (§ 37)

Zu Buchstabe a

Die Leistung wird erbracht, um das Unternehmen der Landwirtschaft weiterzuführen. Damit ist auch die Erzielung von Einnahmen verbunden, so daß - insbesondere angesichts der Notwendigkeit von Einsparungen - eine Selbstbeteiligung von Beginn der Maßnahme an zumutbar ist.

Zu Buchstabe b und c

Angleichungen an die Regelung in § 10 Abs. 4.

Zu Nummer 7 (§ 68)

Durch die in den letzten Jahren erfolgten Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist es nicht länger zu rechtfertigen, bei Errechnung des Einheitsbeitrags in der Alterssicherung der Landwirte einen Abschlag in Höhe von 20 v.H. gegenüber einem vergleichbaren Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung aufrechtzuerhalten. Mit der Neuregelung wird der Abschlag auf 10 v.H. reduziert. Sofern in Zukunft in der gesetzlichen Rentenversicherung weitere Einschnitte in Leistungen, die u.a. den noch verbleibenden Abschlag rechtfertigen, vorgenommen werden, wird zu überprüfen sein, ob dieser ggf. weiter reduziert werden muß.

Die Reduzierung des Abschlags vom Beitrag erfolgt schrittweise in den Jahren 2000 bis 2003; die volle Reduzierung des Abschlags wird erst beim Beitrag für das Jahr 2003 erreicht. Die notwendige Übergangsvorschrift findet sich in § 114 Abs. 1 Satz 2 (neu) (s. Nr. 9).

Zu Nummer 8 (§ 80)

Eine einheitliche Leistungserbringung ist unverzichtbare Voraussetzung für den Finanzverbund und die Defizitdeckung durch den Bund. Die landwirtschaftlichen Alterskassen sollen daher künftig verpflichtet sein, eine entsprechende Angleichung sicherzustellen.

Zu Nummer 9 (§ 114)

Mit der Vorschrift wird die Reduzierung des Abschlags in den Jahren 2000 bis 2002 schrittweise eingeführt, bis der Beitrag im Jahre 2003 nur noch mit einem Abschlag in Höhe von 10 v.H. berechnet wird (vgl. § 68).

Zu Nummer 10 (§ 119a)

Die Verwaltungskosten in der Alterssicherung der Landwirte sind in den Jahren 1993 bis 1998 von rd. 160 Mio. DM auf über 191 Mio. DM angestiegen. Ein Teil dieses Ausgabenanstiegs ist auf die Umsetzung des Agrarsozialreformgesetzes 1995 zurückzuführen. Dieser Effekt schlägt sich in den Jahren 1995 und 1996 nieder. Anschließend war aber eine Konsolidierung zu erwarten. Statt dessen sind aber die Ausgaben nach einem Rückgang in 1997 erneut angestiegen. Mit der Neuregelung wird daher eine Verwaltungskostenobergrenze gezogen. Als Basis hierfür werden die Jahre 1994 (Jahr vor Inkrafttreten des ASRG 1995) und 1997 (erstes Jahr der Wirksamkeit des ASRG 1995 ohne Sonderfaktoren der Umstellung auf das neue Recht) herangezogen; dies ergibt eine Obergrenze von rd. 178 Mio. DM.

Zu Artikel 23 (Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte)

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 18)

Ziel der Neuregelung ist zweierlei:

- Einerseits wird klar umrissen, unter welchen Voraussetzungen eine Aufgabenübertragung überhaupt zulässig ist; hierbei spielt vorrangig eine Rolle, aus welchen Gründen ein Sozialversicherungsträger nicht in der Lage ist, seine originären, ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben selbst zu erfüllen. Selbst bei vorübergehenden personellen Engpässen werden zunächst alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Soweit es um reine Auskunftserteilung geht, kommt auch ein Tätigwerden der Versicherungsämter nach § 93 SGB IV in Betracht. Soll trotz dieser Anforderungen an die Aufgabenerfüllung mit eigenen Kräften dennoch regelmäßig ein Dritter herangezogen werden, bedarf dies der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, weil ggf. auch Aufsichtsmittel in Betracht zu ziehen sind, um sicherzustellen, daß ein Träger der Sozialversicherung seine Aufgaben erfüllen kann.
- Andererseits muß sichergestellt werden, daß in den Fällen einer zulässigen Aufgabenübertragung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer eindeutig die wesentlichen Inhalte des Auftragsverhältnisses geregelt werden. Um die einzelnen Träger von umfangreichen und schwierigen Kalkulationen für die Bewertung der übertragenen Aufgaben und damit die Festlegung der Vergütung zu entlasten, wird vorgesehen, hierfür ein einheitliches Leistungs- und Kostenverzeichnis für alle Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung aufzustellen. Dies soll durch deren Spitzenverbände geschehen, also durch die Selbstverwaltungsgremien. Die Aufstellung kann nur gemeinsam und einheitlich erfolgen; hiermit wird sichergestellt, daß zu jeder Zeit bei allen Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung Aufgabenübertragung und Vergütung im gleichen Umfang erfolgt. Von einer Genehmigung dieses Leistungs- und Kostenverzeichnisses durch die Aufsichtsbehörden wurde vorerst abgesehen, da mit einem derartigen Verzeichnis Neuland betreten wird und es den Spitzenverbänden ermöglicht werden soll, ggf. auch Erfahrungen zu sammeln. Dabei ist davon auszugehen, daß auch weiterhin die Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes vom Bundesrechnungshof und den Aufsichtsbehörden der einzelnen Träger überwacht wird.

Zu Nummer 2 (§ 64)

- In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung trägt der Bund die Leistungsaufwendungen für die Bezieher von Renten der Alterssicherung der Landwirte und die sonstigen Altenteiler, soweit diese nicht durch die von diesen Versicherten zu zahlenden Beiträge gedeckt sind. In Höhe dieser Bundeszuschüsse werden die Mitglieder - ohne

Rentner und sonstige Altenteiler - von Aufwendungen für deren Krankenversicherung entlastet. Diese Bundeszuschüsse werden einmalig für das Jahr 2000 um 250 Mio. DM verringert, mit der Folge, dass dieser Betrag von den Mitgliedern - ohne Rentner und sonstige Altenteiler - aufzubringen ist. Damit wird diesen Versicherten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung - wie anderen Bevölkerungsgruppen auch - ein Beitrag zur Finanzierung des Zukunftsprogramms 2000 der Bundesregierung abverlangt.

Es ist davon auszugehen, dass allein diese im Jahre 2000 vorgesehene Einsparung bei den Zuschüssen an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte von 250 Mio. DM voraussichtlich keine Beitragserhöhungen erforderlich machen wird, da die landwirtschaftlichen Krankenkassen über Vermögen (Betriebsmittel und Rücklagen) verfügen.

Absatz 2 regelt, wie die Verringerung des Bundeszuschusses auf die einzelnen landwirtschaftlichen Krankenkassen aufzuteilen ist. Der Zeitpunkt der Aufteilung zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2000 läßt den landwirtschaftlichen Krankenkassen auch hinreichend Zeit, die Vermögensrückführung unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu planen.

Zu Artikel 24 (Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes)

Allgemeines

Mit dem Bundeszuschuß zur Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten übernimmt der Bund einen Teil der „Arbeitgeberbeiträge“ für die Künstlersozialversicherung. Der Bundeszuschuß liegt seit 1988 bei 25 v.H. der Ausgaben der Künstlersozialkasse; damit wird berücksichtigt, daß Künstler ihre Werke oft selbst, d.h. ohne eine Einschaltung eines professionellen Verwerter, vermarkten. Wegen des zwischenzeitlich feststellbaren Rückganges des Selbstvermarktungsanteils der Künstler und Publizisten ist es sachgerecht, den Bundeszuschuß auf 20 v.H. der Ausgaben der Künstlersozialkasse zu vermindern. Die sich daraus ergebenden Veränderungen des Künstlersozialabgabegesetzes sollen sich in den kommenden Jahren in allen Bereichen gleichbleibend auswirken. Deshalb wird ein einheitlicher Abgabesatz eingeführt. Der einheitliche Abgabesatz verringert außerdem die sonst unvermeidlichen und häufigen Schwankungen der Höhe der Abgabesätze; dadurch wird den Verwertern die Kalkulation ihrer Ausgaben erleichtert. Mit dem einheitlichen Abgabesatz entfallen auch zahlreiche Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme innerhalb der vier Bereiche Musik, Wort, darstellende Kunst und bildende Kunst sowie Manipulationsmöglichkeiten. Darüber hinaus vermindert sich der Verwaltungsaufwand für die Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen und für die Künstlersozialkasse.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (§ 26)

Zu Buchstabe a

Die Vorschrift führt einen einheitlichen Abgabesatz ein.

Zu Buchstabe b

Die Absätze entfallen, da sie für die Festlegung des Abgabesatzes zukünftig keine Bedeutung mehr haben.

Zu Buchstabe c

Die Vorschrift paßt die Ermächtigung zum Erfaß der Rechtsverordnung zur Festlegung des Abgabesatzes an die Einführung des einheitlichen Abgabesatzes an.

Zu Buchstabe d

Der Abgabesatz wird für das Jahr 2000 durch Gesetz festgelegt, um das rechtzeitige Inkrafttreten sicherzustellen. In den Folgejahren geschieht dies wieder durch Rechtsverordnung.

Zu Nummer 2 (§ 34)

Die Vorschrift legt die Höhe des Bundeszuschusses auf 20 v.H. der Ausgaben der Künstlersozialkasse fest.

Zu Nummer 3 (§ 44)

Der Zweckbestimmung der Betriebsmittel entsprechend reicht es aus, wenn sie bis zu einer Monatsausgabe angesammelt werden.

Zu Artikel 25 (Änderung des Bundesversorgungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 26a)

Anpassung an die Regelung in § 56 Abs. 3 bzw. an die inhaltsgleiche Regelung des § 255c SGB VI (vgl. Ziffer 4).

Zu Nummer 2 (§ 30)

Redaktionelle Anpassung und Klarstellung (vgl. Ziffer 4).

Zu Nummer 3 (§ 40b)

siehe Ziffer 2.

Zu Nummer 4 (§ 56 Abs. 3)

Die Vorschrift bestimmt, daß der Wert, um den sich die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in den Jahren 2000 und 2001 verändern, auch für die Erhöhung der dynamischen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz maßgebend ist.

Zudem wird sichergestellt, daß auch in den Jahren 2000 und 2001 die seit Jahren bewährte spezielle Anpassungsregelung nach den entsprechenden Maßgaben des Einigungsvertrages in den neuen Ländern weitergilt (Vergleich der verfügbaren Standardrenten mit Bildung eines Ableitungssatzes). Dies bedeutet, daß ohne detaillierte und komplizierte Ergänzung oder Änderung des Einigungsvertrages auch für die genannten zwei Jahre die Kriegsoffer in den neuen Ländern in gleicher Weise wie bisher an der Entwicklung der Sozialversicherungsrenten in den neuen Ländern teilhaben werden.

Zu Artikel 26 (Änderung des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation)

Die Vorschrift bestimmt, daß der Wert, um den sich die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in den Jahren 2000 und 2001 verändern, auch für die Erhöhung der dynamischen Leistungen nach dem Rehabilitationsangleichungsgesetz maßgebend ist.

Zu Artikel 27 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

Allgemeines

Die unumgängliche Sanierung des Bundeshaushalts erfordert die solidarische Kraftanstrengung der ganzen Gesellschaft. Zu den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen müssen daher auch die sozialen Sicherungssysteme Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe einen Beitrag leisten. Die neue Bundesregierung hat nach ihrem Amtsantritt dafür gesorgt, daß für die aktive Arbeitsmarktpolitik mehr Mittel zur Verfügung stehen, damit Arbeitslosigkeit vermieden oder beendet werden kann. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik stehen in 1999 mit rd. 45,3 Mrd. DM insgesamt über 6 Mrd. DM mehr zur Verfügung, als im vergangenen Jahr ausgegeben wurden. Ziel der Bundesregierung ist es weiterhin, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und in der Arbeitslosenhilfe ausrichten. Deshalb verzichtet die Bundesregierung auf Eingriffe bei den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, durch die es zu einem Rückgang bei den Teilnehmerzahlen käme. Sie schlägt stattdessen lediglich begrenzte und zum Teil auch befristete Eingriffe bei Entgeltersatzleistungen vor. Im einzelnen bestehen die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe aus folgenden Maßnahmen:

- Die Beiträge an die Renten- und Pflegeversicherung für Arbeitslosenhilfebezieher werden nicht mehr wie bisher auf der Grundlage von 80 v.H. des dem Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe zugrundeliegenden Arbeitsentgelts, sondern nach dem tatsächlichen Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe bemessen. Von den Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe im Jahre 1998 von rd. 30,4 Mrd. DM wurden 13,7 Mrd. DM als Beiträge abgeführt. Das sind rd. 45 v.H. der gesamten Aufwendungen. Lediglich 16,7 Mrd. DM (55 v.H.) wurden unmittelbar an die Leistungsbezieher ausgezahlt. Mit der vorgeschlagenen Regelung wird in einer sozialpolitisch vernünftigen Weise der Tatsache Rechnung getragen, dass die Arbeitslosenhilfe eine bedürftigkeitsabhängige staatliche Leistung ist, die der teilweisen Aufrechterhaltung des früheren Lebensstandards dient. Mit der von der Bundesregierung angestrebten Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung im Alter soll zugleich sichergestellt werden, dass insbesondere für langjährige Arbeitslosenhilfebezieher Altersarmut verhindert wird.
- Die Arbeitslosenhilfe für Personen, die bislang entweder überhaupt nicht oder nur kurze Zeit als Arbeitnehmer tätig waren (sog. originäre Arbeitslosenhilfe), wird abgeschafft. Es erscheint nicht mehr vertretbar, Arbeitslosen, die vorher keinen oder nur kurzzeitigen Bezug zur Arbeitslosenversicherung hatten, Arbeitslosenhilfe und damit den vollen Zugang zu den beitragsfinanzierten Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zu gewähren. Soweit diese Leistungen nicht zwingend an den Vorbezug einer Entgeltersatzleistung anknüpfen (z. B. Maßnahmekostenerstattung bei beruflicher Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen, Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), stehen sie den Berechtigten wie allen anderen Personen ohne ausreichende beitragspflichtige Vorbeschäftigungszeiten offen.

Bei Bedürftigkeit der von der Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe betroffenen Personen wird, soweit keine besonderen Regelungen bestehen, künftig der Lebensunterhalt durch Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz sichergestellt.

- Die Anpassung von Arbeitslosengeld und anderen Entgeltersatzleistungen (Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld) erfolgt in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2002 auf der Grundlage der Preisniveausteigerungsrate. Der befristete Verzicht auf die Teilhabe an der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung ist ein angemessener und solidarischer Beitrag der Bezieher von Entgeltersatzleistungen zur Haushaltssanierung und zugleich der schonendste Eingriff in Leistungen.
- Der Förderungshöchstbetrag bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen wird auf 70 v.H. des Höchstbetrages abgesenkt. Die Absenkung ist arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, da die bisherige Förderobergrenze auch im Vergleich zu anderen Eingliederungszuschüssen sehr günstig ist und zu hohen Mitnahmeeffekten geführt hat. Die Zahl der geförderten Arbeitnehmer und die Entlastung des Arbeitsmarktes durch aktive Arbeitsmarktpolitik wird durch die Absenkung der Förderobergrenze nicht beeinträchtigt.

Durch die Vermeidung von Einschnitten bei den aktiven Leistungen, durch die es zu einem Rückgang bei den Teilnehmerzahlen käme, wird die Grundlage dafür geschaffen, dass die Arbeitsmarktpolitik auch im Jahr 2000 unverändert auf hohem Niveau aufrechterhalten werden kann. Das erfolgreiche Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit wird auch im Jahr 2000 fortgeführt.

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Folgeänderungen

Zu Nummern 2-7 (§§ 80, 153, 154, 158, 162, 163)

Folgeänderungen zur Aufhebung der Vorschriften über die sog. originäre Arbeitslosenhilfe (vgl. Nummer 9, § 191).

Zu Nummer 8 (§ 190)

Folgeänderungen zu Nummer 9 (Aufhebung von § 191).

Zu Nummer 9 (§ 191)

Anspruch auf Arbeitslosenhilfe sollen künftig nur noch Arbeitslose haben, die in der Vorfrist Arbeitslosengeld bezogen haben. Dies wird in § 190 Abs. 1 Nr. 4 (vgl. Nummer 8) geregelt. Der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe aufgrund

- einer Beschäftigung von mindestens fünf Monaten,
- einer gleichgestellten Zeit insbesondere als Beamter, Richter oder Soldat,
- des Bezugs bestimmter Sozialleistungen, insbesondere einer Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit

(sog. originäre Arbeitslosenhilfe) soll entfallen. Die betroffenen Personen können, soweit keine besonderen Regelungen bestehen, bei Bedürftigkeit die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz in Anspruch nehmen.

Zu Nummern 10-16 (§§ 192, 196, 197, 198, 200, 201)

Folgeänderungen zu Nummer 9 (Aufhebung von § 191).

Zu Nummer 17 (§ 415)

Der Zuschuß zur Förderung von Arbeitnehmern in Strukturanpassungsmaßnahmen, dessen Höchstbetrag jährlich neu nach § 275 Abs. 1 Satz 1 festgesetzt wird und im Jahr 1999 monatlich 2.180 DM beträgt, wird für die Förderung zusätzlicher Einstellungen von Arbeitslosen in Wirtschaftsunternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin für Neubewilligungen nach dem 31.12.1999 auf höchstens 70 % des Höchstbetrages gesenkt.

Diese Absenkung des Förderbetrages und die bereits am 1. August 1999 in Kraft getretene Änderung im Zweiten SGB III-Änderungsgesetz, die die Förderung in Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen auf besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes konzentriert, verhindern bisherige Mitnahmeeffekte durch Wirtschaftsunternehmen. Die Begrenzung des Zuschusses höchstens bis zur Höhe des monatlich ausgezahlten Arbeitsentgelts einschließlich des Arbeitnehmeranteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag entspricht dem seit 1. August 1999 geltenden Recht.

Zu Nummer 18 (§ 421)

Klarstellung, daß aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung bei der Eingliederungshilfe für Spätaussiedler das Bemessungsentgelt nicht anzupassen ist. Die Regelung wirkt sich nur für wenige Fälle aus, weil Anspruch auf die Eingliederungshilfe für Spätaussiedler nur für sechs Monate besteht.

Zu Nummer 19 (§ 434a)

Zu Absatz 1

Die Regelung modifiziert den Grundsatz zur Anpassung des Arbeitslosengeldes und anderer Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte. Aufgrund der außergewöhnlich angespannten Finanzlage des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit soll diese Anpassung in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 nicht entsprechend der durchschnittlichen Veränderung der Brutto Lohn- und -gehaltsumme, sondern entsprechend der Preisniveausteigerungsrate für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im gesamten Bundesgebiet erfolgen. Dabei sind für den durch Rechtsverordnung jeweils für die Zeit vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres zu bestimmenden Anpassungsfaktor die Daten maßgebend, die dem Statistischen Bundesamt zu Beginn des Jahres, in dem die Rechtsverordnung in Kraft tritt, vorliegen.

Zu Absatz 2

Arbeitslosen, die in den letzten drei Monaten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mindestens für einen Tag Anspruch auf die sog. originäre Arbeitslosenhilfe hatten, soll diese Leistung aus Gründen des Vertrauensschutzes für eine dreimonatige Übergangszeit weitergezahlt werden, soweit die Anspruchsdauer nicht erschöpft ist. Die Regelung soll es den Betroffenen ermöglichen, sich auf die neue Rechtslage einzustellen und den Sozialhilfeträgern die erforderliche Zeit für die Bearbeitung von Anträgen geben.

Treten solche Bezieher von originärer Arbeitslosenhilfe innerhalb dieser Übergangszeit in eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme oder eine Maßnahme zur beruflichen Eingliederung Behinderter ein, soll ihnen bis zum Ende der Maßnahme weiterhin Unterhaltsgeld bzw. Übergangsgeld in Höhe der zuvor bezogenen Arbeitslosenhilfe gezahlt werden können.

Zu Absatz 3

Die Regelung soll einen besonderen Vertrauensschutz für Personen schaffen, die im Vertrauen auf die bestehende Regelung eine Beschäftigung im Ausland aufgenommen haben.

Zu Artikel 28 (Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch)

Die Vorschrift bestimmt, dass der Wert, um den sich die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 verändern, auch für die Veränderung des Krankengeldes maßgebend ist.

Zu Artikel 29 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)

Allgemeines

Die Änderungen und Ergänzungen im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch stellen die Absenkung und längerfristige Stabilisierung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung durch die Verwendung der Mittel aus der ökologischen Steuerreform sicher. Dieses Element des umfassenden Konzeptes zur Modernisierung der Alterssicherung der Bundesregierung wird bereits mit dem Zukunftsprogramm 2000 verwirklicht. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass auch die Rentner an der solidarischen Anstrengung der ganzen Gesellschaft zu sparen und insbesondere die Altersvorsorge langfristig zu sichern beteiligt werden. Der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner zur Zukunftssicherung besteht darin, dass ihre Renten in den Jahren 2000 und 2001 jeweils in Höhe der Preisniveauveränderungsrate des Vorjahres angepaßt werden. Die Rentenanpassung im Jahr 2000 beträgt dann voraussichtlich 0,7 % und im Jahr 2001 voraussichtlich 1,6 %. Die genauen Anpassungssätze werden zu Beginn eines Jahres auf der Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes mit Wirkung zum 1. Juli der Jahre 2000 und 2001 durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates festgesetzt.

Die Anpassung in Höhe der Preisniveauveränderungsrate in den Jahren 2000 und 2001 wird auch auf kurzfristige Sozialleistungen, deren Anpassung sich an der Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung orientiert (z.B. das Übergangsgeld), übertragen.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Rentenversicherung sind die folgenden Maßnahmen des Sparpaktes von Gewicht:

- Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001 nur in Höhe der Inflationsrate statt entsprechend der Nettolohnentwicklung (voraussichtlich: 2000: 0,7 v.H., 2001: 1,6 v.H.)

- Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung
- Aussetzung der verstetigten Beitragssatzfestsetzung bis 2003
- Beiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe auf der Basis des Zahlbetrags, Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe
- Bemessungsgrundlage der Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistende 60 statt 80 v.H. der Bezugsgröße
- Mittel aus den weiteren Stufen der Ökosteuerreform fließen der Rentenversicherung zu und zwar in den Jahren 2000 bis 2003 in Höhe von 2,6 Mrd. DM, 8,6 Mrd. DM, 13,9 Mrd. DM bzw. 19,3 Mrd. DM. Hierbei ist berücksichtigt, dass der Bund durch das Rentenkorrekturgesetz bis zum Jahr 2000 um 2,1 Mrd. DM und in den Jahren danach um jährlich 1,7 Mrd. DM stärker belastet wird, als es seinen Einnahmen durch die 1. Stufe der Ökosteuerreform entspricht.

Durch dieses Maßnahmenpaket verändert sich der Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zum geltenden Recht wie folgt:

Beitragssätze ArV/AnV	2000	2001	2002	2003
bei geltendem Recht ¹⁾	19,5	20,0	20,0	20,0
bei Maßnahmen ²⁾	19,1	18,9	18,7	18,9

¹⁾ Stand Mai 1999, Zeitpunkt der Aufstellung des ursprünglichen Haushaltsplans

²⁾ ohne Wirkung des demographischen Faktors

Diese Beitragssatzabsenkung wird bewirkt durch die Einnahmen aus den weiteren Stufen der Ökosteuerreform sowie durch niedrige Anpassungssätze.

Anpassungssätze in v.H.	2000	2001
bei geltendem Recht	3,7 ¹⁾	3,4
bei Maßnahmen	0,7	1,6

¹⁾ neue Länder 3,5 v.H.

Durch die verringerte Renten Anpassung in den Jahren 2000 und 2001 wird das Rentenniveau von zur Zeit rd. 70 v.H. bis 2003 auf rd. 67 v.H. abgesenkt und auf diesem Niveau wegen der folgenden Nettoanpassung stabilisiert.

In den Ländern und Gemeinden ergeben sich Einsparungen durch die geringeren Beitragssätze zur Rentenversicherung.

Entlastungen bei	2000	2001	2002	2003
In Mrd. DM				
Länder	0,2	0,4	0,5	0,4
Gemeinden	0,1	0,3	0,4	0,3

Im Einzelnen

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu den Vorschriften im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch.

Zu Nummer 2 (§ 166)

Zu Buchstabe a

Durch die Änderung in Nummer 1 wird die Bemessungsgrundlage für den Rentenversicherungsbeitrag für Wehr- oder Zivildienstleistende von 80 v.H. der Bezugsgröße auf 60 v.H. der Bezugsgröße gesenkt.

Zu Buchstabe b

Durch die Neufassung der Nummer 2a wird die Bemessungsgrundlage für den Rentenversicherungsbeitrag für Beziehender von Arbeitslosenhilfe von 80 v.H. des dem Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe zugrundeliegenden Arbeitsentgelts auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe umgestellt.

Zu Nummer 3 (§ 213)

Zu Buchstabe a

Folgeregelung zu Buchstabe b. Mit Aufnahme des Erhöhungsbetrages zum zusätzlichen Bundeszuschuß in die Vorschrift des Absatzes 2 Satz 3 wird sichergestellt, dass die Erhöhungsbeträge in vollem Umfang der Senkung der Lohnnebenkosten dienen und nicht auch den Bund beim Regelbundeszuschuß entlasten.

Zu Buchstabe b

Der zusätzliche Bundeszuschuß wird im Jahr 2000 um 1,1 Mrd. DM, im Jahr 2001 um 1,1 Mrd. DM, im Jahr 2002 um 1,3 Mrd. DM und im Jahr 2003 um 200 Mio. DM zur Entlastung des Bundeshaushalts gekürzt.

Zu Buchstabe c

Der angefügte Absatz 4 bestimmt, dass sich der Bund zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten verstärkt an den Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten beteiligt. Der Erhöhungsbetrag wird aus dem Aufkommen der im Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform geregelten weiteren Stufen der Ökosteuerreform finanziert. Für die Zeit vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2003, in der die weiteren Stufen der Ökosteuerreform einsetzen, wird der Erhöhungsbetrag als Abschlagszahlung betragsmäßig präzisiert. Auf der Basis der Steuerschätzung von Anfang Mai 1999 ergibt sich nach Abzug von 2,1 Mrd. DM, die der Bund über die Einnahmen aus der 1. Stufe der Ökosteuerreform hinaus bereits an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zahlt und von 400 Mio. DM zur Finanzierung des Programms zur Förderung erneuerbarer Energien (Jahresraten 1999 und 2000) für 2000 ein Erhöhungsbetrag von 2,6 Mrd. DM. Für 2001 zahlt der Bund einen Erhöhungsbetrag von 8,6 Mrd. DM, für 2002 einen Erhöhungsbetrag von rd. 7,11 Mrd. Euro (entspricht 13,9 Mrd. DM) und für 2003 einen Erhöhungsbetrag von rd. 9,87 Mrd. Euro (entspricht 19,3 Mrd. DM) jeweils nach Abzug von 1,9 Mrd. DM (bzw. 971,45 Mio. Euro), von denen 200 Mio. DM auf das Programm zur Förderung erneuerbarer Energien entfallen. Der weit überwiegende Teil des Abzugsbetrages in Höhe von 1,7 Mrd. DM wird vom Bund bereits im Rahmen der ersten Stufe der ökologischen Steuerreform an die Rentenversicherung gezahlt. Satz 3 enthält eine Fortschreibungsregel für die Erhöhungsbeträge entsprechend der Veränderungsrate der Einnahmen des Bundes aus dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform. Satz 4 stellt klar, dass für die Zahlung, Aufteilung und Abrechnung des Erhöhungsbetrages die Vorschriften über den Bundeszuschuß anzuwenden sind. Satz 5 enthält eine Verordnungsermächtigung, das Nähere über das Verfahren zu regeln.

Zu Nummer 4 (§ 235b)

Die Vorschrift bestimmt, dass der Wert, um den sich das Übergangsgeld erhöht, einheitlich für die neuen und alten Bundesländer in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2002 nach der Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet festgesetzt wird.

Zu Nummer 5 (§ 255c)

Der neu eingefügte § 255c bestimmt, dass der aktuelle Rentenwert und der aktuelle Rentenwert (Ost) in den Jahren 2000 und 2001 abweichend von der in § 68 vorgesehenen Anpassungsregelung nicht entsprechend der Bruttohohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Belastungsveränderungen bei Arbeitsentgelten und Renten, sondern entsprechend der Veränderung des Preisniveaus für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet fortgeschrieben wird. Grundlage für die in den alten und neuen Bundesländern einheitlich vorgenommene Rentenanpassung ist die gesamtdeutsche Preisniveauveränderungsrate. Bei den Rentenanpassungen ab dem Jahr 2002 verändern sich der aktuelle Rentenwert und der aktuelle Rentenwert (Ost) wieder nach den Veränderungswerten, die sich bei Anwendung der §§ 68, 255a ergeben.

Zu Nummer 6 (§ 287)

Der neu gefaßte § 287 regelt abweichend von der in § 158 bestimmten Methodik der verstetigenden Beitragssatzfestsetzung, dass der Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten für die Jahre 2000 bis 2003 so festzulegen ist, dass sich am Ende des jeweiligen Jahres, für das der Beitragssatz festzulegen ist, eine Schwankungsreserve in Höhe von nur einer Monatsausgabe bildet. Hierdurch wird erreicht, dass die der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten zukommenden Mittel aus den weiteren Stufen der Ökosteuerreform nicht für den Aufbau einer Schwankungsreserve von bis zu eineinhalb Monatsausgaben zur Verstetigung der Beitragssatzentwicklung, sondern in vollem Umfang zur Senkung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten eingesetzt werden. Ab dem Jahr 2004 ist der Beitragssatz entsprechend der in § 158 vorgesehenen Verstetigungsmethodik festzulegen. Für den Fall, dass der für das Jahr 2003 bestimmte Beitragssatz in den Folgejahren dazu führt, dass die Schwankungsreserve eine Monatsausgabe nicht unterschreitet und anderthalb Monatsausgaben nicht überschreitet, bestimmt § 287 Abs. 2 seine Fortgeltung über das Jahr 2003 hinaus. Die Festsetzung des Beitragssatzes in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach § 158 Abs. 2 bleibt unberührt.

Zu Nummer 7 (§ 287a)

Die Vorschrift enthält die Ermächtigungsgrundlage für die Festsetzung des Beitragssatzes für die Jahre 2000 bis 2003 durch Rechtsverordnung der Bundesregierung entsprechend der in § 287 bestimmten Methodik.

Zu Artikel 30 (Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (§ 95)

Die Vorschrift bestimmt, dass der Wert, um den sich die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in den Jahren 2000 und 2001 verändern, auch für die Erhöhung der dynamischen Geldleistungen der Unfallversicherung maßgebend ist.

Zu Nummer 2 (§ 215)

Sonderregelung für die Erhöhung der dynamischen Geldleistungen der Unfallversicherung in den neuen Bundesländern.

Zu Artikel 31 (Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch)

Durch die Änderung wird die Bemessungsgrundlage für den Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung für Bezieher von Arbeitslosenhilfe von 80 v.H. des dem Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe zugrundeliegenden Arbeitsentgelts auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe umgestellt.

Zu Artikel 32 (Neufassung des Wohngeldgesetzes, des Finanz- und Personalstatistikgesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol)

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält die Ermächtigung für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die Neufassung des Wohngeldgesetzes im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält die Ermächtigung für das Bundesministerium der Finanzen, die Neufassung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Zu Absatz 3

Das Gesetz über das Branntweinmonopol stammt in wesentlichen Teilen aus dem Jahre 1922 und enthält daher eine Vielzahl überholter Begriffe, die bei einer Neubekanntmachung angepaßt werden sollen.

Zu Artikel 33 (Inkrafttreten)

Artikel 33 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.